Mittwoch, 29. Februar 1984 - D *
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 51 - 9.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Burt weist Kissinger ab: US-Staatssekretär Burt weist die Behauptung zurück, die NATO sei in ihrer Einigkeit bedroht. (S.10) Zum West-Ost-Verhältnis sagte Burt, er habe in Budapest, Sofia und Ost-Berlin den Eindruck gewonnen, daß man ernsthaft eine Verbesserung der Beziehungen wünsche. (S. 5)

Libanon: Präsident Gemayel und der syrische Staatschef Assad wollen heute in Damaskus zusammentreffen. (S. 8)

Matthöfer über Flick: Bei der Flick-Beteiligung an Grace habe er nach Lage der Gesetze nicht anders entscheiden können, erklärt der Ex-Finanzminister im Untersuchungsausschuß. (S. 5)

„Nichts zu tun": In der ersten Stellungnahme zur Flucht seiner Nichte Ingrid Berg erklärt „DDR"-Ministerpräsident Stoph, er habe „mit den Handlungen einer Familie Berg nichts zu tun".

Waffenexporte: Staatsminister Mertens regt die Koordinierung der westlichen Rüstungsexportpolitik nach Nahost an. (S. 10)

Keine Autobahngebühr: „Für den Bundeskanzler kommt eine Autobahngebühr nicht in Frage," stellt Regierungssprecher Sudhoff in einer von Kohl ausdrücklich autorisierten Erklärung zur Einführung solcher Gebühren in der Schweiz fest.

Vorwürfe an Sowjets: Die sowjetischen Piloten haben beim Abschuß des koreanischen Verkehrsflugzeugs am 1. September die international anerkannten Regeln für das Abfangen von Flugzeugen bei Verletzungen des Luftraumes nicht beachtet. (S. 1)

Galinski fordert Gesetz: Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin fordert ein Gesetz, das die „Ableugnung und Verharmlosung des Völkermordes am europäischen Judentum unter Strafe stellt."

Anschlag in Jerusalem: Mindestens 21 Menschen sind bei einem Sprengstoffanschlag in Jerusalem verletzt worden.

Heute: Bundespräsident Carstens in Thailand. – Bundeskabinett tagt in Bonn.

Gesundheit, Fitness, Kuren

Das Gesundheitsbewußtsein der Deutschen wächst, immer stärker tritt die Erkenntnis in den Vordergrund, daß Vorbeugen besser ist als heilen - und meist auch billiger. Ein 40seitiger farbiger WELT-Report gibt Tips und beschreibt Tendenzen. Zum Beispiel: Wege zur Kur. Neues zum Thema Cholesterin. Diätetische Lebensmittel. Heilwasser – Segen aus Brunnen.

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: Für Februar rechnet die Bundesanstalt für Arbeit nicht mit größeren Bewegungen. 1983: plus 49 000.

ESPRIT: Das auf zehn Jahre angelegte Elektronik-Forschungsprogramm ist vom EG-Ministerrat gebilligt worden. (S. 11)

Daimler Benz: Die Pkw-Produktion soll 1984 erstmals auf deutlich über 500 000 Einheiten (Vorjahr: 476 183) gesteigert werden. (S. 15)

Börse: Gewinnmitnahmen und Glattstellungen führten an den Aktienmärkten zu Kurseinbußen bei den meisten Standardwerten. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 151,2 (152,7). Dollarmittelkurs 2,6031 (2,6383) Mark. Goldpreis pro Feinunze 399,25 (393,50) Dollar.

ZITAT DES TAGES



»So optimistisch wie für dieses Jahr ist die deutsche Wirtschaft seit 1980 nicht mehr gewesen«

DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser zum Ergebnis der Frühjahrsbefragung von rund 14 000 Firmen durch den Deutschen Industrie- und Handelstag
FOTO: JUPP DARCHINGER

KULTUR

„Goldener Bär": Die höchste Auszeichnung der 34. Internationalen Filmfestspiele in Berlin wurde an den amerikanischen Regisseur John Cassavetes für seinen Beitrag „Love Stream" vergeben. Einen der sieben „Silbernen Bären" erhielt der Deutsche Norbert Kückelmann für „Morgen in Alabama".

Israel-Forschung: Vor siebzig Jahren wurde die „Gesellschaft zur Erforschung Israels und seiner Altertümer" gegründet. Aus diesem Anlaß findet in Jerusalem Anfang April der erste Kongreß über biblische Archäologie statt. Die WELT sprach darüber mit Joseph Aviram, dem Direktor der Gesellschaft. (S. 21)

SPORT

Eishockey: Wegen vorsätzlicher Körperverletzung wurde vom Landgericht München ein Eishockeyspieler zu 2400 Mark Geldstrafe verurteilt. Er hatte während einer Spielunterbrechung einem anderen Spieler den Oberkiefer gebrochen und ihm eine Gehirnerschütterung zugefügt.

Turnen: Kunstturn-Bundestrainer Singer hat in Frankfurt Strafanzeige wegen Verleumdung gegen Turnwartin Ursula Hinz und Fachausschußsprecher Wöhlbrandt gestellt. Sie hatten Singer beschuldigt, Turnerinnen Überdosen an Aufbaupräparaten gegeben zu haben. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Pkw-Verkehr gestoppt: Die Fernfahrer am Brenner haben die Blockade der Autobahn von Italien nach Österreich auf Privatfahrzeuge ausgedehnt.

Grauer Markt: 70 Prozent der Tier-Arzneimittel werden illegal oder über einen „grauen Markt" an die Landwirte abgegeben. Das bedeutet erhöhtes Risiko unkontrollierter Rückstände in Lebensmitteln. (S. 22)

Wetter: Bewölkt, weitgehend trocken. 3 bis 7 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Wirtschaft ist optimistisch: Aufschwung setzt sich durch

Investitionsneigung nimmt zu / Tarifstreit überschattet positiven Trend

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die deutsche Wirtschaft ist seit 1980 nicht mehr so optimistisch gewesen wie in diesem Jahr. „Der konjunkturelle *Aufschwung* setzt sich immer stärker durch", diese Einschätzung des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Franz Schoser, gründet sich auf die Ergebnisse einer Umfrage bei 14 000 Firmen in der Bundesrepublik Deutschland. Die günstigen Aussichten für 1984 stützten sich auf das wiedergewonnene Vertrauen von Unternehmen und Verbrauchern in die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik.

Der längerfristige Aufwärtstrend werde jedoch überschattet durch die Auseinandersetzungen über drastische Arbeitszeitverkürzungen und *Lohntarife*. Die Unternehmen rechneten bei Einführung der 35-Stunden-Woche mit gravierenden Wettbewerbseinbußen, sagte Schoser.

Bewerteten vor einem Jahr noch 45 bis 50 Prozent der befragten Unternehmen ihre Geschäftslage als schlecht, so sei dieser Anteil jetzt auf 15 bis 35 Prozent zurückgegangen. Demgegenüber habe sich der Anteil jener Unternehmen, der die Geschäftslage als gut einstuft, auf zehn bis 30 Prozent erhöht, verglichen mit fünf bis zehn Prozent vor Jahresfrist. Dabei verliere das Süd-Nord-Gefälle in bisher schwächeren Wirtschaftsregionen etwas an Ausprägung. Im Handel werde die Lage günstiger beurteilt als in der Industrie. Durchgängig am schlechtesten werde die Situation in der Bauwirtschaft eingeschätzt.

SEITE 2:
Profil und Neurose
SEITE 11:
Bemerkenswertes Selbstvertrauen

Für „besonders erfreulich" hält Schoser die zunehmende Investitionsneigung. Erstmals würden Kapazitäten wieder erweitert. Nach den Resultaten der Umfrage wollen knapp ein Fünftel – im Herbst 1983 waren es noch höchstens ein Zehntel – der Unternehmen ihre Anlagen ausbauen. „Dies ist eine entscheidende Trendwende – wichtig für die Stabilität des Aufschwungs, der bisher vor allem vom privaten Verbrauch getragen wurde", erklärte der DIHT-Hauptgeschäftsführer. Daher wollten auch mehr Unternehmen als noch im vergangenen Herbst ihren Beschäftigtenstand halten. Hinweise auf Neueinstellungen nähmen zu, wenn auch nur leicht.

Fast alle Unternehmen rechneten wegen der Klimaverbesserung im Inland und der Konjunkturbelebung im Ausland mit einer steigenden Nachfrage auch bei Investitionsgütern. Mit „Selbstvertrauen in ihre Wettbewerbskraft" beurteilten sie ihre Exportchancen für 1984 wesentlich optimistischer als im Herbst. „Die Ausfuhren werden in diesem Jahr erstmals wieder die Konjunktur beleben – wenn auch die Risiken aus Devisen-, Finanzierungs- und Währungsschwierigkeiten in einigen Ländern hoch bleiben", betonte Schoser.

Für die Standfestigkeit des Aufschwungs spräche, daß er trotz massiver Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sinkender Realeinkommen, hoher Zinsen, gestiegener Abgabenlast und unsicherer Währungsverhältnisse erreicht wurde. Hauptstütze sei nach wie vor die konsequente *Stabilitätspolitik von Regierung* und Bundesbank. Wenn es weder zu gravierenden Entscheidungen in der Arbeitszeitfrage noch zu stärkeren Dollarkursschwankungen kommt, dann rechneten die meisten Unternehmen für 1984 mit einem mäßigen Kostenanstieg.

DER KOMMENTAR

Die Wahrheit

HERBERT KREMP

Was die Sowjets seit dem 1. September vergangenen Jahres verdunkeln, zogen Fachleute, die im Auftrag der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) noch einmal die Einzelheiten des Jumbo-Abschusses bei Sachalin untersuchten, nun vollends ans Licht. Das Ergebnis ist für Moskau niederschmetternd. Es widerlegt alle Darstellungen, die dort jemals über den Tod von 269 zivilen Passagieren verbreitet wurden. Die Sowjets haben nicht nur die Unwahrheit gesagt – sie haben gelogen.

Vergleicht man die Untersuchungen der ICAO mit der ersten *Erklärung, die die Nachrichtenagentur* Tass über die Katastrophe herausgab, gewinnt man den Eindruck, als sei von zwei verschiedenen Ereignissen die Rede. Moskau leugnete zunächst die Todesschüsse und sprach kaltblütig vom „Verschwinden" der Maschine, über das „jetzt Lärm erhoben" werde. Der Koreaner, so hieß es weiter, habe sich auf einem Spionageflug über sowjetischem Hoheitgebiet bewegt. Eigene Flugzeuge hätten „mehrmals versucht, mit Hilfe der allgemein üblichen Signale mit der Maschine in Kontakt zu kommen und sie auf den *nächstliegenden Flugplatz* auf dem Territorium der Sowjetunion zu leiten. Das alles ignorierte der Luftraumverletzer."

Erst nach peinlicher Frist gab Moskau zu, das Flugzeug beschossen und zum Absturz gebracht zu haben. Aber das Eingeständnis blieb in die Lügenpackung gehüllt. Inzwischen stand fest, daß der Jumbo infolge eines Navigationsfehlers über sowjetisches Hoheitsgebiet geraten war. Da die Sowjets jede Mitwirkung an der Untersuchung der Katastrophe verweigerten, mußten Navigations-Experten anhand von Indizien *überprüfen*, ob die Kampfflugzeuge die üblichen Regeln für das Abfangen von Zivilmaschinen beachteten oder nicht. Sie kamen zu dem verheerenden Schluß, daß die Sowjets keine *einzige* der Regeln beachtet, sondern alle verletzt haben.

Die Sowjets schossen den Jumbo sozusagen „im Schlaf" ab. Es gibt keine Hinweise dafür, daß die Jäger versucht hätten, das Objekt *visuell zu identifizieren*. Sie setzten sich nicht direkt vor den Jumbo, um die Aufmerksamkeit des Piloten zu erregen. Sie verwendeten auch nicht die internationalen Notfrequenzen, die dem gleichen Zweck dienen. Sie verfolgten den Schatten und eröffneten dann wie im Krieg das Feuer: Schlagt ihn tot! Das Weltgericht fragt euch nach den Gründen nicht!

In den Auswirkungen war der *Abschuß* für die Sowjets eine schwere Niederlage. Sie umdüsterte die letzten Monate Andropows. Die Tat gehört aber keiner Ära an. Sie ist ein Charakterzeichen des Systems.

Sowjetunion verletzte Luftfahrtregeln

Experten: Abfangjäger unterließen es, sich direkt vor den koreanischen Jumbo zu setzen

AP/DW. Montreal

Die sowjetischen Piloten, die am 1. September des vergangenen Jahres einen südkoreanischen Jumbojet abschossen, haben sich nach Erkenntnissen der Internationalen Organisation für Zivilluftfahrt (ICAO) nicht an die international anerkannten Regeln für das Abfangen von Zivilmaschinen gehalten. Nach einer weiteren Überprüfung der Ergebnisse einer ICAO-Untersuchung berichtete eine Experten-Kommission jetzt in Montreal, man habe keinerlei Anhalts*punkte dafür gefunden*, daß sich die sowjetischen Piloten 'direkt vor die [illegible] internationalen Regeln vorschreiben. Vor allem der Funkverkehr zwischen den Jägerpiloten und *ihrem* Stützpunkt gebe keine entsprechenden Hinweise.

Dabei sei es von „absoluter Wichtigkeit für das abgefangene Flugzeug, sicherzustellen, daß es die Aufmerksamkeit des kommandierenden Piloten (der abgefangenen Maschine) gewonnen hat", *heißt es in dem Bericht*, der heute vom Rat der den Vereinten Nationen angeschlossenen ICAO anschließend debattiert werden soll. Beim Abschuß der Boeing 747 waren alle 269 Insassen ums Leben gekommen.

Die Expertenkommission stimmte der Schlußfolgerung der ICAO-Untersuchung zu, wonach es keine Anhaltspunkte dafür gibt, daß die Boeing 747 absichtlich in sowjetischen Luftraum eingedrungen ist. Dies ist aber von der Sowjetunion behauptet worden. Darüber hinaus erhob Mos*kau die Beschuldigung*, der Jumbo habe sich auf einem Spionageflug für US-Geheimdienste befunden.

Schließlich wurde auch die sowjetische *Darstellung nicht gestützt*, die Abfangjäger hätten sich vor den töd[illegible]len Notfrequenz 121,5 Megahertz an die Besatzung des Jumbos gewandt, heißt es in dem Expertenbericht der ICAO. Die Überprüfung bestätigt damit die von der ICAO gezogene Schlußfolgerung, nach der es keine Beweise dafür gibt, die Besatzung des Flugs 007 der südkoreanischen Fluggesellschaft KAL habe zu irgendeinem Zeitpunkt gewußt, daß sie von sowjetischen Jägern gestellt worden war.

In ihrer ersten Untersuchung waren ICAO-Experten zu der Schlußfolgerung gelangt, daß die Besatzung der Boeing 747 beim Abflug aus Alaska wahrscheinlich ihre Navigations*instrumente falsch programmierte* und danach „durch Unaufmerksamkeit und Mangel an Wachsamkeit" bis zum Abschuß nicht merkte, daß sie viel zu weit nördlich – zum Schluß 300 nautische Meilen abseits vom Kurs – flog.

Was das Verhalten der sowjetischen Luftwaffe betrifft, so schlußfolgerten die ICAO-Experten, die Sowjets hätten von vornherein angenommen, daß es sich bei der südkoreanischen Maschine um einen Aufklärer – einen militärischen Ein[illegible] sowjetischen Kampfflugzeuge hätten keine alles erschöpfende Anstrengungen unternommen, den Jumbo *im Flug* visuell zu identifizieren.

Spekulationen, daß der Jumbo-Pilot absichtlich seinen Weg von Anchorage nach Seoul abgekürzt habe, wiesen die Experten zurück. Weitere drei Theorien schieden als „unwahrscheinlich" aus: Die Entführung des Flugzeuges durch Luftpiraten, Arbeitsunfähigkeit der Besatzung und ein Versagen des Navigationssystems. Die ICAO betrachtete es nicht als ihre Aufgabe, die Schuldfrage zu klären.

Stoph distanziert sich von seiner Nichte

rtr/dpa/AP, Berlin

SPD-Fraktionschef Hans-Jochen Vogel hat gestern mit dem Ostberliner Rechtsanwalt Wolfgang Vogel über Möglichkeiten zur Lösung des Falls der mit ihrer Familie in die Prager Botschaft [illegible] Stoph gesprochen. Wie es am Abend in Bonner Regierungskreisen hieß, habe Vogel die Bundesregierung danach umgehend informiert.

Offenbar als Reaktion auf das starke Interesse in beiden Teilen Deutschlands am Fluchtversuch in Prag hat Ost-Berlin gestern das Schweigen um die Nichte Stophs gebrochen. Der Ministerpräsident distanzierte sich öffentlich von der Ausreiseabsicht Ingrid Bergs und ihrer Angehörigen. Sein Presseamt erklärte, nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur ADN: „Der Vorsitzende des Ministerrates der *DDR, Willi Stoph, hat mit den Handlungen* einer Familie Berg nichts zu tun." Berichte über diesen Fall nannte das Amt eine von den „BRD-Medien inszenierte und gegen die DDR gerichtete Verleumdungskampagne".

Offensichtlich wollten „entspannungsfeindliche Kräfte in der BRD mit Praktiken des kalten Krieges die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten weiter belasten", heißt es in der Erklärung. Jeder derartige Versuch sei *aber zum* Scheitern verurteilt. *Die „DDR"* werde „auch künftig ihre Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, um Minderung *der* Spannungen, zur Sicherung des Friedens fortsetzen".

Rüstung: Moskau ändert seine Position nicht

AP/DW. Moskau

Die UdSSR will erst dann zu Verhandlungen über den Abbau der Mittelstreckenwaffen (INF) zurückkehren, wenn die NATO ihre in Westeuropa aufgestellten [illegible] hat der sowjetische [illegible] Andrej Gromyko klargestellt, daß sich offenbar die sowjetische Position zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen *in* Westeuropa auch nach der Wahl von Konstantin Tschernenko zum neuen Chef der KPdSU nicht geändert hat.

In einer „Wählerversammlung" in Minsk sagte Gromyko, die Vorschläge der Sowjetunion zur Verminderung der Zahl der in Europa stationierten Raketen blieben voll gültig. Er fügte hinzu: „Eine Bedingung ist notwendig: daß die Vereinigten Staaten und die NATO die Bereitschaft zeigen, zu der *Situation zurückzukehren*, die vor der Aufstellung der amerikanischen Raketen bestanden hat."

Der sowjetische Außenminister versicherte, Moskau trete für den Abschluß von Abmachungen zur Begrenzung und Verringerung der atomaren Rüstung ein. Dies sei jedoch nur möglich, „*auf der Grundlage der* Gleichheit und gleichen Sicherheit". Gromyko warf den USA vor, mit der Aufstellung neuer Waffen die Genfer Verhandlungen „gesprengt" zu haben. Die europäischen Verbündeten der USA trügen eine schwere Verantwortung für die gegenwärtige Lage, da sie die Stationierung akzeptiert hätten.

Lambsdorff warnt vor Protektionismus

USA sollen Auswirkung ihrer Wirtschaftspolitik auf die Partner überdenken

dpa/DW. New York

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat in New York die wachsenden protektionistischen Tendenzen in den USA scharf kritisiert. *Unter* Hinweis auf die Beschränkung der Edelstahl-Importe und Bestrebungen im Kongreß, Einfuhren mit Zusatzsteuern zu belegen (WELT vom 25./26. Februar), sagte der Wirtschaftsminister vor Mitgliedern der deutsch-amerikanischen Handelskammer, dies sei eine „ernste Entwicklung". Trotz der angekündigten Gegenmaßnahmen der Europäischen Gemeinschaft dürfe aber nicht von einem „Handelskrieg" gesprochen werden.

Die Partner der USA müßten „in aller Freundschaft" eindringlich an die Regierung in Washington appellieren, die Auswirkungen ihrer Wirtschaftspolitik auf Partnerstaaten stärker als bisher zu überdenken. Die Regierung der USA wiederum müsse verstehen, daß eine Politik, die ihre Auswirkungen auf andere Staaten außer Betracht lasse, nicht unbegrenzt fortgesetzt werden könne. Sie schade auch den Vereinigten Staaten und könne dort die „beneidenswert robuste Erholung der Wirtschaft" gefährden.

SEITE 11:
Schwere Mission

„Größte Besorgnis" äußerte der Bundeswirtschaftsminister über die hohen Haushaltsdefizite in den USA, die daraus entstehenden hohen Zinssätze, die weiterhin starke Position des US-Dollars und dessen rasche Kursschwankungen. Dies bedeute für Europa eine schwere Bürde, da Kapital in die USA abgezogen werde. In Staaten wie der Bundesrepublik Deutschland, in denen sich eine Erholung der Wirtschaft anbahne, – ohne daß sie schon sehr stark sei – könnte angesichts der amerikanischen Entwicklungen das weitere Wirtschaftswachstum gefährdet werden.

Lambsdorff trifft heute in Washington mit Mitgliedern der amerikanischen Regierung zusammen. Auch Begegnungen mit US-Vizepräsident George Bush und dem Chef des Internationalen Währungsfonds, Jacques de Larosiere, sind vorgesehen.

Fernsehnachrichten von Zeitungen

Verlage gründen Programmgesellschaft für Nutzung des Satelliten ECS

GERNOT FACIUS, Bonn

Die deutschen Zeitungsverleger haben jetzt einen weiteren entscheidenden Schritt getan, um Anschluß an die Medien-Zukunft zu finden: Mehr als 160 Zeitungen aller Größenordnungen schlossen sich zu einer Gesellschaft zusammen, die über den Europäischen Kommunikationssatelliten (ECS) ein aktuelles Informationsprogramm ausstrahlen wird.

Dieses Programm soll, wie gestern in Frankfurt präzisiert wurde, „in Inhalt und Form eine Alternative zu den Nachrichtensendungen von ARD *und* ZDF darstellen". Das heißt, die Gesellschaft mit der Bezeichnung „AKTUELL Pressefernsehen" (APF) will sich bemühen, gut recherchierte Berichte an die Stelle eines „Statement-Journalismus" zu setzen, wie er bei den elektronischen Medien praktiziert wird. Anders als bei den öffentlich-rechtlichen Systemen ARD und ZDF soll auch nicht unbedingt die Bonner Politik im Mittelpunkt stehen.

Für die Ausstrahlung eines solchen Informationsprogramms hatten die Ministerpräsidenten der Bundesländer am 23. Februar in Bonn die Weichen gestellt: Die Regierungschefs verständigten sich darauf, den Westkanal (Westbeam) des ECS privaten Veranstaltern zur Nutzung zu überlassen (WELT v. 25./26. 2.).

SEITE 3:
Die Leckerbissen sind weg

Das Nachrichtenangebot der APF, für die die beteiligten Zeitungsverlage Anteile in einer Gesamthöhe von 66 Millionen Mark zeichneten, soll fester Bestandteil eines dritten überregionalen Fernsehprogramms werden. Es ist in Zusammenarbeit mit einer Reihe von Zeitungs- und Zeitschriftenverlagen sowie der privaten Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) geplant. Über die Aufnahme der Sendetätigkeit wird der Aufsichtsrat der APF in Kürze entscheiden. Sitz der APF wird Bonn sein.

Die Gesellschaft verpflichtete sich, bestimmte Programmgrundsätze zu beachten, die sich aus dem rheinland-pfälzischen Gesetz über den Ludwigshafener Kabelfernsehversuch ergeben, wie ein Höchstmaß an Objektivität. Die gesellschaftlich relevanten Gruppen sollen in Nachrichten- und Magazinsendungen auch unmittelbar zu Wort kommen. Ein neunköpfiger Aufsichtsrat wird die Wahrung dieser Prinzipien kontrollieren.

Das Programm soll sich – und auch hierin unterscheidet es sich grundsätzlich von den öffentlich-rechtlichen Konkurrenten – langfristig aus Werbeeinnahmen finanzieren.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Profil und Neurose

Von Peter Gillies

Wir hätten schlechte Unternehmer, wenn sie stets das glaubten, was man über sie verbreitet. Nicht aufholbarer Rückstand in der Technologie, düstere Signale von Amerikas Finanzpolitik, unabwendbare Massenarbeitslosigkeit mit Gefahr für den sozialen Frieden, sonstige Gefahren allerorten – so jedenfalls zeichnen es wollüstig die medialen Bildner.

Die Unternehmen greifen jedoch zu einer mundgerechten Methode, mit diesen Lebenslinien fertig zu werden: sie pfeifen drauf. Ihr Selbstbewußtsein strotzt, wenn man einer Umfrage der Industrie- und Handelskammern unter vierzehntausend Firmen glauben darf. Sie schätzen ihre Wettbewerbsfähigkeit so zuversichtlich ein wie seit Jahren nicht mehr. Die Erfolge auf den Märkten von heute und die Aussichten für jene von morgen sind die Basis dieser „much-future"-Mentalität.

Nun wäre es töricht, die allfälligen Gefährdungen zu übersehen oder zu verniedlichen. Die protektionistische Versuchung und die finanzielle Labilität bleiben globale Krisensymptome. Aber es gibt Unternehmer, die sie – und anderes – für lösbar halten. Dieser Berufsstand weiß wie kaum ein anderer, daß Lösungen nicht vom Himmel fallen. Es sei denn, man schickt sie selber empor.

Mit dem „Prinzip Hoffnung" sind keine Umsätze zu machen, keine Gewinne und keine Arbeitsplätze. Die Marktdaten und die eigene Reaktion darauf entscheiden. Die jüngste Zinsentwicklung ist ein solches Datum, das Untergangsstimmung widerlegt. So sehr die Dollarstärke den Export ankurbelte, so wenig sind jetzt die wohltuenden Wirkungen der stetigen D-Mark-Aufwertung zu übersehen. Nicht ein Beschluß der Bundesbank, schlankweg die Zinsen zu senken, koppelt von den hohen ausländischen Zinsen ab, sondern die Stabilitätspolitik zu Hause. Sie macht die Deutsche Mark attraktiver.

Hinzu kommt, daß der Staat seine – noch immer hohe – Neuverschuldung schon weitgehend plaziert hat. Ein zinssteigernder Effekt geht von seiner Finanzpolitik einstweilen nicht aus. Das wirkt wohltuend, ist man doch in früheren Jahren mit Solidität von Amts wegen nicht verwöhnt worden. Und sinkende Zinsen bei noch immer moderaten Preissteigerungen stimulieren Investitionen und Innovationen.

Argentinische Prüfung

Von Manfred Neuber

Am La Plata geht der südliche Sommer zu Ende, und für Argentiniens neue Demokratie ziehen die ersten Herbststürme herauf. Kann Präsident Alfonsin seinen mutigen Kurs halten? Auf die Euphorie über seine Wahl und die Amtsübernahme des populären Präsidenten muß – früher oder später – die Ernüchterung folgen.

Alfonsin hatte einen furiosen Regierungsstart. Nach den ersten hundert Tagen in der Casa Rosada stößt er jetzt an Grenzen des Machbaren. Der nationale Konsensus, die depri- ... Geschichte von Caudillo- und Militärherrschaft ab-

Bei vierzig Milliarden Dollar Auslandsschulden und einer dreistelligen Inflationsrate stellt Argentiniens wirtschaftlicher Niedergang den Präsidenten vor schwere Probleme. Wenn seine Landsleute aus den Ferien kommen, ist der Peso wieder weniger wert, ohne daß sich ein Aufschwung abzeichnet.

Ob und wie schnell Alfonsin die finanzielle Misere Argentiniens beheben kann, das wird für die Verankerung der demokratischen Ordnung entscheidend sein. Es geht dabei nicht ohne Opfer der Allgemeinheit ab, und da muß dieses Volk, das früher auf die Versprechungen von Demagogen hereinfiel, erst seine staatsbürgerliche Reife beweisen.

In den vergangenen Wochen hat die „Vergangenheitsbewältigung" als Ventil für den Zorn über das abgelöste Militärregime gedient. Alfonsin beweist bei der Abrechnung mit den Generalen Augenmaß. Aber er gerät zunehmend zwischen zwei Feuer: Die Angehörigen der Verschwundenen verlangen ein schärferes Vorgehen gegen die Schuldigen; in den Streitkräften rührt sich konspirativer Unwille.

Schon wieder droht eine unheilige Allianz von Militärs und Peronisten, die gegen die Gewerkschaftsreform Alfonsins angehen. Die Tumulte im Kongreß waren ein böses Omen. Doch diesmal sollte die politische Vernunft in Buenos Aires stärker sein als der Glaube an unselige Mythen.

Versuchstiere

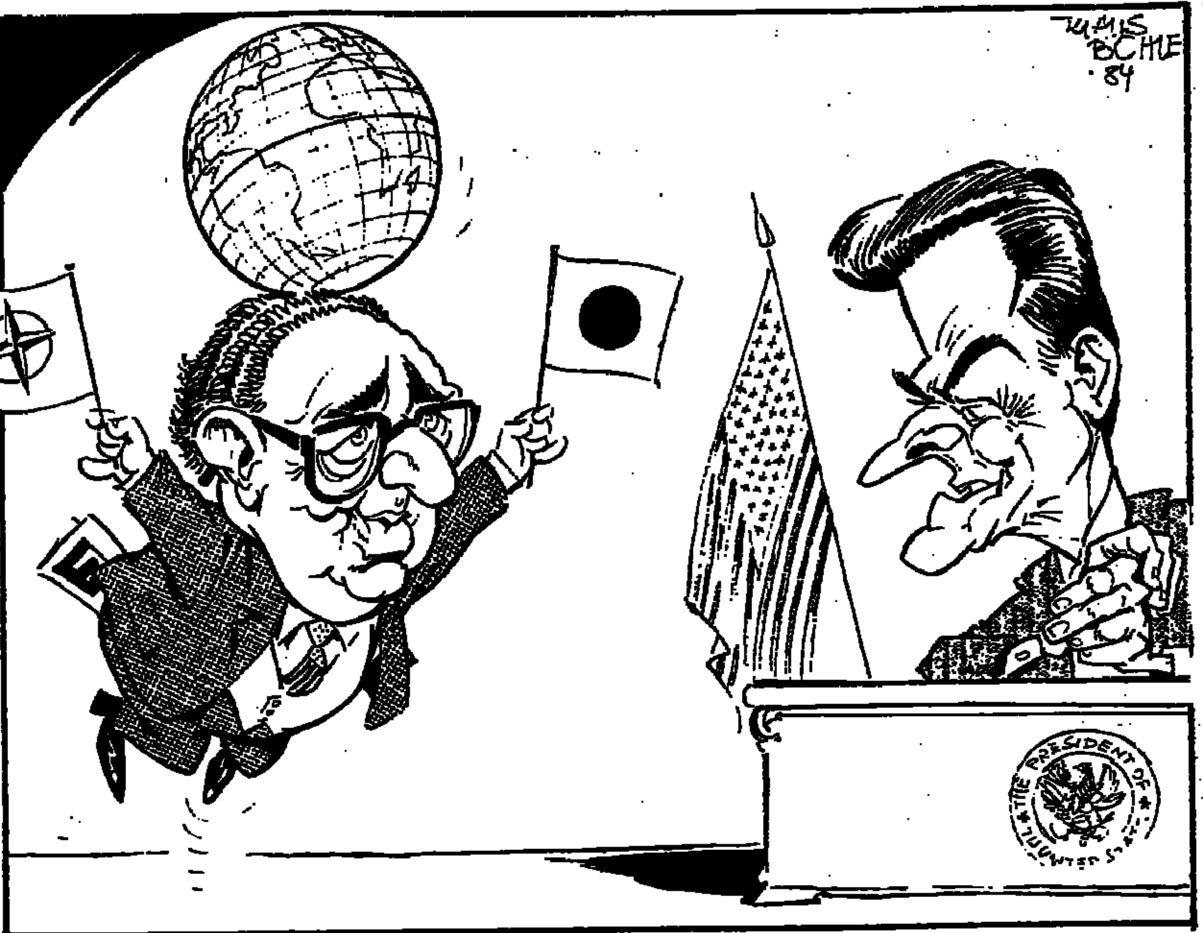
Von Joachim Neander

Eine autonome Tierschützergruppe, so erfährt man aus Ahrensburg in Holstein, hat in einer spontanen Aktion etwa fünfhundert zu Versuchszwecken gezüchtete Meerschweinchen befreit. Der Leser wird gebeten, die hier zur Kennzeichnung hohler Phrasen und sinnentleerter Klischees erforderlichen An- und Abführungszeichen im Geiste selber zu setzen.

An der Meldung interessiert nicht so sehr die Frage, wie viele der befreiten Meerschweinchen in einem Vierteljahr wohl noch am Leben sein werden, oder warum die in dem unter Gesetzanwendung heimgesuchten Betrieb in Mengen angetroffenen Ratten und Mäuse des Privilegs, befreit zu werden, nicht teilhaftig geworden sind. Interessant ist vielmehr das Muster der Angelegenheit.

Wo und wann immer ein Thema medienwirksam aktuell zu werden beginnt, formieren sich hierzulande Gruppen mit phantasievollen Namen zur befreienden Tat. Die Tatkraft als – wie sagt man so treffend – „sinnliche Selbsterfahrung" wird augenfällig dadurch, daß dabei mindestens ein Gesetz verletzt, eine Fensterscheibe eingeworfen, ein Polizist provoziert, eine Barriere übersprungen, ein Gericht bemüht werden muß. Und viele (man weiß nicht recht, ob auch die Aktionäre selber) glauben immer noch, mit solcherart Aktion werde etwas verändernd oder bessernd in Bewegung gesetzt.

Aber das Zeitwort „agieren", das der Aktion zugrunde liegt, hat im Deutschen eine verräterisch doppelte Bedeutung. Es heißt „handeln", aber auch „Theater spielen". Wer diese spontanen Aktionsgruppen beobachtet, wie sie von Szene zu Szene, von Thema zu Thema eilen, wie sie Kernkraft, Raketen, Tierversuche oder „mein Bauch gehört mir" saisongerecht als zugkräftige Schauspiel-Sujets benutzen, der kommt rasch drauf: Es sind in der Regel Theatergruppen. Nichts gegen Theater. Aber man sollte es nennen dürfen, was es ist, und pfeifen dürfen, wenn das Stück miserabel ist. Man sollte vor allem darauf verzichten, den neuen Gruppenmenschen unbesehen das Pathos der verändernden oder gar befreienden Tat umzuhängen, wenn nicht wenigstens ein Hauch von dauerhafter persönlicher Verantwortung dahinter zu spüren ist.



„Ich wäre startbereit, Mr. President!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Der Kardinal und die Gewalt

Von Fritz Wirth

Der bewaffnete Kampf ist notwendig und moralisch gerechtfertigt." Dies sind nicht Worte eines Militärs. So spricht ein britischer Parteipräsident und Unterhausabgeordneter. Der bewaffnete Kampf, den er meint, richtet sich nicht gegen irgendeinen anonymen Gegner. Dieser britische Politiker hat sehr bestimmte Zielvorstellungen: beispielsweise britische Soldaten, nordirische Polizisten und Richter.

Dieser bewaffnete Kampf zerreißt und zerstört seit fünfzehn Jahren die Provinz Ulster. Er hat bis zur Stunde 2384 Tote gekostet, unter ihnen 1316 Zivilisten, von denen viele nichts mit diesem bewaffneten Kampf zu tun hatten. So wie jene, die vor zehn Wochen beim Weihnachtseinkauf in London von einer Bombe zerrissen, und jene, die kurz zuvor beim Gebet in einer Kirche in Armagh erschossen wurden.

Der Mann, der diese Art von be- ... Gerry Adams. Er ist seit dem letzten November Chef der „Provisorischen Sinn Fein Partei", die euphemistisch gern der „politische Arm" der Terrororganisation IRA genannt wird. Der angesehene ehemalige Chefredakteur des „Observer", Conor Cruise O'Brien, ein Bürger Irlands, sieht das direkter. Er trennt IRA und Sinn Fein nur noch durch einen Bindestrich und verglich Sinn Fein-IRA kürzlich mit der Mafia.

Diese Sinn Fein Partei ist in den letzten zwei Jahren zu einer ernst zunehmenden politischen Kraft in Ulster geworden. Sie ist dabei, die nordirischen Sozialdemokraten aus der Rolle des politischen Sprechers und Repräsentanten der nordirischen Katholiken zu verdrängen. Ihr politisches und strategisches Credo lautet, „mit der Waffe und der Wahlurne die irische Wiedervereinigung zu erzwingen". Bis heute hat sie den Bombenanschlag ihrer Schwesterorganisation IRA auf das Londoner Kaufhaus Harrods nicht verurteilt.

Seit einigen Wochen nun sind bemerkenswerte Versuche zu erkennen, dieser IRA-Sinn Fein politische Respektabilität zu geben. Joan Maynard, Unterhausabgeordnete und Mitglied des Labour-Parteivorstands, verwandte sich dafür, die IRA-Männer der Gewalt nicht mehr Terroristen, sondern Freiheitskämpfer zu nennen. Nun ist Miss Maynard trotz ihrer Parteifunktionen nicht unbedingt ernst zu nehmen. Ihre Partei, die sich sofort von diesen Äußerungen distanzierte, ist mit der Anwesenheit dieser Dame im Vorstand genug gestraft.

Beunruhigender dagegen war der kürzliche Versuch des Kardinals O'Fiaich, des höchsten katholischen Würdenträgers Irlands, einen „modus vivendi" zur Sinn Fein Partei zu finden. Im irischen Fernsehen zu einer moralischen Verurteilung von Sinn Fein aufgefordert, wand sich der Kardinal mit dieser Erklärung aus der Affäre: „Wenn jemand dieser Partei beitritt, um die gewaltsamen Aktivitäten der ... moralisch falsch. Wenn er ihr jedoch beitritt, um ihre Gemeindearbeit, ihr Wohnungsbauprogramm und ihre Arbeit für örtliche Umweltverbesserungen zu unterstützen, dann mag dies moralisch gerechtfertigt sein. Er muß das mit seinem Gewissen abmachen."

In diesem Ratschlag versammeln sich auf bedrückende Weise Schizophrenie, Opportunismus und Ignoranz. Der Rat ist einem nordirischen Bürger so nützlich, als hätte man einem Bürger im Dritten Reich angeboten: Wenn du der Meinung bist, daß Hitler die Arbeitslosigkeit beendet und schöne Autobahnen baut, dann mag es moralisch gerechtfertigt sein, seiner Partei beizutreten; wenn du jedoch glaubst, daß du damit den Bau seiner Konzentrationslager unterstützt, dann natürlich nicht.

Die irische Regierung in Dublin, der man gewiß kein gestörtes Verhältnis zur katholischen Kirche nachsagen kann, ging denn auch sofort auf Distanz zu dieser Kardinals-Erklärung: „Sinn Fein hat sich öffentlich und in einer Weise, die nicht mißverstanden werden kann, für die Unterstützung einer Kampagne des Mordes und der Einschüchterung ausgesprochen, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Die Regierung glaubt ... andere politische Aktivitäten dieser Partei jemals Gründe für die Unterstützung Sinn Feins in irgendeiner Form sein können." Deutlicher ist in Irland die Kirche kaum je vom Staat zurechtgewiesen worden.

Der Kardinal indes bedarf nicht einmal dieser weltlichen Korrekturen. Es gibt ein Dokument, das das Verhältnis der katholischen Kirche zum Terror in undisputierbarer Klarheit beschreibt. Es ist der Text der Rede, die der Papst am 29. September 1979 in Drogheda in Irland hielt.

In dieser Rede ist mit keiner Silbe eine Rechtfertigung des von der IRA geführten gewaltsamen Kampfes und kein einschränkendes „Wenn und Aber" zu finden, wohl aber der unvergeßliche Satz: „Auf meinen Knien flehe ich euch an, lasset ab von der Gewalt. Denn Gewalt gebiert nur neue Gewalt."

Der Kardinal war Ohrenzeuge. Er hätte bei seiner denkwürdigen Fernsehvorstellung nicht seine erstaunlichen advokatischen Fähigkeiten, sondern nur sein Gedächtnis zu bemühen brauchen.




Mordkomplizenschaft und Gewissen: Kardinal O'Fiaich FOTO: AP

IM GESPRÄCH Alan Garcia Perez

Der jüngste Kandidat

Von Werner Thomas

Er erreicht im Mai noch rechtzeitig das 35. Lebensjahr, das Mindestalter für einen peruanischen Präsidentschaftskandidaten. Alan Garcia Perez bestreitet jedoch nicht nur als Bewerber der sozialdemokratischen „Partido Aprista Peruano" (PAP) den Wahlkampf. Er spielt auch die Favoritenrolle.

Auf einem Halbkontinent, wo führende Politiker gewöhnlich zum älteren Semester zählen, gilt dieser junge Mann als ein Phänomen. Zumindest in Peru vollzieht sich ein radikaler Generationswechsel. Alan Garcia, der Nachfolger des konservativen Präsidenten Fernando Belaunde Terry (72) werden will, symbolisiert eine neue Politikergeneration in Lateinamerika. Es handelt sich um junge Akademiker, die Pragmatismus mit Populismus verbinden und dadurch ein breiteres Wählerpotential erschließen. Sie mögen Christdemokraten sein – die in dieser Region gewöhnlich ihre europäischen Parteifreunde links überholen – oder Sozialdemokraten: Spaniens Premier Felipe Gonzalez dient ihnen als Vorbild.

Garcia, ein großer, massiger Mann, der sich nur mühsam in elegante Zweireiher-Anzüge zwängt, hat an der Pariser Sorbonne politische Wissenschaften studiert. Er war bereits als Teenager der Günstling des Vaters der Aprista-Bewegung, Victor Haya de la Torre. Als Haya de la Torre 1979 starb, wurde Garcia Generalsekretär der Partei und bei den Wahlen ein Jahr später Kongreßabgeordneter.

Der junge Politiker konnte sich durch geschicktes Taktieren die Präsidentschaftskandidatur sichern: Er bewegte sich stets in der Mitte. So manövrierte sich der linkslastige Armando Villanueva bald ins Abseits, der ursprünglich Nachfolger von Victor Haya de la Torre werden wollte. Obgleich Garcias Gegner von ihm gelegentlich das Image eines konservativen und unreifen Opportunisten verbreitet haben, nominierten ihn jetzt 95 Prozent der Parteimitglieder, ein überwältigender Vertrauensbeweis.

Die Aprista-Partei ist mittlerweile wieder die stärkste politische Bewegung Perus. Bei den Kommunalwahlen im November vergangenen Jahres gewann sie 32,5 Prozent der Stimmen. Die marxistische Linke folgte mit 29,5 Prozent. Die regierende „Acción Popular"-Partei des Präsidenten Belaunde Terry erhielt lediglich 17,6 Prozent. Sie büßte für die schwere Wirtschaftskrise und Belaundes Führungsschwäche.



Will den Mentor Haya übertreffen: Garcia FOTO: AP

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden der konservative Christdemokrat Francisco Bedoya, ein früherer Bürgermeister Limas, und der Marxist Alfonso Barrantes, seit Januar Staatsoberhaupt, die gefährlichsten Rivalen Garcias bei den Präsidentschaftswahlen sein. Politische Beobachter gaben Garcia die besten Chancen. Allerdings: Wenn keiner der Bewerber im ersten Wahlgang eine absolute Mehrheit erlangt, müssen die beiden Spitzenreiter eine zweite Runde bestreiten. Bisher noch unberechenbar Koalitionsbildungen sind dann möglich.

Wenn Alan Garcia Perez triumphieren sollte, wäre er nicht nur der jüngste Präsident in der peruanischen Geschichte. Er wäre auch der erste Aprista-Mann im höchsten Staatsamt. Sein Mentor Haya de la Torre hat dieses Ziel nie erreichen können.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG

Hier heißt es zur Kriegsdienstverweigerer-Initiative der SPD:

Das Grundgesetz bindet die Verweigerung des Wehrdienstes an Gewissensgründe. Allerdings liefert es keinen Maßstab, wie sie einwandfrei festgestellt werden sollen. Die Schwierigkeit der Gewissenserforschung verleitete die SPD, als sie noch regierte, dazu, vor dem Problem zu kapitulieren. Sie führte die Postkartenlösung ein, die keinen Unterschied zwischen Gewissensverweigerern und Drückebergern machte, handelte sich damit einen steilen Anstieg von Anträgen und eine Niederlage vor dem Verfassungsgericht ein. Danach schob sie die Angelegenheit der jetzigen Regierung zu, die sie durch den „Tatbeweis" (längeren Zivildienst) praktisch zu lösen hofft. Das aber ist der SPD wiederum nicht recht. Ihre Bekenntnisse zur Landesverteidigung werden dadurch nicht klarer.

Tribune de Genève

Die Affäre um die Angehörigen Stophs wird von der Schweizer Zeitung kommentiert:

Privilegien, Geld, Sonderrechte – die Familie Berg hat auf all das verzichtet, als sie am Freitagabend in die westdeutsche Botschaft in Prag flüchtete und um politisches Asyl ersuchte. Für manche ist die Freiheit offensichtlich verlockender als der diskrete Charme der Nomenklatura: Selbst ein goldener Käfig ist und bleibt ein Käfig. Das Tragische an der Berg-Affäre ist jedoch die enge Verstrickung der Politik und des Schicksals einer Familie. Indem sie das freie Deutschland um Hilfe bat, ist die Nichte des Ministerpräsidenten des geknechteten Deutschland mit ihrer Familie eine Geisel der innerdeutschen Politik geworden ... Daher ist zu befürchten, daß Bonn aus Rücksicht auf die Hoffnungen Tausender vom Sozialismus enttäuschter Ostdeutscher gezwungen sein wird, die Familie Berg zumindest für eine gewisse Zeit in ihren Käfig zurückzuschicken, der von jetzt an nicht mehr golden sein wird.

DIE GLOCKE

Zu den Schweizer Autobahngebühren meint das Oelder Blatt:

Auch die Bundesregierung in Bonn hat allen Grund, über das Ergebnis der Schweizer Volksabstimmung enttäuscht zu sein. Seit langem appellieren doch die Bonner an ihre europäischen Nachbarn, dem bundesdeutschen Beispiel zu folgen und auf die Autobahngebühren zu verzichten. So gesehen kann man die Schweizer Entscheidung auch als eine Ohrfeige für Deutsche bezeichnen. Wie lange die Bundesrepublik angesichts dieser Lage eine „Insel der Freizügigkeit" in Europa bleiben kann, muß abgewartet werden.

Die Fürsten am Golf und die libanesische Erfahrung

Was machen die Amerikaner, wenn Mubarak das Camp-David-Abkommen kündigt? / Von Peter M. Ranke

Nach dem Abzug der US-Marines und der Kündigung des Abkommens mit Israel durch den Präsidenten Amin Gemayel fragt man sich auf christlich-libanesischer Seite (wo besonders Ex-Präsident Camille Chamoun und der Milizenchef der „Lebanese Forces", Fadi Frem, für das Abzugsabkommen mit Israel eintraten): Was macht Washington, wenn Ägyptens Präsident Mubarak den Friedensvertrag mit Israel von 1979 annulliert? Nicht heute, aber eines nicht zu fernen Tages könne er sich dank amerikanischer Waffenhilfe dafür stark genug fühlen. Die USA sind Mitunterzeichner des Camp-David-Abkommens, so, wie sie auch Vermittler des libanesisch-israelischen Vertrages vom 17. Mai 1983 sind.

Christliche Politiker in Ost-Beirut reagieren bitter und enttäuscht auf die amerikanische Haltung und lassen kaum amerikanische Schuldzuweisungen an die Adresse des libanesischen Präsidenten Gemayel gelten. Als unverständlich empfindet beispielsweise Dany Chamoun von der Nationalliberalen Partei, daß Washington jetzt trotz der Niederlage in Beirut neue Friedensaktionen mit König Hussein von Jordanien ansteuere. Hussein könne von Syrien ebenso unter Druck gesetzt werden wie Gemayel. Syrien bekomme jetzt eine beherrschende Veto-Rolle in der libanesischen Politik, heißt es. Die rund eine Million Christen fühlen sich allein gelassen und preisgegeben.

Wie konnte die Begegnung des kleinen Libanon mit der Weltmacht USA nur so entsetzlich fehlschlagen? Diplomaten und Politiker in Beirut ziehen folgende Schlüsse:

1. In einem so begrenzten Konflikt wie Libanon hätte die Weltmacht USA durch „Stellvertreter" eingreifen müssen, nicht mit eigenen Marines und Kriegsschiffen. So, wie die Sowjets, die die Syrer vorschickten, während die Syrer wiederum Drusen und Schiiten einsetzten. Die bloße Präsenz dreier Atommächte (USA, England, Frankreich) mit Truppen ohne Kampfauftrag in Beirut habe der Regierung Gemayel militärisch und politisch nicht helfen können.

2. Für eine Atom-Weltmacht wie Amerika ist konventioneller Krieg als Fortsetzung der Politik ohnehin nur unter großen Risiken möglich. Das trifft jedoch nicht für konventionelle Mittelmächte wie Syrien und Israel zu. Doch als Israel 1982 bereit schien, die syrischen Truppen aus dem Großteil Libanons zurückzuschlagen, fiel Washington den Israelis in den Arm, während Moskau Syrien sofort wieder aufrüstete.

3. Das libanesische Regime Gemayel sieht sich vor allem auch als Opfer einer unklaren amerikanischen Nahostpolitik zwischen Weißem Haus, State Department und Pentagon. Während Präsident Reagan Libanon volle Souveränität und Unabhängigkeit ohne fremde Truppen zusicherte, sprach sein Nahostbeauftragter McFarlane davon, daß Syrien in Libanon „berechtigte Interessen" habe. Ständig habe Washington auf Syrien, Saudi-Arabien und Ägypten Rücksicht genommen, weil es ja den „Friedensprozeß" fördern wollte.

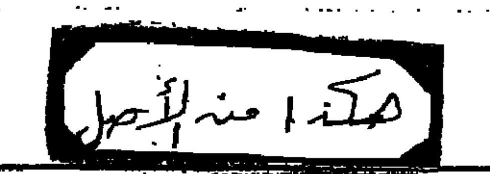
4. Sowjetpolitiker haben von Anfang an erklärt, die „NATO-Truppe" müsse Beirut räumen. Entsprechend hoch war die militärische Hilfe Moskaus für Syrien und die Drusenmilizen. Eine Elite-Einheit wie die Marines nur als „Friedenspolizei" nach Beirut zu senden, war unglaubwürdig für die Festigkeit der US-Politik von Anfang an. Die „Politik des Zusehens" und der gegenseitigen Unterstützung für die libanesische Armee brach am 23. Oktober mit den Selbstmordattacken und mehr als dreihundert Toten bei den Marines und französischen Paras zusammen.

5. Völlig unverständlich ist es allen Libanesen, Christen wie Moslems, daß Amerika auf die Überfälle mit Ratlosigkeit und eigenen Schulduntersuchungen antwortete, anstatt gegen die Terrorquartiere in der Bekaa-Ebene zurückzuschlagen. Als das halbherzig versucht wurde, verloren die Amerikaner zwei Maschinen durch syrische Abwehr.

6. Der Hauptfehler von Amin Gemayel war es, daß er das amerikanische Engagement in Beirut überschätzte und sich zu sicher war, mit Hilfe der USA eine Friedenslösung auch gegen die Syrer finden zu können. Daher unterließ er es, der Opposition der Schiiten und Drusen rechtzeitig Zugeständnisse zu machen und sie stärker an der Regierung zu beteiligen.

7. Die Syrer waren von Anfang an zur „Lösung" des Libanon-Problems, in dem sie seit 1976 stecken, durch militärische Mittel entschlossen. Davor schreckten nach Meinung von Fadi Frem die USA zurück, ebenso Präsident Amin Gemayel als unerfahrener Machtpolitiker.

Die Folge: Gemäßigte Araber-Staaten werden nicht mehr auf die USA und ihre Unterstützung in der Krise bauen. Das kann zu Überreaktionen von seiten der USA z. B. in der Straße von Hormuz führen, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Aber Saudi-Arabien oder andere Golf-Staaten werden sich nicht mehr militärisch an der Seite Washingtons engagieren. Der Preis ist ihnen, wie das Schicksal Amin Gemayels zeigt, zu hoch.



Nixdorf - vom Bastler im Keller zum Wunderkind

Nixdorf, das heißt seit Jahren Erfolg. Nixdorf, das zeigt, daß sich die Europäer bei Computern nicht vor Japanern und Amerikanern verstecken müssen. Jetzt geht der Selfmademan Heinz Nixdorf an die Börse und droht mit einem Umzug von Paderborn nach München.

Von JOACHIM WEBER

Fast meinte man, Heinz Nixdorf wollte sich noch dafür entschuldigen, daß er sich nun doch den letzten Ruck gegeben und beschlossen hatte, mit seiner Nixdorf Computer AG an die Börse zu gehen. „Ich gebe gerne zu: Ich wäre mir undankbar vorgekommen, wenn ich jetzt Nein gesagt hätte", erklärte er mit leichter Selbstironie, als er vor wenigen Tagen seinen Entschluß verkündete.

Der, dem er sich zur Dankbarkeit verpflichtet fühlte, saß jetzt wieder zu seiner Rechten, wie schon einmal im November 1978 bei einer ganz ähnlichen Veranstaltung: F. Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank. Schon damals, vor fünf Jahren, wähnte sich Christians seinem Ziel ganz nahe, den Kapitalanlegern endlich einmal wieder ein neues, attraktives Papier anbieten zu können.

Doch noch in der Pressekonferenz, in letzter Minute, zog Nixdorf die Notbremse, legte er ein 25-Prozent-Paket „seiner" Aktien erst einmal bei der Deutschen Bank auf Eis und nicht dem Aktionär zu Füßen. Gar zu sehr schreckte ihn wohl immer noch die Vorstellung, sich von irgendwelchen Außenstehenden in Aufsichtsrat und Hauptversammlung in die Geschäfte hineinreden zu lassen. Die Abmachung mit seinem Bank-Partner beinhaltete denn auch das Recht der Familie Nixdorf zum Rückkauf ihrer Anteile.

Erst im April 1981 rang sich der immer etwas eigenwillige Firmenchef zu dem Versprechen durch, innerhalb von drei Jahren aus Nixdorf eine „richtige" Aktiengesellschaft zu machen. Eingelöst wurde es nun in letzter Minute, aber – wie bei dem westfälischen Selfmade-Unternehmer nicht anders zu erwarten – pünktlich.

Die jetzt gefundene Form reflektiert aber immer noch das Widerstreben des Firmengründers gegen jede Fremdbestimmung: Der 20prozentige Anteil an der Computer-Gesellschaft, der im Juni dem freien Markt angeboten wird, besteht ausschließlich in stimmrechtlosen Vorzugsaktien. Der Chef bleibt Chef in Paderborn.

Den Aktionären wird es nicht schaden. Der Mann, den das amerikanische Wirtschaftsmagazin „Business Week" einst als das „deutsche Wunderkind" bezeichnete, hat seine unternehmerischen Talente wahrlich ausreichend unter Beweis gestellt. Aus einem Kellerbetrieb in Essen, den er 1952 noch als 27jähriger Student der Physik aus dem Nichts und mit einem Moped als Geschäftsfahrzeug gründete, ist inzwischen ein Weltunternehmen mit 2,7 Milliarden Mark Umsatz und 17 500 Mitarbeitern geworden.

Stillstand hat es in der ganzen Zeit nie gegeben. 1968 setzten die Paderborner zum ersten Mal mehr als 100 Millionen Mark um. Und nachdem sie mit den damals desolaten Wanderer-Werken auch noch eine breite Vertriebsbasis gewonnen hatten, dauerte es bis zur ersten Milliarde nur noch bis 1978. Schon drei Jahre später war das Doppelte erreicht.

Nixdorf zeigt wenig Neigung, den Fuß vom Gaspedal zu nehmen. Auch in den nächsten vier Jahren soll sich der Umsatz verdoppeln, sollen 8000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die ehrgeizige Zielsetzung erleichterte wohl auch den Gang zur Börse: „Das geht kaum mehr ohne Kapital von außen", mußte selbst Heinz Nixdorf einsehen.

Seine wirklich beeindruckende Dynamik – im Schnitt der 15 Jahre seit 1968 wuchs der Umsatz alle zwölf Monate um 22 Prozent – verdankt der Paderborner Vorzeigebetrieb der Freude seines selbstbewußten Vorturners, vieles anders zu machen als andere, aber auch seiner Fähigkeit, sich jüngere Kollegen ins Management zu holen und sie mit seiner Begeisterung anzu[illegible] letzt seiner treffsicheren Voraussicht.

Nixdorf kann sich über viele Prognosetreffer freuen, die auch das Unternehmen vorangebracht haben. Ganz besonders befriedigt ihn aber ein eigentlich unwichtiger, der Gründungsname seines Unternehmens: „Labor für Impulstechnik – das war schon 1952 die völlig richtige Bezeichnung für all das, was sich heute unter dem Stichwort Digitalisierung abspielt", verbuchte er dieser Tage noch einen Punkt für sich.

„Dieses Unternehmen hat nie kopiert, es ist immer seinen eigenen Weg gegangen", formulierte Nixdorf einmal seine Maxime der Eigenwilligkeit. Beispiele dafür gibt es zuhauf.

Als die meisten Computer-Programme noch individuell „von Hand gestrickt" wurden, setzten sie auf Software „von der Stange", die – nach anfänglichen Problemen – per Baukastensystem immer anpassungsfähiger wurde. Und während alle anderen Europäer wie die Kaninchen vor der Schlange gebannt die amerikanischen Elektronik-Erfolge bestaunten, wagte es Nixdorf, Eulen nach Athen, sprich: deutsche Computer in die USA zu tragen.

Nachdem der US-Umsatz inzwischen runde 15 Prozent zum Weltgeschäft beiträgt, will er einer anderen Elektronik-Bastion zu Leibe rücken, dem südostasiatischen Raum, wo neue Nixdorf-Engagements schon im Werden sind. Dort wie in den USA geht es nicht nur ums Verkaufen. Der ebenso brilliante Techniker wie Marktstratege weiß, in welchen (Forschungs-)Küchen das Topfgucken Spaß und profitable Erkenntnisse bringt.

Noch fließen die meisten dieser Informationen heim in Nixdorfs Vaterstadt Paderborn, der der drahtige Westfale bislang eisern die Treue gehalten hat. Doch für ein Unternehmen mit zunehmend internationaler Orientierung erweist sich der Standort allmählich als Hemmnis.

„Die Verkehrs-Infrastruktur in Westfalen dürfte mit die schlechteste [illegible] Unternehmenslenker und präsentiert seine Forderungen: Anschluß der Region an die großen deutschen Flughäfen, Schaffung eines Luftverkehrs von der Provinz in die Provinz, Anschluß an den Intercity-Verkehr und bessere Autobahnverbindungen, vor allem zum Zentrum Frankfurt.

„Wenn das nicht erfüllt wird, ist der Standort Paderborn nicht zu halten", droht der gerngesehene, aber oft unbequeme Steuerzahler den Regierenden seiner Provinz. Und um die Ernsthaftigkeit zu unterstreichen, wird derweil schon ein 20 000-Quadratmeter-Gebäude in München gebaut, jener Stadt, „die sich sowieso zum deutschen Elektronik-Zentrum entwickelt".



Heinz Nixdorf: Das Unternehmen hat nie kopiert; es ist immer seinen eigenen Weg gegangen. FOTO: WOLF P. PRANGE

ARD und ZDF schnappen den Privaten die Leckerbissen weg

Nach dem ARD-Spielfilm-Coup – 200 Millionen Mark für 1500 US-Filme – zieht Mainz jetzt nach: Wie es heißt, sollen für 250 Millionen Mark 1200 Filme gekauft werden. Etwa 750 Streifen von dem Münchner Filmkaufmann Leo Kirch, 134 von der Ullstein AV und 316 von 12 weiteren Anbietern.

Von REGINALD RUDORF

Am Vormittag des 2. März kann sich ZDF-Intendant Dieter Stolte vergnügt die Hände reiben: Der Fernsehrat wird auf seiner 7. Sitzung im Sendezentrum auf dem Lerchenberg eine Spielfilm-Investition im Nachtragshaushalt '84 absegnen, die das ZDF in den kommenden 10 Jahren aller abendlicher Programmsorgen gegenüber privaten Anbietern und der ARD entheben dürfte.

Hauptstück des Filmkuchens sind 750 US-Streifen aus der Handelsmasse des Münchner Filmkaufmanns Leo Kirch, für die Mainz allein etwa 150 Millionen Mark zu berappen beabsichtigt – also etwa 200 000 Mark pro Kirch-Kintopp, 55 000 Mark pro Streifen mehr, als die ARD pro MGM/UA-Film zahlte, nämlich 145 000 Mark. Genau diese 55 000 Mark dürften, wenn die Zahlen am 2. März vom ZDF bestätigt werden sollten, die Einsparung der ARD umreißen, die diese durch Umgehung Kirchs mit dem Direktkauf in Hollywood erzielte.

Kirch, frustriert durch den Alleingang der ARD, versüßt dem ZDF den Mehr-Preis durch leckere Zusätze: So kann Mainz etwa 500 Filme aus dem eben erworbenen MGM/UA-Paket der ARD vor der Konkurrenz des ersten Programmes senden, weil eben diese Titelrechte noch zehn Jahre bei Kirch liegen, ehe die ARD diese Filme senden kann – darunter Top-Movies wie „Casablanca", „West Side Story" oder „Ein Amerikaner in Paris". Bei den 134 von der Ullstein AV erworbenen Spielfilmen handelt es sich um anglo-amerikanische und französische Streifen, die die Springer-Tochter Ullstein AV vor zwei, drei Jahren vom Schweizer Filmgrossisten Arthur Cohn für 16 Millionen Mark aufkaufte.

Bei den übrigen Filmen, die sich auf 12 Anbieter verteilen, handelt es sich um kinematografische Gemischtware aus verschiedenen europäischen Ländern und östliche Produktionen. Bei beiden öffentlich-rechtlichen Sendesystemen dürften die Millionencoups natürlich auch Nachteile haben: Einmal die Zins-Problematik für die Millionen, die sich ARD und ZDF besorgen müssen – die ARD mußte bereits 30 Millionen Mark an MGM/UA überweisen, obschon solche Spitzenstücke wie „Die glorreichen Sieben" oder „Gigi" erst in zehn Jahren ausgestrahlt werden dürfen. Zum anderen wird die Landesrechnungshöfe beschäftigen, ob die Ankäufe preisgerecht waren oder unter dem Konkurrenzdruck zu teuer getätigt wurden.

Die Aufsichtsgremien des ZDF wird möglicherweise noch die pikante Frage beschäftigen, wieso die Anstalt gegen die eigene Regel verstoßen hat, wonach höchstens 40 Prozent bei einem Einkauf von einem Anbieter stammen dürfen.

Die ZDF-Spielfilm-„Nachrüstung" nach der ARD-„Vorrüstung" bestätigt jene von RTL-Chef Thoma befürchtete öffentlich-rechtliche Strategie, der aufkeimenden Privatkonkurrenz a priori die amerikanischen Filmstocks wegzukaufen. Tatsächlich werden es die privaten Anbieter künftig schwer haben, auf dem Feld der Spielfilmkonkurrenz mitzuhalten. Denn die knapp 3000 Filme, die ARD und ZDF sich jetzt in den Staaten gesichert haben, stellen, bis auf 500 weitere Spitzenfilme, die Creme des Hollywood-Stocks dar, der insgesamt etwa 50 000 Filme umfaßt.

Die Befürchtungen professioneller Pessimisten, daß man heute noch gar nicht wissen könne, ob der Zuschauer die erworbenen US-Streifen in zehn oder 15 Jahren noch sehen will, können die TV-Einkäufer schnell zerstreuen: Obwohl die Sehgewohnheiten der Zuschauer wie auch der Zugriff der Video-Verbraucher von Japan über USA bis nach Großbritannien, Frankreich und in die Bundesrepublik zeigen deutlichen den beständigen Trend zu großen amerikanischen Erfolgsfilmen.

Um das Mainzer Filmgeschäft endgültig mit dem ARD-Coup vergleichen zu können, muß man abwarten, was Jockel Fuchs, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats am 2. März im Sitzungssaal K3 im Kasinogebäude des ZDF-Sendezentrums kurz nach 12 Uhr erklären wird: die Lizenzzeiten, die Zahl der bereits synchronisierten Titel, der Lizenzumfang (Kabel, Satellit, Pay-TV und Video) sowie die Zahl der jährlich neu hinzukommenden Filme aus den Kinopremieren. Auch die letzte Meldung von der Film-Bevorratungsfront zeigt an, wohin der Weg geht: Die ARD erwarb in Los Angeles 78 Filme aus dem Walt-Disney-Stock – insgesamt 600 Minuten Mickey Mouse und Donald Duck.

Mit den monströsen Käufen beabsichtigt das öffentlich-rechtliche Monopol der sich gerade regenden Privat-Konkurrenz der Kabel-Programmanbieter in Ludwigshafen und München, dem Privatfernsehen aus dem benachbarten Großherzogtum, RTL-Plus, und dem Verleger-Fernsehen über den ECS-1-Satelliten, das nun mit dem Segen der Länder am 1. 9. 84 starten kann und immerhin 600 000 verkabelte Haushalte – also 1,5 Millionen Zuschauer – erreicht, das Wasser abzugraben.

Bevor die noch finanzschwachen Privat-Zwerge zugreifen können, waren die Öffentlich-Rechtlichen schon da. Oder anders gesagt: Das bislang von ARD- und ZDF-Propagandisten so unermüdlich als Nivellierungs- und Reklame-TV denunzierte Privat-Fernsehen wird nun von ARD und ZDF mit den Top-Blüten eben dieses Kommerz-TV angegangen. Vor allem aber haben die um Zuschauer-Quoten und Werbe-Einschaltzeiten besorgten Hüter des öffentlich-rechtlichen Systems den Video-Markt im Auge.

Solange der Vorrat reicht – bis zum Jahr 2013

Das amerikanische Film-Paket wird, so gewaltig der Ansturm auch aussehen mag, das ARD-Programm nicht durcheinanderwirbeln. Es bleibt beim üblichen Verteilungsschlüssel.

Von WALTER GUTERMUTH

Millionen, die vom „familienfreundlichen" Spielfilm-Trend des neuen Programmschemas der ARD schon kurz nach dem Start die Nase voll haben, wittern Morgenluft und frischen Wind aus Hollywood. Doch Hoffnungen, das gigantische Filmpaket aus USA werde ausgeuferten Reprisen-Muff [illegible] lagen) vom Bildschirm fegen, sind verfrüht. ARD-Spielfilm-Boß Klaus Lackschéwitz: „Der Anteil an Wiederholungen wird nicht sinken, aber auch nicht steigen. Es bleibt bei der alten Programmstruktur."

Das heißt für den Zuschauer: Der seit Jahren übliche Verteilungsschlüssel bei Erstaufführungen von 50 Prozent US-Filmen, 40 Prozent Filmen aus Westeuropa (außer deutschsprachigen Ländern), 10 Prozent Bundesrepublik und der Rest der Welt ändert sich nicht. Daß das Kino-Füllhorn aus Hollywood (1350 Titel aus dem alten Film-Stock von MGM und United Artists, bis 1998 alle MGM/UA-Neuproduktionen, soweit fernsehgeeignet, 764 Klassiker der Warner Brothers von vor 1948) nicht vehementer auf den Bildschirm drückt, liegt am Dosierungsmodus. Die ARD wird aus dem Gesamt-Stock von 3000 zur Auswahl stehenden Titeln zwischen 1984 und 1993 jährlich nur 70 Filme abrufen, von 1994 bis 1998 jährlich 130 Filme. Da der Lizenzzeitraum für jeden Film vom Abruftermin an 15 Jahre beträgt, wird das US-Filmpaket mit der letztmöglichen Reprise bis 2013 vorhalten.

Die Quoten aus dem US-Paket decken – zumindest in den ersten zehn Jahren – also nicht einmal den Jahresbedarf der ARD an amerikanischen Spielfilmen ab. Lackschéwitz: „Das ist wichtig, denn wir müssen beweglich bleiben. bis zum Jahr 2000 [illegible] wie Paramount, Centfox, Universal oder Columbia mit wichtigen Filmen auf den Markt kommen. Dann dürfen wir durch das MGM/UA-Paket nicht total blockiert sein."

Was sie da im einzelnen als Paket eingekauft haben, ist Lackschéwitz und seinem Redaktionsteam bisher nur von der großen Linie her bekannt. Kino-Erfolge wie die James-Bond-Filme („Dr. No" und „Liebesgrüße aus Moskau" sollen in diesem Sommer als erste Kostproben aus dem US-Paket ins ARD-Programm), „Die glorreichen Sieben" oder alle Bogart-Klassiker sind natürlich blind geordert. Doch um aus dem 3000-Titel-Stock alle erworbenen Lizenzoptionen auszuwählen, liegt vor dem ARD-Filmteam ein Stück Knochenarbeit. Die meisten der Filme aus dem Auswahl-Fundus müssen auf ihre Verwendbarkeit geprüft werden. Das bedeutet, knapp gerechnet, 4000 Stunden im Vorführraum.

Die auf Option gekaufte MGM/UA-Produktion der nächsten 15 Jahre dürfte hinsichtlich ihrer Verwertbarkeit fürs deutsche Fernsehen kaum mehr Probleme aufwerfen als die Klassiker aus dem „Stock". Lackschéwitz: „Die großen Filmgesellschaften produzieren heute von vornherein so, daß sich die Filme an's Fernsehen verkaufen lassen." Brutalität wird meist zurückgeschraubt auf moderate, „familienfreundliche" Form. Die deutschen Großeinkäufer [illegible] destens zehn neue Filme pro Jahr) nur formale Bedeutung behält. Die Produktionsplanung von MGM/UA läuft auf zwanzig neue Filme pro Jahr. Lackschéwitz: „Wir werden mit unserer Vertragsausbeute wohl näher bei zwanzig als bei zehn Filmen liegen."

Irgendwann im Laufe der Kaufverhandlungen schien es so, als gelänge dem deutschen Fernsehen erstmals ein „Schallmauerdurchbruch": Zur Diskussion standen auch höchstkarätige Paketbeigaben wie „Vom Winde verweht" oder „Dr. Schiwago". Daß die millionenschweren Dauerläufer am Ende doch außen vor blieben, lag am Preis. Auch in Zukunft wird der Preis den Lizenzbemühungen deutscher Fernsehanstalten Grenzen setzen. Lackschéwitz: „Grundsätzlich ist jeder Spielfilm für's Fernsehen zu haben – für zweieinhalb oder drei Millionen Dollar." Bei solchen Forderungen müssen die Öffentlich-Rechtlichen hierzulande passen. Auch künftig werden rekordträchtige Spitzenfilme für's deutsche Fernsehen kaum finanzierbar sein.

Die Art von Kost, die den beiden deutschen Fernsehprogrammen mehr als 500 mal pro Jahr (plus knapp 900 mal in den Dritten) eine gutbesetzte „table d'hôte" – Sehbeteiligung 20 bis 30 Prozent – beschert, ist wesentlich preiswerter zu haben. Schier unausrottbar ist die Vorliebe [illegible] der fünfziger Jahre (Peter Alexander, Heinz Erhardt aktivieren ohne Mühe zwanzig Millionen). ARD-Film-Boß Lackschéwitz quittiert Mokanz mit philosophischer Milde: „Weshalb sollten wir Zuschauern etwas verordnen, weil es anerkannte Qualität ist, und ihnen etwas vorenthalten, das sie schön finden, weil es bestimmte Kriterien nicht erfüllt?"

Publikumsvorlieben und Qualität stets in Deckungslinie zu bringen, ist für die Spielfilm-Verantwortlichen des Fernsehens schwerer geworden, seit der riesige Topf der Kino-Klassiker (100 000 Titel von 1929 bis Ende der siebziger Jahre) von populären Leckerbissen fast leergeschöpft ist.

Bahrs Wünsche für Kohls Reise in die USA

p. p. Bonn

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Egon Bahr hat Bundeskanzler Kohl für dessen USA-Reise die „Unterstützung" der Opposition zugesichert, falls er in Washington auf die Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen dränge. Im „Vorwärts" schreibt Bahr, der Kanzler habe recht mit dem Hinweis, die Bundesregierung habe ihr Wort eingelöst und die Stationierung der Pershing 2 ermöglicht. „Das Bündnis hat seine Fähigkeit zur Aktion erwiesen." Doch jetzt „sind wir mit diesem Nachweis stark genug, etwas für die Fortsetzung der Verhandlungen zu tun". Die Vereinbarung eines zeitlich begrenzten Stationierungsstopps „auf beiden Seiten könne der Weg sein, um eine neue Grundlage für die Fortsetzung der Raketenverhandlungen zu suchen". Und die deutschen Vorschläge für die Wiener Truppenabbau-Verhandlungen böten im Falle einer Annahme „die Chance eines Durchbruchs nach zehn Jahren".

SED attackiert Deutschlandpolitik

hrk. Berlin

Zum erstenmal nach jahrelanger Pause fordert die SED jetzt wieder die Auflösung des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen. Außerdem erneuerte die Partei ihre scharfe Kritik an Minister Heinrich Windelen, der „mit Hingabe" ein „rauhes Klima" zwischen Bonn und Ost-Berlin schüre. Auch die SPD bleibt nicht mehr von Attacken verschont, seit sie der „gemeinsamen Erklärung" des Bundestages zur Deutschland-Politik zugestimmt hat.

In der Geraer SED-Zeitung „Volkswacht" heißt es, spätestens nach Abschluß des Grundvertrags hätte Windelens Ressort „aus der Ministerkladde gestrichen werden müssen". Es stehe der „Entspannung, Völkerverständigung und friedlichen Koexistenz im Wege". Windelen selbst wird mit Vorwürfen bedacht, wie sie erst kürzlich das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" geäußert hatte.

Die neuen Vorwürfe der SED – die „Volkswacht" handelte hier gewiß nicht aus eigenem Ermessen – verwundern um so mehr, da Ost-Berlin das Ministerium spätestens durch die Teilnahme von Minister Egon Franke an der Werbellinsee-Reise von Bundeskanzler Helmut Schmidt offiziell zur Kenntnis genommen hatte. Auch des Ministeriums an Spitzengesprächen mit der SED teil. Ministerialdirektor Kurt Plück speiste in Begleitung von Kanzleramtsminister Philipp Jenninger am 2. Dezember 1982 mit dem SED-Wirtschaftsexperten Günter Mittag in Ost-Berlin. „Neues Deutschland" vermerkte dies in seinem damaligen Bericht, verschwieg jedoch Plücks Dienststelle.

Mit einem Rückgriff auf einen Beitrag im Zentralorgan der bulgarischen KP setzte die SED gestern mit Nachdruck im „Neuen Deutschland" ihre Kampagne gegen die gemeinsame Entschließung von CDU, SPD und FDP zur Deutschland-Politik fort.

Entsprechend der schon am 11. Februar von der SED geführten Attacke heißt es, in dem Dokument sei ein Standpunkt hervorgehoben worden, „den wir so unverhüllt aus Bonn schon lange nicht mehr gehört haben. Und zwar, daß die ‚deutsche Frage offen ist'".

Wenige Tage vor der Reise einer SPD-Gruppe nach Ost-Berlin hält der im SED-Blatt zitierte bulgarische Autor der SPD „politische Seiltänzerei" vor, die „weder die Autorität der SPD als führende oppositionelle Kraft festigt noch zur Erhaltung ihres Renommees als der Partei beiträgt, die unter vielen Mühen eine realistische Wende im Herangehen der Bundesrepublik gegenüber der DDR vollzogen hatte".

Kohl: Keine Notwendigkeit für eine Bonner Dolmetscher-Rolle

Kanzler reist vom 3. bis zum 6. März zu Gesprächen mit Präsident Reagan in die USA

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hält den Fortgang der Rüstungskontrollverhandlungen im Bereich der atomaren Mittelstreckenraketen für ein zentrales Anliegen der deutschen Politik. Er sieht jedoch keine Notwendigkeit für eine „Dolmetscher-Rolle" durch Bonn. Gegenüber amerikanischen Gesprächspartnern, die den Kanzler in den letzten Tagen besucht haben, sagte Kohl: „Eine solche Rolle habe ich mir nie angemaßt." Die Großmächte hätten, wenn sie direkte Kontakte aufnehmen wollten, keine „Zwischenstationen" nötig.

Kohl, der seinen Gästen auch die Zielsetzung seiner Reise zu Präsident Ronald Reagan vom 3. bis 6. März erläuterte, sagte, er habe nicht die Absicht, die Amerikaner zu einem Gipfeltreffen mit dem neuen sowjetischen Parteichef Tschernenko zu drängen. Präsident Reagan wisse, daß er eine solche Begegnung begrüßen würde, aber er wolle hier „nicht initiativ" werden, betonte der Kanzler. Chancen für ein solches Treffen sehe er nur, wenn es in „geziemendem Abstand" zu der amerikanischen Wahlkampfentscheidung stehe. Es würde auch keinen Sinn machen, nur eine „Propagandashow" zu veranstalten. Vielmehr müßte es so vorbereitet sein, daß zumindest daraus ein „Anstoß" für die Wiederaufnahme des Ost-West-Dialogs entstehe. Kohl betonte aber auch, daß Moskau dafür keinen Preis erwarten könne. Der Westen dürfe für den Fortgang der Verhandlungen keine substantiellen Positionen aufgeben.

„Das große Wasser nimmt das Kleine mit"

Der Bundeskanzler schilderte auch Eindrücke von der Begegnung mit Tschernenko und SED-Generalsekretär Honecker in Moskau. Er will Reagan ausführlich unterrichten. Von Tschernenko, so meinte der Kanzler, sei „keine grundlegende Veränderung" der sowjetischen Politik zu erwarten. Aber Moskau habe bis zum Schluß geglaubt, den Nachrüstungsbeschluß verhindern zu können. Daß dies nicht gelungen sei, müsse die Sowjetunion „als Faktum" bei ihrem künftigen Kurs in Rechnung stellen. Er rechne damit, so meinte Kohl, daß es noch einige Zeit dauern werde, bis der Kreml seine „endgültige Linie" gegenüber dem Westen gefunden habe.

Hinsichtlich seines Gesprächs mit Honecker hielt sich Kohl bedeckt, aber er sprach von der Annahme, daß von „DDR"-Seite der Versuch weitergehe, auf Gebieten der „praktischen Zusammenarbeit" weitere Fortschritte zu erzielen. Die Einladung an Honecker liege vor, und er wolle über den Zeitpunkt „nicht spekulieren". In der Pfalz, so sagte der Kanzler, gebe es ein Sprichwort: „Das große Wasser nimmt das kleine Wasser mit." Damit machte Kohl deutlich, daß der Besuch von der allgemeinen politischen Großwetterlage bestimmt wird, zumindest was seinen Zeitpunkt betrifft.

Dem Bundeskanzler lag sehr daran, seinen amerikanischen Gesprächspartnern zu vermitteln, daß das Verhältnis zwischen Bonn und Washington, zwischen ihm und Präsident Reagan, „intakt" sei. Seine Reise nach Washington diene deshalb dem „Informationsaustausch", nicht dazu, neue Abmachungen zu treffen. Kohl wird neben Präsident Reagan und Vizepräsident Bush auch mit Außenminister Shultz, Verteidigungsminister Weinberger und Finanzminister Regan zusammentreffen. Kohl sagte, noch nie habe es eine so enge Kooperation über den Atlantik hinweg gegeben wie in den zurückliegenden Monaten. Deshalb seien Spekulationen, Bonns verstärkte Anstrengungen in Richtung einer politischen Union Europas bedeuteten eine „Entfremdung" zu den USA, ohne Grundlagen. Die „enge Partnerschaft" zu den USA sei ein „Grundpfeiler" der Politik der Bundesregierung, die aber auch wolle, daß Europa mehr zusammenfinde. Dies wäre im Interesse der Allianz insgesamt, denn sicherlich sei den USA daran gelegen, einen europäischen Bündnispartner zu haben, „der in guter Verfassung ist".



Bundeskanzler Helmut Kohl
FOTO: SVEN SIMON

Die Problematik des US-Haushaltsdefizits

Finanz- und wirtschaftspolitische Fragen, das machte Kohl deutlich, werden bei seinem Besuch in Washington ebenfalls eine erhebliche Rolle spielen. Kohl ist informiert über Neigungen zu protektionistischen Entscheidungen in den USA. Er sagte, er halte „generell" nichts von solchen Maßnahmen und werde dies auch den politisch Verantwortlichen erläutern. Unabhängig gebe es das „alte Problem", das schon auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg Gewicht gehabt habe: das große Haushaltsdefizit der USA und die für die Bundesrepublik Deutschland unbefriedigende Entwicklung auf dem Zinsmarkt.

Was die Wiederaufnahme der in Genf abgebrochenen Verhandlungen über die atomaren Raketen im Mittelstreckenbereich betrifft, so ist die Bundesregierung der Auffassung, daß Ost und West – wenn es zur Wiederaufnahme kommt – nicht auf das Verhandlungsforum „fixiert" sein sollten. Neue Formen seien durchaus denkbar, hieß es dazu im Bundeskanzleramt. Zum Beispiel könnte eine Verzahnung der Verhandlungen über die strategischen Atomwaffen (START) und die Mittelstreckenraketen (INF) stattfinden. Oder es könnten, unter einem gemeinsamen koordinierenden Dach, getrennte Verhandlungen erfolgen. Außerdem gebe es den vom kanadischen Regierungschef Trudeau unterstützten Vorschlag, die Verhandlungen im Kreis der fünf Atommächte – also einschließlich Chinas – zu führen.

Mit einem Sparvertrag das Studium finanzieren

Studie sieht das Bauspar-System als Vorbild an

PETER PHILIPPS, Bonn

Auch die Realisierung der jetzt verstärkt wieder in die Diskussion gekommenen Pläne zur Errichtung privater Universitäten hängt im wesentlichen von der Lösung finanzieller Probleme ab. Denn solange es an staatlichen Hochschulen weiterhin keine Studiengebühren gibt, ist dieser Finanzierungsweg auch für private Konkurrenz nur bedingt gangbar. Doch es mehren sich die Stimmen, daß auch im Bereich der akademischen Ausbildung den Prinzipien von Eigenverantwortung und Selbsthilfe verstärkt wieder Geltung verschafft werden sollte, wobei sichergestellt werden muß, daß dadurch nicht erneut soziale Schranken aufgebaut werden. Eine teilweise Selbstfinanzierung würde die Chancen privater Hochschulgründungen verstärken und zugleich auch heilsame Belebung in den staatlichen Bereich bringen.

Vom gemeinnützigen „Institut für Bildungs- und Forschungspolitik" in Köln sind zu diesem Thema jetzt zwei Studien vorgelegt worden, die auf einen überraschenden, neuen Weg zeigen: Wie beim klassischen Bausparvertrag sollen Eltern, Großeltern oder Paten über mindestens neun Jahre mit vermögenswirksamen monatlichen Zahlungen ein Guthaben ansparen, auf dessen Basis mit Hilfe eines zusätzlichen Darlehens das Studium oder auch die Lehre des Kindes später finanziert wird. Heinz Großmann, Vorstand der Debeka-Bausparkasse, und Hans Laux, Vorstandsvorsitzender der Wüstenrot Lebensversicherung, haben diesen Grundgedanken angeformt und durchgerechnet.

Tilgung in zehn Jahren

Großmanns Berechnungen liegt eine monatliche Sparsumme von 120 Mark über neun Jahre zugrunde. Wenn während eines anschließenden zehnsemestrigen Studiums monatlich 500 Mark ausgezahlt würden, läge die anschließende Darlehenstilgung zwischen 160 und 230 Mark über einen Zeitraum von sieben bis zehn Jahren.

Laux geht von monatlichen Sparbeiträgen in der Größenordnung von 60 Mark über 20 Jahre aus – sie müßten also während des fünfjährigen Studiums weitergezahlt werden. Wenn der Student monatlich 720 Mark ausgezahlt bekäme, müßte er später über einen Zeitraum von zehneinhalb Jahren monatlich 260 Mark zur Tilgung des Darlehens aufbringen.

Eine „Staatsgarantie"?

Beide Bauspar-Fachleute wissen selbstverständlich, daß ihre Modelle auch Probleme beinhalten. So wäre es z. B. unverzichtbar, daß eine „Staatsgarantie" erforderlich wäre, um eventuelle „Wartezeiten"-Schwierigkeiten zu lösen, wenn bei nicht ausreichendem Neuzugang von Sparverträgen die „Zuteilung" sich verzögern würde. Und sie sehen auch das Risiko, so Laux, daß „mangels grundbuchlicher Sicherheit mit höheren Ausfällen als in der Wohnungsbaufinanzierung zu rechnen" sei. Auch hier seien – neben möglichen Risikoversicherungen – staatliche Ausfallgarantien unverzichtbar. Und ein „wesentliches Petitum" der Experten wäre, daß über die Sparverträge nach einer langjährigen Bindungsfrist auch anderweitig frei verfügt werden könnte, falls ein Studium überhaupt nicht aufgenommen wird.

Ulrich von Lith, wissenschaftlicher Leiter des Instituts für Bildungs- und Forschungspolitik, sieht in solchen Bildungs-Sparmodellen einen Weg, „daß alle an der Hochschulausbildung und ihrer Finanzierung Beteiligten in ihren Kompetenzen und Verantwortlichkeiten gestärkt werden und die Wettbewerbsnachteile privater Hochschulen zumindest gemildert werden". Die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen im Hochschulbereich müßten so verändert werden, daß die Finanzierungslasten und die Risiken der Ausbildung insgesamt verringert und gerechter verteilt würden. Von dem Kölner Institut wird eine Neuordnung der Ausbildungsförderung seit langem propagiert, durch die „die Finanzierungsfunktion bei der Hochschulbildung weitgehend vom Staat auf private Einrichtungen verlagert und nach den Grundsätzen der Vielfalt und des Wettbewerbs der Finanzierungsformen gestaltet ist." Van Lith: Bei den jetzt vorgelegten Überlegungen geht es darum, Eltern nicht „zu bestrafen", die nach eigenem Vermögen für die Ausbildung ihrer Kinder finanziell vorsorgen.

FDP will Kranke mehr an Kosten beteiligen

Pje. Baden-Baden

Zu mehr Selbstverantwortung im Gesundheitswesen hat gestern FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer aufgerufen. Auf der FDP-Fachtagung „Selbstverantwortung und Gesundheit" in Baden-Baden forderte Frau Adam-Schwaetzer „eine Therapie für das kranke Gesundheitswesen", das an einer Verschwendung von Ressourcen leide. Vordringlich sei eine Neuregelung der Krankenhaus-Finanzierung, die auch gegen die „Blockadepolitik einzelner Länder" durchgesetzt werden müsse. Dies könne zur Bewährungsprobe für die Koalition werden. Des weiteren verlangte die Generalsekretärin den Ausbau einer sozial tragbaren Selbstbeteiligung der Versicherten.

Statt Sommerferien militärische Übungen

dpa, Berlin

Die „DDR"-Kinderorganisation „Junge Pioniere", der auch militärisch ausgerichtete Klubs wie „Junge Freunde der Soldaten" und „Junge Grenzhelfer" angehören, plant für die Sommerferien ein „Spezialistenlager". Wie das Informationsbüro West gestern mitteilte, sollen die Jungen und Mädchen entsprechend einer Richtlinie „bei den praktischen Übungen wehrpolitische Kenntnis und wehrsportliche Fähigkeiten, Ausdauer, Kraft und Mut beweisen". Sie sollen außerdem bei Treffen mit Angehörigen der bewaffneten Organe und der paramilitärischen „Gesellschaft für Sport und Technik" „ihre Kenntnisse von den Aufgaben bei der Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes vervollständigen".

Pax Christi verläßt „Friedensbewegung"

KNA, Stuttgart

Die katholische Organisation Pax Christi im Bistum Rottenburg-Stuttgart hat ihre Mitarbeit in der süddeutschen „Friedensbewegung" aufgekündigt. Als Grund für die Trennung nannten Pax-Christi-Vertreter, „sie hätten nicht die Zeit und nicht die Kraft, die ständigen Versuche von Ideologen auszusitzen, mit Verfahrenstricks einseitige Mehrheiten zu erzwingen". In der Erklärung spricht Pax Christi von unerträglich gewordenen Spannungen vor allem mit der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), mit der Deutschen Friedensunion (DFU) und den sozialistischen Naturfreunden. Stundenlange Diskussionen mit Leuten, die zur Verstärkung einseitiger Ideologien extra anreisten, und endlose Profilierungsdiskussionen zwischen Parteien und Verbandsprofis seien Pax Christi zuviel geworden.

Europainitiative mit CDU-Arbeitnehmern?

Rei. Bonn

Der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA), Rudolf Dressler, hat gestern in Bonn Bundesarbeitsminister Norbert Blüm als Vorsitzenden der CDU-Sozialausschüsse (CDA) aufgerufen, die „Arbeitnehmerinitiative für ein soziales und solidarisches Europa" zu unterstützen. Der Europa-Abgeordnete Heinz Oskar Vetter (SPD) meinte dazu, nicht nur die Bauern, sondern auch die Arbeitnehmer könnten auf europäischer Ebene fraktionsübergreifend tätig sein. Nach Aussagen Vetters wurde bei der am 28. Januar gestarteten Initiative auf eine formale Anbindung an die SPD verzichtet, damit diese für alle Parteien offen bleibt. Bis jetzt arbeiten rund 2000 Arbeitnehmer mit. Man hoffe aber auf insgesamt 40 000 Beteiligte bis zum Abschluß der Aktion, am 18. Mai in Mülheim/Ruhr.

Ein Wunsch von Ost-Berlin stellt die Sozialdemokraten vor Probleme

Delegation unter Führung von Ehmke soll an Kranzniederlegung für Grotewohl teilnehmen

hrk. Berlin

Die SED-Führung will den Besuch einer Gruppe von SPD-Parlamentariern unter Leitung von Horst Ehmke am 8./9. März in Ost-Berlin politisch-protokollarisch hoch ansiedeln. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird Erich Honecker selbst die Gäste aus Bonn empfangen. Die Gastgeber sehen in dem Besuch den „Einstieg" in direkte Beziehungen zwischen dem Deutschen Bundestag und der Volkskammer.

Wegen der Bedeutung dieser Fahrt – an der neben dem Ex-Justizminister und deutschlandpolitischen Experten Jürgen Schmude auch die anderen stellvertretenden Fraktionschefs teilnehmen sollen – ist offenbar eine Reihe von Problemen noch nicht geklärt. Sie betreffen vor allem den Wunsch der SED-Seite, die Sozialdemokraten mögen am 9. März an einer offiziellen Kranzniederlegung anläßlich des 90. Geburtstages des früheren „DDR"-Ministerpräsidenten Otto Grotewohl teilnehmen.

Als führende Kraft bei der Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD zur SED im April 1946 in der damaligen Sowjetzone ist Grotewohl jedoch in den Augen der SPD am Leid und der Verfolgung Tausender Sozialdemokraten schuldig, die sich diesem Zusammenspiel mit den Kommunisten erbittert widersetzten und jahrelange Zuchthaushaft auf sich nahmen.

Honecker selbst dürfte ebenfalls an dieser Zeremonie an der „Gedenkstätte der Sozialisten" im Ostberliner Bezirk Friedrichsfelde teilnehmen. Die SED-Seite sähe offenbar in dieser Teilnahme der SPD-Gruppe an der Gedenkstunde einen historischen Durchbruch in der Betrachtung der SED-Geburtsstunde durch die Sozialdemokraten.

Bei den Verhandlungen, in die auch der ständige Vertreter Ost-Berlins, Ewald Moldt, eingeschaltet ist, mußten die Gastgeber allerdings bereits einige Zugeständnisse einräumen: So machte die SPD zur – erfüllten – Vorbedingung des Besuchs, daß die drei mitreisenden Berliner Bundestagsabgeordneten Professor Nils Diederich, Gerhard Heimann (Ex-Bundessenator) und Lothar Löffler weder andere Dokumente vorweisen noch einen anderen Übergang benutzen müssen. Die gesamte Gruppe reist nun – wie Ende Oktober eine Delegation der Grünen – gemeinsam über den Kontrollpunkt Heinrich-Heine-Straße nach Ost-Berlin, den West-Berliner üblicherweise nicht passieren dürfen.

Die Gespräche mit einer Abordnung der Volkskammer mit Präsident Horst Sindermann (SED) an der Spitze beginnen am 8. März im Hause der Volkskammer. Während der Verhandlungen weigerte sich die „DDR"-Seite, dabei einzelne Gesprächsgruppen zu bestimmten Themen zu bilden, wie es die SPD wünschte. Sie verlangte eine Diskussion ausschließlich im „Plenum". Zu einem Abendessen, zu dem die SPD-Seite zum Abschluß des ersten Tages einladen will, sollen auf Wunsch der Sozialdemokraten auch Gäste aus anderen gesellschaftlichen Bereichen eingeladen werden.

Für den zweiten Tag des Besuchs sind die strittige Kranzniederlegung am Grotewohl-Grab und eine abschließende Pressekonferenz der SPD-Gruppe in Ost-Berlin vorgesehen.

Das starke Interesse der SED an Kontakten zur SPD erwies sich in der Vergangenheit schon bei dem mehrstündigen Besuch von Hans-Jochen Vogel am 28. Mai 1983 bei Honecker im Jagdschloß Hubertusstock.

Erst vor wenigen Tagen signalisierte der Besuch von Erhard Eppler und Professor Richard Löwenthal als Mitglieder der SPD-Grundwerte-Kommission den Wunsch der SED auch nach Kontakten im theoretisch-ideologischen Bereich.

Bonn will die privaten Hochschulen fördern

Staatssekretär Pfeifer nennt Grundsätze der Regierung

p. p. Bonn

Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesbildungsministerium, Anton Pfeifer, hat jetzt in acht Punkten die „Grundsätze der Bundesregierung zu privaten Hochschulen" festgemacht. Darin wird Privatuniversitäten eine „wesentliche Rolle" zugebilligt, um „Wettbewerb und Leistung im deutschen Hochschulsystem zu fördern". Von hier könnten „Impulse und Anregungen" ausgehen, sagte Pfeifer, die „auf das staatliche System befruchtend wirken" würden. Die Bundesregierung werde sich deshalb „um ein Klima bemühen, das die Errichtung privater Hochschulen fordert". Aber sie werde auch „bei Wahrung bestimmter Voraussetzungen" Investitionsmaßnahmen von Privatuniversitäten finanziell fördern.

Pfeifer betonte, daß selbstverständlich alle privaten Neugründungen auch gemäß dem Hochschulrahmengesetz die „qualitative Gleichwertigkeit des Studiums" mit staatlichen Universitäten gewährleisten müßten. Außerdem dürften die Zulassungs- und Gebührenregelungen nicht so angelegt sein, daß nur „bestimmte soziale Gruppen, z. B. die zahlungsfähigen, angesprochen" würden. Gegebenenfalls müsse eine „ausreichende Zahl von Stipendien oder Teilstipendien sichergestellt werden".

Der Vorteil privater Hochschulen liege darin, daß sie „experimentieren" könnten, flexibel seien und deshalb „besonders günstige Voraussetzungen für eine intensive Förderung hervorragender wissenschaftlicher Begabungen" besäßen.

Pfeifer warnte davor, daß sich private Geldgeber nicht „verzetteln" und an vielen Stellen gleichzeitig „die Idee privater Hochschulen in nur unvollkommener Weise verwirklichen" sollten. Angesichts der hohen Kosten sei es nicht vorstellbar, daß in der Bundesrepublik Deutschland ein „umfassendes privates Hochschulsystem" neben dem staatlichen entstehe.

Die Vorschläge des FDP-Vorsitzenden Genscher, vorrangig in den Bereichen Biotechnologie und Mikroelektronik privat initiativ zu werden, wurden von Pfeifer ausdrücklich aufgegriffen und noch um den Bereich der Informatik erweitert. Private Aktivitäten könnten auch im staatlichen Universitätsrahmen durch die Finanzierung privater Forschungsinstitute oder Stiftungslehrstühle helfen, „das Defizit der deutschen Hochschulforschung" zu verringern. Notwendig sei aber begleitend eine Änderung des Stiftungssteuerrechts.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Zum Arbeitsmarkt „ein bißchen Revolutionäres"

CDU-Spitze skizziert Soziale Marktwirtschaft in den 80er Jahren / Grundlinie für Diskussion in den Gliederungen

PETER GILLIES, Bonn

Zur Industriegesellschaft gibt es keine Alternative, wohl aber gibt es innerhalb der Industriegesellschaft zahlreiche Alternativen – beispielsweise jene der Partnerschaft anstelle von Klassenkampf. So umriß Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU, die „Stuttgarter Leitsätze der CDU zur Sozialen Marktwirtschaft in den 80er Jahren", die vom Präsidium seiner Partei beschlossen und den Gliederungen zur Diskussion gestellt wurden.

Die Kommission der Partei, der neben Geißler Ernst Albrecht, Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm, Lothar Späth und Gerhard Stoltenberg angehören, skizzierte vor der Presse in Bonn die politischen Herausforderungen für dieses Jahrzehnt des wirtschaftlichen Strukturwandels. Sie setzte Akzente vor allem in der Wachstums-, Sozial-, Finanz- und Beschäftigungspolitik.

Aus den politischen Schlußfolgerungen wird deutlich, daß sich die auf Verteilung drängenden Teile der Union dem Primat der finanziellen Solidität („Stoltenberg-Linie") weitgehend unterordnen. So wird die „Gesundung" der Staatsfinanzen an die erste Stelle gesetzt, was nach Erläuterung Stoltenbergs keineswegs „den Verzicht auf gestaltende Politik bedeutet".

Der Sozialpolitik Blüms wird bescheinigt, daß sie bereits einen „wichtigen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung geleistet" habe, was als Hinweis verstanden wird, keine Sozialleistungen mehr zu kürzen. „Vordringlich ist jetzt ein weiterer Abbau von Subventionen", heißt es.

An die erste Stelle der Steuerpolitik setzte die Kommission die Reform der Lohn- und Einkommensteuer bei Arbeitnehmern und Selbständigen, erst danach wird eine „spürbare Entlastung der Familien mit Kindern" gefordert. Lothar Späth, der jüngst engagiert für höhere Familienhilfen eintrat, äußerte sich gleichwohl zufrieden, weil eine Grundsatzreform des Familienlastenausgleichs postuliert wird. „Lieber niedrigere Steuersätze und weniger Ausnahmen als hohe Steuersätze und viele Ausnahmen", lautet eine Passage der Leitsätze.

Die Unternehmen haben nur „auf längere Sicht" eine weitere Steuerentlastung zu erwarten. Dies gehöre nicht mehr zum Programm dieser Legislaturperiode, stellte Stoltenberg klar. Die CDU bekennt sich zwar zur Wagnisfinanzierung, stellt aber keine Ausweitung der staatlichen Mittel dafür in Aussicht. Es gehe vielmehr um „verbesserte Wirksamkeit und Koordinierung" bestehender Programme.

Neben Entbürokratisierung und Rückzug des Staates auf „seine wesentlichen Aufgaben" steht die Technologie für die CDU obenan. Erforderlich sei, die „Berührungsängste" zwischen Universitäten und Wirtschaft zu überwinden.

„Ein bißchen revolutionär" nannte Ernst Albrecht das Kapitel Arbeitsmarkt. Seine politische Handschrift ist in dieser Passage erkennbar, vor allem dort, wo es um die Verringerung der Arbeitskosten, die Überlastung der Arbeitsverhältnisse mit Sozialkosten und die Verkrustung der Wirtschaft geht. Freilich schränkte Albrecht, dessen Studie 1983 für Aufsehen sorgte, etwas ein: Er sei halt so vertreten, wie dies in einer Volkspartei möglich sei.

Die CDU mahnt die Tarifpartner, die Löhne stärker zu differenzieren, die flexible Arbeitszeit zu nutzen und die Arbeitsuchenden nicht ins Abseits zu drängen. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit genießt bei der Union „Vorrang", die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird nochmals abgelehnt.

Die Initiativen Biedenkopfs, Ökonomie und Ökologie auf der Basis der Marktwirtschaft zu versöhnen, klingen im Kapitel Umwelt an. „Wer die Umwelt hoch belastet, muß stärker zur Kasse gebeten werden als derjenige, der sie gering belastet", formuliert die Programmkommission für ihren Parteitag im Mai.

Suche nach neuem Leitbild der Familie

Kroll-Schlüter: Union soll „ihre Ansichten deutlicher zum Ausdruck bringen"

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Der familienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Kroll-Schlüter (CDU), hat beklagt, daß die Union „nicht immer deutlich genug" ihre Ansichten in der Familienpolitik zum Ausdruck bringe. Kroll-Schlüter vermißt unter anderem eine Abgrenzung zu der Auffassung, daß die Familie lediglich „die möglichst reibungsarme Kommunikation mit dem Ziel der Interessendurchsetzung und Bedürfnisbefriedigung sei".

Wenn die Union in der Familienpolitik nach neuen Ausdrucksmöglichkeiten suche, sei das „nicht nur politische Semantik". Tatsächlich müsse es ein neues Leitbild der Familie geben – dies aber fehle. Kroll-Schlüter rügt vor allem, die Union habe den Begriff Partnerschaft mit seiner „verunklarenden Bedeutung" in die Diskussion um die Familie aufgenommen. Die Vorstellung von Partnerschaft, wie sie bei einer Untersuchung des Bundesfamilienministeriums zum Ausdruck gekommen ist, sei die eines „konfliktlosen Aneinandervorbeigleitens von Einzelinteressen" wie bei Partnern im Straßenverkehr oder in der Sicherheitspolitik. Diese Vorstellung habe die CDU/CSU durch die Propagierung der „partnerschaftlichen Familie" miteinbezogen, „obwohl sie sie nicht meint".

Der Frauenvereinigung der CDU macht Kroll-Schlüter den Vorwurf, „die sogenannte Drei-Karrieren-Theorie der Frau" zumindest unterstützt zu haben, nach der die Frau in Ausbildung und Berufseinstieg, als Frau und Mutter, und dann wieder in der Rückkehr zum Beruf Erfüllung finden soll. Dies sei jedoch „für die Entwicklung der Familie nicht erstrebenswert". 120 000 Scheidungen pro Jahr in der Bundesrepublik Deutschland sollten, so der CDU-Bundestagsabgeordnete, eine Warnung sein.

Seine Warnung vor der Auffassung der Ehe als „Partnerschaft" begründet Kroll-Schlüter damit, daß „die sozialdemokratische Idee eines vollkommenen Rollentausches von Mann und Frau" bereits von 45 Prozent der jungen Menschen befürwortet werde. 20 Prozent wollten „eine andere als die Familiengemeinschaft" und mehr als ein Drittel fühle sich „in einer festen Beziehung auf Dauer zu sehr eingeengt". Für drei Viertel der Jugendlichen sei es trotz allem „erklärtes Ziel, Kinder zu haben und ein glückliches Familienleben zu führen".

Kroll-Schlüter fordert für 1986 bis 1988 erhöhtes Kindergeld und steuerliche Entlastungen. Von 1987 an solle allen Müttern nach der Geburt vier Monate lang ein „Familiengeld" von jeweils 510 Mark gezahlt werden. Im Rahmen des vom Bundesfamilienministerium vorgelegten Programms „zum Schutz des ungeborenen Lebens" solle das Ziel einer vollständigen Erfassung aller Schwangerschaftsabbrüche angestrebt werden. Die Krankenkassen sollten nur dann für den Abbruch aufkommen, wenn dem Antrag eine Fotokopie der Meldung an das Statistische Bundesamt beiliege.

Kießling fühlte sich vom Ministerium alleingelassen

Der Auftritt des Generals vor dem Untersuchungsausschuß

RÜDIGER MONIAC, Bonn

55 Minuten hat General Kießling dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß Rede und Antwort gestanden. Vor den Abgeordneten erscheint ein Mann, den die „Affäre" sichtlich nicht hat beuteln können. Sollte sie ihn innerlich doch angerührt haben – was nur zu verständlich wäre –, so kann man dem General äußerlich jedenfalls davon nichts anmerken. Die nicht enden wollenden Blitzkaskaden der Fotografen scheinen ihn nicht zu stören. Ein Hauch von Heiterkeit im Gesicht, überlagert von einem Anflug fast ironischer Neugierde, so bahnt sich Kießling den Weg zu seinem Zeugenplatz.

Der General kommt in Uniform – Zeichen für seine Rehabilitation und Reaktivierung. Wie wichtig ihm dies ist, sagt Kießling nicht direkt. Doch wird es deutlich, als er der Aufforderung des Vorsitzenden folgt, wie im Anhörungsverfahren üblich, Namen, Alter und Wohnort zu nennen: Kießling beläßt es nicht dabei, sondern gibt einen kurzen Abriß seines Lebenslaufes: *1940 als Unteroffizier*-Vorschüler Eintritt in die Wehrmacht, bis Kriegsende Leutnant; Nachholung des Abiturs; 1954 Eintritt in den Bundesgrenzschutz; 1956 Wechsel zur Bundeswehr; wechselnder Dienst zwischen Truppe und Stab; am 1. April schließlich Stellvertreter des Obersten NATO-Oberbefehlshabers. Jedem wird klar: eine beeindruckende Karriere.

Bedrückte Zuhörer

Was Kießling dann in einem mehr als halbstündigen Vortrag den Abgeordneten über seine Gespräche und Erlebnisse mit Verteidigungsminister und Generalinspekteur schildert, bedrückt die Zuhörer. Denn hier zeigt sich, daß sich wirklich „zuständig" für Kießling auf der Hardthöhe niemand gefühlt hat.

Wörner hatte anfangs offenbar sogar beabsichtigt, allein General Altenburg mit der Beseitung der Krise um Kießling zu betrauen. Nach seiner Schilderung jedenfalls mußte der Beschuldigte erst darauf bestehen, mit dem Minister zu sprechen. „Nur ihm bin ich unterstellt", habe er dem Generalinspekteur bedeutet.

Doch selbst wenn sich der General durch Wörner nicht gerecht behandelt fühlt, läßt er vor dem Ausschuß Groll gegen den Minister nicht durchschimmern. Er äußert lediglich tiefe Enttäuschung und die Erkenntnis, daß seinem Verlangen nach „vollständiger Aufklärung" der gegen ihn erhobenen Vorwürfe von keiner Seite wirklich stattgegeben worden ist. Er habe sich im Gegenteil, so Kießling, vom Ministerium regelrecht allein gelassen gefühlt. Bonn habe keine Hinweise gegeben, wie er sich an seinem Dienstort Mons habe verhalten sollen, habe keine „Sprachregelungen" zur Erklärung dafür vorgeschlagen, daß er keinen Dienst mehr tat.

Nach den beiden Gesprächen mit Wörner am 15. und 19. September suchte Kießling dann keinen direkten Kontakt mehr zu seinem Vorgesetzten. Heute sagt er, er habe dem Generalinspekteur und Wörner gegenüber vehement auf Aufklärung der Vorwürfe gedrungen und sei Glaubens gewesen, das werde versucht.

„Ich war schockiert"

Flüssig kann der General vortragen, wann er mit wem telefonisch oder persönlich gesprochen habe, dreimal mit Altenburg im Oktober, einmal persönlich im November. Personalchef Kubis hat ihn während einer Kur in Westerland besucht. (Kießling braucht kaum Notizen.) Er selbst wurde tätig, um seiner Abwesenheit vom Dienst eine überzeugende Begründung zu geben. Anfang November wechselte er ins Bundeswehrkrankenhaus in München, um ein altes Ohrenleiden behandeln zu lassen.

Dann der für Kießling entscheidende 13. Dezember. Staatssekretär Hiehle und Kubis eröffnen ihm, seine homosexuellen Beziehungen seien erwiesen, er müsse zum Jahresende gehen. Kießling schildert, er sei so schockiert und betroffen gewesen, daß er sich geradezu erniedrigt und den ihm seit dreißig Jahren gut bekannten Kubis angefleht habe: „Sie wissen, daß ich das nicht bin."

Heute sagt der General, in diesem Augenblick habe er erkannt, daß er vom Ministerium keine Hilfe mehr erwarten konnte: „Meine selbstauferlegte Zurückhaltung konnte nicht mehr gelten."

Burt sieht Chancen für bessere Ost-West-Beziehungen

„Günstige Gelegenheit für Veränderungen" nach dem Führungswechsel in Moskau

BERNT CONRAD, Bonn

Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium, Richard Burt, hat bei seinen jüngsten Gesprächen in Budapest, Sofia und Ost-Berlin den Eindruck gewonnen, daß die Osteuropäer ernsthaft eine Verbesserung der Ost-West-Beziehungen im allgemeinen und speziell auch der bilateralen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten wünschen. In einer ersten Bilanz vor Journalisten in Bonn zog er die Schlußfolgerung: „Nach dem Führungswechsel in Moskau besteht eine günstige Gelegenheit für Veränderungen."

Burt hielt es zwar für verfrüht, jetzt schon die Folgen der Berufung des neuen sowjetischen Generalsekretärs Konstantin Tschernenko im einzelnen zu beurteilen. Aber er bezeichnete es als durchaus denkbar, daß der von 1970 bis 1975 dauernden Periode einer Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses und der sich bis 1983 anschließenden Periode der Verschlechterung jetzt eine „neue Periode positiver Ost-West-Beziehungen" folgen könnte. „Es gibt Grund zur *Hoffnung.* Wenn wir klug und realistisch sind, können wir vorankommen", sagte der für Europa zuständige US-Diplomat.

Wie ergänend verlautete, variiert die Einstellung zum Moskauer Wachwechsel in den einzelnen osteuropäischen Staaten. Offenbar beurteilt die bulgarische Führung, die eng mit dem vorletzten Kreml-Chef Leonid Breschnew verbunden war, einen Anhänger Breschnews wie Tschernenko besonders positiv. Die Ungarn hingegen scheinen eher dem verstorbenen Juri Andropow nachzutrauern, der ein spezielles Verhältnis zu diesem Lande hatte.

Burt hat gegenüber seinen Gesprächspartnern in Ost-Berlin, Sofia und Budapest nachdrücklich den Wunsch Präsident Ronald Reagans hervorgehoben, im Ost-West-Verhältnis aus der gegenwärtigen Sackgasse herauszukommen. Allerdings ist er dabei nach eigenen Angaben auf Skepsis gestoßen. „Handelt es sich dabei nicht nur um Wahlpropaganda?" wurde der Staatssekretär gefragt.

Burts Antwort lautete: „Präsident Reagans Ansprache vom 16. Januar 1984 war keine Wahlkampf-Aussage. Sie gab die wahren Ansichten des Präsidenten wieder." Reagan hatte darin erklärt: „Wenn die sowjetische Regierung Frieden will, wird es Frieden geben. Gemeinsam können wir den Frieden stärken, das Ausmaß an Waffen verringern und wissen, daß wir, indem wir dies tun, dazu beitragen, die Hoffnungen und Träume jener zu erfüllen, die wir vertreten, und in der Tat aller Menschen auf dieser Welt. Laßt uns jetzt damit beginnen."

Ob diese Haltung angesichts früherer Konfrontationen für den Präsidenten im Wahlkampf wirklich hilfreich sein werde, sei noch sehr die Frage, meinte Burt zu seinen osteuropäischen Gesprächspartnern. Unabhängig davon aber halte es Reagan tatsächlich für nützlich, mit dem Osten – und zwar nicht nur mit den Sowjets, sondern auch mit den anderen Warschauer-Pakt-Staaten – zu reden und den Versuch einer Verbesserung des gegenseitigen Verhältnisses zu unternehmen. Der US-Diplomat bezog in diesen Wunsch ausdrücklich auch die Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland und Großbritanniens ein.

Besonderes Gewicht legte Burt auf die angestrebte Rückkehr der Sowjetunion an den Genfer Verhand*lungstisch. Dafür sollte* der Westen jetzt keine neuen Vorschläge, etwa im Sinne des „Waldspaziergangs" vom Sommer 1982, machen, aber er sollte nach Burts Worten bereit sein, den Sowjets bei entsprechender Verhandlungsbereitschaft auf halbem Weg entgegenzukommen. Neue sowjetische Ideen würden auf jeden Fall von Washington gründlich geprüft werden.

Mit besonderem Interesse wurde in Bonn vermerkt, daß der Staatssekretär auch mit Nachdruck für eine Verstärkung der wirtschaftlichen Kontakte zu den Ostblock-Staaten plädierte. Er ließ allerdings keinen Zweifel daran, daß der Export von hochentwickelter Technologie, die militärische Bedeutung haben könnte, von den USA weiterhin abgelehnt wird. Auch die Verbindung zwischen der Einhaltung der Menschenrechte und der Gewährung der Meistbegünstigungsklausel sei unumgänglich, weil gesetzlich festgelegt. Trotzdem sollte man sich nach den Worten *Burts* bemühen, den Ost-West-Handel auszuweiten.

Galinski dringt auf neues Gesetz

DW. Bonn

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Heinz Galinski, appellierte gestern an Bundeskanzler Helmut Kohl und alle verantwortlichen Politiker, das geplante Gesetz, das Ableugnung und Verharmlosung des Völkermordes am europäischen Judentum unter Strafe stellen soll, endlich verabschieden zu lassen. Es sei unerträglich, sagte Galinski, daß jemand in der Bundesrepublik Deutschland von sich aus klagen müsse, um sich gegen Verleumdungen und offensichtliche Geschichtsfälschung zur Wehr zu setzen.

WDR erweitert die Pressearbeit

hy. Köln

Der Westdeutsche Rundfunk (WDR) in Köln, der in den vergangenen Monaten negative Schlagzeilen machte, will seine Pressearbeit erweitern. Wie die WELT gestern aus dem Sender erfuhr, hat der Leiter der Presse-Abteilung, Michael Schmid-Ospach, eine Studie vorgelegt, die eine Vergrößerung und Stärkung seines Büros vorsieht. Nach dem Vorbild des ZDF soll eine Hauptabteilung geschaffen werden, die zuständig ist für Presse, Öffentlichkeitsarbeit und für „Sendungen in eigener Sache".

Ausbildung: DIHT sieht Chancen

p. p. Bonn

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hat in seinem Jahresbericht angekündigt, daß es „bei anhaltender Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auch 1984 gelingen sollte, die unverändert hohe Lehrstellennachfrage zu befriedigen". Aber Bund und Länder dürften sich ihrer „Verantwortung nicht entziehen" und müßten in ihrem Bereich das Angebot an vollqualifizierenden Ausbildungsgängen vermehren. Die Tarifpartner werden zur „Zurückhaltung" bei den Ausbildungsvergütungen aufgefordert.

Matthöfer: Alles nach geltendem Recht entschieden

Der frühere Finanzminister vor dem Flick-Ausschuß

STEFAN HEYDECK, Bonn

„Das war wirklich eine komprimierte Geschichte", meinte gestern früh anerkennend der Vorsitzende des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der Flick-Affäre, Manfred Langner (CDU). Eine Stunde lang hatte der ehemalige Bundesfinanzminister Hans Matthöfer (SPD) gebraucht, um dem Gremium auf seiner 22. öffentlichen Sitzung seinen 37seitigen Bericht zu verlesen. Dies geschehe, so der Politiker, aus Gründen der „Zeitökonomie", „weil ich beabsichtige, Fragen vorwegnehmend zu beantworten".

Mit Nachdruck bestritt Matthöfer, er habe sich bei Genehmigungen über steuerbegünstigte Wiederanlagen des Erlöses aus dem Verkauf des *Daimler-Benz-Aktienpakets durch* den Flick-Konzern beeinflussen lassen. Er betonte auch, nie eine Firmenspende für seine Partei veranlaßt zu haben.

Der frühere Minister und fünfte Zeuge im Ausschuß, dessen Vernehmung heute fortgesetzt werden soll, überschüttete die Abgeordneten förmlich mit Informationen über Entscheidungsprozesse im Bonner Finanzministerium, stellte die Problematik steuerbegünstigter Reinvestitionen durch den Düsseldorfer Konzern dar und ging schließlich auf Fragen der Parteienfinanzierung ein.

Souverän und selbstsicher

Matthöfer, gegen den die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft wegen der Spendenaffäre eingestellt worden sind, präsentierte sich souverän und selbstsicher. Er brachte zum Ausdruck, daß er nichts zu verbergen und ein reines Gewissen habe. Entspannt in den Sessel zurückgelehnt, nur einen mit wenigen Blättern gefüllten roten Aktendeckel vor sich, betonte er wiederholt, alle Entscheidungen im Zusammenhang mit der Flick-Beteiligung am amerikanischen Mischunternehmen Grace und am Gerling-Konzern während seiner Amtszeit seien ausschließlich nach geltendem Recht getroffen worden.

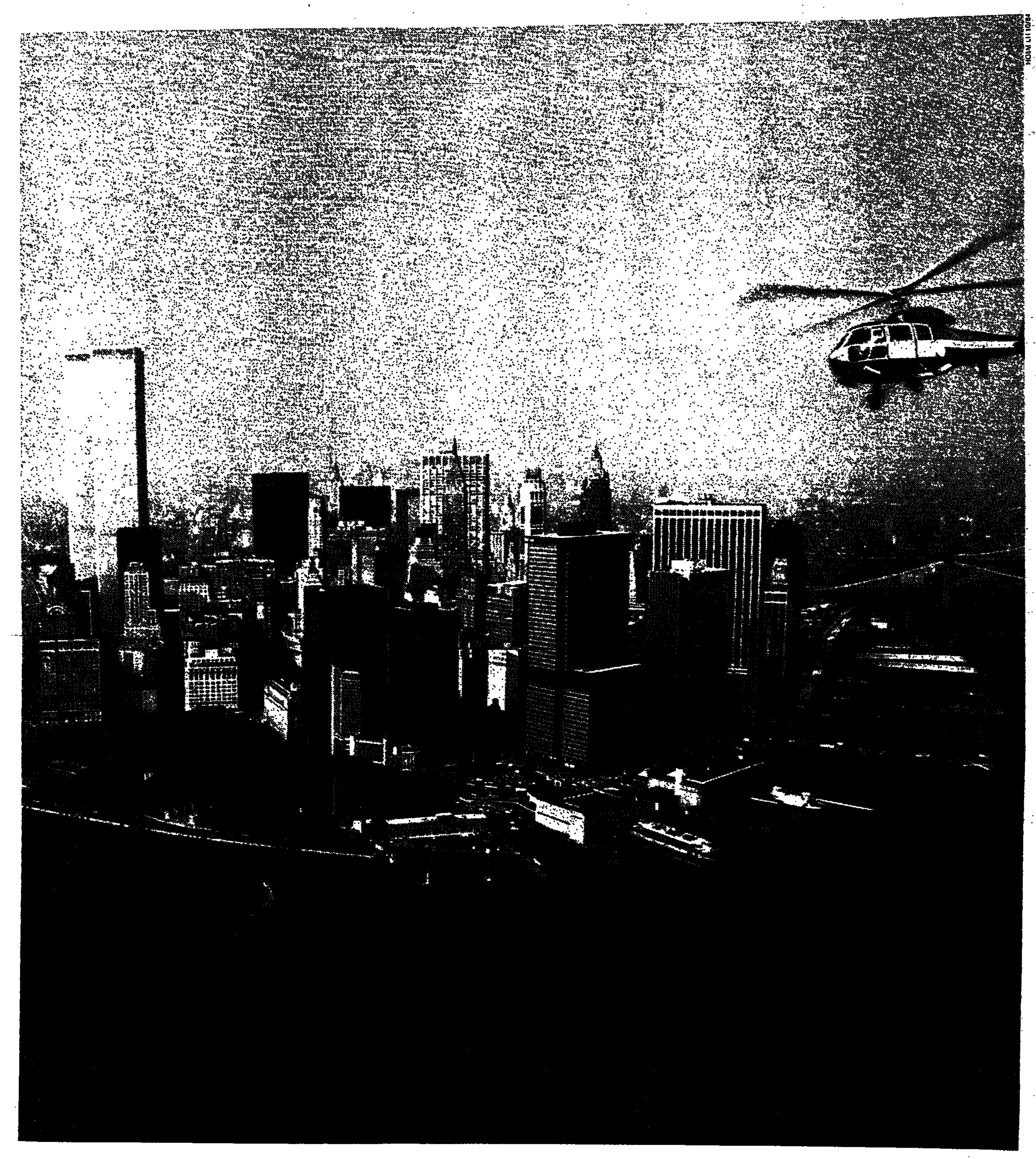
Matthöfer räumte allerdings ein, daß er nicht unbedingt ein Befürworter des Bescheinigungsverfahrens für Grace gewesen sei. „Wenn ich auf Gottes grüner Wiese allein hätte entscheiden können, hätte ich abgelehnt." Er habe sich jedoch nicht seinem ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär Rolf Böhme (SPD) angeschlossen, der ein vehementer Gegner des Einkommenssteuer-Paragraphen 6 b und des später gestrichenen Paragraphen 4 Auslandsinvestitionsanlagegesetz war: „Ich neigte damals nicht dazu, meinen Gefühlen zu folgen." Doch habe er sich als „Volkswirt und Nichtsteuerrechtler" mit seinem „Laienverstand" ansonsten auf diesem Gebiet voll auf Böhme als Experten verlassen.

Getrübtes Verhältnis

Matthöfer betonte, er habe kurz nach seinem Antritt als Nachfolger von Hans Apel (SPD) im Frühjahr 1978 den ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch „ermutigt", daß sich der Konzern an dem durch die Herstatt-Pleite in Mitleidenschaft gezogenen Gerling-Konzern beteiligen sollte. Dazu stehe er auch heute noch. Ausdrücklich wies er Vorhaltungen zurück, die Entscheidung über die Genehmigung sei auf Weisung des Bundeskanzleramtes über den Wahltermin 1980 hinaus verschoben worden: „Ich hätte mich dagegen gewehrt." Er hätte sich in seinem „Kram nicht reinreden lassen", weil, nach dem Grundgesetz, er die Verantwortung hätte tragen müssen.

Bei der Vernehmung wurde wiederholt deutlich, daß das Verhältnis *zwischen ihm und Brauchitsch bzw.* dessen Konzern nicht ungetrübt gewesen war. So habe der ehemalige Manager während eines Telefonates im Juli 1980 „einen höchst merkwürdigen Ton angeschlagen". Er habe es auch als „ungehörig" empfunden, daß Brauchitsch kurz zuvor andeutungsweise einen Zusammenhang zwischen dem Paragraphen 6 b und den Bundestagswahlen hergestellt hätte.

Deutliche Vorbehalte meldete Matthöfer an der Korrektheit der im Flick-Konzern sichergestellten Aktenvermerke an und sprach von „Flick-Phantasie". Mit vielen Notizen ist seiner Ansicht nach vom Management versucht worden, sich bei dem „mißtrauischen Chef wichtig zu machen". Als „lästig" bezeichnete er, daß der ehemalige Chefbuchhalter des Konzerns, Rudolf Diehl, bei angeblichen Spendenzahlungen seinen Namen vermerkt hatte.



Personalien

VERANSTALTUNG

Susanne Stoltenberg, 21 Jahre alt, Tochter des Bonner Finanzministers, wird in dieser Woche offiziell in die große Gesellschaft Wiens eingeführt. Die Stoltenberg-Tochter, zur Zeit in einer Banklehre in Kiel, gehört zu den 196 Paaren, die Donnerstag nacht den Wiener Opernball festlich eröffnen. Fräulein Stoltenberg wird mit in der ersten Reihe der Debütanten einmarschieren. Zur Zeit befindet sich Susanne schon in der österreichischen Hauptstadt, um mit einer Tanzschule das schwierige



Susanne Stoltenberg
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Eröffnungszeremoniell, den Walzer links herum, zu proben. Minister **Gerhard Stoltenberg**, will erst am Donnerstag in Wien eintreffen. Zum Wiener Opernball fahren auch Bundestagspräsident Dr. **Rainer Barzel**, der die Loge 13 erhält, und Bayerns Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** sowie zahlreiche Mitglieder der in Bonn gegründeten deutsch-österreichischen Parlamentariergruppe, an der Spitze der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. **Otto Wulff**, Vorsitzender der Gruppe, Recklinghausens Oberbürgermeister und SPD-MdB **Erich Wolfram** und der CSU-Bundestagsabgeordnete **Franz Ludwig Graf Stauffenberg**.

GEBURTSTAGE

Rolf Späthen, früherer Vorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, DAG, feierte gestern in Hamburg seinen 75. Geburtstag. Späthen, der 1947 zur Deutschen Angestellten-Gewerkschaft kam, hatte zunächst die Leitung der Abteilung Wirtschaftspolitik beim damaligen Hauptvorstand übernommen. Beim siebten Bundeskongreß in Karlsruhe wurde er 1960 zum Vorsitzenden der DAG gewählt und beim achten Bundeskongreß nach vier Jahren erneut in seinem Amt bestätigt. Rolf Späthen hat stets ein Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft abgelegt.

*

Der Politik- und Sozialwissenschaftler und Berliner Politologe Professor Dr. **Ossip Kurt Flechtheim** wird am 5. März 75 Jahre alt. Der Sohn eines russischen Buchhändlers wuchs seit 1910 in Deutschland auf. An der Hindenburgschule in Düsseldorf machte er sein Abitur. Nach seinem Studium der Rechts- und Staatswissenschaften und einer Doktorarbeit über Hegels Strafrechtstheorie mußte er 1933 aus politischen und „rassischen Gründen" seine Referendartätigkeit aufgeben. Nach einer Verhaftung durch die Nationalsozialisten 1935 gelang ihm später die Emigration. Nach dem Krieg arbeitete er als Dozent an verschiedenen amerikanischen Hochschulen. 1946–1947 amtierte er als Sektions- und Bürochef im Amt des US-Hauptanklägers für Kriegsverbrechen in Nürnberg. 1951 ging er zunächst als Gastprofessor an die Freie Universität Berlin. 1952 bis 1959 war er Professor an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin. Anfang der sechziger Jahre wurde er Direktor des Otto Suhr-Instituts. 1974 emeritierte er. Flechtheim war als Student der KPD beigetreten. Weil ihm die Partei „zu stalinistisch" war, trat er wieder aus. Von 1952 bis 1962 war er SPD-Mitglied. Auch hier trat er, jetzt im Protest gegen „den Rechtskurs der Partei", wieder aus. 1967 wurde er mit „heimatlosen Linken" Mitbegründer des „Republikanischen Clubs" und Befürworter einer sogenannten „kritischen Universität" unter den Professoren. Heute ist Flechtheim Direktor am Institut für Zukunftsforschung in Berlin und im Kuratorium der Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung in Bonn sowie Mitglied des deutschen PEN-Clubs. Bei einer Kandidatur für die Grünen 1981 in Berlin wurde er nicht gewählt.

EHRUNGEN

Ferdinand Leisten, Prinz Karneval in der Domstadt im Jahr 1959, ist mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet worden. Leisten ist ehemaliger Vorsitzender und jetziger Ehrenpräsident des Festkomitees Kölner Karneval. Am 2. März wird er 70 Jahre alt. Der frühere Bundespräsident **Walter Scheel**, Vorsitzender des Direktoriums für Vollblutzucht und -rennen, wird Ferdi Leisten, der sich nach Kriegsende in Köln in ganz besonderer Weise um den Wiederaufbau des Rennsports verdient gemacht hat, ebenfalls auszeichnen und ihm die „Goldene Medaille" überreichen.

*

Bundespräsident **Karl Carstens** hat Commander **William Edward Grenfell** das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen. Grenfell war von 1961 bis 1965 Marine-Attaché an der britischen Botschaft in Bonn und wurde in dieser Zeit einer der besten Freunde unseres Landes. Nicht alle sahen seinerzeit seinen Einsatz für die deutsch-britische Freundschaft so gerne. Eine Beförderung zum Kapitän zur See unter-



William E. Grenfell
FOTO: DIE WELT

blieb, der Marineoffizier wurde nach 27jähriger Dienstzeit vorzeitig in den Ruhestand geschickt. Der Offizier hatte an vielen Seeschlachten im Zweiten Weltkrieg teilgenommen, im Eismeer, im Atlantik, im Mittelmeer, bei Kommandolandungen in Norwegen und bei Geleitzügen nach Murmansk, wo Grenfell nach der Bombardierung seines Schiffes durch deutsche Tiefflieger einer der wenigen Überlebenden war. Grenfell gehört heute auch zu den Förderern der Städtepartnerschaft zwischen Portsmouth und Duisburg.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Nur eine Seite der Sache

„Was übrigbleibt"; WELT vom 17. Februar

Sehr geehrter Herr Gillies,

Sie erheben wieder einmal beredte Klage darüber, was dem armen Arbeitnehmer laut Ifo-Institut von seinem Mehrverdienst übrigbliebe. Das ist aber nur die eine Seite der Sache. Davon, daß nun diese Milliarden im Staatssäckel übrig wären, habe ich nichts gehört. Es sind im Gegenteil noch rund 30 Milliarden DM Schulden gemacht worden.

Diese Tatsache zwingt wohl zu dem Schluß, daß die Staatsausgaben noch stärker gewachsen sein müssen und das trotz z. T. schmerzhafter Eingriffe in die Sozialgesetze.

Man muß doch wohl oder übel der Tatsache ins Auge sehen, daß ins Gewicht fallende Einsparungen in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sind und daß daher ein finanzieller *Spielraum für eine Tarifreform nicht* da ist. Da wird so leichthin von dem Abbau der Subventionen geredet, als ob nicht der weitaus größte Teil zur Erhaltung der Existenzfähigkeit ganzer Gewerbezweige (Werften etc. etc.) unumgänglich ist. Oder halten Sie die versteckten Steuersubventionen für besser?

Das aber *heißt, daß die Belastung* insgesamt z. Zt. kaum gesenkt werden kann. Allenfalls wären Verschiebungen zwischen den direkten und indirekten Steuern möglich. Man sollte daher diese Themen emotionsfrei diskutieren und keine Illusionen darüber aufkommen lassen, daß man wohl gerechtere Lösungen anstreben sollte, daß aber insgesamt die Belastung die gleiche bleiben muß. Da nützt die Mär vom „armen geschröpften Arbeitnehmer" – ich gehöre selbst dazu – nichts! Es gibt nur ein einziges Einkommensteuerrecht für alle Einkommensbezieher mit vernachlässigungswerten kleinen Unterschieden. Der frappante Anstieg des Lohnsteueraufkommens gegenüber der veranlagten Einkommensteuer besagt daher nicht mehr, als daß eben die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit überproportional gestiegen sind und daß die Arbeitnehmer in entsprechendem Maße die allgemeinen Lasten mittragen müssen.

Da die Deckung der Staatsausgaben unumgänglich ist und auf die Dauer nicht durch Kredite finanziert werden kann, blieben doch sonst nur jährliche Steuergesetze als Ausweg übrig, nachdem die sogenannten *heimlichen Steuererhöhungen nicht* zu Überschüssen in der Staatskasse geführt haben. Die 20 Milliarden für eine Tarifreform sind z. Zt. jedenfalls nicht da, es sei denn, man würde die Umsatzsteuer auf EG-Niveau anheben! Das wiederum ist m. W. aus guten Gründen abgelehnt worden und würde – insgesamt gesehen – auch nicht mehr Geld *in* den Taschen der Steuerbürger lassen.

Man sollte daher die Regierung nicht in eine Steuerreform hetzen, die entweder diesen Namen nicht verdient oder doch nur den Bürgern Sand in die Augen streut.

Mit freundlichen Grüßen
Helmut Hog,
Schortens

Mehr als Common sense nötig

„Pankraz, Irving Kristol und die Kupferstecher"; WELT vom 13. Februar

Ihre Zweifel an der pädagogischen und therapeutischen Effizienz der sogenannten „Humanwissenschaften" teile ich voll, lieber Pankraz, Ihr Loblied auf den gesunden Menschenverstand als Gegengift – besonders im Hinblick auf die Heilung von seelischen Störungen aber – zeigt doch wohl nur, daß Sie das immer seltener werdende Glück haben, dies in Ihrer näheren Umwelt nicht ertragen zu müssen: Kinder, die – trotz äußerer Notlosigkeit – wieder und wieder versuchen, sich das Leben zu nehmen, Kinder, die fressen, bis sie schier platzen, Kinder, die sich vor Mutters Fleischtöpfen zu Tode hungern, Kinder, die sich vor Spinnen und Wespen bis zur Ohnmacht ängstigen, Kinder, die wieder und wieder stehlen, obgleich genug Geld im Haus ist, die zwanghaft zündeln, die tagaus, tagein ihren Eltern das Leben zur Hölle machen ... Nein, nein, Pankraz, mit Ihrem Common sense (und Ihren Nerven!) sind Sie da bald am Ende.

Ihr Gewährsmann, Irvin Kristol, hat auch nicht recht, daß man nur die Psychologen *abzuschaffen* brauche, um wieder unneurotischen Nachwuchs zu ziehen. Umgekehrt wird ein Schuh draus. Die so groß werdende Not machte soziale Einrichtungen zwangsläufig notwendig, ob man sie wollte oder nicht. Und es ist ihnen auch nicht allein anzulasten, daß ihre Heilungsquote bei den Süchtigen, den Kriminellen, den Zwanghaften, den Depressiven schmal ist: Fehleindrücke, in das plastische frühkindliche Hirn hineingedrückt, sind nun einmal nur schwerst reversibel. Dennoch ist Ihre Klage berechtigt, lieber Pankraz; denn wir haben in den sogenannten Humanwissenschaften den faktischen Notstand nicht nur nicht erkannt, sondern künstlich gesteigert, vor allem dadurch, daß in ihnen der Abbruch mit dem tradierten Wissen am weitestgehenden vorangetrieben und durch Ideologie als Scheinwissenschaft ersetzt wurde.

Das fatale Dilemma liegt darin, daß man nicht nur die voraussagbare Neurotisierung verleugnete (statt vorzubeugen und den Anfängen zu wehren), sondern daß man durch ideologisierte Theorien in der Erziehung fortgesetzt beschädigten Kinderseelen zusätzliche Unbekömm*lichkeiten zumutete – von den* Einheitsmassenschulen bis zum Verhetzen und planmäßigen Lächerlichmachen der Älteren, auf deren orientierende Wegweisung der junge Mensch nun einmal angewiesen ist. Dies nur als Ergänzung, nicht als Kritik Ihrer wieder einmal so ins Schwarze treffenden Glosse.

Christa Meves
Uelzen 1

„Friedensfürst"

„Griff in die Geschichte – Als die Guerilla aufkam"; GEISTIGE WELT vom 18. Februar

Der – wieder ausgezeichnete und präzise – Beitrag ist mit einem Bild illustriert, das angeblich die Abführung des Herzogs von Alcudia durch französisches Militär nach dem Fall Saragossas darstellt.

Tatsächlich wird der Herzog von Alcudia – das ist: Manuel Godoy Alvarez de Faria, Herzog von Alcudia, „der Friedensfürst" (1767–1851), Staatsmann und maßgeblich für die spanische Politik am Anfang des 19. Jahrhunderts – hier festgenommen. Aber nicht von französischen Truppen, sondern von spanischen Gardes du Corps, die den Minister vor der Volkswut in Sicherheit zu bringen suchten. Als die Franzosen auf dem Durchmarsch nach Portugal Madrid *besetzten, erhob sich die* Partei des Thronanwärters Ferdinand in Aranjuez, stürzte Godoy und zwang König Karl IV. zur Abdankung. Godoys Palais in Aranjuez wurde in der Nacht vom 17. März 1809 vom Pöbel gestürmt, der Minister selbst am 19. März verhaftet. Diese Szene stellte der französische Maler Maurice Orange bildlich dar.

Mit freundlichen Grüßen
P. Wacker,
Nürnberg 90

Mit Spannung

Von der Öffentlichkeit unbemerkt, ruft das Verwaltungsgericht Köln das Verfassungsgericht an, um die Rechtmäßigkeit des 2. Haushaltsstrukturgesetzes und die Kürzung der Ruhestandsbezüge prüfen zu lassen.

Man wird sehr gespannt sein, wie dieses *Urteil ausfallen* wird, schließt es doch die wohlerworbenen Rechte von vielen Ruhestandsbeamten, Witwen und Waisen, nicht nur bei der Deutschen Bundesbahn, ein.

Karl-Heinz Wurm,
Warendorf

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

»Auch die bittersten Worte, die Menschen einander sagen, wirken selten so entzweiend wie die unausgesprochenen, die der eine vom andern vergeblich erwartet. Und Bestimmung scheint es zu sein, daß keiner dem andern solch ein Wort nahelegen darf; unverhofft und frei muß es kommen, sonst geschieht kein Wunder.«

Hans Carossa, dt. Autor (1878–1956)

Carstens tritt für unabhängiges Kambodscha ein

AFP/rtr/dpa, **Djakarta**

Bundespräsident Karl Carstens hat in Djakarta die Bemühungen der südostasiatischen Staatengemeinschaft (Asean) für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit Kambodschas begrüßt. Anläßlich seines fünftägigen Staatsbesuchs in Indonesien befürwortete Carstens den „gemeinsamen Widerstand gegen alle hegemonistischen Bestrebungen" im asiatischen Raum und die Forderung nach dem Rückzug aller ausländischen Truppen aus Kambodscha und Afghanistan.

Der indonesische Staatspräsident Suharto hat seinerseits die Hoffnung auf einen baldigen Ausgleich der deutsch-indonesischen Handelsbilanz geäußert, die für Djakarta mit mehr als 800 Millionen Dollar im Jahr negativ ist. Bundespräsident Carstens sieht Chancen für eine Ausweitung der Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft in Indonesien und hofft, mit seinem Besuch die deutsche Industrie zu einem stärkeren Engagement in dem südostasiatischen Land zu ermuntern.

Der mitreisende Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke (CSU), kündigte an, die Bundesregierung werde derartige Vorhaben auch im Bereich der mittleren und kleineren Unternehmen unterstützen. Er nannte die Region der Asean-Staaten – hierzu zählen neben Indonesien Singapur, Malaysia, die Philippinen, Thailand und Brunei – einen „Wachstums- und Zukunftsraum erster Ordnung".

Warnke unterzeichnete ein deutsch-indonesisches Abkommen zur finanziellen Kooperation, das erstmals auch zum Vorteil der an Entwicklungsvorhaben beteiligten deutschen Unternehmen die Mischfinanzierung durch Verbindungen staatlicher Kredite mit kommerziellen Exportkrediten ermöglicht.

Kelly: Grüne in schwerster Krise

dpa, **Bonn**

Massive Kritik an der Arbeit der Grünen hat die Sprecherin der Fraktion im Bundestag, Petra Kelly, geäußert. In einem von ihr verfaßten 26 Seiten umfassenden Beitrag zu dem „Bericht zur Lage der Fraktion", der am Wochenende auf der Bundesversammlung der Grünen in Karlsruhe diskutiert wird, heißt es: „Wir stecken in der bisher schwersten Krise von Fraktion und Partei." Frau Kelly er- [illegible] *Grünen seien in den vergan-* [illegible] gewesen, die Schwächen und Verkrustungen ihrer eigenen Struktur und politischen Arbeit bloßzulegen und offen zu diskutieren. Erst die Kritik des früheren Generals Gert Bastian und dessen Auszug aus der Fraktion hätten die Fraktion dazu gezwungen, „diesen Verdrängungsprozeß zu beenden". Durch „ein Übermaß von Mißtrauen und Kontrolle kreuz und quer durch alle Parteiebenen habe es die grüne Partei und Bewegung geschafft, ihren Anspruch auf mehr Solidarität, Menschlichkeit Toleranz und Mitgefühl" zu verdrängen. „Viele von uns in der seelenlosen Bonner Bürogemeinschaft sind müde, zermürbt und ungeduldig geworden."

„Mit Nachdruck" für Sprecherausschüsse

dpa, **Bonn**

Die Forderung der Union der Leitenden Angestellten (ULA) nach einer gesetzlichen Verankerung von Sprecherausschüssen in den Wirtschaftsunternehmen wird von der FDP „mit allem Nachdruck unterstützt". Das FDP-Bundesvorstandsmitglied Jürgen Möllemann wies gestern in Bonn darauf hin, daß die Freien Demokraten, aber auch CDU und CSU vor der Bundestagswahl 1983 grundsätzliche Bereitschaft zur gesetzlichen Einführung von Sprecherausschüssen signalisiert hätten. Jetzt sei es an der Zeit, das in Aussicht gestellte Vorhaben zu verwirklichen. Die FDP hoffe, daß die CDU/CSU in dieser wichtigen Frage „mitzieht". Möllemann betonte, die leitenden Angestellten stünden derzeit zwischen den Fronten.

Die Erlebnisse des Genossen Sidelnikow

rtr, **Moskau**

Ein Reisender aus Sibirien hat in Moskau das Ausmaß der täglichen Korruption am eigenen Leib erfahren. Die Zeitung des kommunistischen Jugendverbandes, „Komsomolskaja Prawda", veröffentlichte die Erlebnisse des Fahrers V. Sidelnikow, der nach Moskau gekommen war, um für seine Firma 13 Personenwagen vom Typ Moskwitsch abzuholen.

Als erstes erfuhr Sidelnikow, die Auslieferung dauere noch einen Monat – wenn er nicht mit einem teuren Parfüm für das weibliche Personal nachhelfe. Dann mußte Sidelnikow 25 Rubel (umgerechnet 85 Mark) pro Auto zahlen, um die Wagen in der bestellten Farbe zu bekommen. Schmiergeld war auch fällig für die Verlängerung des Hotelaufenthaltes und für Parkplätze. Der Zeitung erklärte Sidelnikow, er sei sehr erleichtert, wieder in das ehrliche und menschliche Sibirien zurückzukehren.

Seit 123 Jahren zeigen die Thais Freundschaft für die Deutschen

Firmen aus der Bundesrepublik bleiben zurückhaltend / Carstens heute nach Bangkok

CHRISTEL PILZ, **Bangkok**

„Hier wartet kein Mensch mehr auf die Deutschen", sagt ein thailändischer Geschäftsmann, der nichts lieber täte, als deutsche Firmen in seinem Heimatland ins Geschäft zu bringen. Statt dessen macht er Geschäfte mit Firmen anderer Nationen. Die Deutschen, bedauert er, wagten kein Risiko, sie seien zu formell, zu schwerfällig und könnten sich schlecht anpassen. Wird das so bleiben? Die deutsch-thailändische Handelskammer meldet ein neuerdings steigendes Interesse der deutschen Wirtschaft, ihre Präsenz in Thailand auszubauen. In Bangkok ansässige Vertreter deutscher Firmen werden mit einem Mal von einer Besucherwelle aus ihren Zentralen überrollt.

Thailand hat die Wirtschaftskrise relativ gut überstanden. 1983 endete mit einer Wachstumsrate von 5,8 Prozent. Premierminister Prem Tinsulanond regiert schon die für Thailand ungewöhnlich lange Zeit von vier Jahren. Die politische Situation ist stabil. Das Experiment mit der Demokratie hat Wurzeln geschlagen. Die Staatsfinanzen sind in Ordnung, wenn auch belastet durch ein Defizit der Handelsbilanz von umgerechnet 6,6 Milliarden Mark. Dafür ist die Auslandsverschuldung gering. Banken aus aller Welt bieten Thailand Kredite an. Ein Team hochqualifizierter Wirtschaftsplaner arbeitet an der Realisierung zahlreicher Großprojekte, die Mammut-Aufträge verheißen und die Industrialisierung vorantreiben. Das läßt sich an der Steigerung der Kapitalgüterimporte um 26 Prozent im vergangenen Jahr ablesen, woran auch deutsche Firmen einen Anteil hatten. Ihre Exporte nach Thailand sind auf 887 Millionen Mark gestiegen. Ein neuer Boom ist angelaufen, getragen von einer dynamischen Privatwirtschaft.

Die deutsch-thailändische Handelskammer wird von Anfragen nach Lizenzen aus der Bundesrepublik Deutschland überschwemmt, auch hat sie eine Liste von 140 Thai-Firmen, die deutsche Partner zum Joint Venture suchen. Das vor allem in jenen Bereichen, in denen die deutsche Wirtschaft einen anhaltend guten Namen hat: im Maschinenbau und in der Kunststofftechnik. Doch die Deutschen lassen auf sich warten. Sie sehen sich zwar um, sind aber weiterhin zurückhaltend. Gerade in Thailand besteht besonders viel Goodwill für Deutschland und die Deutschen. Das geht zurück auf Prinz Fritz zu Eulenburg [illegible] fragte, ob Preußen daran dächte, Kolonien zu erwerben. Die Antwort des preußischen Gesandten „Wenn, dann gewiß nicht in den Tropen", stellte den König zufrieden, und er freute sich, einen neuen Freund ohne politische Ambitionen zu haben. 1862 unterschrieb Mongkut den ersten deutschen „Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag". Thailand gelang es, den kolonialen Absichten der Franzosen und Briten zu entweichen.

Als einziges Land Südostasiens wurde es nie kolonialisiert. Die Thais haben deshalb keine Minderwertigkeitskomplexe gegenüber Fremden. Nichts Westliches wurde ihnen aufgezwungen; was sie vom Westen übernommen haben, haben sie sich selbst, aus eigener, freier Entscheidung, ins Land geholt. Vieles davon von den Deutschen.

König Chulakongkorn (1868 bis 1910), der große Reformator und Modernisator, war in seinem Leben zweimal in Deutschland, einmal sogar zur Kur in Bad Homburg, was ihm so gut gefiel, daß er der Stadt zum Dank einen Pavillon im Thai-Stil schenkte.

Der Thai-König war von Deutschlands staatlicher Ordnung und militärischer Macht fasziniert. Er heuerte Deutsche an zum Bau der thailändischen Eisenbahn, mit der zu fahren noch heute ein Vergnügen ist. Er holte Deutsche in seinen Palast. So den Hof-Fotografen Lenz und den Kapellmeister Veit, der den Königsmusikanten europäische Blasmusik beibrachte und dessen Sohn nach dem Staatsstreich von 1932, der die Demokratie im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie proklamierte, die neue Nationalhymne schrieb. Deutsche Ärzte führten an der „Akademie für westliche Medizin" die deutsche Schulmedizin ein mit Deutsch und Latein als Teil der thailändischen Ärzteausbildung. Thais wurden zur Kadetten- und Offiziersausbildung nach Deutschland geschickt. Die engen Beziehungen zur thailändischen Marine überlebten bis heute. Als im vorigen Jahr das Schulschiff „Deutschland" zu Besuch im Bangkoker Hafen war, spielte die Kapelle der Thai-Marine „Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wieder haben". König Ananda wurde gar in Heidelberg geboren, wo sein Vater, Prinz Mahidol, Medizin studierte.

Nach Anandas frühem Tod bestieg dessen Bruder den Thron, den die Welt als König Bhumipol von Thailand kennt, den neunten Rama in der 202 Jahre alten Dynastie der Chakris. König Bhumipol und seine Gattin Sirikit waren 1960 zu Besuch in Bonn. Zwei Jahre später hatten sie Präsident Lübke zu Gast. Jetzt haben sie Bundespräsident Carstens und seine Frau Veronica zu Gast. Im April wird Premier Prem mit einer Wirtschaftsdelegation von 60 Mann als Gast der Bundesregierung in Bonn anreisen.



Thailands König Bhumipol und seine Gattin Sirikit sind Gastgeber von Bundespräsident Karl Carstens FOTO: MARC CHARUEL/STUDIO X

Amin Gemayel verliert seine Hausmacht

Libanon: Im Lager der Christen klären sich die Fronten

JÜRGEN LIMINSKI, **Bonn**

Im Lager der libanesischen Christen sind die Würfel gefallen. Die „Forces Libanaises", der militärische Arm des libanesischen Widerstands, hat gestern entschieden, in die politische Opposition zu Staatspräsident Amin Gemayel zu gehen, sollte dieser das Abkommen mit Israel offiziell aufkündigen.

Eine Aufkündigung, zu der Amin Gemayel entschlossen ist, die er aber noch nicht verkündet hat, würde, so ein Sprecher und Politiker der vorwiegend christlichen Milizverbände zur WELT, die syrische und israelische Besetzung des Landes festschreiben. Es wäre ein „Befolgen des syrischischen Diktats und ein schwerwiegender Präzedenzfall in den Beziehungen der Staaten in der Region". Damit spielt er auf mögliche Wirkungen dieser Aufkündigung auf den israelisch-ägyptischen Friedensvertrag an.

Unklar ist, ob die größte libanesische Partei, die Kataeb, aus der viele Mitglieder der „Forces Libanaises" kommen, diesen Kurs geschlossen mitträgt. Der Gründer und Vorsitzende dieser sozialdemokratischen Partei, Pierre Gemayel, ist der Vater des Präsidenten. Ihm wird nachgesagt, daß er verzweifelt versuche, Verständnis für die Politik seines Sohnes zu wecken. Er soll sogar bei den Syrern vorgefühlt haben, ob Damaskus bereit sei, eine Garantie für den Abzug seiner Truppen zu geben, falls Amin Gemayel das israelisch-libanesische Abkommen aufkündige. Die Antwort aus Damaskus soll sehr kurz gewesen sein: Nein.

Prosyrische Berater

Allerdings dürfte Vater Gemayel in der Partei selbst nur ein kleinlautes Echo für seine Verständissuche finden. Der überwiegende Teil im Vorstand der Partei neigt dem Kurs der „Forces Libanaises" zu. Dies um so mehr, als der Präsident seit gut einem Jahr auf Kosten des Widerstands seine Schaukelpolitik zwischen Syrien, Israel und den USA betreibt. Er ist den Vorwürfen seiner Gegner nicht entgegengetreten, die behaupteten, seine Regierung werde von den Christen und insbesondere von den „Forces Libanaises" dominiert. Tatsache ist, daß weder ein Minister, noch ein Staatssekretär noch ein Berater des Präsidenten aus der Kataeb-Partei oder aus der Widerstandsbewegung stammt. Im Gegenteil, sein Berater für internationale Politik, Ghassan Tueini, war ehemals Mitglied der für [illegible] *Reich eintretenden* faschistisch orientierten Partie Populaire Syrien (PPS). Und der Berater für die Beziehungen zu Syrien, Jean Obeid, soll nach zuverlässigen Angaben eines libanesischen Diplomaten, Mitglied der syrischen Baath-Partei gewesen sein. Beide waren und sind sowohl der Kataeb als auch den anderen christlichen Parteien nicht wohl gesonnen.

Die anderen christlichen Führer in der Allianz der christlichen Parteien, die „Front Libanais" haben ihre Position bereits vor einigen Tagen klar und im Sinne der Forces Libanaises abgesteckt. Besonders eindringlich warnte der ehemalige Staatspräsident Camille Shamounden Staatspräsidenten vor einer Beugung unter das syrische Diktat. Aber auch der Generalobere des maronitischen Mönchsordens, Pater Paul Namaan und der Vorsitzende der maronitischen Liga, Shaker Sleiman, hatten sich nach einer Sitzung für eine Ratifizierung des Abkommens mit Israel und gegen eine Aufkündigung ausgesprochen. Bei dieser Sitzung war auch Pierre Gemayel zugegen. Er hatte das gemeinsame Kommunique mitunterzeichnet.

Mehr Handlungsspielraum

Die christlichen Politiker repräsentieren die große Mehrheit der etwa eine Million zählenden Bevölkerung im christlichen Reduit zwischen Beirut und Batrun, einem Gebiet von rund 1500 Quadratkilometern. Viele haben sich von den Berghängen an die Küste zurückgezogen, um im Notfall über das Meer fliehen zu können. Der Notfall, das ist für die Christen der Durchbruch der Drusen und Schiiten durch die von den christlichen Milizen gehaltenen Verteidigungslinien. Die Angst vor Massakern nimmt besonders bei Einbruch der Dunkelheit, wenn die syrische Artillerie aus den Bergen die christlichen Wohnviertel mit ihrem Feuer belegt, zum Teil Formen der Panik an. Dies um so mehr, seit sich die Christen nach dem Abzug der Marines und durch das Schweigen der christlichen Regierungsparteien in Europa im Stich gelassen fühlen.

In der Praxis bedeutet die Abkehr von Präsident Gemayel, daß der christliche Widerstand wieder einen größeren Handlungsspielraum erhält. Das dürfte auch die Beziehungen zwischen den „Forces Libanaises" und Jerusalem auf eine solidere Basis stellen. Die „Forces Libanaises" unterhalten seit wenigen Wochen auch wieder ein Büro in der israelischen Hauptstadt. Die Beziehungen zu Israel hatten darunter gelitten, daß die Christen die prosyrische Politik des libanesischen Präsidenten nolens volens mangels einer erkennbaren Alternative mittragen mußten.

Seite 2: Die Fürsten am Golf

Mit Tränengas und Gummiknüppeln gegen Fernfahrer

dpa, **Rom**

Die italienische Polizei ist gestern erstmals mit Gummiknüppeln und Tränengas gegen Lastwagenfahrer vorgegangen, die den Brenner auch für den Personenverkehr blockieren wollten. Die Autobahn wurde frei gemacht, nachdem am Vormittag rund 30 protestierende Fernfahrer die Fahrbahn mit brennenden Reifen völlig gesperrt hatten. Die seit einer Woche anhaltende Blockade des Schwerlastverkehrs wurde unterdessen auf Beschluß des Aktionskomitees der rund 3000 beteiligten Fernfahrer aus acht Staaten fortgesetzt. Für eine Stunde sperrten sie auch die Eisenbahnstrecke Sterzing–Brenner.

Enttäuscht zeigen sich die Fernfahrer von der Haltung der italienischen Regierung. Leopoldo Lucchi, der Vorsitzende der italienischen Transportunternehmer-Union, sagte, bisher sei noch gar nichts erreicht worden. Er zweifelte das Versprechen des italienischen Verkehrsministers Claudio Signorile an, die europäischen Bestimmungen für Zollkontrollen bis Ende dieses Jahres auch an den italienischen Grenzen anzuwenden. Über die Kontrollen wollen die Verkehrsminister der Bundesrepublik Deutschland, Österreichs und der Schweiz am Sonntag in Wien beraten.

Gemayel will sich mit Assad treffen

AFP, **Beirut**

Die Staatschefs des Libanon und Syriens, Amin Gemayel und Hafez el Assad, werden sich nach offiziellen Angaben aus Damaskus „in den nächsten 48 Stunden", wahrscheinlich noch heute, treffen. Assad hatte bisher die Gegner Gemayels in Libanon, die den Rücktritt des maronitischen Staatschefs gefordert hatten, unterstützt. Gemayel wird nach Angaben westlicher Quellen in der syrischen Hauptstadt ein offizieller Empfang in Anwesenheit des diplomatischen Corps bereitet. Es ist das erste Treffen der beiden Präsidenten seit März 1983, als sie am Rande des Blockfreien-Gipfels in Neu-Delhi zusammengetroffen waren.

Das Treffen sei durch den Beschluß des libanesischen Staatspräsidenten, das israelisch-libanesische Truppenabkommen vom 17. Mai vergangenen Jahres zu annulieren, möglich geworden.

Bombenanschlag auf Jerusalemer Geschäft

dpa/AP, **Jerusalem**

Bei einem Bombenanschlag auf einer belebten Straße Jerusalems sind gestern 17 Juden und vier Araber verletzt worden, ein Araber schwebe in Lebensgefahr. Die Polizei hat 20 Verdächtige festgenommen. Augenzeugen berichteten im israelischen Rundfunk, vier Handgranaten seien aus einem fahrenden Auto heraus in den Eingang eines Bekleidungsgeschäfts geworfen worden. Zwei der Handgranaten sowjetischer Bauart seien nicht explodiert und von israelischen Spezialisten entschärft worden. Zu den leichter Verletzten gehört eine im neunten Monat schwangere Frau.

„Eiserner Vorhang" – Schon in Potsdam ein Begriff

Churchill gab Stalin schuld an der Lage in Osteuropa

SIEGFRIED HELM, **London**

Winston Churchill hat den Begriff „Eiserner Vorhang" bereits 1945 auf der Potsdamer Konferenz verwendet, als er Stalin Vorhaltungen über das Ausmaß der Unterdrückung in den überrannten osteuropäischen Ländern machte. Das geht aus jetzt veröffentlichten Dokumenten des Foreign Office über den Ablauf der Gipfelkonferenz über eine Neuordnung Europas hervor. Churchill bediente sich schon vor Potsdam einmal des Begriffs „Eiserner Vorhang" und zwar schon am 4. Juni 1945 in einem Telegramm an US-Präsident Truman.

Bisher hatte man angenommen, daß Churchill diesen Terminus zur Kennzeichnung der Barriere zwischen kommunistischer und freier Welt ein Jahr später in seiner berühmten Rede am 5. März 1946 vor dem Westminster College in Fulton (US-Staat Missouri) prägte, als er das geflügelte Wort sprach: „Ein eiserner Vorhang hat sich quer über den Kontinent gesenkt", womit er den Beginn des kalten Krieges andeutete. Zu dieser Zeit war Churchill allerdings nicht mehr britischer Premierminister. Er hatte als Ergebnis der ersten Parlamentswahl in Großbritannien seit zehn Jahren der Labour Party Attlees weichen müssen.

Aus den Papieren des Foreign Office geht außerdem hervor, daß sich Churchill in Anwesenheit von US-Präsident Truman mit Stalin anlegte, dem er die Schuld an dem schweren Los der Menschen in den kommunistisch besetzten osteuropäischen Ländern gab. Stalin versuchte, diese Vorwürfe mit einer Handbewegung vom Tisch zu fegen und mit der Bemerkung zu verharmlosen, das seien „Märchen". Churchill beharrte jedoch bei seiner Kritik und belegte seine Vorwürfe mit Informationen aus den britischen diplomatischen Vertretungen. Stalin wäre, so Churchill, erstaunt, wenn er den Katalog von Vorfällen zu lesen bekäme, der von den britischen Missionen in Bukarest und Sofia stamme. Den Menschen dort habe man die Freiheit genommen, ins Ausland zu gehen, und es sei ein „eiserner Vorhang" herabgelassen worden. Churchill bekräftigte seine Worte noch anhand von Berichten britischer Militärs aus osteuropäischen Ländern.

Churchill trat in Potsdam dafür ein, Italien eine Sonderbehandlung zuzugestehen, obwohl es mit Deutschland verbündet war. Schließlich habe sich das politische Leben in Italien seit seiner Kapitulation bereits sehr zum Besseren gewandelt. Das lasse sich von Rumänien und Bulgarien nicht sagen. Im Westen wisse man so gut wie nichts über Rumänien und noch weniger über Bulgarien. Die britischen Missionen würden dort in ihrer Arbeit derart behindert, daß man schon von Internierung sprechen könne.

Die britischen Wahlen vom 6. Juli warfen ihren Schatten auch auf die Konferenz von Potsdam. Stalin versuchte, Churchill Mut zu machen, daß schon alles gut gehen werde. „Sie müßten eigentlich eine Mehrheit von 80 bekommen", sagte der Generalissimus, der sich jedoch mit seiner Voraussage über freie Wahlen gründlich verrechnete. Als Churchill einräumte, der große Unsicherheitsfaktor seien die heimgekehrten Soldaten, da meinte der Kreml-Herr, Armeen gäben immer starken Regierungen den Vorzug, natürlich würden die Soldaten konservativ stimmen.

Aber auch der Labour-Führer Attlee irrte sich. Er meinte gegenüber Molotow wenige Tage später: „Churchills Popularität ist so groß, daß sie ihm wahrscheinlich eine Mehrheit von 50 Stimmen sichert." Labour gewann aber mit der überwältigenden Mehrheit von 146 Stimmen.

Aus den Papieren des Foreign Office geht hervor, daß Churchill die Absicht hatte, bei einem knappen Wahlergebnis zu seinen Ungunsten dennoch nicht unverzüglich seinen Posten als Premierminister zu räumen. Er wollte jede Möglichkeit nutzen, die Neuordnung Europas in Potsdam noch persönlich zu einem Abschluß zu bringen. Er dachte nicht daran zurückzutreten, „es sei denn, daß das Ergebnis (der Wahl) einer extremen Mißfallensbekundung der Nation gleichkommt". Churchill schrieb, er wolle „das Ergebnis einer Vertrauensfrage im Unterhaus nach der Thronrede des Königs abwarten und dann meine Entlassung durch das Haus annehmen". – Nach Potsdam reiste jetzt Attlee. (SAD)

Mujahedin griffen Sowjetbotschaft in Kabul an

rtr, **Islamabad**

Afghanische Freischärler haben nach Informationen westlicher Diplomaten in der vergangenen Woche die sowjetische Botschaft sowie Regierungsgebäude in der Hauptstadt Kabul angegriffen. Zu dem Feuerüberfall sei es am vierten Jahrestag der ersten Protestkundgebungen gegen die wenige Wochen zuvor eingerückten sowjetischen Besatzungstruppen gekommen.

Die Diplomaten berichteten zudem von blutigen Auseinandersetzungen zwischen rivalisierenden kommunistischen Gruppen in der 17. Heeresdivision, bei denen es möglicherweise mehr als 50 Tote gegeben habe. Bei der koordinierten Operation gegen die sowjetische Botschaft und die Regierungsgebäude hätten die moslemischen Widerstandskämpfer Raketen und Granatwerfer eingesetzt. Die sowjetischen Verteidiger antworteten mit Raketen auf den Angriff.

Türken zur Heimkehr bereit

Rei. **Bonn**

„Mit hoher Wahrscheinlichkeit" werde die beabsichtigte Wirkung des Rückkehrhilfe-Gesetzes eintreten und die Heimkehr ausländischer Arbeitnehmer, vor allem Türken, zur Folge haben. Diese Ansicht äußerte gestern Staatssekretär Wolfgang Vogt vom Bundesarbeitsministerium in Bonn. Mitte Februar habe die Zahl der Anträge auf diese staatliche Unterstützung bei 4200 gelegen; rund 18 000 Personen hätten bis Ende Januar Antrag auf Rückerstattung der Arbeitnehmer-Rentenbeiträge gestellt (Januar 1983: rund 6000 Anträge).

Allerdings, räumte Vogt ein, werde ein Viertel der Anträge auf Rückkehrhilfe im Schnitt von Nicht-Berechtigten gestellt. Die Voraussetzung für den Empfang dieser Hilfen sind streng: Arbeitslosigkeit durch Konkurs der Firma oder sechsmonatige Kurzarbeit. Insgesamt rechnet die Regierung mit 50 000 Rückkehrern aufgrund von Hilfe-Zahlungen und Beitragserstattungen ohne zweijährige Wartezeit.

Frau Thatcher verprellt die Gewerkschaften

Streik wegen Cheltenham / Hitzige Debatte im Unterhaus

FRITZ WIRTH, **London**

Die Cheltenham-Affäre hat eine neue „Eiszeit" zwischen der Regierung Thatcher und den Gewerkschaften ausgelöst. Während Hunderttausende von Gewerkschaftsmitgliedern gestern durch Streiks wegen der Cheltenham-Affäre ein Verkehrschaos auslösten, kündigte die Gewerkschaftsführung an, daß sie unverzüglich eine ganze Serie von Arbeitskontakten mit der Regierung abbrechen werde.

Damit geht die Ära des „neuen Realismus", mit dem die Gewerkschaften auf ihrem letzten Kongreß im September 1983 eine Annäherung an die Regierung und einen Dialog mit Frau Thatcher beschlossen, bereits nach einem knappen halben Jahr zu Ende.

Die Cheltenham-Affäre wurde durch ein Gewerkschaftsverbot der Regierung für die 7000 Angestellten in diesem Geheimdienstzentrum in Südwest-England ausgelöst. Die Regierung sieht in der Gewerkschaftszugehörigkeit dieser Angestellten ein zu großes Sicherheitsrisiko. Ein Kompromißangebot der Gewerkschaften, die sich zu einem Streikverbot für die Geheimdienst-Angestellten bereit erklärten, wurde von Premierministerin Thatcher als unzureichend und unakzeptabel bezeichnet.

Die harte Haltung der Regierung hat ironischerweise besonders jene gemäßigten Kräfte getroffen, die in den letzten Monaten die britische Gewerkschaftsbewegung auf einen Rechtskurs gebracht und zu einer Ära der Kooperation überredet haben. Die Position dieser Gewerkschafter, denen sich auch der Gewerkschaftsrat Len Murray angeschlossen hatte, ist durch die Cheltenham-Affäre erheblich geschwächt worden. Es herrscht nunmehr auch unter diesen gemäßigten Gewerkschaftskräften Kampfstimmung. Sie wollen einen Unterstützungsfonds in Höhe von umgerechnet zwei Millionen Mark einrichten, um jenen Cheltenham-Angestellten zu helfen, die sich weigern, aus den Gewerkschaften auszutreten.

Die Regierung gewann zwar eine Unterhausabstimmung nach der Cheltenham-Debatte wie erwartet mit einer Mehrheit von 176 Stimmen, dennoch war es für die Konservativen kein Anlaß zu ungetrübter Freude. Eine Reihe ihrer Abgeordneten kritisierten die Regierung scharf wegen der Handhabung der Affäre, warfen ihr „unvorstellbare Inkompetenz" vor, und enthielten sich bei der Abstimmung, angeführt vom ehemaligen Premierminister Edward Heath, demonstrativ der Stimme.

Die genaue Anzahl konservativer Abgeordneter, die sich weigerten, für die Regierung zu stimmen, war nicht feststellbar. Die konservative Parteiführung spricht von einem Dutzend, der sozialdemokratische Parteichef Owen behauptet, es seien mindestens fünfzig gewesen. Die Labour Party enthielt sich ebenfalls der Stimme.

Ihr Hauptsprecher war Denis Healey, der beissenden Spott über Frau Thatcher und Außenminister Sir Geoffrey Howe ausschüttete. Er bescheinigte der Premierministerin die „Dickköpfigkeit eines General Galtieri" und nannte sie „eine große Elefantin, der zu gehorchen sei, eine Katharina die Große von East Finchley". East Finchley ist der Wahlkreis von Frau Thatcher.

Frau Thatcher verfüge zwar über hervorragende Qualitäten, über außergewöhnliche Intelligenz und ungeheuren Mut. Diese Qualitäten könnten sich jedoch in erschreckende Fehlleistungen wandeln ohne den mäßigenden Rat von Kollegen, die mehr Erfahrung, Verständnis und Feingefühl als sie besäßen. Sie habe diese Kollegen jedoch hinausgeworfen. Es sei nun niemand mehr im Kabinett, der den Mut habe, sich mit ihr anzulegen.

Außenminister Sir Geoffrey Howe erklärte, daß der halbtägige Proteststreik der Gewerkschaften wegen der Cheltenham-Affäre beweise, wie recht die Regierung mit ihren Zweifeln an der Zuverlässigkeit der Gewerkschaften habe. Im übrigen hätten bereits 70 Prozent der Angestellten in Cheltenham ihren Gewerkschaftsaustritt erklärt.

Die Frist für diesen Austritt läuft morgen ab. Sollte die Zahl der Austritte bis dahin nicht mindestens bis auf neunzig Prozent anwachsen, könnte es Personalschwierigkeiten in Cheltenham geben.

Schärfere Gesetze gegen „Staatsfeinde"

AFP, **Moskau**

Mit verschärften Gesetzen wird die Sowjetunion künftig gegen antisowjetische Agitation und Propaganda vorgehen. In der jüngsten Ausgabe des Staatsanzeigers der Russischen Sowjetrepublik wird ein Zusatz zum Artikel 70 des Strafgesetzes veröffentlicht, in dem härtere Strafen für Personen vorgesehen sind, die bei „staatsfeindlichen" Aktionen finanzielle oder andere materielle Hilfe vom Ausland bezogen. Auf diese Kategorie von Straftätern wird im neuen Text ein Paragraph ausgedehnt, der bislang nur für Wiederholungstäter galt und bis zu zehn Jahren Gefängnis und fünf Jahre Verbannung vorsieht. Personen, die die sowjetische Grenze in der einen oder anderen Richtung illegal überschritten haben, müssen, wenn sie rückfällig werden, künftig mit fünf Jahren Haft rechnen. Bisher waren für illegale Grenzüberschreitung ein bis drei Jahre vorgesehen.

Chinesen ehren gefallene Sowjets

rtr, **Moskau**

Erstmals seit Jahren haben wieder chinesische Funktionäre an der Ehrung sowjetischer Gefallener des Zweiten Weltkrieges in der Volksrepublik China teilgenommen. Das sowjetische Partei-Organ „Prawda" meldete gestern, Vertreter der Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft hätten gemeinsam mit Diplomaten der Pekinger Botschaft der UdSSR am Tag der Roten Armee an mehr als fünf Ehrenmälern Kränze niedergelegt. Beobachter sehen in der Änderung der chinesischen Haltung einen weiteren Ausdruck der Verbesserung des Klimas in den Beziehungen der ideologisch verfeindeten kommunistischen Großmächte.

هكذا من الأصل

Zürich–Bombay–Tokio.

Die Swissair erreicht auch weit entfernte Ziele in kürzester Zeit. Jeden Samstag fliegt sie zum Beispiel mit einer DC-10-30 ER von Zürich nonstop nach Bombay. In diesem Flugzeug sitzen aber nicht nur Passagiere, die schnurstracks nach Bombay gelangen möchten, sondern auch solche, die ein Ticket bis Tokio in der Tasche haben. Nach einem Zwischenhalt von nur 50 Minuten fliegen sie von Bombay nonstop weiter nach Japan.

Dies ist zwar die schnellste, aber nicht die einzige Möglichkeit, mit der Swissair nach Tokio zu gelangen: Jeden Dienstag und jeden Donnerstag fliegt sie von Zürich über Bombay und Hongkong nach Tokio. Für diese beiden Flüge steht jetzt jeweils eine der neuen Boeing 747-357 bereit.

Ebenso unaufhaltsam wie von Zürich nach Bombay fliegt die Swissair vom 25. März an auch von Zürich nach Bangkok: mit einer DC-10-30 ER jeden Donnerstag um 13.10 Uhr.

Um solch grosse Sprünge machen zu können, machen Sie zu Beginn der Reise sicher gerne einen sehr viel kleineren: von Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Köln, München, Nürnberg oder Stuttgart in die Schweiz. Insbesondere auch darum, weil die Swissair als einzige europäische Fluggesellschaft in allen ihren Flugzeugen, also auch auf den kürzesten Strecken in Europa, eine First Class, eine Business Class und eine Economy Class anbietet.

Ihr IATA-Reisebüro sagt Ihnen gerne, wie Sie mit der Swissair jeden Tag nach Bombay, jede Woche 5mal nach Hongkong oder 4mal nach Bangkok und Tokio fliegen können. Oder nach Colombo, Jakarta, Karachi, Manila, Peking und Singapur.



Kanzler strikt gegen deutsche Autobahngebühren

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat alle Spekulationen über die Einführung einer Autobahngebühr auch in der Bundesrepublik Deutschland zurückgewiesen. In der gestrigen Morgenbesprechung autorisierte Kohl Regierungssprecher Jürgen Sudhoff zu der Erklärung: „Für den Bundeskanzler kommt eine Autobahngebühr nicht in Frage."

Kohl, so betonte Sudhoff, „denke nicht daran, dem *Beispiel* der Schweiz zu folgen". Der Kanzler denke „europäisch" und sei außerdem der Meinung, daß die Bürger ohnehin über Gebühr mit Steuern und Abgaben belastet seien. Diese eindeutige Erklärung war zwar in erster Linie für die Öffentlichkeit, aber auch für die Verantwortlichen im Bundesverkehrsministerium und die Verkehrspolitiker in der Unionsfraktion bestimmt.

Aussagen von Bundesverkehrsminister Werner Dollinger zu der Schweizer Entscheidung (WELT v. 28. 2.) waren zunächst so interpretiert *worden, als denke der Minister* jetzt ebenfalls über die Einführung einer Autobahngebühr nach, nachdem er noch um die Jahreswende entsprechende Forderungen aus der CSU zurückgewiesen hatte.

Der Bundeskanzler hat jetzt durch die Erklärung von Regierungssprecher Sudhoff *allen Überlegungen in* dieser Richtung den Boden entzogen.

Bonner Papier für C-Waffen-Verbot

dpa, Bonn

Ein neues Arbeitspapier zum geplanten Abkommen über ein weltweites, umfassendes und zuverlässig kontrollierbares Verbot aller chemischen Waffen hat die Bundesregierung gestern in der Genfer Abrüstungskonferenz vorgelegt. Wie das Auswärtige Amt in Bonn mitteilte, enthält das Papier Vorschläge zur Regelung der Frage des Weitergabeverbots für chemische Waffen und hochgiftige tödliche Chemikalien sowie für ihre Schlüsselprodukte. Hierzu gebe es bisher noch keine von allen Mitgliedern der Genfer Konferenz akzeptierte Regelung. Die Bundesregierung wolle damit diese Lücke füllen und zu einem weiteren Fortschritt der Verhandlungen beitragen.

Burt widerspricht den Thesen Kissingers

„NATO ist einiger als in den Jahrzehnten zuvor"

BERNT CONRAD, Bonn

Gegen die Darstellung des früheren amerikanischen Außenministers Henry Kissinger, das NATO-Bündnis sei *zerstritten und bedroht*, hat sich der Staatssekretär im State Department, Richard Burt, gewandt. „Die Allianz ist einiger als in den Jahrzehnten zuvor. Bundeskanzler Kohl, Premierminister Thatcher und Ministerpräsident Craxi beispielsweise stimmen voll mit der Bündnispolitik der amerikanischen *Regierung überein*", betonte Burt in Bonn.

Ohne Kissingers Forderung nach einer „Neukonstruktion" der NATO und seine Drohung mit einem Teilabzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa direkt zu zitieren, aber unverkennbar darauf gemünzt, sagte der Staatssekretär vor Journalisten: „Der Vorschlag, wichtige Änderungen in der Allianz vorzunehmen, ist falsch. Es wirkt ein wenig seltsam, grundlegende Veränderungen anzuregen, wenn die Allianz stark und gesund ist."

Bei seinen internen Konsultationen im Bonner Auswärtigen Amt hat Burt deutlich gemacht, daß das State Department Kissinger von dem Aufsatz in der Zeitschrift „Times" abgeraten habe. Die Bundesregierung fühlte sich dadurch in ihrer Einschätzung bestätigt, daß Kissinger nicht die offizielle Meinung der Reagan-Administration wiedergegeben habe.

Wie gestern bestätigt wurde, deckt sich die vom Staatsminister im Auswärtigen Amt, Alois Mertes (CDU), am Montag formulierte Ablehnung der Kissinger-Vorschläge mit der Meinung von Bundeskanzler Helmut Kohl. Der Kanzler hält die gegenwärtige Konstruktion der NATO für richtig. Nach seiner Ansicht ist aus gutem Grund ein Amerikaner Oberbefehlshaber und aus ebenso gutem Grund kein Deutscher Generalsekretär der NATO. Daran sollte nichts geändert werden.

Postentausch und Konsequenz

Kissinger hatte dafür plädiert, den traditionell von den Vereinigten Staaten besetzten Posten des NATO-Oberkommandierenden an einen Europäer abzugeben und statt dessen den bisher von Europa beanspruchten Posten des NATO-Generalsekretärs mit einem Amerikaner zu besetzen.

Nach *Auffassung eines ranghohen* Bonner Militärexperten würden die Vereinigten Staaten jedoch durch die Berufung eines europäischen Oberbefehlshabers aus ihrer „Verpflichtung von Athen" entlassen werden. Er meinte damit die vom NATO-Rat 1961 beschlossenen Athener Richtlinien über den Gebrauch von Nuklearwaffen. Darin hatten sich die USA verpflichtet, für die Verteidigung Europa stets Atomwaffen bereitzuhalten.

„Am besten lassen wir alles in der NATO, wie es ist. So ist es optimal", *erklärte der Militärexperte.* „Kissingers Auffassungen waren weder plausibel noch originell. Das einzig Interessante wäre die Beantwortung der Frage, warum er das gesagt hat."

SPD für „sorgfältige Prüfung"

Die Bundesregierung ist wegen ihrer ablehnenden *Haltung* scharf von der SPD kritisiert worden. Der Vorsitzende der „Arbeitsgruppe USA" der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, Dietrich Stobbe, warf Staatsminister Mertes vor, „offenbar ohne sorgfältige Prüfung und in Unkenntnis des vollen Wortlauts die Vorschläge Henry Kissingers pauschal abgelehnt" zu haben. „Dieses vorschnelle Urteil ist unverständlich. Die Kissinger-Vorschläge verdienen eine sorgfältige Prüfung", meinte Stobbe.

Die Bundesregierung hätte nach Auffassung des SPD-Politikers berücksichtigen müssen, daß Kissinger seine Vorschläge *gewiß nicht ohne* Rückhalt in der amerikanischen Öffentlichkeit gemacht habe. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion werde die Anregungen „im Rahmen ihrer eigenen Überlegungen zur Selbstbehauptung Europas" sorgfältig prüfen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer ging noch weiter. Wie dpa meldete, wies er zwar darauf hin, daß die SPD nicht jedem Aspekt der Kissinger-Vorschläge zustimme. Sie befürworte aber beispielsweise, daß die Planung für die Verteidigung Westeuropas stärker eine Aufgabe der europäischen Staaten werden und *daß* Europa die Rüstungskontrollverhandlungen federführend übernehmen solle. Sehr erwägenswert sei auch die Idee, den Posten des NATO-Oberbefehlshabers mit einem Europäer zu besetzen.

Grundsätzlich hat Kissinger nach Scheers Worten recht, wenn er die *europäischen NATO-Partner* zu mehr Eigenaktivität in der Sicherheitspolitik auffordere.

Verstimmung in der Spitze der Jungen Union

dpa, Bonn

Eine unterschiedliche Beurteilung der Rolle des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß in der Bundespolitik und Kritik am Umgang von Koalitionspolitikern miteinander haben in der Spitze der Jungen Union (JU) zu erheblicher Verstimmung geführt. Der JU-Bundesvorsitzende, Christoph Böhr, sagte in einem Zeitungs-Interview an die Adresse von Strauß: „Ich kann mich eigentlich des Eindrucks nicht erwehren, daß es in München an der nötigen Solidarität für die Bundesregierung fehlt." Zu einem „wirklich menschlichen, solidarischen Umgangsstil zwischen den drei Koalitionspartnern gehört es, den anderen nicht nur in der Öffentlichkeit zu kritisieren und im nachhinein vielleicht einen Brief zu schreiben". Es sollte umgekehrt sein.

Zur FDP sagte Böhr: „Die Profilierungsbestrebungen des kleinsten Koalitionspartners gehen gelegentlich ein paar Schritte zu weit."

Daraufhin kritisierte der stellvertretende JU-Vorsitzende, Josef Nachmann (München), seinen Vorsitzenden Böhr und auch den Münchner Bezirksvorsitzenden Wolfgang Ascher, der es als „geschmacklos" bezeichnet hatte, in welcher Form Strauß die Bundesregierung bekämpfe. Der Vorsitzende der Jungen Union in Bayern, Alfred Sauter, sprach von „Gehässigkeiten, Verfäl*schungen und Unwahrheiten*", *die* Ascher verbreitet.

Medienkonsens mit FDP

dpa, Bonn

Als eine „liberale Grundlage für die Ausgestaltung der künftigen Medienlandschaft" hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestern den Entwurf der FDP für ein neues Medienpapier bezeichnet. Die FDP befürwortet darin die privat betriebenen Rundfunk- und Fernsehstationen und hält es für „*unbestritten*", *daß* die neuen Medien neue Arbeitsplätze schaffen. Der medienpolitische Sprecher der Fraktion, Dieter Weirich, erklärte zu der FDP-Vorlage, auch wenn es einige Differenzen in der Beurteilung der Entwicklung der Medien gebe, so sei dieses Papier doch eine tragfähige Grundlage für eine *gemeinsame* Medienpolitik der beiden Regierungsparteien.

Verschärfung des Golfkrieges läßt Ölpreise massiv ansteigen

Japan mahnt seine Tanker zur Vorsicht / US-Zerstörer gab Warnschüsse auf Iraner ab

dpa/AP/rtr, Teheran/Bagdad

Nach den angeblichen irakischen Luftangriffen vom Montag auf den iranischen Ölhafen Kharg haben zwei japanische Reedereien ihre Tanker im Persischen Golf angewiesen, diesen Hafen aus Sicherheitsgründen vorläufig nicht anzulaufen. Das Transportministerium in Tokio riet allen 36 japanischen Schiffen, die gegenwärtig dieses Gebiet befahren, sich vorsichtshalber auf den südlichen Teil des Golfs zu beschränken.

Iran bestritt gestern den offiziellen irakischen Bericht, wonach die irakische Luftwaffe am Montag Angriffe gegen mehrere Tanker geflogen haben soll, die vor der Insel Kharg lagen. Diese Berichte entbehrten „jeder Grundlage", erklärte die *amtliche* iranische Nachrichtenagentur Irna.

Wie Regierungskreise in Washington bestätigten, hat der amerikanische Lenkwaffen-Zerstörer „Lawrence" bereits am Sonntag in der Nähe der Straße von Hormuz Warnschüsse auf ein iranisches Patrouil*lenflugzeug abgefeuert* und *eine* iranische Fregatte zum Abdrehen gezwungen. Dies sei geschehen, als das Flugzeug und die Fregatte die von den USA zum Sicherheitsgebiet erklärte Fünf-Meilen-Zone um die amerikanischen Einheiten verletzt hätten.

In Washington hieß es, der US-Zerstörer habe Warnschüsse abgefeuert, als sich das mit Torpedos und Raketen ausgerüstete iranische Propellerflugzeug näherte. Zugleich habe die Besatzung der „Lawrence" die iranische Fregatte über Funk aufgefordert, die Fünf-Meilen-Zone zu verlassen. Das Flugzeug und das iranische Kriegsschiff hätten ohne weitere Zwischenfälle das Sicherheitsgebiet verlassen.

Die Regierung in Washington hatte Iran am 20. Januar in einer Note mitgeteilt, die amerikanischen Seestreitkräfte hätten zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen beschlossen, um möglichen „terroristischen" Aktionen im Gebiet der Straße von Hormuz vorzubeugen. US-Präsident Reagan hatte erst in der vergangenen Woche erklärt, die USA würden eine Schließung der Straße von Hormuz nicht hinnehmen.

Das State Department erklärte, falls sich die Berichte über die irakischen Luftangriffe auf Kharg als zutreffend erweisen sollten, würden die USA dies als eine weitere unglückliche Eskalation im Golfkrieg betrachten. Teheran hatte noch am Vortag seine Drohung bekräftigt, die Straße von Hormuz für die internationalen Öltransporte zu schließen, falls Irak *Tanker in iranischen Häfen angreifen* sollte.

An den internationalen Öl-, Rohstoff- und Edelmetallmärkten ist es auf Grund der Berichte über irakische Bombenangriffe auf Öltanker vor dem iranischen Ölhafen Kharg und wegen der Drohung Irans zur Schließung der Meerenge von Hormuz zu einem massiven Preisanstieg gekommen. Durch die Straße von Hormuz wird fast die Hälfte der derzeitigen Ölproduktion der Opec-Länder verschifft. Die internationalen Ölmärkte werden mit Sicherheit turbulente Zeiten erleben, falls sich die Lage im Krieg zwischen Irak und Iran weiter zuspitzt.

Iran hat der irakischen Luftwaffe inzwischen vorgeworfen, sie habe bei Bombenangriffen im Südabschnitt der Front des Golfkrieges chemische Kampfmittel eingesetzt. Durch den Einsatz von Nervengas seien 400 Iraner getötet oder verletzt worden. Irans Luftabwehr habe drei irakische Düsenjäger des sowjetischen Typs Mig-23 abgeschossen.

Mertes: Westen soll Rüstungsexporte in Spannungsgebiete koordinieren

Für Konsultation der wichtigsten Lieferstaaten / Wirtschaftliche Konkurrenz „ausschließen"

BERNT CONRAD, Bonn

Der Staatsminister im Auswärtigen *Amt, Alois Mertes (CDU), hat sich* dafür ausgesprochen, die westliche Rüstungsexportpolitik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten zu koordinieren. Eine Konsultation und Koordination zwischen den USA, Frankreich, Großbritannien, der Bundesrepublik Deutschland und anderen EG-Staaten würde nach seiner Ansicht „rechtzeitig negative Wirkungen westlicher Rüstungsexporte in diese Region abschwächen oder gar verhindern".

Motiv dieses gestern im Pressedienst der Union veröffentlichten Vorschlags war offensichtlich der Wunsch nach einer Entschärfung des innen- und außenpolitischen Streits um die geplanten deutschen Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Mertes verwies ausdrücklich auf seine schon [illegible] geäußerte Ansicht: „Weder deutsche noch amerikanische noch französische noch englische Panzer dürfen Israel bedrohen. In *dieser* Frage *zwischen* den wichtigsten vier westlichen Exportstaaten moralisch zu unterscheiden, ist nicht zu verantworten." Gerade deshalb sei es dringend notwendig, das Thema Rüstungsexport mit Washington, London und Paris zu beraten und zu koordinieren, „um ein gegenseitiges Ausstechen unter wirtschaftlichen Konkurrenzgesichtspunkten von vornherein auszuschließen".

Allerdings machte der CDU-Politiker deutlich, daß er damit keineswegs die von Bundeskanzler Helmut Kohl grundsätzlich zugesagte verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien in Frage stellen wollte. Vielmehr betonte er ausdrücklich die zentrale Bedeutung der Nahostregion für die Lebensinteressen des freien Europas. „Die kurzfristige und langfristige Wahrung dieser Lebensinteressen ist eine moralische Pflicht auch der Bundesrepublik Deutschland. Dies zu sagen, bedeutet keine Minderung unserer Verpflichtung, des Völkermordes am jüdischen Volk eingedenk zu bleiben, der im Namen Deutschlands begangen wurde, und deshalb die objektiven Lebens- und Sicherheitsinteressen Israels mit besonderer moralischer Sensibilität zu beachten", versicherte Mertes.

Eine „innerwestliche Sonderbehandlung Deutschlands beim Thema Rüstungsexport in den Nahen und Mittleren Osten" birgt nach den Worten des Staatsministers „politisch-psychologische Risiken in sich, an denen weder Israel noch das demokratische Deutschland, noch der Westen als Ganzes Interesse haben können". Der gemeinsame westliche Wunsch nach Sicherheit für alle Staaten der Region machte die Konsultation und Koordinierung westlicher Rüstungsexportpolitik in diese Krisenzone zu einem dringenden Erfordernis.

CDU und CSU haben nach Darstellung von Mertes seit den siebziger Jahren immer wieder darauf gedrungen, die deutsche und die europäische Nahostpolitik mit den Friedensbemühungen der USA zu harmonisieren. Gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre eine Abstimmung der westlichen Rüstungsexporte „ein glaubwürdiges Signal gemeinsamer westlicher Verantwortung für Frieden und Sicherheit im Nahen Osten und am Persischen Golf".

Der Staatsminister fügte hinzu: „Sollten die USA, Großbritannien und Frankreich eine solche Konsultation aus ihrem Souveränitätsverständnis oder aus wirtschaftlichem Eigennutz jetzt noch *nicht* wollen, sollte die Bundesrepublik Deutschland ... ihren richtigen und notwendigen Gedanken nicht aufgeben."

Späth: Nur moderne Technologie sichert unseren Lebensstandard

DW. Bonn

In einem Interview mit der WELT hat sich der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) dafür ausgesprochen, über verstärkte Forschungsförderung den Weg in eine „moderne technologische Zukunft" zu öffnen. Mit Späth sprach Evi Keil.

WELT: Man sagt, Sie wollen Baden-Württemberg zum Kalifornien Deutschlands machen und möglichst viele moderne Technologien in das Land holen. An was denken Sie?

Späth: Wir sollten versuchen, neue Technologien aufzunehmen, um möglichst vielen jungen Menschen selbständige Existenzen zu schaffen. Wir haben ein Konzept. Wir bauen die naturwissenschaftliche Forschung aus. Wir setzen Forschungsschwerpunkte. Ich will Beispiele nennen: die Mikroelektronik, die Biotechnologie, die Molekularbiologie, die Technologie der Laserstrahlen, die Werkstoff-Forschung. Wir haben die Hoffnung, daß wir damit teure Rohstoffe und Werkstoffe durch preiswertere ersetzen können. Das ist nur ein Teil. Er zeigt, wo unsere Überlegungen sind. Wenn wir um diese Forschungsschwerpunkte Einrichtungen schaffen können, wo sich junge Unternehmer selbständig machen können mit unserer Starthilfe, dann *entsteht eine Atmosphäre*, in der eine junge Generation nicht mehr sagt: „Was sollen wir tun?".

WELT: Sie haben die Devise ausgegeben, nach dem Studium lieber Unternehmer werden als Beamter. Wo soll denn das Know-how für die Ansiedlung neuer Technologien *herkommen?*

Späth: Das Know-how kommt aus der Forschung. 25 Prozent der gesamten Forschungskapazität der Bundesrepublik sind in Baden-Württemberg. Wir haben eine solche Universitäts-, Fachhochschul- und Forschungsdichte, so daß wir diese Forschungsergebnisse *rascher auf die* Produktion übertragen können.

WELT: Und wo sollen die jungen Menschen dafür herkommen?

Späth: Wir haben drei pädagogische Hochschulen geschlossen. Dafür sind die *Ingenieurstudienplätze und* Studienplätze wie Mathematik und Chemie überfüllt. Die Informatik hat eine Überlastung von 180 Prozent. An der Karlsruher Universität studieren im Moment mehr Informatiker als in ganz Nordrhein-Westfalen. Das zeigt, daß die jungen Leute jetzt auf die Technik losgehen. Wenn wir unseren Lebensstandard halten wollen, dann gibt es für uns nur den Weg in eine moderne technologische Zukunft.

WELT: Was halten Sie von der 35-Stunden-Woche?

Späth: Ich halte die 35-Stunden-Woche im Grunde für eine verkrampfte Antwort auf die Arbeitsplatzprobleme. Wir werden *immer differenziertere* Arbeitsplatzstrukturen bekommen. Es wird so sein, daß eines Tages in Massenproduktionsbetrieben die teuren Maschinen und Investitionen nur rentabel sind, wenn sie rund um die Uhr produzieren. Und es kann passieren, daß wir eines Tages neue Schichten bekommen mit geringeren Arbeitszeiten, mit der Möglichkeit, durch hohe Rentabilität den Lohn auszugleichen. Das können Sie aber auf den Mittelstand und auf den Dienstleistungsbetrieb *nicht* übertragen. Mit der 35-Stunden-Woche laufen wir Gefahr, daß das Pflänzchen des Wirtschaftswachstums wieder zerstört wird. Ich habe das Gefühl, daß niemandem wohl ist bei dieser Sache.

WELT: Fehlt es nicht in Bonn, wie Sie kürzlich schon einmal kritisierten, an Führungskraft?

Späth: Das Problem der Bonner Koalition besteht darin, daß drei Parteien ihre Vorstellungen koordinieren müssen und daß dabei jeder Partner ein eigenes Profil vorkehrt. Das ist einer der Gründe, warum ich so leidenschaftlich für die absolute Mehrheit eintrete. Man muß Verständnis dafür haben, daß der Bürger ungeduldig auf Entscheidungen wartet. Manchmal zu ungeduldig.

WELT: Inwieweit beeinflußt die Affäre Kießling ihren Wahlkampf im Land?

Späth: Dieses Problem beschäftigt uns im baden-württembergischen *Wahlkampf nicht.* Die Leute sehen zum Beispiel, daß sich die Wirtschaft stabilisiert, auch die Finanzlage in Bonn. Die Bürger interessieren sich viel mehr für die Zukunft unseres Landes, für Arbeitsplätze, für die sozialen und die Wirtschaftsfragen. Das andere ist eigentlich mehr Stammtischgespräch.

WELT: Finanzminister Gerhard Stoltenberg will Steuererleichterungen für alle, um die Motivation zur Leistung zu stärken. Sie wollen zunächst die Familien mit Kindern bevorzugen.

Späth: Das Grundproblem ist, daß *wir in dieser Bundesrepublik* vor lauter Wohlfahrtsstaat in eine Entwicklung hineingeraten sind, bei der vor allem die hart arbeitenden Mittelschichten eine zu große Last tragen. Um es ein bißchen flapsig zu sagen, bei uns hält es nur noch derjenige aus, der wohlhabend oder unpfändbar ist. Und deshalb dürfen *wir* uns auch über die Schwarzarbeit nicht wundern. Die Frage ist nur, wenn wir jetzt über die Entlastung und über das Tempo reden, dann bin ich allerdings der Meinung, die familienpolitische Komponente muß den Vorrang haben. Ich will auch sagen, warum. Die Sparmaßnahmen des Staates sind zu einem großen Teil auf dem Rücken der Familien mit mehreren Kindern ausgetragen worden. Wenn wir die kinderreiche Familie und deren soziale Lage nicht verbessern, dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Geburtenrate immer weiter absinkt.

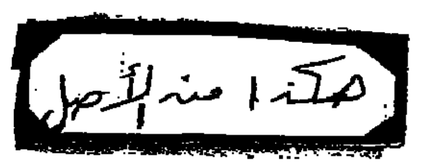
WELT: Wollen Sie eines Tages Kanzler-Kandidat werden?

Späth: Überhaupt nicht. Ich habe mich sehr präzise festgelegt auf meine Arbeit in Baden-Württemberg. Erstens haben wir einen Kanzler, und zweitens gefällt es mir in Stuttgart sehr gut.

WELT: Und wenn man Ihnen eines Tages in Bonn ein Ministeramt anbietet?

Späth: Überhaupt keine Neigung.

هكذا من الأصل



Zwang zur Anpassung

J. G. – Da laufe ein Ausleseprozeß mit doppeltem Konzentrationsziel: Einerseits auf *größere internationale* Gruppen mit breiter Programmbasis, andererseits auf nur noch regional wichtige Spezialisten. Nicht wenige deutsche Unternehmer aus dem lange Jahre erfolgsverwöhnten Großanlagenbau kommentieren so die neue Lage ihres Geschäfts. Es erlebt seit Anfang 1983 einen drastischen und wohl noch ein bis zwei Jahre anhaltenden Rückgang der Weltmarktnachfrage.

Konsequenzen daraus, jeweils mit Abbau einiger hundert heimischer Arbeitsplätze, ziehen mittlerweile zahlreiche deutsche Anlagenbauer. Vorwiegend wird dieser Kapazitätsrückzug, *wie man von der* großen Metallgesellschaft-Tochter Lurgi in Frankfurt, mit zwei Argumenten begründet. Erstens sei die heimische Werkstatt- und zum Teil auch schon die Konstruktionsarbeit im Weltvergleich so teuer geworden, daß auch die Produktqualität den Konkurrenznachteil oft nicht mehr aufhebt. Zweitens biete immer häufiger die eigene Auslandstochter in Produktarbeit wie in (national subventionierter) Langfrist-Projektfinanzierung die weitaus besseren Konditionen und daraus Aufträge, die in der Bundesrepublik kaum noch Arbeit schaffen.

Der daraus folgende Anpassungsdruck daheim hat eine des Nach*denkens werte besondere Seite.* Auffällig oft berichten die heimischen Rückzügler neuerdings, daß zumal ihre Frankreich-Töchter im Aufblühen sind. Im Zweifel dank staatlicher Projektfinanzierungshilfe. Wer sie daheim nicht bekommt, heult eben draußen mit den Wölfen. So ist das Leben.

Üble Erinnerung

fu (London) – Je schneller das Eis des harten und langen Konjunktur-Frostes hinwegschmilzt, desto rascher sprießen in Großbritannien wieder überzogene Lohnforderungen, wächst die Bereitschaft zu Streikaktionen. Dies mag in anderen Ländern ähnlich sein. Nur wird in Großbritannien eine solche Entwicklung zu Recht als gefährlicher angesehen, weil sie sofort üble und fast schon vergessene Erinnerungen an chaotische Zeiten wachruft. Der seit 16 Wochen dauernde Über*stunden-Streik der Bergleute, der* Streik des Kabinenpersonals von British Airways in der vergangenen Woche, dem sich 7000 Wartungs-Arbeiter anschließen wollen, und schließlich der gestrige landesweite Proteststreik (auch wenn er keinen wirtschaftlichen Hintergrund hat, sondern gegen den Gewerkschafts-Ausschuß des britischen Abschirmdienstes gerichtet ist), zeigen, daß positive Meldungen von der Konjunktur-Front mißverstanden werden. Ohnehin liegen die jüngsten Tarifabschlüsse in der britischen Wirtschaft mit plus sieben bis acht Prozent deutlich über dem Zumutbaren. Den Gewerkschaften sollte klar sein, daß ein ungefährdeter *Aufschwung* gerade jetzt absolute Priorität haben *muß.*

WETTBEWERBSFÄHIGKEIT / Teurer Dollar verbesserte die Exportchancen

DIHT: Die Unternehmer zeigen ein bemerkenswertes Selbstvertrauen

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft scheint ungebrochen. „Bemerkenswert ist das Selbstvertrauen eines Großteils der Unternehmen, mit dem sie ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit einschätzen", kommentiert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) seine Umfrage bei 14 000 Firmen. Vereinzelt gibt es danach aber auch Stimmen, die nicht so optimistisch sind.

Eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ist nach Angaben des DIHT bereits seit dem Vorjahr zu beobachten. Ausschlaggebend hierfür sei vor allem die relativ schwache Bewertung der D-Mark gegenüber dem Dollar gewesen. Für 1984 rechneten viele Unternehmen mit einer gegenüber 1983 unveränderten Wettbewerbsposition.

Zwar wird nicht ausgeschlossen, *daß die preisliche Wettbewerbsfähigkeit* auf der Exportseite infolge einer Höherbewertung der D-Mark nachlassen könnte. Zuversichtlich blieben jedoch jene Unternehmen, die inzwischen große Anstrengungen unternommen haben, um ihre qualitative Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern – so zum Beispiel durch Umstrukturierung des Produktionsprogramms und der Verkaufsorganisation, durch Ausweitung des Dienstleistungsangebots, durch intensive Bearbeitung von Absatzmärkten und durch Erschließung neuer Märkte. Wegen der Vielzahl protektionistischer Praktiken sei jedoch nicht auszuschließen, daß den Bemühungen der Unternehmen ein entsprechender Erfolg versagt bleiben könnte.

Entschieden wandte sich der DIHT-Hauptgeschäftsführer Franz Schoser gegen die technologischen Untergangstheorien, die in letzter Zeit in Mode gekommen seien. Die deutsche Wirtschaft nehme zwar nicht überall eine Spitzenstellung ein, ihr Standard sei aber immer noch bemerkenswert.

Zu gravierenden Wettbewerbseinbußen würde jedoch die 35-Stunden-Woche führen. Diese Einschätzung *zieht sich wie ein roter Faden durch* alle Antworten.

Ein Beispiel: Die Handelskammer Hamburg meldet, daß rund 90 Prozent des Groß- und Importhandels ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Inlandsmarkt unverändert einschätzen. Dies meinen 70 bis 80 Prozent der Unternehmen aus der Industrie, dem Ausfuhrhandel und der Verkehrswirtschaft auch für die Auslandsmärkte. In Bremen rechnen zwei Drittel der Industrieunternehmen mit einer unveränderten Wettbewerbsfähigkeit auf den Auslandsmärkten gegenüber 1983. 19 Prozent gehen von einer zunehmenden, 14 Prozent von einer abnehmenden Wettbewerbsfähigkeit aus.

Die überraschend deutliche Belebung der Auslandsnachfrage in den letzten Monaten habe dazu geführt, daß die Exportchancen für 1984 jetzt erheblich günstiger eingeschätzt werden als noch im Herbst. Die Unternehmen setzten darauf, daß die konjunkturelle Erholung in den USA und in Großbritannien, aber auch in Kanada und Japan auch auf weitere westliche Industrieländer übergreift. Zusätzlich dürfte die verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit sich günstig auf das Exportgeschäft auswirken. Sie beruhe neben der Wechselkursentwicklung auch auf der relativen Preisstabilität deutscher Produkte.

Als Risiken werden nach Angaben des DIHT neben der Wechselkursentwicklung auch die Schwierigkeiten genannt, die sich aus der Fortdauer der großen Finanzierungs- und Devisenprobleme einer Vielzahl von Ländern ergeben. Zusätzlich habe sich der Trend zur Ausweitung protektionistischer Maßnahmen selbst in Europa verstärkt.

Besonders günstig seien die Aussichten jener Unternehmen, die in die EG-Staaten und in die USA exportieren. Chancen würden jetzt auch wieder für Lieferungen in bestimmte Opec-Länder gesehen, wie zum Beispiel nach Iran und auch nach Saudi-Arabien. Exporthoffnungen würden auch auf Südafrika gesetzt, verschiedentlich auch auf das Südostasien-Geschäft. Die Aussichten im Osthandel würden zurückhaltend eingeschätzt.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Brüssel gibt grünes Licht für Forschungsprogramm

WILHELM HADLER, Brüssel

Grünes Licht für das Forschungsprogramm ESPRIT (European Strategic Programm for Research and Development in Information Technology) hat der EG-Ministerrat gestern in Brüssel gegeben. Zum ersten Mal unternimmt die Gemeinschaft damit Anstrengungen, den technologischen Rückstand Europas in einem der wichtigsten Zukunftsbereiche durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit aufzuholen.

Das Fünfjahresprogramm ist mit Mitteln in Höhe von 750 Mill. Ecu (rund 1,7 Mrd. DM) dotiert. Die gleiche Summe soll von der europäischen Industrie aufgebracht werden. Eine große Zahl von Unternehmen *hat bereits ihr Interesse an gemein*schaftlichen Forschungsprojekten angemeldet. Gefördert werden soll nicht nur die Produktentwicklung, sondern der Schritt von der Grundlagenforschung zur Markteinführung.

Nach dem Rahmenbeschluß, der gestern nach monatelangem Hin und Her gefaßt wurde, erstrecken sich die gemeinsamen Forschungsanstrengungen auf die Bereiche fortgeschrittene Mikroelektronik, Software-Technologie, fortgeschrittene Informationsverarbeitung, Bürosysteme und computerintegrierte Fertigungen. Dafür sind Verträge zwischen der Kommission und interessierten Firmen aus den Mitgliedsländern vorgesehen, die auf der Grundlage von jährlichen Programmen festgelegt werden und auch kleinen und mittleren Unternehmen eine Mitarbeit sichern, die auf sich allein gestellt keine derartige Chance hätten.

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber hob vor allem die „integrativen Effekte" des ESPRIT-Programmes hervor. Schon während der Forschungsarbeiten werde es zum Beispiel möglich sein, unterschiedliche Normen anzugleichen und das Entstehen neuer Normen zu verhindern.

Die Staats- und Regierungschefs der EG hatten ESPRIT bereits im Juni 1983 als eine beispielhafte Aktion bezeichnet. Trotzdem wurde der entscheidende Beschluß immer wieder hinausgezögert, weil die Bundesrepublik und Großbritannien ihre Zustimmung von einer Einigung auf das Stuttgarter Gesamtpaket zur EG-Reform abhängig machten. Riesenhuber setzte in Brüssel durch, daß dem Programm Priorität innerhalb des gegebenen Finanzrahmens eingeräumt wird, daß also notfalls Abstriche an anderen Forschungsvorhaben gemacht werden. Dadurch gelang es, den Widerstand des Bundesfinanzministers zu brechen. Auch die Briten konnten schließlich zum Nachgeben überredet werden.

Eine weitere Verzögerung ESPRITS hätte nach vorherrschender Meinung bei den interessierten Unternehmen die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft zerstört und möglicherweise einzelne Großfirmen zu Aktionen ohne die EG veranlaßt.

Schwere Mission

Von HORST-A. SIEBERT, Washington

Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der heute nach seiner Visite in New York in der US-Hauptstadt eintrifft, kommt zur rechten Zeit. Aufgetürmt hat sich zwischen der Bundesrepublik und der EG auf der einen und den USA auf der anderen Seite ein Berg von Problemen, die rasch angepackt werden müssen. Besonders dringlich sind klärende Worte über die Modifizierung des amerikanischen Export Administration Act (EAA) aus dem Jahre 1979, der an diesem Mittwoch nach zweimaliger Verlängerung ausläuft.

Brücken müssen gebaut werden im umstrittenen Bereich der Exterritorialität und hinsichtlich des Eingriffrechts des Präsidenten in bestehende Verträge. Das Repräsentantenhaus hat seine mildere Version schon Ende Oktober verabschiedet; unter Zeitdruck befindet sich nun der Senat, der unter republikanischer Führung die Kontrollen für den Transfer von Spitzentechnologien im Osthandel verschärfen möchte und auch generell eine schärfere Exportgesetzgebung wünscht. *Vermutlich* einigt man sich heute noch einmal auf eine kurze Hinausschiebung des Enddatums, damit der Vermittlungsausschuß die unterschiedlichen Auffassungen unter ein Dach bringen kann.

Wie hoch die Wellen schlagen, zeigt die Exegese der Haus-Version und der sogenannten Garn-Heinz-Bill, die dem Senat vorliegt. Danach hat das Repräsentantenhaus die exterritoriale Reichweite des EAA insofern beschränkt, als der Präsident Sanktionen gegen ausländische Unternehmen erst dann verfügen kann, wenn der Kongreß in einer gemeinsamen Resolution sein Plazet gibt. Der Senat will dagegen dem Weißen Haus die Vollmacht einräumen, *sowohl Einfuhr- als auch Ausfuhrsanktionen* zu verhängen. Viele Senatoren sehen noch heute rot, wenn sie an die Auseinandersetzungen um die sibirische Erdgaspipeline und die Ignorierung des Reagan-Lieferbanns durch westeuropäische Firmen zurückdenken.

In der Frage der Exterritorialität muß Lambsdorff in letzter Stunde versuchen, das Schlimmste zu verhüten. Denn gesetzliche Importverbote bedeuten nichts anderes, als die Etablierung eines Auslösers für Exportkontrollen. Die exterritorialen Auswirkungen der alten Fassung blieben nicht nur intakt, sondern würden teilweise noch verschärft, was die EG schon im April 1983 in einem Aide Memoire an die Administration kritisiert hat. Bestehen blieben die Besorgnisse des BDI, wonach sich ein amerikanischer Zugriff im Ausland nicht mit dem deutschen Außenwirtschaftsrecht deckt und die latente Unwirksamkeit von Verträgen mit US-Partnern die *Zusammenarbeit* mit US-Firmen erschwere (Mitteilung an Washington vom Mai 1983).

Überdies wird im Senat eine Ver-[illegible] der Vorschrift angestrebt, die für unterzeichnete Verträge praktisch einen Bestandsschutz einführt. Nicht gelten soll er für [illegible] Falle eines Krieges oder eines nationalen Notstandes. Nach der ähnlichen Haus-Formel darf der Präsident bestehende Verträge nur dann brechen, wenn aktuelle oder unmittelbar drohende Akte der Aggression oder des Terrorismus bekämpft werden müssen, womit sich ebenfalls leben ließe. Ein direktes Wort sollte Lambsdorff mit dem erzkonservativen Senator William Armstrong aus *Colorado sprechen, der als Scharfmacher* gilt.

Nicht akzeptieren kann Westeuropa ferner den Plan des Senats, dem US-Verteidigungsministerium ein Veto über die Exportlizenzierung strategischer Erzeugnisse einzuräumen, und zwar auch dann, wenn sie für westliche Länder bestimmt sind. Gebremst werden soll auf diese Weise die Weiterleitung in die Sowjetunion, angekratzt wird aber das Vertrauen in die Partner. Überdies würde die Prüfungskommission Cocom in Paris überspielt. Sinnvoller wäre die Schaf*fung gleicher* Kontrollsysteme. Das Haus möchte das Problem durch eine Ausbildung der Inspekteure lösen.

Noch an anderen Stellen muß Lamsdorff das Feuer austreten, bevor Brände um sich greifen. Abgesehen von den zinstreibenden US-Haushaltsdefiziten und dem Streit über die amerikanischen Edelstahl-Kompensationen, ruft die Wirtschaft der Vereinigten Staaten nach neuen Einfuhrrestriktionen, die EG-Ausfuhren im Wert von 4,7 Milliarden Dollar betreffen würden. Noch gefährlicher sind Washingtoner Pläne, die auf eine Behinderung des Imports ausländischer Luxusautos und sogar eine Import-Zusatzsteuer auf alle oder ausgesuchte Einfuhrgüter zielen.

AUF EIN WORT



„Mit der chaotischen Situation an den Alpengrenzen haben viele Menschen dafür zahlen müssen, daß der europäische Binnenmarkt (und die Verkehrspolitik) lange sträflich vernachlässigt wurden."

Karl-Heinz Narjes, deutsches Mitglied der EG-Kommission.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Wird Telefunken geschlossen?

dos, Hannover

Erhebliche Unruhe haben bei der zum französischen Thomson-Brandt-Konzern gehörenden Telefunken Fernseh- und Rundfunk GmbH, Hannover, Gerüchte ausgelöst, wonach die Zentrale in Paris die Schließung der Telefunken-Werke in Hannover und Celle erwägt. In getrennten Schreiben haben Telefunken-Vorstandschef Josef Stoffels und der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende, Hans Berkentin (IG Metall), bei der französischen Mutter um eine Stellungnahme gebeten. Von der Stillegung betroffen wären gut 2500 Mitarbeiter. Die Thomson-Brandt-Zentrale in Paris erklärte dazu, die Gerüchte träfen nicht zu. Im Konzern werde aber zur Zeit eine Studie über eine notwendige Umstrukturierung der europäischen Werke erarbeitet, mit deren Hilfe man den Japanern erfolgreich paroli bieten wolle. Vor Abschluß dieser Studie könne folglich auch keine Entscheidung getroffen werden.

VERKEHRSPOLITIK

Wirtschaft kritisiert die Bonner Investitionsplanung

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Der Verkehr bleibt weiterhin Stiefkind der Haushaltspolitik. Dies moniert der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) in seinem gestern vorgelegten Jahresbericht. Es bestehe die Gefahr, daß die Verkehrswegeplanung und die Finanzplanung des Bundes immer weiter auseinanderdriften. Zuschußleistungen mit Subventionscharakter hätten leider Vorrang vor der Finanzierung von Investitionen; Investitionen für zuschuß-[illegible] vor Investitionen für die Entwicklung des Verkehrs.

Die Festschreibung des Verkehrshaushalts trage der zunehmenden Alterung der Verkehrsnetze und dem damit verbundenen höheren Mittelbedarf nicht Rechnung. Neue Haushaltsrisiken würden aufgebaut. Haushalts- und Verkehrspolitik seien nicht aufeinander abgestimmt. Daher sei eine grundlegende Neuorientierung auf der Basis eines Gesamtkonzepts für die Verkehrspolitik notwendig.

Die Bundesbahn könne nicht nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden, ohne daß entgegenstehende Rechtsgrundlagen geändert werden. Bund und Länder stünden sich in der Bahn-Politik mit prinzipiell unterschiedlichen Auffassungen gegenüber. Die notwendige finanzielle Stabilisierung der Bahn komme einer Bund-Länder-Gemein-[illegible]

Bemerkenswert sei die Bereitschaft des Bundesverkehrsministers, den Ordnungsrahmen für die Preisbildung im Hinterlandverkehr der deutschen Seehäfen aufzulockern. Erstmals erkenne die Verkehrspolitik an, daß die von ihr geschaffene Marktordnung wettbewerbsverzerrende Wirkungen zu Lasten der eigenen Wirtschaft entfaltet.

AGRARPREISE

Bonn macht Angebot zum Abbau des Grenzausgleichs

WILHELM HADLER, Brüssel

Nicht so sehr über Preiserhöhungen als durch Manipulationen mit dem Währungsausgleich hoffen die Landwirtschaftsminister in den währungsschwachen EG-Ländern, ihre Bauern vor größeren Einkommensverlusten zu bewahren. Alle Regierungen scheinen sich nämlich inzwischen darüber klar zu sein, daß die Finanzlage der Gemeinschaft so gut wie *keinen Spielraum für eine* Anhebung der Preise in Ecu läßt.

Entsprechend interessiert zeigten sich die Minister in der gestern beendeten „Preisrunde" an dem deutschen Angebot, den positiven Grenzausgleich durch eine Kombination von drei verschiedenartigen Anstrengungen schrittweise abzubauen. Ein politischer Kompromiß zeichnete sich allerdings vorerst noch nicht ab.

Bonn hat angeregt, daß von den gegenwärtigen Einfuhrabgaben und Exporterstattungen ein Drittel dadurch beseitigt werden, daß als Berechnungsgrundlage die stärkste Gemeinschaftswährung (also die D-Mark) gewählt wird. Dadurch würden statt positiver Ausgleichsbeträge überall negative entstehen, was bedeutet, daß die in Mark ausgedrückten deutschen Agrarpreise unverändert blieben. Den Bauern in den währungsschwachen Ländern würde jedoch zugleich die Möglichkeit eröff*net, über eine Abwertung ihrer „grünen"* Währungen Preisanhebungen zu erhalten.

Einen zweiten Teil des Grenzausgleichs will die Bundesregierung durch eine Aufwertung der „grünen Mark" beseitigen (was einen Einkommensausgleich für die Landwirte erfordert). Der restliche Abbau soll in mehrjährigen Schritten vollzogen werden. Dazu will Bonn jeweils einen Teil der künftigen Preiserhöhungen in Ecu benutzen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Schnelles Wachstum der deutschen Datentechnik

Frankfurt (rtr) – Die Produktion von Geräten und Einrichtungen der Datentechnik in der Bundesrepublik ist 1983 um 21,2 Prozent auf fast 10,3 Milliarden Mark gewachsen. Wie die Fachgemeinschaft Büro- und Informationstechnik im Verband Deutscher Maschinen und Anlagenbau (VDMA) mitteilte, ergibt sich für die gesamte Branche der Büro- und Informationstechnik ein Produktionswachstum von 18 Prozent auf knapp 12,2 Milliarden Mark. Für das laufende Jahr wird ein ähnlich gutes Ergeb-[illegible]

VW rechnet mit Abschluß

Hannover (dos.) – Die Volkswagenwerk AG, Wolfsburg, geht unverändert davon aus, daß die Verhandlungen mit der Volksrepublik China über einen Lizenzvertrag zum Bau des Santana und die Errichtung eines Motorenwerks in Shanghai im Sommer planmäßig abgeschlossen werden. Nach Angaben eines VW-Sprechers wird eine Experten-Delegation des Konzerns noch im März zu weiteren Gesprächen nach China reisen. Für Wolfsburg sei nicht erkennbar, aus welchen Quellen die Meldungen stammen, daß der französische Automobilhersteller Citroën in Konkurrenz zu VW ebenfalls mit den Chinesen spreche.

Beschwerde eingelegt

Bonn (DW.) – Gegen die Untersagungsverfügung des Bundeskartellamtes, nach der die Gesellschafter der Aral AG, Bochum, ihre Produkte ab Mai 1985 nicht mehr über Aral vertreiben dürfen, hat die Wintershall AG, Kassel, gestern Beschwerde eingelegt. Wintershall ist, wie es in einer Firmenmitteilung heißt, zuversichtlich, im Rechtsmittelverfahren eine *Aufhebung der Verfügung* zu erreichen.

Acht Prozent Rendite

Frankfurt (dpa/VWD) – Mit einer Rendite von acht Prozent kommt die neue Bundesanleihe über insgesamt zwei Milliarden Mark auf den Markt. Wie die Bundesbank nach der Sitzung des Bundesanleihekonsortiums mitteilte, werden bei einem Nominalzins von acht Prozent 1,5 Milliarden Mark zum Emissionskurs von 100 Prozent und einer Laufzeit von zehn Jahren vom 1. bis 6. März an den Bankschaltern zum Verkauf angeboten. 500 Millionen Mark werden zusätzlich zur Marktpflege zurückgehalten.

Stahlstreit vorerst beigelegt

Genf (rtr) – Die USA haben ihren Plan aufgegeben, die Europäische Gemeinschaft wegen ihrer beabsichtigten Beschränkung amerikanischer Stahlimporte offiziell durch die Institutionen des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) verurteilen zu lassen. Durch diese Entscheidung wurde der [illegible] beigelegt.

Einfuhrpreise gestiegen

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Einfuhrpreise sind im Januar gegenüber dem Vorjahresmonat um 5,8 Prozent gestiegen. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden berichtete, erhöhte sich der Index der Einfuhrpreise von Dezember 1983 bis Januar dieses Jahres um 1,4 Prozent auf 121,5 (1980 = 100). Die Ausfuhrpreise lagen um 3,2 Prozent über dem Stand des Vorjahresmonats.

Neue Liquiditätshilfe

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Bundesbank gewährt der Kreditwirtschaft eine neue Liquiditätshilfe: Die Notenbank bietet Wertpapierpensionsgeschäfte als „Zinstender" zum Mindestbietungssatz von 5,30 Prozent und einer Laufzeit von 32 Tagen an. Die Zuteilung erfolgt heute, die Gutschrift am 1. März. Rückkauftag ist der 2. April 1984.

Eisenwarenmesse eröffnet

Köln (dpa/VWD) – Einen eindringlichen Appell zur raschen Beseitigung von Handelshemmnissen in der EG hat der Vizepäsident der EG-Kommission, Wilhelm Haferkamp, bei der Eröffnung der Internationalen Eisenwarenmesse in Köln an die Regierungen gerichtet. Für die auf der Messe vertretenen Branchen – Werkzeug, Schloß- und Beschlag, Bau- und Heimwerkerbedarf – wies ein Sprecher auf die Bedeutung des freien Welthandels für diese bis zu 55 Prozent vom Export abhängigen Industrien hin. Auf der Eisenwarenmesse werden bis zum 3. März rund 1 800 Firmen aus 36 Ländern ihre Produkte präsentieren.

US-UNTERNEHMENSGEWINNE / Plus 25 Prozent

Prognosen wurden bestätigt

H.-A. SIEBERT, Washington

Über die Unternehmensgewinne in den USA im vierten Quartal 1983 liegen nun neue Zahlen vor, die frühere Prognosen des Handelsministeriums in Washington bestätigen. Danach entsprach die Zunahme mit rund 25 Prozent gegenüber der Vergleichsperiode des Vorjahrs etwa früheren Ergebnissen im ersten Aufschwungsjahr nach längerer Rezession. Als Motor erwies sich das allgemeine wirtschaftliche Wachstumstempo, das im Jahresvergleich der vierten Quartale 6,2 Prozent ausmachte, die niedrige Inflationsrate von 3,8 Prozent und die höhere Produktivität.

Nach Steuern verblieben in den Kassen der amerikanischen Firmen rund 142 Milliarden Dollar (etwa 37,5 Milliarden Mark), gegenüber 113,5 Milliarden Dollar im Vorjahresquartal (Jahresrate). Die großen Gewinner waren die Hersteller von Automobilen, Aluminium, Chemikalien, Nahrungsmitteln, Papier sowie Luft- und Raumfahrt, Verlage und der Einzelhandel. Gemischt war das Gewinnbild bei den Fluggesellschaften, im Maschinenbau und in der Mineralölindustrie, während ein halbes Dutzend Branchen wie Stahl und Kupfer weiterhin Verluste, allerdings zum Teil stark reduziert, erwirtschafteten. Kräftig belebt hat sich das Computergeschäft.

Das hohe Plus überrascht nicht, weil die letzte Rezession in den USA im vierten Quartal 1982, genauer im November, ihren tiefsten Punkt erreichte. Die Wall Street rechnet für das erste Halbjahr 1984 mit weiterhin ansehnlichen Gewinnsteigerungen – vor allem im Vergleich zu den noch mageren Resultaten in der gleichen Zeitspanne des Vorjahrs.

Unterstellt wird dabei ein Realwachstum von sechs Prozent im ersten Quartal, das sich dann aber bis 1985 auf 3,2 Prozent abflacht. Entsprechend niedriger fallen die Gewinnzuwächse im zweiten Halbjahr 1984 aus, wobei auch die sich normalisierenden Produktivitätsfortschritte mitspielen. Außerdem steigen mit zunehmender Inflation und Engpässen am Arbeitsmarkt die Arbeitskosten wieder schneller.

GROSSBRITANNIEN / Die konjunkturelle Erholung macht weitere Fortschritte

Belebung auch bei Investitionsgütern

WILHELM FURLER, London

Der Optimismus in Großbritannien über die konjunkturelle Erholung im eigenen Land wächst Monat für Monat. Die jüngste Umfrage des britischen Industrieverbandes CBI bei seinen Mitgliedsunternehmen ermittelte eine positivere Lagebeurteilung als jemals zuvor seit dem Beginn der schweren Rezession im Jahre 1979. Dieser Optimismus im Bereich der verarbeitenden Industrie wird weitgehend von den angesehenen Wirtschaftsforschern der London Business School geteilt. In ihrer jetzt vorgelegten Konjunktur-Studie sagen sie für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von etwa drei Prozent voraus, wobei die Inflationsrate auf fünf Prozent begrenzt werden dürfte.

Der CBI-Umfrage bei 1800 Mitgliedsfirmen zufolge weitet sich der Erholungsprozeß auf immer mehr Wirtschaftsbereiche aus. Dies ist von besonderer Bedeutung, da bislang fast ausschließlich der Konsumgüter-Sektor Erholungstendenzen aufwies. 38 Prozent der Befragten gaben an, daß sie mit einem Produktionsanstieg zwischen jetzt und Juni dieses Jahres rechnen, und nur noch acht Prozent der Firmen befürchten einen Rückgang. Dieses Verhältnis zwischen positiven und negativen Erwartungen ist mehr als doppelt so hoch wie vor genau einem Jahr.

Als besonders ermutigend muß gewertet werden, daß die jüngste CBI-Umfrage zum ersten Mal seit 1979 auf einen ausgeprägteren Produktionsanstieg während der nächsten vier Monate in den Bereichen Investitionsgüter und Zwischenprodukte als im Konsumgüter-Sektor hinweist. Es mehren sich die Anzeichen dafür, daß auch die Export-Aufträge zunehmen.

Der sich verstärkende Konjunkturoptimismus in Großbritannien erhält Rückendeckung durch eine Studie führender amerikanischer Wirtschaftsforscher, dem „Conference Board". Darin heißt es, daß die Wirtschaftsexpansion zusehends von den USA auf Europa übergreift und daß Großbritannien und die Bundesrepublik den Erholungsprozeß anführen.

Der Konjunktur-Studie der London Business School zufolge wird das Wirtschaftswachstum in Großbritannien bis in das Jahr 1987 hinein anhalten. Allerdings werde es sich bis dahin etwas abschwächen und bei einer Jahresrate zwischen einem und 1,5 Prozent liegen.

Optimistisch zeichnen die Londoner auch die Entwicklung am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit werde zwar langsam, aber kontinuierlich zurückgehen und bis 1987 auf 2,5 Millionen erwachsene Arbeitslose (heute drei Millionen) gefallen sein. Die meisten anderen Wirtschaftsforscher sind bei der Voraussage der Arbeitslosenentwicklung eher vorsichtig. Ebenso überraschend ist die Inflationseinschätzung der Londoner Business School, wonach die Preissteigerungsrate bis 1987 zwischen 4,5 und 5,5 verharren dürfte.

Von allen Wirtschaftsforschern in Großbritannien wird inzwischen eingestanden, daß der starke Boom in der Verbrauchernachfrage ganz wesentlich auf den erheblichen Rückgang der Preissteigerungsrate unter der Regierung Thatcher zurückzuführen ist.

FRANKREICH / Neue Umfrage bei Firmen

Wieder skeptisch gestimmt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Beschäftigungs- und Auftragslage der französischen Industrie, die sich seit dem Herbst vor allem wegen der guten Auslandsnachfrage etwas verbessert hat, wird von den Unternehmern wieder pessimistischer eingeschätzt. Dies ergibt sich aus ihrer letzten Befragung durch das Nationalinstitut für Statistik (INSEE). Danach wäre in den nächsten drei Monaten mit einem wenn auch insgesamt nur bescheidenen Rückgang der Industrieproduktion zu rechnen.

Am besten behaupten dürfte sich noch die Investitionsgüterindustrie, die von der Wiederbelebung der inländischen Investitionstätigkeit profitiert. Nach einer früheren Umfrage will die Industrie ihre Investitionen in diesem Jahr um real fünf bis sechs Prozent steigern, nach Rückgängen von sieben und vier Prozent in den letzten beiden Jahren. Die Auftragseingänge aus dem Ausland sind aber nach wie vor schwach.

Die Konsumgüterindustrie, deren Produktion seit drei Monaten stagniert, erwartet jetzt Einbrüche bei der Inlandsnachfrage, die sich gegen Ende letzten Jahres leicht belebt hatte. Dadurch dürfte der erwartete Exportanstieg mehr als ausgeglichen werden. Bei der Automobilindustrie verläuft die Entwicklung allerdings genau umgekehrt. Hier wird das Inlandsgeschäft besser als das Auslandsgeschäft eingeschätzt. Bei den Herstellern von Zwischenfabrikaten ist die Lage noch unterschiedlicher. Während die Stahlindustrie unter starkem Druck steht, verspürt die Chemie Aufwind. Von Vorteil ist in diesem Sektor, daß die Vorräte während der letzten Monate stark reduziert wurden, so daß eine Konjunkturbelebung ziemlich schnell auf die Produktion durchschlagen würde.

Die finanzielle Lage der französischen Industrieunternehmen hat sich inzwischen ebenfalls verbessert. Zwar sind ihre langfristigen Schulden weiter gestiegen. Jedoch konnten die teuren kurzfristigen Verbindlichkeiten abgebaut werden. Vor allem die großen Unternehmen machten Konsolidierungsfortschritte. Aber auch in dieser Beziehung äußern sich die Unternehmer für die nächsten Monate pessimistisch.

LATEINAMERIKA / Studie zur Entwicklungshilfe

Kleine Projekte befürwortet

MANFRED NEUBER, Bonn

Die Bundesregierung sollte in Lateinamerika ihre Kapitalhilfe und technische Unterstützung auf jene Länder konzentrieren, die mit den Zielsetzungen der deutschen Entwicklungspolitik übereinstimmen. Diese Empfehlung geben Sachverständige an Universitäten und von Stiftungen der großen Parteien.

In einer Studie der „Arbeitsgemeinschaft Deutsche Lateinamerika-Forschung", die von der Thyssen-Stiftung finanziert wurde, wird eine bessere Koordinierung der deutschen Entwicklungshilfe in Lateinamerika gewünscht. Die Vielseitigkeit der Angebote und der beteiligten Organisationen müsse gewahrt, eine Aufsplitterung der Mittel aber vermieden werden.

Lateinamerika ist mit einem Anteil von 14 Prozent an den staatlichen Hilfeleistungen ein Stiefkind der deutschen Entwicklungshilfe. Die Experten führen dies auf das „fragwürdige Konzept" zurück, in dieser Region nach dem Maßstab des Pro-Kopf-Ein-

len. Nach Ansicht der Experten, die ihre Empfehlungen an die zuständigen Bundesministerien richteten, könnte der deutsche Beitrag in Lateinamerika durch eine Umschichtung von finanzieller Zusammenarbeit auf mehr technische Kooperation wirksamer gestaltet werden.

Befürwortet wird auch eine Verlagerung von Großprojekten auf kleinere Vorhaben und eine Förderung von Selbsthilfe-Organisationen in der Landwirtschaft und Industrie. Im Handelsverkehr zwischen der Bundesrepublik und Lateinamerika wird ein weiterer Rückgang der deutschen Ausfuhren infolge der finanziellen Notlage der meisten südamerikanischen Länder und ein weiterer Anstieg der deutschen Einfuhren aus jener Region vorausgesagt.

In Lateinamerika ist die deutsche Wirtschaft mit der Hälfte der gesamten Privatinvestitionen im Ausland engagiert. In einem Kolloquium im Auswärtigen Amt wurde von Vertretern der Industrie beklagt, daß sich das Investitionsklima in Lateiname-

BBC: Kein hoher Zuwachs erwartet

dpa/VWD, Mannheim

Die Brown, Boveri & Cie AG (BBC), Mannheim, rechnet für 1984 auf den Schwerpunktmärkten des Unternehmens noch nicht mit einer merklichen Belebung. Wie das Elektrounternehmen gestern mitteilte, wird bei gleichbleibendem Auftragszugang mit einer leichten Umsatzsteigerung durch das Serienmaterialgeschäft gerechnet.

1983 hat BBC ihren Konzernumsatz um 4 Prozent auf 4,95 (4,76) Mrd. DM gesteigert. Bei um 7 Prozent höherem Auslandsumsatz (Inland plus 2 Prozent) stieg der Exportanteil auf 46 (45) Prozent. Der Auftragseingang des BBC-Konzerns sank 1983 um 3 Prozent auf 5,19 Mrd. DM (Inland minus 11, Ausland plus 10 Prozent). Insgesamt ist der – nicht zahlenmäßig genannte – Auftragsbestand nochmals gewachsen.

Die Beteiligungen des BBC-Konzerns, der 1983 rund 205 (207) Mill. DM in Sachanlagen investierte, wurden auch um Minderheitsbeteiligungen an der Arab Contractors for Electric Industries SAE, Kairo, und der neugegründeten Saudo German Co for Operation and Maintenance Ltd., Riad/Saudi-Arabien, ergänzt.

GIFTMÜLLTRANSPORTE / OECD-Empfehlung

Meldepflicht einführen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der grenzüberschreitende Verkehr von gefährlichen Industrieabfällen (Giftmüll) zwischen den westlichen Industriestaaten (OECD) soll schärfer kontrolliert werden. Zu diesem Zweck hat der OECD-Rat beschlossen, eine Voransanmeldepflicht einzuführen. Danach müssen die Behörden der Ausfuhrländer denen der Empfängerländer so rechtzeitig bestimmte Informationen erteilen, daß diese noch vor Durchführung des Transports geeignete Schutzmaßnahmen ergreifen können.

Es handelt sich hier um die erste internationale Aktion zur Verhinderung von Giftmüllverlusten, wie sie im letzten Herbst beim Transport der Dioxin-Fässer aus Seveso in Italien entstanden waren. Der OECD-Beschluß soll von den Mitgliedstaaten „progressiv" in die Tat umgesetzt werden, heißt es in einem Kommuniqué des OECD-Sekretariats.

Zur Anwendung des Beschlusses hat der Rat eine Empfehlung an die Regierungen gerichtet, in der verschiedene Grundsätze festgelegt sind. Sie betreffen vor allem generelle Weisungen über die den Behörden vorzulegenden Angaben und über die Bedingungen, unter denen der Transport von Giftstoffen verzögert und untersagt werden kann bzw. ein Rückimport durchgeführt werden muß.

Außerdem fordert der Rat die Mitgliedstaaten auf, die Verantwortlichkeiten der Produzenten, Transporteure und Beseitiger von Industrieabfällen klar zu definieren, damit der grenzüberschreitende Verkehr zu Bedingungen erfolgen kann, die mit den nationalen Gesetzen konform sind. Die beteiligten Firmen sollen dadurch Rechtsklarheit über die ihnen obliegenden Pflichten erhalten.

Wann der Ratsbeschluß von den einzelnen Mitgliedstaaten in die Tat umgesetzt wird, läßt sich noch nicht sagen. Verschiedene Staaten der Europäischen Gemeinschaft haben, wie verlautet, erkennen lassen, daß sie erst einmal die in Vorbereitung befindliche EG-Regelung abwarten wollen. Im Unterschied zur EG kann die OECD für ihre Mitgliedstaaten kein materielles Recht setzen.

ÖSTERREICH / Weniger Reise-Deviseneinnahmen

Importe kräftig gestiegen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Mit einem Defizit von 1,3 Mrd. Schilling (etwa 180 Mill. DM) schloß die österreichische Leistungsbilanz im Vorjahr ab. Temporär beeinflußt wurde das Ergebnis einerseits durch einen regelrechten Importboom im letzten Jahresquartal sowie eine gegenüber früheren Jahren sehr schlechte Devisenbilanz im Reiseverkehr. Letztere resultiert aus einem Rückgang der Bruttoeinnahmen um 2,7 Prozent auf 83,2 Mrd. Schilling bei gleichzeitig um zwölf Prozent auf 43 Milliarden Schilling gestiegenen Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen.

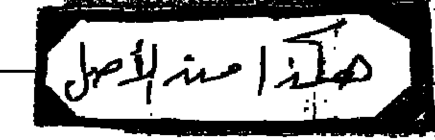
Das traditionell hohe Handelsbilanzdefizit Österreichs konnte im vergangenen Jahr auch durch eine wesentliche Verringerung von Energieimporten gegenüber 1982 nicht abgebaut werden. Im Gegenteil: Nach 62 Mrd. erhöhte es sich 1983 sogar wieder auf 69 Mrd. Schilling. Denn mit der lebhaften Konsumtätigkeit der Österreicher stieg auch der Importbedarf kräftig. Allein der Wert der Autoeinfuhren erhöhte sich binnen Jahresfrist von 15 auf 22 Mrd. Schilling.

Die verstärkte Kauflust wurde teils auf die Ankündigung der Besteuerung von Sparzinsen und teils auf die per 1. 1. 1984 folgende Mehrwertsteuererhöhung zurückgeführt.

Die Importsteigerung laut Zahlungsbilanzrechnung um 10,5 Prozent auf 398 Mrd. Schilling konnte jedenfalls die noch immer beachtliche Erhöhung der Exporte um 10,4 Prozent auf 329 Mrd. Schilling nicht ausgleichen.

Beträchtlich angestiegen ist auch der Kapitalexport. Die Käufe ausländischer Anleihen stiegen binnen Jahresfrist von knapp ein auf über sieben Milliarden Schilling. Im langfristigen Kapitalverkehr erhöhte sich der Nettoexport von zehn auf 23 Mrd. Schilling. Einschließlich des kurzfristigen Kapitalverkehrs ergab sich 1983 aber ein Nettokapitalimport von 0,6 Mrd. Schilling gegenüber 15,3 Mrd. 1982.

Die sogenannte statistische Differenz wies nach einem Überschuß von elf Mrd. Schilling 1982 ein Jahr später ein Defizit von sieben Mrd. aus. Die Währungsreserven der Notenbank verringerten sich um 1,3 Mrd. Schilling.



VARTA / Einbußen bei Starterbatterien

Besseres Ergebnis erwartet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die seit dem Herbst 1983 beobachtete Geschäftsbelebung in nahezu allen Absatzbereichen und interne „Gegensteuerungsmaßnahmen auf der Kostenseite" haben die Ertragsentwicklung der Varta AG, Bad Homburg, im Geschäftsjahr 1983 positiv beeinflußt. Nach Angaben des Vorstands wird ein Ergebnis erwartet, das den Vorjahreswert überschreitet. Ob daran die Aktionäre partizipieren werden, bleibt in dem jetzt vorgelegten Zwischenbericht noch offen. Für 1982 hatte Varta bei einem Jahresüberschuß von 16,2 Mill. DM und einem Bilanzgewinn von 8,2 Mill. DM eine auf 8 (10) Prozent verringerte Dividende gezahlt.

Mit 1,58 (1,62) Mrd. DM blieb der Weltumsatz des Unternehmens im Berichtsjahr um 2 Prozent unter dem Niveau von 1982. Der Rückgang, der niedriger als erwartet ausfiel, wird im wesentlichen auf die stark veränderten Währungskurse und den gesunkenen Bleipreis zurückgeführt. Im Inlandskonzern ergab sich ein Umsatzminus von 1 Prozent auf 962 (973) Mill. DM. Die Exportquote blieb unverändert bei 37 Prozent. Das gesamte internationale Geschäft macht 62 Prozent des Weltumsatzes aus.

Mit einem Minus von 7 Prozent auf 665 (712) Mill. DM mußte die Sparte Starterbatterien, der umsatzstärkste Bereich, die kräftigsten Einbußen hinnehmen. Der Umsatzrückgang der Sparte Gerätebatterien um 2 Prozent auf 480 (488) Mill. DM sei vor allem von den ausländischen Töchtern verursacht worden. Bei Industriebatterien führte die Belebung im Inland zu einem Umsatzzuwachs um 2 Prozent auf 377 (368) Mill. DM. Die Varta-Plastic GmbH steuerte 42 (32) Mill. DM zum Umsatz bei.

Planmäßig, so schreibt der Vorstand, wurde das Investitionsprogramm abgewickelt. Der überwiegende Teil der Investitionen in Höhe von 57 (74) Mill. DM entfiel auf Projekte im Inland (62 Prozent). Die Zahl der Mitarbeiter verringerte sich weltweit um 533 auf 11 734 Beschäftigte. Im Inland wurden Ende 1983 noch 6518 (6672) Mitarbeiter beschäftigt. Die Hauptversammlung der Varta AG wird am 27. Juni in Hagen stattfinden.

AGFA-GEVAERT / Kritik der Verbraucher in dreijähriger Entwicklungsarbeit stärker berücksichtigt

Mit neuer Filmgeneration Impulse für den Markt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Trotz des Vormarsches der Videotechnik bleibt die Silberhalogenid-Fotografie, die nunmehr bereits über 150 Jahre alt ist, auch weiterhin aktuell. Diese Markteinschätzung der Fotowirtschaft und die darin zum Ausdruck kommende Zuversicht basiert auf den noch immer nicht ausgereizten technologischen Entwicklungsspielräumen in der herkömmlichen Fotochemie und der Überlegenheit des Stehbild-Films in wichtigen Leistungskriterien.

Die Leverkusener Agfa-Gevaert AG geht mit der Einführung einer neuen Filmgeneration, die in diesen Tagen auf den Markt kommt, einen weiteren Weg in die Richtung der Optimierung der Stehbildfilm-Qualität. Zugrunde gelegt wurden bei der Forschungs- und Entwicklungsaktivität auf diesem Gebiet, dessen Aufwand für die letzten drei Jahre nicht weit von einer halben Milliarde DM entfernt sein dürfte, eine Reihe typischer Verbraucheraussagen zum Thema Film, nämlich „Farben zu bunt", „Hauttöne unnatürlich", „Bilder unscharf" und „körnige Bildfläche".

Diese keineswegs überraschenden Verbraucheraussagen, die auch andere Filmhersteller bei entsprechenden Studien herausdestillierten, war die Basis, in der Emulsions-Technologie auf ein sogenanntes strukturiertes Zwillings-Silberhalogenid-Kristall hinzuarbeiten, das bei den erwähnten Anforderungskriterien weitere wesentliche Verbesserungen ermöglicht. Mit diesem Schritt sei man – wie es bei Agfa heißt – „wieder auf neuestem Stand", nachdem man vorübergehend den Anschluß verloren gehabt habe. Kodak und Fuji haben ihrerseits schon verbesserte neue Filme auf den Markt gebracht.

Die neue Agfa-Filmgeneration umfaßt fünf neue Filme: zwei Diafilme mit den Empfindlichkeiten 64 und 200 ASA sowie drei Colornegativ-Filme mit 100, 200 und 400 ASA. Darüber hinaus wird verbessertes Color-Papier angeboten.

Die Fotobranche forciert nicht zuletzt deshalb ihre Aktivitäten in der Filmtechnologie, weil hier beispielsweise in puncto höherer Empfindlichkeit noch große Spielräume winken und die Entwicklungserfolge offenbar auch vom Markt honoriert werden. Während nämlich in 1983 der bundesdeutsche Markt für Stehbildkameras (bereits im dritten Jahr hintereinander) um weitere 12 Prozent auf 2,7 (1982: 3,3) Mill. Stück geschrumpft ist, wobei lediglich Kleinbild-Sucherkameras mit einem kleinen Plus aufwarteten und die neue Disc-Kamera den kräftigen Rückgang bei den 110-Pocket-Kameras nicht – wie erhofft – ausgleichen konnte, wurden im Laborbereich in etwa ebenso viele Bilder verarbeitet wie im Vorjahr. Gekauft wurden rund 100 Millionen Filme (minus 5 bis 6 Prozent), doch nahm die Zahl der Bilder pro Film zu.

Bei Agfa macht die Sparte Bildfoto rund ein Viertel des Umsatzes der Gruppe aus, der in 1983 „leicht unter 6 Mrd. DM" (1982: 5,7 Mrd. DM) lag, aus. Die Sparte Bildfoto werde wieder mit einem relativ hohen Verlust abgeschlossen haben, doch komme man insgesamt wieder auf ein positives Ergebnis. Im laufenden Jahr dürften 70 Prozent des Umsatzes der Bildfoto-Sparte mit neuen Filmen und Papieren hereingeholt werden. Ob Agfa im Kleinbild-Segment zu einem weiteren Engagement starte, sei vorerst noch offen. Wenn ja, wolle man die Hardware auf jeden Fall von außerhalb (Japan) beziehen. In der magnetischen Bildaufzeichnung hat das Unternehmen weiterhin keine Ambitionen („da gibt es kompetentere Firmen"), wohl aber in der Bildwiedergabe.

FIAT

Zuwachs auf dem Automarkt

dpa/VWD, Hamburg

Die Unternehmen der Fiat-Gruppe wollen 1984 in der Bundesrepublik vor allem im Automobilbereich Gas geben. Werner Perino, Vorsitzender der Geschäftsführung der deutschen Konzernmutter, Deutsche Fiat GmbH, Heilbronn, rechnet mit einer Umsatzsteigerung um mindestens 10 Prozent bei einem Beschäftigtenstand von rund 9000 Mitarbeitern. Wie ein Sprecher des Konzerns erklärte, hat Fiat bei den Zulassungen im Januar 1984 das Vorjahresergebnis um rund 38 Prozent übertroffen, während der gesamte Automarkt lediglich um 15,8 Prozent anwuchs.

1983 erreichte Fiat bei den Neuzulassungen eine Steigerung um rund 12 Prozent auf 107 400 Personenwagen der Marken Fiat und Lancia sowie der Transporter (4,3 Prozent Marktanteil). Der Umsatz der Fiat Automobil AG, Heilbronn, stieg 1983 auf 1,27 (1,06) Mrd. DM. [illegible] mer Eins für die Bundesrepublik.

Der zum Konzern gehörende Nutzfahrzeughersteller, Iveco-Magirus AG, Ulm, mußte am deutschen Markt 1983 erheblich Federn lassen. Daher erzielte die Fiat-Gruppe in Deutschland mit einem Umsatz von über 3 Mrd. DM nicht mehr das volle Ergebnis des Vorjahres. Die Fiat Landmaschinen GmbH, die auch für den niederländischen Markt zuständig ist, steigerte 1983 den Umsatz auf 105,2 (86,6) Mill. DM. Bei einem Anstieg des Marktvolumens um 10 Prozent setzte Fiat 23 Prozent mehr ab. Die Fiatallis Baumaschinen GmbH ,Heilbronn, hat 1983 den Umsatz um 47,5 Prozent auf fast 60 Mill. DM gesteigert. Der Marktanteil der Fiat Baumaschinen blieb mit rund 6 Prozent stabil.

HANNOVERSCHE LEBEN / Weiter erfolgreich

Risikoversicherung dominiert

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Hannoversche Lebensversicherung a. G. hat im Geschäftsjahr 1983 die Rekordergebnisse des Vorjahres noch übertroffen. Wilhelm Henning, Vorstandsvorsitzender der Gesellschaft, bezieht sich bei dieser Aussage nicht nur auf das Neugeschäft und die Beitragseinnahmen, sondern ebenso auf den Überschuß. In allen Bereichen wurden deutlich über dem Branchendurchschnitt liegende Zuwachsraten erzielt.

Im Berichtsjahr schloß die Hannoversche Leben 22 364 (18 517) neue Verträge mit einer Versicherungssumme von 1,22 (10,6) Mrd. DM ab. Das entspricht stückzahlmäßig einem Plus von 20,8 Prozent und dem Wert nach einem Zuwachs von 14,5 Prozent. Der Bestand erhöhte sich gleichzeitig um 900 Mill. DM auf 8,41 Mrd. DM. Henning erkennt darin eine ungewöhnlich „hohe Bestandsfestigkeit".

Maßgeblichen Anteil an der Steigerung des Neugeschäfts hat erneut die Risikoversicherung. Auf sie entfallen 59 (55) Prozent oder 679 Mill. DM des abgeschlossenen Geschäfts. Nach den Worten Hennings ist die Hannoversche Leben in diesem Bereich [illegible]

Wenn es in der Kapital-Lebensversicherung gelänge, ähnlich wie bei der Rückversicherung die Leistungsfähigkeit vergleichend darzustellen, wären auch dort noch höhere Zuwachsraten denkbar. Die Hannoversche Leben arbeitet als Direktversicherer ohne den üblichen Außendienst. Inzwischen „kopieren" auch andere Gesellschaften dieses Modell. Die Hannoversche Leben beobachte dieses Vorgehen mit Gelassenheit.

Erfreulicher noch als die Bestandsentwicklung bezeichnet Henning die überproportionale Steigerung der verdienten Beiträge, die um 13,5 Prozent auf 263 (232) Mill. DM zunahmen. Da gleichzeitig die Verwaltungskosten nur um 4,3 Prozent stiegen, konnten die Abschlußkosten von 1,31 auf 1,19 Prozent des Neugeschäfts und die laufenden Verwaltungskosten auf 2,84 (3,11) Prozent der verdienten Beiträge gesenkt werden.

Die Kapitalerträge nahmen um 13,4 Prozent auf 177 (156) Mill. DM zu. Die Rendite aus den Kapitalanlagen von 2,2 (1,9) Mrd. DM erreichte 7,85 (7,93) Prozent. Der Rohüberschuß erhöhte sich auf 151 (133) Mill. DM. Davon wurden 148 Mill. DM der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zuge[illegible] DM der freien Rücklage zugewiesen.

BOUSSAC

Gewerkschaften sträuben sich

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Umstrukturierung der französischen Industrie stößt bei den Gewerkschaften auf zunehmenden Widerstand. Während sie sich bisher vor allem gegen Entlassungen wendeten, werden neuerdings auch vorzeitige Pensionierungen kategorisch abgelehnt. Zum ersten größeren Konflikt dieser Art kam es bei Renault. Der zweite ist jetzt bei dem Textilkonzern Boussac ausgebrochen, der zur Zeit 15 000 Personen beschäftigt.

Dort will die Verwaltung bis zum Jahresende 1 500 Arbeitsplätze aufgeben, ohne bisher Einzelheiten zu nennen. Gleichwohl lehnte der Betriebsrat das Projekt insgesamt ab, obwohl nach Expertenschätzungen für die Sanierung des Unternehmens die Aufgabe von mindestens 3 000 Arbeitsplätzen erforderlich wäre.

Allerdings ist die Boussac-Belegschaft seit Mitte 1982 bereits um 4 267 Personen geschrumpft. Damals wurde Boussac aus der Konkursmasse der Gebrüder Willot von einer neuen, im Mehrheitsbesitz der verstaatlichten Banken befindlichen Gesellschaft pachtweise übernommen. Darüber hinaus braucht das Unternehmen, das letztes Jahr 4,8 Mrd. Franc umgesetzt hat, allein in diesem Jahr 600 Mill. Franc an frischen Mitteln. Die Regierung will hiervon aber nur 100 Mill. Franc bereitstellen. Deshalb möchte die Verwaltung [illegible] wogegen sich die Belegschaft ebenfalls energisch wendet.

Eine Lösung der Finanzprobleme dürfte unter diesen Umständen nur durch die Wiedereingliederung der zur früheren Willot-Gruppe gehörenden Warenhausgesellschaften (Bon Marché, Belle Jardinière, Conforma) sowie des Modehauses Christian Dior möglich sein. Gegen ein entsprechendes Gerichtsurteil haben aber die Willots Berufung eingelegt. Bei den sehr schwierigen Rechtsverhältnissen scheint die Boussac-Verwaltung mit den Willots jetzt eine Kompromißregelung anzustreben, die auf die Einführung von Dior an der Pariser Börse hinausläuft.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Sonderprogramm

Frankfurt (dpa/VWD) – Auch für Maßnahmen des Umweltschutzes können Landwirte künftig zinsgünstige Kredite in Anspruch nehmen. Wie die Landwirtschaftliche Rentenbank als zentrales Refinanzierungsinstitut für die Land- und Ernährungswirtschaft in Frankfurt mitteilte, wurde das bisherige Sonderprogramm beträchtlich erweitert. Die Konditionen für die Kreditnehmer liegen zwischen 6,25 und 7,25 Prozent bei einer Auszahlung von 96,5 bis 100 Prozent. Die Laufzeiten reichen von sechs bis 15 Jahren, wobei die Kredithöchstbeträge für Maschinenfinanzierungen auf 100 000 DM und für sonstige Verwendungszwecke auf 150 000 DM je Betrieb festgelegt sind.

Unveränderte Dividende

Baden (dpa/VWD) – Die Aktionäre der BBC AG Brown Boveri & Cie., Baden/Schweiz, sollen für 1983 eine gegenüber dem Vorjahr unveränderte Dividende von 30 sfr (rund 36 DM) je Inhaberaktie und 6 sfr je Namensaktie B sowie je Partizipationsschein erhalten. Der konsolidierte Umsatz des BBC-Konzerns stieg nach vorläufigen Zahlen 1983 um 10 Prozent auf 10,7 Mrd. sfr (rund 13 Mrd. Mark). Der konsolidierte Auftragseingang 1983 lag mit 10,5 Mrd. sfr (12,6 Mrd. DM) um rund 0,3 Mrd. sfr über Vorjahreswert. Der Umsatz bei BBC-Schweiz stieg um 22 Prozent auf 3,37 Mrd. sfr.

Auffermann zahlt 5 DM

Wuppertal (VWD) – Die im Plattier- und Pressblechbereich tätige Hindrichs-Auffermann AG, Wuppertal, schlägt der Hauptversammlung am 3. April für das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) die Verteilung einer Dividende von wieder 5 DM auf 2,684 Mill. DM Stamm- und 0,036 Mill. DM Vorzugsaktien vor. Das Unternehmen gehört mehrheitlich zur Vereinigte Deutsche Nickel-Werke AG, Schwerte.

BCT-Aktien überzeichnet

München (sz.) – Die Zeichnung der 120 000 Vorzugsaktien der BCT-Computer AG, Köln, mußte bereits am Montag nachmittag, dem ersten Zeichnungstag, wegen übergroßer Nachfrage geschlossen werden. Nach Mitteilung der Konsortialführerin Portfolio Management GmbH, München, werden die Aktien voraussichtlich erstmals am 12. März im ungeregelten Freiverkehr in München und Hamburg gehandelt.

Beratung gefragt

Essen (Bm.) – Die Marketing- und Kommunikationsberatungsgesellschaft Rüdiger Ruoss & Partner KG, Frankfurt/Neu-Isenburg, wird 1984 ihren Umsatz um 6 auf 20 Mill. DM erhöhen. Nach Auskunft der Gesellschaft entfallen davon 90 Prozent auf die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie. Der Umsatz im Bierbereich beträgt knapp 60 Prozent.

CHARLES HOSIE / Spirituosenmarkt leicht erholt – Mit der Rendite zufrieden

Sortimentsänderung gut überstanden

JAN BRECH, Hamburg

Das Ziel, den Umsatz im Geschäftsjahr 1983 zu halten, hat das führende deutsche Spirituosen-Importhaus Charles Hosie GmbH, Ham[illegible] schäftsführers Joachim H. Peycke setzte Hosie trotz umfangreicher Sortimentsänderungen mit 190 (189) Mill. DM sogar noch etwas mehr als 1982 um. Die Umstellungen stehen in Zusammenhang mit der 100 Prozent Übernahme durch das Spirituosenunternehmen Bacardi International Ltd., Bermuda, die Mitte 1983 erfolgt war.

Ausgleichen mußte Hosie ein Volumen von 3,2 Mill. Flaschen oder 25 Mill. DM Umsatz durch den Wegfall des gesamten Sortiments der Firma Sandeman (Sherry und Port). Rund 15 Mill. DM kompensierte Hosie mit fünf seit Anfang 1983 neu distribuierten Spirituosen, darunter die Sherry- und Brandymarken des Hauses Gonzales Byass (Tio Pepe). Den Rest brachte das Wachstum der traditionell vertriebenen Weltmarken.

Am Gesamtabsatz von rund 12 (10,5) Mill. Flaschen [illegible] beteiligt. Der Verkauf habe sich um 3 Prozent auf 7,9 Mill. Flaschen erhöht, erklärt Peycke, wobei der Marktanteil noch leicht auf mehr als 75 Prozent ausgebaut worden sei. Bei der zweitgrößten Marke Gordons Gin hielt Hosie einen Absatz von 1,7 Mill. Flaschen und gut 40 Prozent wertmäßigen Marktanteil. Unter den zahlreichen Spezialitäten des 28 Marken umfassenden Sortiments ragt inzwischen die US-Likörmarke „Southern Comfort" mit einem Absatzvolumen von 200 000 Flaschen hervor.

In dem nochmals schwierigen Spirituosenjahr 1983 habe Hosie einmal von der anhaltenden Polarisierung von Billigspirituosen und hochpreisigen Markenartikeln profitiert. Zum anderen hätten sich die umfangreichen Investitionen in den Markt ausgezahlt. Hosie erhöhte die Marketing-Aufwendungen von 18 auf 21,3 [illegible] tig war, um die Sortimentsumstellungen auszugleichen, die Ertragslage leicht beeinträchtigt habe. Die Rendite sei jedoch noch immer gut und werde 1984 wieder das Niveau früherer Jahre erreichen.

Bei durchschnittlichen Preiserhöhungen von 3 bis 5 Prozent erwartet Peycke für dieses Jahr einen Umsatz von 210 Mill. DM. Der Absatz werde mit 13,6 Mill. Flaschen wieder das Volumen des Jahres 1982 erreichen.

Zur allgemeinen Geschäftspolitik erklärt Peycke, daß Hosie auch nach der Übernahme durch Bacardi als völlig unabhängiger Distriubteur weiterarbeiten werde. Auch gebe es keine Absichten, den Firmen-Namen Hosie zu verändern.

NAMEN

Hans-Ulrich Eichler (40) ist als Nachfolger von **Carlheinz Forstreicher** Leiter der Hoppenstedt-Druck GmbH, Darmstadt, geworden. Forstreicher, der die Leitung der Druckerei aus Altersgründen abgegeben hat, bleibt jedoch Mitglied der Geschäftsleitung.

Klaus-Peter Peschak, bisher für den Geschäftsbereich Weichmacher und Chemische Zwischenprodukte der Esso Chemie GmbH, Köln, tätig, wird am 1. April in die europäische Zentrale der Essochem Europe Inc. nach Brüssel versetzt. Seine Nachfolge wird Dr. **Ralf Kuhlmann** antreten.

Dr. **Hartmut Hoeppel**, Geschäftsführer der GTZ Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit, Eschborn, feiert heute den 60. Geburtstag.

Eckhard Piper (42) ist ab 1. März 1984 Leiter der Abteilung Presse und Information der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH (NOWEA). Er war bisher in gleicher Funktion bei der Deutschen Messe- und Ausstellungs-AG, Hannover, tätig.

Warenpreise – Termine

Zu erheblichen Einbußen kam es am Dienstag bei den Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Überwiegend unverändert mit Ausnahme der beiden vorderen Sichten, die sich gut behaupten konnten, schloß Kupfer. Durchweg niedriger als am Vortag wurden Kaffeee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	28. 2.	27. 2.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	324,50	328,50
Mai	326,75	331,00
Juli	323,25	326,25
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	247,25	247,25
Amber Durum	233,00	233,00
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	124,50	124,90
Mai	128,00	128,70
Juli	132,00	132,50
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	128,90	127,20
Mai	121,00	121,20
Juli	119,60	119,60
Hafer Chicago (c/bush)		
März	163,25	164,75
Mai	166,00	167,25
Juli	168,75	169,50
Mais Chicago (c/bush)		
März	323,25	324,50
Mai	325,75	327,25
Juli	326,00	326,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	125,00	125,70
Mai	127,00	127,40
Juli	128,20	128,60

Genußmittel

	28. 2.	27. 2.
Kaffee		
New York (c/lb)		
März	147,25	147,98
Mai	142,50	143,40
Juli	137,50	137,90
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	2413	2468
Mai	2326	2395
Juli	2318	2380
Umsatz	5739	4918
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	6,08	6,61
Mai	6,78	6,98
Juli	7,19	7,35
Sept.	7,47	7,62
Okt.	7,70	7,84
Umsatz	16 848	13 633
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,68	6,46
Kaffee		
London (£/t) Robusta-Kontrakt März	2048–2050	2060–2062
Mai	1911–1912	1930–1932
Juli	1835–1836	1854–1855
Umsatz	4387	1268
Kakao		
London (£/t)		
Terminkontrakt März	1642–1644	1668–1669
Mai	1654–1655	1696–1698
Juli	1671–1672	1699–1700
Umsatz	8131	4738
Zucker		
London (£/t)		
März	109,75–110,00	116,60–116,75
Mai	117,85	123,60–123,75
Umsatz	2289	644
Pfeffer		
Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	385,00	385,00
weißer Sarawak	657,50	657,50
weißer Muntok	665,00	665,00
Orangensaft		
New York (c/lb)		
März	164,40	165,50
Mai	164,40	165,50
Juli	163,40	164,40
Sept.	162,60	163,75
Okt.	159,30	160,40
Umsatz	1300	2500

Öle, Fette, Tierprodukte

	28. 2.	27. 2.
Erdnußöl		
New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	45,75	46,00
Maisöl		
New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	26,25	25,75
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	27,10	27,60
Mai	27,30	27,80
Juli	27,35	27,80
Aug.	26,80	27,10
Sept.	26,05	26,20
Okt.	24,80	25,25
Dez.	24,50	24,80
Baumwollsaatöl		
New York (c/lb) Mississippi-Tal	30,00	30,00
Schmalz		
Chicago (c/lb) loco lose	27,00	27,00
Choise white hog 4% fr. F.	19,50	19,50
Talg		
New York (c/lb) top white	18,50	18,50
fancy	18,00	18,00
bleichfähig	17,75	17,75
yellow max. 10% fr. F.	16,50	16,50
Schweine		
Chicago (c/lb) Apr.	45,35	45,75
Juni	51,75	52,60
Juli	53,30	54,45
Schweinebäuche		
Chicago (c/lb) März	58,47	60,55
Mai	60,22	62,30
Juli	61,50	63,30
Häute		
Chicago (c/lb) Ochsen slnb. schwere River Northern	58,00	58,00
Kühe slnb. schwere River Northern	57,00	57,00
Sojabohnen		
Chicago (c/bush) März	727,00	735,50
Mai	741,50	750,50
Juli	753,00	761,00
Aug.	748,00	757,00
Sept.	724,00	726,50
Nov.	709,00	710,50
Jan.	721,00	722,00
Sojaschrot		
Chicago ($/sht) März	190,00	191,00
Mai	195,80	196,50
Juli	200,20	201,00
Aug.	200,50	201,50
Sept.	199,30	198,50
Okt.	195,00	194,00
Dez.	197,00	196,50
Leinsaat		
Winnip. (can. $/t) März	348,60	353,50
Mai	353,00	358,50
Juli	358,30	361,80
Kokosöl		
New York (c/lb) Westküste fob Werk	51,50	51,50
Erdnußöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	1025,00	1030,00
Leinöl		
Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	465,00	470,00
Palmöl		
Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	910,00	920,00
Sojaöl		
Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	201,00	206,50
Kokosöl		
Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1125,00	1140,00
Leinsaat		
Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	303,50	305,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	28. 2.	27. 2.
Baumwolle		
New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
März	78,10	78,68
Mai	78,05	78,51
Juli	78,33	78,60
Okt.	75,00	74,85
Dez.	73,39	73,40
März	74,40	74,40
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS–1:	58,25	58,25
Wolle		
Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:		
März	424–430	420–430
Mai	442–444	436–445
Aug.	473–475	470–473
Umsatz	155	88
Wolle		
Roubaix (F/kg) Kammzüge:		
März	49,20	49,10
Mai	49,20	49,20
Juli	49,50	49,50
Okt.	49,90	49,80
Umsatz	4500	0
Tendenz:		stetig
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype		
März	564,0–565,0	563,1–564,0
Mai	579,0–580,0	578,9–580,0
Juli	590,0–592,0	593,0
Umsatz	53	28
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager		
März	13 920	13 910
April	13 846	13 831
Kautschuk		
London (p/kg) Nr. 1 RSS loco	81,00–83,00	82,00–83,25
April	80,80–83,00	82,00–83,00
Mai	81,50–82,10	82,80–83,00
April/Juni	81,50–82,00	82,80–83,00
Tendenz: unsicher		
Kautschuk		
Malaysia (mal. c/kg)		
März	264,00–264,25	263,25–263,75
April	270,00–270,50	270,00–271,00
Nr. 2 RSS März	258,00–259,00	258,00–259,00
Nr. 3 RSS März	254,00–255,00	254,00–255,00
Nr. 4 RSS März	247,50–248,50	247,50–248,00
Tendenz: ruhiger, stetiger		
Jute London (£/lgt)		
BWC	512,00	500,00
BWD	500,00	495,00
BTC	512,00	500,00
BTD	500,00	495,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	28. 2.	27. 2.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	107,06–107,15	107,84–108,22
drittfolg. Monat	110,56–110,76	111,13–111,33
Zink: Basis London		
laufend. Monat	255,36–255,77	259,89–260,28
drittfolg. Monat	250,71–251,10	258,34–258,54
Produz.-Preis	273,75	277,44
Reinzinn 99,9%	3606–3644	3592–3627

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	28. 2.	27. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	385,41–387,38	386,34–388,28
Blei in Kabeln	114,75–115,75	115,75–116,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeteiliter.

Messingnotierungen

	28. 2.	27. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	374–380	375–383
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	417–428	418–428
MS 63	414–423	414–423

Zinn-Preis Penang

	28. 2.	27. 2.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring.Ag)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	28. 2.	27. 2.
Leg. 225	452–463	452–463
Leg. 226	454–465	454–465
Leg. 231	484–495	484–495
Leg. 233	494–505	494–505

Die Preise verstehen sich für Abschlußmengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	28. 2.	27. 2.
Platin (DM je g)	36,50	36,75
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	34 000	34 000
Rücknahmepr.	33 250	33 250
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 860	33 890
Rücknahmepr.	33 330	33 380
verarbeitet	35 540	35 570
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 405	33 585
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	830,30	821,30
Rücknahmepr.	822,30	840,70
verarbeitet	876,50	857,70

Internationale Edelmetalle

	28. 2.	27. 2.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	408,00	394,00
15.00	399,25	394,50
Zürich mittags	400,30–400,80	394,00–394,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	103 000	103 000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	660,75	648,40
3 Monate	675,60	633,40
6 Monate	690,45	678,35
12 Monate	720,55	708,80
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	276,00	271,10
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	107,10	107,95

New Yorker Preise	28. 2.	27. 2.
Gold H & H Ankauf	388,25	[illegible]
Silber H & H Ankauf	981,00	[illegible]
Platin fr. Händlerpr.	395,00–399,00	395,00–[illegible]
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	159,00–161,00	159,00–161,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
März	961,00	985,00
April	971,20	993,00
Mai	977,00	1004,00
Juli	995,00	1020,00
Sept.	1014,90	1030,00
Dez.	1040,00	1052,00
Jan.	1060,70	1070,00
Umsatz	50 000	59 000

New Yorker Metallbörse

	28. 2.	27. 2.
Kupfer (c/lb)		
März	65,25	65,65
April	65,85	65,80
Mai	66,40	66,40
Juli	67,80	67,75
Sept.	69,30	69,20
Dez.	71,40	71,15
Jan.	71,85	71,85
Umsatz	19 000	22 800

Londoner Metallbörse

	28. 2.	27. 2.
Aluminium (£/t)		
Kasse	977,00–978,00	988,00–989,00
3 Monate	1001,0–1001,5	1013,0–1014,0
Blei (£/t) Kasse	276,50–277,50	278,00–280,00
3 Monate	286,00–286,50	287,50–288,00
Kupfer Highgrade (£/t)		
mittags Kasse	977,50–978,00	983,50–984,00
3 Monate	997,50–998,00	1003,5–1004,0
abends Kasse	973,5–974,0	985,5–986,5
3 Monate	992,00–994,00	1005,0–1005,5
(Kupfer-Standard)		
Kasse	962,00–964,00	973,50–974,50
3 Monate	983,50–984,50	994,00–[illegible]
Zink (£/t) Kasse	639,00–641,00	655,00–656,00
3 Monate	634,00–635,00	651,00–652,00
Zinn (£/t) Kasse	8385–8395	8390–8400
3 Monate	8515–8520	8525–8530
Quecksilber ($/Fl.)	290–300	290–300
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	75–70	76–80



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Humanmedizin
1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bochum	Bonn
2 Bochum	TU München
3 Bochum	Uni München
4 Bochum	Saarbrücken
5 FU Berlin	TU München
6 FU Berlin	Uni München
7 Essen	Bonn
8 Essen	Düsseldorf
9 Essen	Tübingen
10 Gießen	Göttingen
11 Gießen	Marburg
12 Heidelberg	Erlangen
13 Heidelberg	Göttingen
14 Heidelberg	Münster
15 Lübeck	Hamburg
16 Uni Kiel	Hamburg
17 Regensburg	Göttingen
18 Regensburg	Hamburg
19 Saarbrücken	Göttingen
20 Saarbrücken	Marburg
21 Saarbrücken	Tübingen

Humanmedizin
2. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Lübeck
2 Düsseldorf	Hamburg
3 Essen	Gießen
4 [illegible]	Heidelberg
5 Essen	Mainz
6 Gießen	Bonn
7 Gießen	Hamburg
8 Gießen	Marburg
9 Heidelberg	Marburg
10 Heidelb.	Uni München
11 Köln	Göttingen
12 Köln	Hamburg
13 Köln	Münster
14 Münster	Hamburg
15 Mainz	Heidelberg
16 Würzburg	TU München
17 Würzburg	Uni München
18 Würzburg	Tübingen

Humanmedizin
3. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Düsseldorf
3 Aachen	Hamburg
4 Aachen	Uni Kiel
5 Aachen	Münster
6 Aachen	Uni München
7 Aachen	Tübingen
8 Bochum	Aachen
9 Bochum	Erlangen
10 Bochum	Gießen
11 Bochum	Göttingen
12 Bochum	Marburg
13 Bochum	Uni München
14 Bochum	Mainz
15 Bochum	Tübingen
16 Bochum	Ulm
17 Bochum	Würzburg
18 FU Berlin	TU München
19 FU Berlin	Tübingen
20 FU Berlin	Ulm
21 Düsseldorf	Bonn
22 Erlangen	TU München
23 Erlangen	Uni München
24 Gießen	Hannover
25 Gießen	Hamburg
26 Hannover	Würzburg
27 Köln	FU Berlin
28 Köln	Hannover
29 Uni Kiel	Tübingen
30 Ulm	Heidelberg
31 Ulm	Uni München
32 Ulm	Tübingen

Humanmedizin
4. vorklinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Hamburg
2 FU Berlin	Bonn
3 FU Berlin	Göttingen
4 FU Berlin	Hannover
5 FU Berlin	Heidelberg
6 FU Berlin	Lübeck
7 FU Berlin	Münster
8 FU Berlin	Tübingen
9 FU Berlin	Würzburg
10 Düsseldorf	Göttingen
11 Düsseldorf	Hannover
12 Düsseldorf	Heidelberg
13 Düsseldorf	Lübeck
14 Düsseldorf	Mainz
15 Düsseldorf	Tübingen
16 Essen	Göttingen
17 Essen	Marburg
18 Erlangen	Göttingen
19 Erlangen	Uni München
20 Erlangen	Tübingen
21 Gießen	Heidelberg
22 Gießen	Hamburg
23 Gießen	Tübingen
24 Gießen	Ulm
25 Gießen	Würzburg
26 Göttingen	Ulm
27 Heidelberg	Göttingen
28 Hamburg	Göttingen
29 Hamburg	Hannover
30 Hamburg	Uni Kiel
31 Hamburg	Uni München
32 Lübeck	Erlangen
33 Lübeck	Hamburg
34 Lübeck	Mainz
35 Lübeck	Würzburg
36 Köln	FU Berlin
37 Köln	Hamburg
38 Köln	Uni Kiel
39 Köln	Tübingen
40 Köln	Ulm
41 Marburg	Heidelberg
42 Marburg	Lübeck
43 Marburg	Münster
44 Marburg	Tübingen
45 Münster	Bonn
46 Münster	Bochum
47 Münster	Uni Kiel
48 Münster	Uni München
49 Münster	Mainz
50 Münster	Würzburg
51 Mainz	FU Berlin
52 Mainz	Düsseldorf
53 Mainz	Hamburg
54 Mainz	Marburg
55 Mainz	TU München
56 Saarbrücken	Köln
57 Würzburg	Lübeck

Humanmedizin
1. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Hannover
2 Bonn	Heidelberg
3 Bochum	Heidelberg
4 FU Berlin	Heidelberg
5 FU Berlin	Marburg
6 FU Berlin	Mainz
7 Essen	Hannover
8 Marburg	Gießen
9 Marburg	Hannover
10 Marburg	Heidelberg
11 Marburg	Hamburg
12 Saarbrücken	Hannover

Humanmedizin
2. klinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Heidelberg
2 Bonn	Lübeck
3 Bonn	Uni Kiel
4 Bonn	Münster
5 Bochum	Heidelberg
6 FU Berlin	Bonn
7 FU Berlin	Düsseldorf
8 FU Berlin	Köln
9 FU Berlin	Münster
10 Düsseldorf	FU Berlin
11 Düsseldorf	Essen
12 Düsseldorf	Lübeck
13 Düsseldorf	Münster
14 Essen	Hamburg
15 Essen	Lübeck
16 Essen	Uni Kiel
17 Essen	Uni München
18 Essen	Mainz
19 Essen	Tübingen
20 Erlangen	Heidelberg
21 Erlangen	Tübingen
22 Gießen	Heidelberg
23 Gießen	Tübingen
24 Göttingen	Bonn
25 Heidelberg	Tübingen
26 Hamburg	Uni München
27 Uni Kiel	Aachen
28 Uni Kiel	Hannover
29 Uni Kiel	Heidelberg
30 Uni Kiel	Lübeck
31 Uni Kiel	Uni München
32 Münster	FU Berlin
33 Mainz	Bonn

Humanmedizin
3. klinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Heidelberg
2 Essen	Aachen
3 Essen	Münster
4 Essen	TU München
5 Essen	Uni München
6 Essen	Tübingen
7 Hamburg	TU München
8 Hamburg	Uni München
9 Hamburg	Tübingen
10 Hamburg	Ulm
11 Lübeck	Köln
12 Uni Kiel	Göttingen
13 Uni Kiel	Münster
14 Marburg	Aachen
15 Marburg	Göttingen
16 Münster	FU Berlin
17 Saarbrücken	Mainz
18 Saarbrücken	Regensb.
19 Saarbrücken	Würzburg
20 Ulm	TU München
21 Ulm	Uni München

Humanmedizin
4. klinisches Semester

von	nach
1 Bonn	Aachen
2 Bonn	Hamburg
3 FU Berlin	Bonn
4 FU Berlin	Köln
5 Düsseldorf	Ulm
6 Essen	TU München
7 Essen	Uni München
8 Erlangen	Bonn
9 Erlangen	FU Berlin
10 Erlangen	Münster
11 Erlangen	Mainz
12 Göttingen	Hamburg
13 Heidelberg	Hamburg
14 Heidelberg	Uni Kiel
15 Heidelberg	TU München
16 Heidelb.	Uni München
17 Lübeck	Hamburg
18 Saarbrücken	Mainz
19 Tübingen	Bonn
20 Tübingen	Düsseldorf
21 Tübingen	Münster
22 Würzburg	Bonn
23 Würzburg	Köln

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

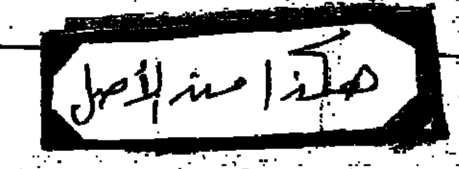
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.



FLENSBURGER BRAUEREIEN

Bier mit Bügel marschiert

HANS BAUMANN, Flensburg

Hans Dethleffsen, persönlich haftender Gesellschafter, Werner Segin, Chef für Vertrieb und Marketing und Uwe Petersen, kaufmännischer Geschäftsführer der Flensburger Brauereien Emil Petersen & Co. KG, Flensburg, sind voller Optimismus. Ob 1984 wieder zweistellige Zuwachsraten bringen wird, wissen sie nicht, also einigen sie sich auf die Auskunft: „Ein annehmbares Plus, vielleicht nicht zweistellig."

Im Geschäftsjahr 1983 jedenfalls kam man bei Flasche und Faß noch um insgesamt 11,2 Prozent auf 314 000 Hektoliter Ausstoß voran, ausschließlich Pils, und dies zu 95 Prozent in der Bügelverschlußflasche. Hier wiederum dominiert die Drittelliter-Flasche, obwohl man seit Beginn 1982 die Halbliter-Bügelverschlußflasche an den Markt brachte. Doch sie hat ihr Ziel erreicht: 11 Prozent Flaschenbieranteil; viel Wachstum sieht man in Flensburg für dieses Gebinde nicht. Einwegware ist verpönt, erst recht die Dose.

Der Umsatz stieg proportional mit dem Ausstoß auf 51 Mill. DM. Die Produktivität läßt mit 1800 Hektoliter je Mitarbeiter zu wünschen übrig, aber allein im Flaschenkeller werden 12 Personen mehr gebraucht als bei einer vergleichbaren Kronenkorkenbrauerei. 180 Personen beschäftigt das Haus, 31 davon im Fuhrpark. 85 Prozent des Ausstoßes werden vom Fachbiergroßhandel vertrieben. Nachfrage liegt vor aus Hessen, Baden-Württemberg und Bayern.

Aber der Spezialist, der nie von der Bügelverschlußflasche weggegangen ist, macht sich rar. „Wir können selektieren", sagt Werner Segin. Und da Selektion auch über den Preis geht, verwundert es bei einem Gespräch mit der WELT nicht, daß ein Hektoliter im Faß im Nahbereich 185 DM kostet, in der Flasche sogar 203 DM. Es gibt nur einen Preis für alle und, zwar netto: So kosten die 8 Liter im 24er-Kasten auch in Flensburg 18 bis 20 DM, für die 12er Kiste je 0,5 Liter muß man 14 bis 15 DM bezahlen.

„Den Preis müssen wir haben", sagt Hans Dethleffsen, und verweist auf die Kosten. Die Drittelliter-Bügelverschlußflasche kostet stolze 70 Pfennig im Einkauf, die Halbliter-Flasche 72,5 Pfennig. Sie machen rund 40 Umläufe. Die Verschlußgarantie der beiden Maschinen von 45 000 und 16 000 Flaschen pro Stunde wird mit 99 Prozent angegeben.

1980/81 wurden 31 Mill. DM investiert für neue Flaschen- und Gärkeller. Bis 1986 werden es weitere 10 Mill. DM sein für die Erweiterung des Lagerkellers – bezahlt aus dem Cashflow. Der Lagerkeller wird dann eine Kapazität von 450 000 Hektoliter haben. Das Sudhaus stößt spätestens 1986 mit seiner Kapazität von 360 000 Hektoliter an die „Decke". Platz haben die Flensburger auf ihrem Brauereigelände für eine Produktion von 650 000 Hektoliter.

MESSEPOLITIK / WELT-Gespräch mit Kurt Schoop, dem scheidenden Vorsitzenden der Düsseldorfer Nowea

Die menschliche Messe als Basis für das Geschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Ein „Messepapst" tritt von der Bühne des täglichen Getriebes ab. Kurt Schoop (62), seit 1967 Vorsitzender der Geschäftsführung der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH (Nowea), ein Mann, der wie kaum ein anderer Düsseldorf zum bedeutendsten Messeplatz Europas gestaltet und über Jahre dem deutschen Messewesen wertvolle Impulse gegeben hat, nimmt heute vom Olymp des 10. Stocks des Nowea-Verwaltungsgebäudes Abschied. Ab morgen wird er Büros im 1. Stock beziehen.

Dies ist jedoch nicht einmal ein „Abstieg" in symbolischem Sinn: Bis Mitte Mai wird er im Auftrag von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff als Sonderbeauftragter für die Deutsche Leistungsschau in Tokio vor Ort alle technisch-organisatorischen Maßnahmen koordinieren und der Veranstaltung mit zum wohlverdienten Erfolg verhelfen. Danach, selbst wenn sein früherer Düsseldorfer Mitstreiter und Nachfolger aus Hannover, Claus Groth, die Messeleitung längst übernommen hat, wird den gebürtigen Hanseaten der „Messe-Bazillus" (Schoop) nicht verlassen. Er rückt mit einem Sonderstatus in den Aufsichtsrat ein, eine für Unternehmen im (überwiegend) öffentlichen Besitz ungewöhnliche Art, sich der Erfahrungen eines erfolgreichen Messe-Managers noch für einige Zeit zu versichern. Und daß er erfolgreich war, wissen alle, vor allem aber der kantige wie begeisterungsfähige „Mr. Nowea" selbst.

Nicht ohne innere Genugtuung verweist Schoop auf ein Papier, das er seinem Aufsichtsrat kurz nach seinem Amtsantritt 1968 vorlegte. Damals – die heute noch als modernstes Messegelände der Welt gepriesene Anlage (154 000 qm in 15 Hallen für 500 Mill. DM) war nicht einmal in der Planung – wagte er einen Blick auf die Jahre 1980 bis 2000. Entscheidender der Passus: „Kooperation, Zusammenschluß zu größeren wirtschaftlichen Einheiten im Messewesen. Internationale Unternehmenszusammenschlüsse könnten auch für Messegesellschaften wirtschaftlich notwendig werden, um gemeinsam stärker zu sein. Eine erste Frage in dieser Richtung wird für unsere Auslandsarbeit in den nächsten Jahren zu beantworten sein."

In einem Gespräch mit der WELT sieht Schoop hier am ehesten Ansatzpunkte für eine langfristig fruchtbare Kooperation zwischen den Messeplätzen Köln und Düsseldorf. Eine wie auch immer „politisch verordnete Fusion" beider Plätze oder Aufgabenverteilung birgt für ihn die Gefahr der Sterilität und Inflexibilität. Vorrangige Aufgabe sei, die zentralen Märkte im Messewesen, in denen die führenden Plätze in der Bundesrepublik weltweit oft die Nr. 1 sind, zu halten und im europäischen Bereich zunächst Kooperationen mit ausländischen Plätzen ähnlich dem Beispiel Düsseldorf–Utrecht auszubauen. Namentlich auf Drittmärkten komme man ohne Partner aus dem EG-Raum nicht aus.

Dabei sei es eigentlich gleichgültig ob dies im Wege eines Zusammenschlusses, einer Kooperation oder eines Joint Venture geschieht. Schoop: „Der Messeplatz Deutschland ist zwar nicht unmittelbar gefährdet, doch man muß die Augen offenhalten, um schließlich die Nasen vorn zu behalten." Ein Auge müsse man jedenfalls auf die im europäischen Raum tätigen privaten Messegesellschaften richten.

Messewettbewerb kann, so Schoop, nur über Service, Infrastruktur, über die „menschliche Messe" als „Basis für Business" (Messeslogan) gehen, nicht über Standmieten und Subventionen. Investitionen in Neu- oder Erweiterungsbauten müßten sich am Markt ausrichten und sich an einer Kosten/Nutzen-Analyse messen lassen.

„Messe als unternehmerische Aufgabe" schließt für Schoop mit ein, daß man mit dem Blick auf Branchen und Märkte auch den Mut zum Risiko für eine neue Veranstaltung hat, gelegentlich aber auch den Mut zum Flop. „Neue Produkte bergen diese Gefahren durchaus in sich." So wurde die von Schoop durchaus als erfolgreich angesehene Kommunikationsmesse „EuroCom" vier Jahre lang „erörtert", Risiken wurden eingegrenzt: „In ein Bassin kann man ja springen, man muß aber wissen, ob wirklich Wasser drin ist."

Die Zeiten der Messeveranstalter als reine Standvermieter sind längst vorbei, gefragt ist Messemarketing, eine Wortschöpfung, die Schoop zugesprochen wird. Messen müssen Veranstaltungen und Kontaktmöglichkeiten schaffen, die den Ausstellern neue Geschäftsverbindungen bringen. Möglichkeiten dazu müssen vor jeder Veranstaltung getestet, ihre Realisierung abgestimmt werden. Diese Nowea-Hausphilosophie hat mit dem umfassenden Dienstleistungsangebot zum Markenartikel „Messe" geführt.

Dazu gehört auch die Konzentration auf ein sinnvoll begrenztes Marktsegment oder eine klar umrissene Branche. „Das Fachmesse-Prinzip definiert Zielgruppen, erreicht den gewünschten Stand an Internationalität und – über die Medien – ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit für die Branche." Dabei gehe es nicht um das „Erfinden von Messen" sondern darum, Hersteller und Käufer an einem Punkt zusammenzubringen. Die Spezialisierung dürfe nie ohne oder gar gegen den Veranstalter stattfinden. Schoop: „Sie findet dort Grenzen, wo die Technik aufhört, erklärungsbedürftig zu sein."

DAIMLER-BENZ

Pkw-Produktion beschleunigt

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Bei Daimler-Benz sei keineswegs in diesem Jahr mit einer Erneuerung des Mittel-Klasse-Programms zu rechnen, teilte das Unternehmen anläßlich des Genfer Salons im Hinblick auf den „Tatendrang von Erlkönigjägern und Sterndeutern" mit. Diese Modellreihe werde auch im ganzen Jahr 1984 hindurch eine tragende Säule des Pkw-Geschäfts bleiben. Im übrigen sieht Daimler-Benz für 1984 eine kräftige Erhöhung der Pkw-Produktion auf erstmals „deutlich über 500 000 Pkw" vor. Dabei würden die Kapazitäten des zweiten Pkw-Werks in Bremen schrittweise zugeschaltet. In 1983 hatte Daimler-Benz mit 476 000 Pkw rund 18 000 Stück mehr als 1982 produziert.

Vorstandsvorsitzender Werner Breitschwerdt unterstrich noch einmal, daß sein Haus einen werksseitig betriebenen Motorsport definitiv nicht in Betracht ziehe. Er betonte, daß sich Daimler-Benz in der Aufladungstechnik lediglich auf die Diesel-Fahrzeuge beschränke.

Zur Frage der Umstellung auf Katalysatorfahrzeuge hob Breitschwerdt hervor, daß die vorgesehene Frist nicht ausreiche. Er plädierte im übrigen für eine Stufenregelung, um einen zeitlichen Rahmen für notwendige Regierungsverhandlungen mit den europäischen Nachbarländern zu schaffen.

Golf-Krieg drückt die Kurse

Käuferzurückhaltung am Aktienmarkt

DW. – Im Gegensatz zur Wall Street ließen sich die deutschen Aktienmärkte von den kriegerischen Ereignissen im Persischen Golf in Mitleidenschaft ziehen. Das durch Ultimo-Glattstellungen verstärkte Angebot führte in den meisten Standardwerten zu deutlichen Kurseinbußen. In Börsenkreisen wird vermutet, daß daran zum Teil auch der abgeschwächte Dollar schuld ist, der die Anschaffung von deutschen Aktien für Ausländer weniger attraktiv gemacht hat.

Nach wie vor lebhaft blieb die Nachfrage nach den neuen Bayer-Optionsscheinen, die per Erscheinen zu 81 bis 78 gehandelt wurden. Das Material wurde bemerkenswert flott aufgenommen, nicht zuletzt im Hinblick wegen der Bezugsrechte, die zum Erwerb der neuen Bayer-Optionsscheine benötigt werden. Unter dem Ausbleiben der Auslandskäufe hatten die Papiere der Deutschen Bank zu leiden. Tageseinbußen gab es aber auch bei einigen anderen Instituten.

Düsseldorf: Stinnes erhöhten um 15 DM, Hochtief um 8 DM und Mauser um 3 DM. Sternbräu verbesserten sich um 5 DM und Huta um 2,20 DM. Nachgeben mußten Dahlbusch VA um 5 DM, Küppersbusch um 5 DM und Leffers um 7 DM. Rhenag verminderten um 8 DM und DAT um 9 DM. Allianz Vers. verloren 10 DM und Allianz Leben 40 DM.

Frankfurt: Stolberger Zink 1015 DM minus 35 DM, Mainzer Aktienbier 348 DM plus 8 DM, Kochs Adler Nähmaschinen 390 DM minus 8 DM, Rosenthal Porzellan 264 DM plus 9 DM, Riebeck-Montan 260 DM minus 15 DM und bei Auslandsaktien L'Air Liquide 170 DM plus 10 DM.

Hamburg: HEW lagen bei 100,50 DM und NWK Vorzüge gaben um 1 DM auf 180 DM nach. Beiersdorf wurden mit 355 DM (minus 1 DM) und Reichelt mit 131 DM (minus 2 DM) gehandelt. Bremer Vulkan schwächten sich nach behaupteter Eröffnung um 1,50 DM auf 58,50 DM ab. Andererseits wurden Triton mit 138 DM (plus 3 DM) umgesetzt. Vereins- und Westbank blieben bei 322 DM unverändert.

München: Nachgegeben haben Agrob Vz. um 1 DM, Augsburger Kammgarn um 2 DM, Deckel AG um 2,50 DM und Dywidag um 1 DM. Verbessern konnten sich Gehe AG um 4,80 DM und Grünzweig um 6,50 DM. Reichelbräu stockten um 4 DM und Süd Chemie um 4,50 DM auf. Würzburger Hofbräu verloren 6 DM und Zahnräder Renk 4,50 DM.

Berlin: Berthold konnten 6 DM zulegen. Kempinski büßten 7 DM und Schering 4,50 DM ein. Herlitz Stämme mußten um 2,80 DM, Berliner Kindl, Engelhardt, Orenstein und Rheinmetall um je 2 DM zurückgenommen werden.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex vom 28. 2.: 151,2 (152,7); WELT-Umsatzindex vom 28. 2.: 2723 (3278)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Aktien-Umsätze

Freiverkehr

Ungeregelter Freiverkehr

Unnotierte Werte

DM-Anleihen

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

Optionshandel

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1595,00	1943,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1167,00	1462,42
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	649,80
1 £Sovereign alt	241,00	297,54
1 £Sovereign Elizabeth II.	236,00	291,84
20 belgische Franken	184,00	239,40
10 Rubel Tscherwonez	256,00	319,20
2 südafrikanische Rand	237,00	291,84
Krüger Rand, neu	1061,00	1249,44
Maple Leaf	1061,00	1249,44
Platin Noble Man	1078,00	1268,82
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	264,00	328,32
20 schweiz Franken „Vreneli"	203,00	255,36
20 franz. Franken „Napoléon"	198,00	249,68
100 österr. Kronen (Neuprägung)	979,00	1179,90
20 österr. Kronen (Neuprägung)	196,00	246,24
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	464,00	568,86
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	99,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

28. 2. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York³)	2,6001	2,6071	2,5743	2,56	2,65
London¹)	3,879	3,893	3,854	3,79	3,94
Dublin¹)	3,067	3,081	3,024	2,99	3,14
Montreal³)	2,0751	2,0831	2,0579	2,03	2,12
Amsterd.	88,490	88,710	88,565	87,50	89,50
Zürich	120,510	120,710	120,81	119,25	122,00
Brüssel	4,874	4,894	4,784	4,57	4,77
Paris	32,355	32,515	31,505	31,60	33,25
Kopenh.	27,200	27,320	26,97	26,25	28,25
Oslo	34,605	34,785	34,11	33,75	35,50
Stockh.**)	33,475	33,635	33,14	32,25	34,00
Mailand²) **)	1,603	1,613	1,582	1,56	1,66
Wien	14,159	14,199	14,169	14,09	14,31
Madrid**)	1,740	1,760	1,689	1,68	1,80
Lissabon**)	1,985	2,066	1,885	1,60	2,40
Tokio	1,1160	1,1190	–	1,08	1,14
Helsinki	46,340	46,440	46,27	45,50	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	14,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,5510	2,8050	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4500	2,4680	–	2,41	2,52
Johannesbg.*)	2,1600	2,1790	–	1,95	2,20

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert.

Devisen

Für viele Marktteilnehmer überraschend geriet der US-Dollar bereits am Vortag am amerikanischen Markt wieder unter starken Abgabedruck, der sich am 28. 2. mit einem Tiefstkurs von 2,5975 im Fernen Osten fortsetzte. In Europa gestaltete sich das Marktgeschehen dagegen ausgesprochen ruhig mit Kursen zwischen 2,5975 und 2,6075. Den amtlichen Mittelkurs von 2,6031 hatte der US-Dollar letztmalig am 25. 10. 83 erreicht. Die Erwartung eines hohen Defizites in der amerikanischen Handelsbilanz unterstützte den Abschwung. Die Dänische Krone und die Italienische Lire verzeichneten neue absolute Tiefstkurse mit 27,26 und 1,608. Der Japanische Yen schwächte sich mit der größten Tageseinbuße von 1,1 Prozent auf 1,1175 ab. Das Britische Pfund konnte sich entgegen dem allgemeinen Trend um 1,4 Pf. auf 3,886 befestigen. US-Dollar in: Amsterdam 2,9280; Brüssel 53,2975; Paris 8,0280; Mailand 1619,05; Wien 1835,60; Zürich 2,1583. Ir. Pfund/DM 3,074; Pfund/Dollar 1,4928; Pfund/DM 3,886.

Ostmarkkurs am 28. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19; Verkauf 22 DM West.

Devisenterminmarkt

Nochmals leicht abgeschwächte Euro-Dollar-Zinssätze bewirkten eine geringfügige Schrumpfung der Dollar-Abschläge gegenüber der D-Mark per Termin.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,99/0,89	2,82/2,72	5,75/5,55
Pfund/Dollar	0,10/0,12	0,39/0,41	0,88/0,93
Pfund/DM	1,80/0,40	3,90/2,50	7,10/5,70
FF/DM	39/22	102/86	182/166

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28. 2.: Tagesgeld 5,5–5,6 Prozent; Monatsgeld 5,5–5,6 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,95 Prozent.

Privatdiskontsätze am 28. 2.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 28. 2.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,47) – 8,00 (6,94) – 8,25 (7,24) – 8,25 (7,41) – 9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,50 (6,50) – 8,00 (6,99) – 8,25 (7,31) – 8,25 (7,49) – 9,50 (7,83) – 9,50 (8,06). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,71, 2 Jahre 6,84. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 101,20, Rendite 7,70.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28. 2.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9¾–10	5⅛–5⅜	3⅛–3⅜
3 Monate	10 –10¼	5¾–6	3½–3¾
6 Monate	10⅛–10⅜	5⅞–6⅛	3¾–4
12 Monate	10¾–11	6⅛–6⅜	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Bundesanleihen

		28. 2.	27. 2.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,15G	100,15G
7½ Bund 76 II	4/84	100,15G	100,15G
5 dgl. 78	5/84	99,85	99,85
6 dgl. 78 III	9/84	100,05	100,05
8¼ dgl. 76	9/84	101	101G
6 dgl. 78 IV	12/84	99,95	99,9
6¼ dgl. 79	1/85	99,95	99,95
8½ dgl. 73 I	3/85	102,05	102,05
7 dgl. 79	4/85	100,75	100,7
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,9bG	100,9
7¾ dgl. 79 I	7/85	101,75	101,35
8 dgl. 78 IV	10/85	101,95	101,85
5½ dgl. 78 II	3/86	97,75	97,95
5¼ dgl. 78	5/86	97,9	97,7
7¼ dgl. 76 I	12/86	100,15	100,05
6½ dgl. 79	1/87	99,05	99
7¼ dgl. 78 II	1/87	100,2	100,15
6¾ dgl. 77	4/87	98,85	98,85
6½ dgl. 77	7/87	98,2	97,95
6 dgl. 77	10/87	96,15	96,15
6 dgl. 78 I	1/88	95,25	95,3
6½ dgl. 78 I	9/88	96,35	96,35
6½ dgl. 78 II	12/88	96,3bG	96,15bG
6¾ dgl. 79	1/89	96,75	96,65G
7¼ dgl. 79 I	4/89	98,3	98,05
10 dgl. 81	4/89	108,35	108,35
7½ dgl. 79 I	6/89	98,05	98,9
8 dgl. 79 I	7/89	100,8	100,8
8 dgl. 79 II	8/89	100,9	100,75
7½ dgl. 79 II	9/89	99,1	99
7¾ dgl. 79 II	11/89	100G	100
7¾ dgl. 80 I	1/90	100,15	99,95bG
10 dgl. 80	4/90	109,35	109,35
5¾ dgl. 78	5/90	91,8	91,85
8¼ dgl. 80 I	7/90	101,7	101,65
8¼ dgl. 80 II	11/90	101,65G	101,6
7¾ dgl. 82	11/90	99,4	99,35bG
9 dgl. 81	2/91	104,75	104,75
10¼ dgl. 81	7/91	111,1	111,1
10¾ dgl. 81	9/91	113,8	113,9G
10 dgl. 81 II	12/91	110,3	110,3
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,85bG	108,7bG
9¾ dgl. 82 II	3/92	109G	108,9bG
6 dgl. 78 II	3/93	89,5	89,4
9,5 dgl. 82	4/92	107,55	107,5
9 dgl. 82	5/92	104,8	104,8
8½ dgl. 82	6/92	102,05	102,05
9 dgl. 82	8/92	104,75	104,75
8¾ dgl. 82	9/92	103,4	103,4
7¾ dgl. 82	12/92	98,1	97,8
7½ dgl. 83	1/93	96,5	96,3G
7½ dgl. 83 II	3/93	96,6	96,4
7½ dgl. 83 III	5/93	97,7	97,5
8¼ dgl. 83	6/93	100,85	100,7
8 dgl. 83	7/93	100,05	99,8bG
8½ dgl. 83 II	8/93	100,85	100,65
8¼ dgl. 83 III	10/93	100,85bG	100,65
8¼ dgl. 83 IV	11/93	100,8	100,65
8¼ dgl. 83 V	12/93	100,8bG	100,6
8¼ dgl. 84	1/94	100,8	100,7
8¼ dgl. 84 II	2/94	100,8	100,7
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	100,15	101,15
8 dgl. 80 S 2	2/85	101,45	101,45
8¾ dgl. 80 S 3	2/85	101,65	101,65
9¼ dgl. 80 S 4	3/85	102,7	102,7
8¾ dgl. 80 S 5	4/85	102,4	102,35
8¾ dgl. 80 S 6	5/85	101,85	101,7
8 dgl. 80 S 7	6/85	101,75	101,65
7½ dgl. 80 S.8	8/85	101,15	101
8½ dgl. 80 S.9	10/85	102,2	102,2
8½ dgl. 80 S.10	1/86	102,9G	102,9G
9 dgl. 81 S 11	1/86	103,3	103,3
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,95	104,95
10 dgl. 81 S 13	3/86	105,25	105,25bG
9½ dgl. 81 S 14	4/86	104,4G	104,4G
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,4	105,4
10½ dgl. 81 S.16	6/86	106,5	106,45
11 dgl. 81 S.17	8/86	107,9	107,8
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,25	107,15
10 dgl. 81 S.19	10/86	106,1	106,05
9½ dgl. 81 S 20	11/86	105,1G	105G
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,8G	106,75
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,15	106,1
9½ dgl. 81 S.23	12/86	105,3	105,2
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,75	105,6
9½ dgl. 82 S 25	3/87	105,4	105,25
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	104,5	104,5G
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,9	103,8G
8½ dgl. 82 S.28	5/87	102,7	102,4
9½ dgl. 82 S.29	7/87	105,4	105,25
9 dgl. 82 S 30	8/87	103,85	103,8
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	103,05	103,1
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	101,8	101,7
8 dgl. 82 S.33	11/87	101,05	101,05
7¾ dgl. 82 S.34	11/87	100,4	100,25bG
7½ dgl. 82 S 35	12/87	99,7	99,55bG
7¼ dgl. 83 S.36	1/88	98,8bG	98,6
6¾ dgl. 83 S.37	3/88	97,15	96,9
7 dgl. 83 S.38	5/88	97,75	97,65
7¼ dgl. 83 S.39	6/88	98,5G	98,4G
7½ dgl. 83 S.40	6/88	99,3	99,1
8 dgl. 83 S.41	6/88	100,7	100,65
8 dgl. 83 S.42	9/88	100,65	100,8
8 dgl. 83 S.43	12/88	100,8	100,65
8½ dgl. 83 S. 44	12/88	101,8	101,6

Bundesbahn

		28. 2.	27. 2.
F 4 Abl 57*	4/84	100,15G	100,15G
8 Bdbahn 72	9/84	100,9	100,9G
8¼ dgl. 76	9/84	101	101
6 dgl. 78 III	11/84	100	99,95

		28. 2.	27. 2.
F 6½ dgl 79	2/85	100,1	100,15
8½ dgl 73	2/85	101,85	101,85
7 dgl. 77	2/87	99,3	99,25
6 dgl. 77	9/87	95,85G	95,55
6 dgl. 78 II	7/88	94,95	94,8
6½ dgl. 77	5/89	95,05	94,65
8 dgl. 79 I	7/89	101	100,85
6 dgl. 78 I	2/90	92,2	91,9
8 dgl 80 II	7/90	101G	100,86
9 dgl 81	3/91	104,8	104,75
10½ dgl. 81	9/91	112,75	112,6
10¾ dgl. 81	11/1	111,75	111,56
8 dgl. 80 I	2/92	100,1	99,9
10 dgl 82	2/92	110,65	110,45G
9½ dgl 82	7/92	107,8	107,45
8 dgl 82	11/92	100	99,8
7¾ dgl 93	1/93	97,85	97,65G
8¼ dgl. 83	10/93	100,6	100,6

Bundespost

		28. 2.	27. 2.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,15G	100,15G
6½ Bdpost 68	6/88	-Zhg.	-Zhg.
8 dgl. 72 I	9/87	100,8	100,8
10 dgl. 81	3/89	108,45	108,45
10¾ dgl. 81	6/89	109,7	109,7
8 dgl. 80	3/90	100,65	100,65
7¾ dgl. 80	9/90	99,7	99,6
8¾ dgl 80	12/90	103,8	103,8
10½ dgl 81	10/91	112,9	112,75
9¾ dgl. 82	2/92	108,95	108,95G
8¾ dgl. 82	6/92	103,4	103,4
8½ dgl. 82	10/92	101,9	101,9
7¾ dgl. 83	2/93	98G	97,95
8½ dgl. 83	9/93	101,95	101,95
8¼ dgl. 84	2/94	100,7	100,7

Länder – Städte

		28. 2.	27. 2.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	97,65G	97,65
8¼ dgl 82	92	100,9G	100,5
M 7 Bayern 65	86	101G	101G
6½ dgl 67	87	101,5G	101,5G
6 dgl. 68	85	99,25G	99,25G
7 dgl. 72	84	100G	100G
7½ dgl. 76	84	100G	100G
6 dgl. 78	88	94,8	94,5bG
8¾ dgl. 80	90	103,5G	103,5
8¾ dgl. 82	90	103,2	103,1G
7½ dgl. 83	93	95,65	95,75
B 8½ Berlin 70	85	100,5G	101,5
8 dgl. 72	85	100,75G	100,75G
7½ dgl. 76	84	100G	100G
7 dgl. 77	85	100,2	100,2
6½ dgl. 78	88	96,85G	96,85
8¾ dgl. 80	88	103,4G	103,4G
Br 7¾ Bremen 71	87	101G	101,3G
8 dgl. 72	87	101,3G	101,3G
7½ dgl. 83	93	95,8G	95,8G
H 8½ Hamburg 70	85	101,4	101,3G
6¾ dgl. 77	92	95,7G	95,5G
8 dgl 80	92	100,6G	100,6G
9¾ dgl. 82	92	108,6G	108,5G
7½ dgl. 83	92	96,1G	96G
F 8 Hessen 71	86	100,2	100,2
6¾ dgl 78	88	94,5	94,4
Hn 8½ Nieders. 70	85	101,3	101,3
7½ dgl. 72	87	100,4	100,4
8 dgl. 72	87	101,1	101G
7½ dgl. 79	87	98,5	98G
7¾ dgl. 82	92	97,5G	97,5
8 dgl 83	93	98,8	99
D 7½ NRW 83	93	96	95,75
7¾ dgl. 83	93	97,45	97,75G
8½ dgl 83	93	102,1	101,3
8¼ dgl. 83	93	100,5	100,4
8¼ dgl. 84	92	100,15	100,4
F 6 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,8G	99,6
8 dgl. 71	86	101	100,75
F 8½ Saar 70	86	101,1	100,8G
7 dgl. 72	87	98,7	98,4
6 dgl. 78	88	94,5G	94,5
H 6 Schl.-H. 64 II	84	99,75G	99,75G
7½ dgl. 72	87	99,75G	99,75G
8½ dgl. 73	85	101,75G	101,75
D 7 Essen 72	85	100G	100G
M 6 München 64	84	99,75G	99,75G
S 7½ Stuttgart 71	86	100,75	100,75
7¾ dgl. 72	87	100,75G	100,75G
8 dgl. 83	83	99,25	99,25G

Bankschuldverschreib.

	28. 2.	27. 2.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	86G	86G
7 dgl. Pf 2	100G	100G
F 7½ Bakola Pf 104	100,75G	100,75G
9 dgl. Pf 106	103G	103G
10 dgl. Pf 108	108,45G	108,45G
7 dgl. KS 132	95,85G	96G
8 dgl. KS 155	99,75G	99,75G
9 dgl. KS 169	102,85G	102,9G

Renten gut behauptet

Am Rentenmarkt wurde die neue achtprozentige Bundesanleihe (Ausgabekurs 100 Prozent) ohne Beanstandungen aufgenommen. Wenn ihre Unterbringung auch etwas länger dauern dürfte als die Plazierung der vorangegangenen achteinviertelprozentigen Emissionen, so besteht doch kein Zweifel, daß sich die Anleihe verkaufen lassen wird. Aus dem Ausland lag bereits Nachfrage bei einem Abschlag von minus dreiviertel Prozent vor. Im übrigen tendierten öffentliche Anleihen bis zu 0,15 Prozentpunkte freundlicher. DM-Auslandsanleihen waren ebenfalls gut behauptet, allerdings bei begrenztem Geschäft.

	28. 2.	27. 2.
M 5½ Bayer.Hyba. Pf 14	92,5G	92,25G
6 dgl Pf 20	82bG	82bG
6¾ dgl. Pf. 2	96G	96G
7 dgl. Pf 3	96bG	95,75G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	97,25G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,6bG	130,6G
6 dgl. Pf 34	78,25G	78,25bG
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	83,5G	83,5G
8 dgl. KS 1	99,5G	99,3G
M 6 Lds. Aufb. IS 15	97G	97G
6 dgl. IS 16	96,25G	96,35G
6 dgl. IS 17	95G	95G
8½ dgl. KO 49	101,75G	101,75G
8½ dgl. KO 48	102G	102G
M 7½ Bay.Lbkgz. Pf 103	99,5G	99,5G
9½ dgl. Pf 105	100,9G	100,9G
10 dgl. KS 387	100,9G	100,9G
9½ dgl. IS 726	102,5G	102,5G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	118,5G	118,6G
5½ dgl. Pf 28	75G	76G
6 dgl. Pf 4	91G	91G
6½ dgl. Pf 3	86G	86G
6½ dgl Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	96G	96G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	103G	103G
7 dgl. Pf 31	99	99
6 dgl. Pf 34	94,25G	94,25G
6½ dgl Pf 37	99G	99G
8 dgl. Pf 51	101	101
Hn5 BrHann. Hypo. Pf 1	118G	–
7 dgl Pf 80	86,75G	86,75G
7½ dgl. Pf 87	92G	92G
6 dgl. KS 29	80,75G	80,75G
7 dgl. KS 30	98,4G	98,4G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	119bG	119G
5 dgl. Pf 54	115,5G	115,5G
6 dgl. Pf 109	80G	80G
5½ dgl. Pf 123	86,5G	86,5G
6½ dgl. Pf 141	85,5G	85,5G
7 dgl. Pf 143	92G	93G
7 dgl. KO 113	100,25G	100,25G
9 dgl. KO 217	101,75G	101,75G
9 dgl. KO 215	101,75G	101,75bG
9¾ dgl. KO 218	101,75G	101,75G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	117G	117G
5½ dgl. Pf 50	73,5G	73,5G
6 dgl. Pf 84	100G	100G
9 dgl. KS 139	103,7G	103,7G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 218	101,4G	101,4G
9 dgl. Pf 239	103,8G	103,8G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	109G	109G
7 dgl. KS 35	99,4G	99,4G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	92,4G	92,4G
6 dgl. IS 71	99,6	99,6
6¼ dgl. IS 73	97,15G	97,15G
6¾ dgl. IS 80	100G	100G
F 8 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	83G	83G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,25	100,25
7½ dgl. KO 185	97,2G	97,2G
8 dgl. KO 129	102,4G	102,25G
10 dgl KO 125	100,6	100,6
Hn8 Dt. Hyp. Hann. Pf 91	78G	78G
7 dgl. KS 101	99,75G	99,75G
10 dgl. KS 134	102,45G	102,45G
8¾ dgl. KS 140	101,7G	101,7G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	90G	90G
5 dgl. Pf 87	70G	70G
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	79G	79G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	72G	72G
5½ dgl. Pf 59	79G	79G
6 dgl. Pf 162	79G	79G
B 9 Dt.Pf.Wt. Brl. 482	104,75G	104,75G
Br 8 Dt. Schiffbk. Pf 46	100,55G	100,5G
5½ dgl Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	99,45G	99,45bB
6¼ dgl. Pf 68	95,95G	95,95G
6½ dgl. Pf 74	99G	99G
6¾ dgl. Pf 76	97,15G	97,15G
Br 6½ dgl. Pf 77	94,75G	94,75G
6 dgl. Pf 42	99,95G	99,95G
6½ dgl. Pf 47	102,3G	102G
F 5 Fft. Hypobk. Pf 66	70,25G	70,25G
5½ dgl. Pf 53	78G	78G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	92,7	92,7
6½ dgl. Pf 133	88,5G	88,5G

	28. 2.	27. 2.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	90,5G	90,5G
6 dgl. 47	78	78
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,8G	94,6G
8 dgl Pf 73	101,15G	101,15G
4 dgl. KO 5	103G	103G
H 6 Hyp.l.Hbg Pf 96	82	82
6½ dgl. Pf 80	90,4	90,4G
8 dgl. Pf. 248	100,8G	100,8
8 dgl. KO 126	102,2G	102,2G
8 dgl. KO 175	101,25G	101,25G
9 dgl. KO 259	102,8G	102,8G
9¾ dgl. KO 282	101,6G	101,6G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	114,5G	114,5G
5 dgl. Pf 12	70G	70G
7 dgl. Pf 25	94,5G	94,5G
10 dgl. Pf 40	101,9G	101,9G
8 dgl KO 30	99,9G	99,9G
9¾ dgl. K 84	102G	102G
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	100G	100G
5½ dgl. Pf 11	88G	88G
7 dgl. Pf 12	92,35G	92,35G
4½ dgl. KO 6	100G	100G
7½ dgl. KO 80	100G	100G
8½ dgl. KO 81	100,5G	100,5G
S 6½ LKbK Badw. Pf 8	102G	102G
6 dgl. Pf 28	89G	89G
6 dgl. Pf 49	86G	86G
8¼ dgl. KS 8	101,5G	101,5G
H 6 Lbk S-Holst.Pf 89	80,5G	80,5G
7 dgl. Pf 97	91	91G
10 dgl. Pf 33	102,7G	102,7G
6½ dgl. KS 78	97,75G	97,75G
10 dgl. IS 85	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 6½ Mbch.Hypo.Pf 100	84,5bG	84,5bG
H 4½ NordHyp.WBK Pf 24	102	102
6½ dgl. Pf 42	99G	99G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	95,4G	95,4G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,4G	101,4G
9 dgl. KO 53	102,6G	102,6G
7½ dgl. IS 6	99,9G	99,9G
10 dgl. IS 37	101,9G	101,9G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	118G	118G
6 dgl. Pf 58	84,3G	84,3G
6 dgl. Pf 95	80G	80G
7 dgl. Pf 114	100G	100G
D 5 RW Bodencr. Pf C	125G	125G
5½ dgl. K	109bG	109bG
4 dgl. Pf 18	103G	103G
6 dgl. Pf 28	93G	93G
6½ dgl. Pf 67	86G	86G
5½ dgl. KO J+E	123,5G	123,5G
8½ dgl. KO 58	101,5G	101,5G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	108G	108G
5½ dgl. Pf 109	70G	70G
7 dgl. Pf 125	97,5G	97,5G
7 dgl. Pf 128	90G	90G
8 dgl. Pf 177	104G	104G
6 dgl. KS 77	79G	79G
6½ dgl. KS 80/1	99,95G	99,95G
8½ dgl. KS 110	101,5G	101,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	118,5G	118,5G
5½ dgl. Pf 24	107,75G	107,75G
5 dgl. Pf 36	86,5G	86,5G
5½ dgl. Pf 43	85,5G	85,5G
6 dgl. Pf 58	78,3G	78,3G
7 dgl. Pf 61	87,1G	87,1G
8 dgl. Pf 70	101G	101G
9 dgl. Pf 68	102,1G	102,1G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	98,5G	98,5G
7½ dgl. Pf 45	100,5G	100,5G
M 6 Südboden Pf 41	89G	89G
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	94,5G	94,5G
7 dgl. Pf 87	95bG	94,5G
7½ dgl. Pf 104	95,5G	95,5G
7 dgl. KS 49	93,5G	93,5G
7½ dgl. KS 81	100,75G	100,25G
8 dgl. KS 133	99TG	99TG
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,25G
9 dgl. KS 185	103G	102,75G
9½ dgl. KS 171	105G	105G

	28. 2.	27. 2.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78G	78G
7 dgl. Pf 100	100,1G	100,1bG
D 8 WestLB Pf 350	101,3G	101,3G
6¾ dgl. Pf 403	97,55G	97,55G
9½ dgl. Pf 1007	106,75G	106,75G
8 dgl. Pf 1015	99,9G	99,9G
7 dgl. KO 556	100,55G	100,55G
6¾ dgl. KS 420	96G	96G
9¼ dgl. KO 1301	105,85G	105,85G
8½ dgl. KS 1278	101,85G	101,85G
8 dgl. IS 1512	100,55bG	100,55G
9½ dgl. IS 1520	102,8G	102,8G
6½ dgl. IS 879	94,85G	94,85G
7½ dgl. IS 1503	100,55G	100,55G
D 4 Westf. Land. Pf 4	99G	99G
6 dgl. Pf 16	94T	94T
6½ dgl. Pf 19	84G	84G
7 dgl. Pf 20	88,5G	88,5G
D 8¾ Westf.Hypo. Pf 550	101,85G	101,85G
8¼ dgl. Pf 564	103,9bG	103,9G
9¾ dgl. KS 294	103,1G	103,1G
9½ dgl. KS 324	106,1G	106,1G
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	100G	100G
S 6½ Wür. KoLa Pf 1	89,05G	88,7G
7 dgl. Pf 5	100,2G	100,2G

Sonderinstitute

	28. 2.	27. 2.
D 6 DSLB Pf 28	84G	84G
6 dgl. Pf 47	80G	80G
7 dgl Pf 63	89G	89G
7½ dgl. Pf 99	93G	93G
8 dgl. Pf 104	99G	99G
8 dgl. Pf 165	100,25G	100,25G
5½ dgl. RS 45	98,25G	98,25G
6 dgl. RS 73	96,5G	96,5G
8 dgl. RS 120	100,25G	100,25G
8½ dgl. RS 153	101,5G	101,5G
7 dgl. RS 162	96,25G	96,25G
9½ dgl. RS 172	103,75G	103,75bG
9 dgl. RS 186	103,75bG	103,75bG
10 dgl. RS 193	104,5G	104,5G
11¼ dgl. RS 195	108G	108G
D 6½ IKB 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	100,8	100,8G
8 dgl. 70	101,3	101,3G
7¼ dgl. 79	99,75	99,25G
F 10 Kredit 81	109,4G	109,4G
F 8½ Kd.Wied.aufb. 82	100,7G	100,7
7½ dgl. 83	96,7G	96,7
8¼ dgl. 83	102	102
F 6 Lawi.Rentbk. RS 14	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 15	97	97G
6 dgl. RS 16	96,9G	96,9
6 dgl. RS 19	95,85G	95,85G
6 dgl. RS 20	99,75G	99,75G
6 dgl. RS 21	99G	99G
6 dgl. RS 26	99,75G	99,75G
7½ dgl. RS 27	100G	100G
6½ dgl. RS 80	96,75G	96,75G
7 dgl. 94	95,75G	95,75G
7 dgl. 99	100,3G	100,3
8 dgl. 101	100G	100G
7½ dgl. 102	98T	98T
9½ dgl. 126	104,5G	104,5G
D 8 LAG TS 76	101,6	101,5G
6½ dgl. TS 77	98,8	96,7G
5½ dgl. 78	93,5G	93,4G
7 dgl. 79	98,75	99

Industrieanleihen

	28. 2.	27. 2.
F 6 Badenwerk 64	99,6G	99,6G
6 dgl. 78	95,25	95,25G
5 BASF 59	98,75G	98,75G
5 Bayernw. 59	98,25T	98,25T
F 8 Chem. Hüls 71	100,1T	100,3
7¾ Cont. Gum. 71	99,75	99,5G
8 Dt. Texaco 64	99,7	99,6T
5¾ HEW 62	96,8G	96,5G
7½ dgl. 71	100,35G	100,25G
4½ Harpen 59	1970T	1985
6 Hoechst 64	99,6G	99,6G
6 Hoesch 64	99,3G	99,3G
7½ dgl. 71	98,5G	98,25
7½ Karstadt 71	99,3G	99,5
7½ Kaufhof 71	99,3G	99,3T
7¾ dgl. 71	99,5bG	99,5T
7½ dgl. 78	99,5T	99,5G
7½ Klöckner W. 71	98,3	98,65
8 dgl. 72	99,3	99,3

	28. 2.	27. 2.
5 Mannesmann 59	98,5T	98,5T
8 MWK 61	99,3G	99,25G
6 dgl. 62	98,75G	98,5G
8 DoDon. Kwk. 64	94,55bG	94,5G
F 6 Rh.Brkw. 63	95	95T
6 dgl. 65	95G	95G
6 RWE 63	95,2G	95,2bG
6 dgl. 65	95,15	95,15
7¾ dgl. 71	99,85	99,85G
7 dgl. 72	98,6	98,5G
6 Rh.-M.-Don. 62	97,75G	97,75G
6½ dgl. 68	99,25G	99,25G
8 Schleswag 71	100G	100
5 STEAG 59	98,25G	98,25G
7½ Thyssen 71	99,5	99,5G
8 dgl. 72	100,2	100bG
7¼ dgl. 77	96,5	96,5
5 Veba 59	99,5G	99,5G
8 VEW 71	100,25T	100,25T
6¾ dgl. 77	95,5G	95,5G
7 VW 72	98,6	98,3G

Optionsscheine

	28. 2.	27. 2.
F 11 BASF Over Zee 82	69,5	72,5
7¾ Bayer Fin. 79	78,5	79
10¾ Bayer Fin. 82	87,5	88,9
7¾ BHF Bk. Int. 83	127	135
6¾ Ciba-Geigy 75	1140	1140
3½ Commerzbk. 78	73,5	75,9
7 Combk. Int. Lux. 83	82	86,5
4½ Dt. Bk. Comp. 77	165,1	170
3½ Dt. Bk. Int. 83	154	162
8¾ Degussa 83	160,5	160
4 Dresdner Bk. Int. 83	71,5	74,2
4 dgl. 83 II	79	84
10 Hoechst 75	380	399
6¾ dgl. 79	84	86,2
8 Hoechst 83	97,8	99,5
7½ Jap.Syn.Rubber 82	1820	1830
5¾ Jusco 83	3400	3450
Mitsui 82	269bG	272
7¾ Siemens 83	206,6	210,2
8,875 Schering 83	115,5	117,5
4 Veba 83	61,9	65,1
8½ Wells F. 73	371bG	375
F 8½ BASF 74	74,2	76,3
Stumpf 78	92	93,5

Optionsanleihen

	28. 2.	27. 2.
F 7½ BHF Bk.Int.83 mO	122	121T
7½ dgl. 83 oO	78G	78
3½ ComBk. Int. 78 mO DM	125,6	125G
F 3½ dgl. 78 oO DM	90,5G	90,5
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	136,5	136G
4½ dgl. 77 oO $	81,75	80,5
3¾ Dt. Bk. 83 mO	129	131,5
3¾ dgl. 83 oO	83,4	83,3
6¾ Dt. Bk. 83 mO	112,5	112,1
6¾ dgl. 83 oO	73	72,35
4 Dresd. Bk. 83 mO	114	115
4 dgl. oO	86,25	86
7½ Jap. Synth. 82	171G	171G
7½ dgl. 82 oO	100,75T	100,85T
5¾ Jusco 83 mO	149G	148G
5¾ dgl. 83 oO	93,5G	93,5G
F 6½ Wells F. 73 mO DM	131,5G	131,5G
6½ dgl. 73 oO DM	96,25G	96,25
F 8½ BASF 74 m O	149,5	150T
8½ BASF 74 oO	101	102,5
5 Conti 84 mO	152,1	154,5
M 3½ Stumpf 68 mO	–	–
M 3½ Stumpf oO	84B	84bB

Währungsanleihen

	28. 2.	27. 2.
6¼ Kopenhagen 72	96G	96G
9½ Norwegen 79	99G	99G

Wandelanleihen

	28. 2.	27. 2.
F 5 Bayer 69	102,25T	101,75bG
H 8 Beiersdorf 82	173G	170G
D 9 Girmes 74	397	397
6½ KSB 83	124	129

Anmerkungen:
* Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Wandelanleihen

	28. 2.	27. 2.
F 4¾ AKZO 69	95,5T	95,5T
F 5 Asics Corp 83	109,75	110T
F 3½ All Nippon 78	99,85	101
F 3½ Asahi Opt 78	120G	120G
F 4¾ Canon Inc. 77	415G	430G
F 3½ Cas. Comp. 78	280G	280bG
F 5¾ Daiei Inc. 80	127G	127
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	672G	672G
F 5 dgl. 79	440T	440T
F 5¼ Hoogovens 68	89G	89G
F 3½ Izumiya Co 78	145,5	145,5
F 3½ Jusco Co. 78	107	107,5
F 4 Kansai El. 79	130	132,5
F 6 Komatsu 76	152G	155G
F 6 Konishiroku Pho. 81	124,5G	125,5G
F 6¾ dgl. 82	121G	121G
F 3½ Korakuen 78	102	102
F 7½ Kraft Inc. 70	114,9G	114,9G
F 3½ Marudai F 78	104	104,25G
F 6 Michelin Int. 70	94G	94G
F 5¾ Minolta 77	211,25G	211G
F 4 dgl. 79	182,25G	185G
F 6¼ Mitsub. Ch. 76	212T	212T
F 5,75 Mitsub. H 81	140T	141
F 6 dgl. 81	110	111,75
F 6 Nichii Co Ltd 80	126G	126G
F 7 Nippon Sh. GL 82	177G	177G
F 3¾ Nippon Sh. 78	158G	154G
F 3½ Nissan Mot. 78	97G	97G
F 4 Nisshin Steel 78	175G	179G
F 6½ Oce v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	235G	235G
F 3¾ Omron Tat. 79	395G	395G
F 4¾ Orient Fin 79	250G	245G
F 3½ Ricoh Comp. 78	204G	205bG
F 6¼ Rothm. Int. 72	99,5	99,5
F 3¾ Sanden Corp 78	128,5G	131G
F 3½ Sanyo Elec 78	–	–
F 6¼ Sekisui 76	131G	131G
F 3½ Stanley 78	142	142,5
F 6 Taiyo Yuden 82	147bG	136G
F 5 Texaco Int 66	96,6	96,75
F 3½ Tok. Elec. 78	475G	475G
F 4 Tokyu Land 79	104G	104G
F 3½ Trio Kenw. 78	106,5G	106,5G
F 6½ Ulay Ltd. 79	230G	230

Ausländische Aktien in DM

	28. 2.	27. 2.
F L'Air Liquide	170	160G
D Akzo	93,5	93,5
F Alcan	93	92
F Alcoa	105	104
F Alg.Bk.Nedld.	350G	355
F All Nippon Air	4,2T	4,2T
M ALPS El.	30,4	30,3
F Amax	67,5	65,4
F Am. Cyanamid	119	116G
F Ameritech	171,5	173,8
D American Expr	81	79
D Am Motors	16	16,5
F Am. T & T	45,8	48,5
F Amro Bank	63,5	68,2
F Anglo Am. Corp.	49,9	50,9
M Anglo Am. Gold	335,5	325
F Arbed	74	73
D Armco	50,5	52,8
F Asahi Chem.	4,85	4,85
M Atl. Richfield	123	121,9
H Atlas Copco	42G	42G
M Avon	62,4	62,3
D Baker Int.	48G	48
F Bell Canada	23,5	23,5
F Banco de Bilbao	23,5	23,8
F Banco Central	28	28
F Banco Hisp. Americ.	20	20,5
F Banco de Santander	20,2	20,2
F Banco de Vizcaya	31,5	31,8
F Barlow Rand	30G	30,4
M Baxter Trav. Lab.	48,3	49,4
D Beatrice Foods	87G	90G
F Bell Atlantic	182,5	185,5
D Bell Canada	65T	65T
F Bell South	239	242
D Bethlehem Steel	68	64,8
F Black & Decker	63,5	63,5
F Boeing	114	117
M Bougainville Copper	6,35	6,35
F Bowater	10T	10
D BP	16,85	16,45
M Broken Hill	33,7	33,8
F Bull	11,9T	11,9T
F Cdn. Pacific	96	97,5
F Canon	17	17,3
F Casio Comp.	17	16,5
F Caterpillar	122,5	125,5
D Ch. Manhattan	130	127,5
F Chrysler	75,3	74,9
M Citicorp.	93,2	91,8
F City Investing	94	90T
F Coca-Cola	138	137
D Colgate	58,5G	62T
M Commodore Int.	83,9	87,7
M Comm. Satellite	74	75
F Cons. Gold F.	23,4	22,9
D Cont. Group	125G	125G
F Control Data	100,5	103,4
H Courtaulds	5G	5G
M CRA	13,55	13,5
M CSR	9,3	9,15
F Daiei	7,6G	7,6exD
F Dart & Kraft	175G	180G
M De Beers Cons.	23,4	22,7
F Deere Comp.	87	85
F Delta Air Lines	92,5	94
F Dia. Shamrock	51,5	51,5
M Digital Equipm.	228,8	233
M Disney Prod.	134	135,1
H Distillers	9G	9G
M Dome Petroleum	8,9	8,85
D Dow Chemical	78	78
D Dresser	47,8	47,5
M Driefontein Cons.	100	97,4
D DuPont	124	123T
H Dunlop	1,85G	1,85G
D Eastern Air Lines	18	18,3
F Eastman Kodak	180	183,5
F Eaton	122G	124G
F Elf Aquitaine	73,1	73,1
F Enskilt	80G	80G
D Ericsson	125T	124T
D Esmark	107G	106G
D Exxon	102	101
F Farmitalia Carlo Erba	–	–
D Fiat St.	6,6T	6,6
D dgl. Vz.	5,1	5
F Finsider	–	–
D Fisons	29T	29T
M Fluor	54,5	54,7
D Ford	104,5	102
F Fujitsu	16	16,15

	28. 2.	27. 2.
F General Electric	139	144
F General Foods	127G	127G
F General Mining	62	61,5
D General Motors	184G	185
D Gen Shopping	493G	493G
M Getty Oil	–	–
D Gevaert	143T	145T
F Goodyear	71T	71
H Grace	103,7	104,5
F Greyhound	58T	60T
D GKN	7,8G	7,6G
F Gulf	175	170
F Gulf Corp.	39	35,5
D Halliburton	99,9	99
M Hewlett Packard	97,1	101,1
D Highveld Steel	12,4G	12,4G
D dgl o.D.	12,5G	12,5G
F Hitachi	965	980
M Holiday Inns	112,5	113,2
F Homestake	89	88
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,95	2,9G
D Hoogovens	42,5	44,5
D Hughes Tool	49,9	49,5
F IBM	295	297
F ICI	23,3	23,3exD
M Impala Plat. Hold.	–	–
M Imperial Oil	77,8	76,5
M Intern. Harvester	30bGat	30bGat
F Inco	36,5	37
F Int. T & T	107,8	107,5
D Istituto Fin. Ind.	9,7B	9,7B
F Italcementi	–	75
F Izumiya	12,5T	12,3exD
F Japan Line	1,75	1,85
D Jusco	9G	9G
F Kawasaki Kisen	1,6T	1,6T
F Kawasaki Steel	2,05bG	2,15
M Kloof Gold Min.	136,2	136,1
F Komatsu	5,6	5,7T
D KLM	159	162
F Konishiroku Photo	7,4G	7,4G
F Kubota	3,7	3,7T
D Lafarge	–	–
D Litton Ind.	154	157,5
F Lone Star	69G	72G
D LTV	44,5	43,5exD
M M.I.M. Hold.	17,4	17,5
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	3,2G	3,2G
F Marudai Food	7,3G	7,5G
D Matsushita El.	21,5	21,7
M McDonald's	169,5B	173G
M Merril Lynch	71G	71,8
F McDonnell D.	146	147,5
M Minerals & Res	29,1	28,6
D Minnesota M.	197T	202T
D Minolta Camera	7,5G	7,5G
F Mitsubishi Chem.	3,2T	3,25
F Mitsubishi El.	4,6	4,5G
F Mitsui Bk.	8,1G	8,1
F Mitsui & Co.	4	4T
F Mitsui Engin.	1,8G	1,85
F Mitsui O. S. K.	1,9T	2,1G
F Mitsumi El	12,7	13,1
H Mobil Corp.	–	79G
F Monsanto	229	229
F Montedison	0,35	0,36
F Murata	40,9	40,5
M Nat. Semicond.	37,2	38,2
D Nat. Westminster	28T	28T
F NEC Corp.	15	16,6
F Nestlé	5880	5950
F Nestlé Tz.	585G	585G
D Nikko Sec.	4,8T	4,8G
F Nippon Kokan	1,65	1,7bB
F Nippon Shinpan	8,5G	8,6G
F Nippon Yusen	2,7G	2,7G
F Nissan Motor	8,05T	8,6G
F Nisshin Steel	2,05G	2,1
F Nissho - Iwai	3,4	3,5G
D NL Industries	37,5	37,5bG
F Norsk Hydro	203,5	203,2
F Nymex	156	162
H Occ. Petroleum	77,5	78,5
F Océ v. d. Grint	210G	208G
F Olivetti St.	6,8	6,8
F Olivetti Vz.	6,6	6,6
F Olympus Optical	11,5	11,5G
H v. Ommeren	26	26G
F Omron Tateisi	22G	22G

	28. 2.	27. 2.
F Pakhoed	58,5	59
F Pakhoed Z	52	51
M PanAm	18,8	18,8
D Parker Drilling	24,2	25,5
F Peko Wallsend	14,1	14,1
M Pepsi	93,5	96
F Pernod-Ricard	230T	225G
F Peugeot	77	75,5
F Philip Morris	183	183
H Philips	40,6	40,5
D Phoenix Ass	18T	18T
M Pioneer El.	39	39,9
F Pirelli	2,8bB	2,75
M Polaroid	75,5	77,6
M Prime Computer	48,6	49,6
F Procter & G	127	128,5
D Ramada Inns	20,5	21
M Ranger Oil	24,2	22,9
F Rank Org	9,5G	9,65exD
F Ricoh	12,2	11,7G
F Rio Tinto NA-St	25,2	25
F Rio Tinto Komm	23,5G	23,9G
H Robeco	289	289
F Rockwell	73	72,5
H Rolinco	276	275
F Rorento	180	179G
F Rothmans Int	4,8T	4,75
D Rowan Cos.	33,7	31,1
H Royal Dutch	136	134
M Rustenburg Plat. Hold	32	31,4
F Sanko Steamship	2,35T	2,35T
F Sanden Corp.	8,2G	8,2G
M Santos	18,7	18,75
F Sanyo Elec.	5,85bG	6
F Sanwa Bk.	8,5G	8,5G
M SASOL	10,4G	10,3
F Schering Plough	94G	95,2
F Schlumberger	128,5	128
F Schw. Alum	1069	1073
F Schw. Bankverein PS	358	361
F Schw. Bankverein DR	8,6	8,6
M Sears, Roebuck	91,9	93,2
F Seiyu Stores	7,5G	7,5exD
F Sekisui House	6,6T	6,6T
F Selected Risk	41,5G	41,5G
F Shell Canada	55	55G
H Shell T & T	23,5	23,5
D Singer	59,1	61
F Snia Viscosa	2,38	2,4
D Solvay	174T	180T
D Sony Corp	40	40
F Southwestern Bell	153,5	155
D Sperry Corp	111,5	111
F Squibb	124	122G
F Standard Oil	128,8	126
F Stanley Elec.	8,5G	8,5G
F Steyr-Daimler-P.	21,4	21,6
F Sumitomo	4,9	5,15G
F Sumitomo Heavy	2,3G	2,3bG
D Sumitomo Metal	1,8G	1,8G
D Sun	145T	145T
M Sunshine Mining	37,7	37,7
F Swissair	1262	1260
F Taisei Kens.	2,6G	2,5
M Tandy	87,9	89,2
F Taiyo Yuden	15,8G	15,8exD
F Tenneco	105,5	105,5
D Texaco	112,8	112
F Texas Instruments	334G	340B
D Thomson-CSF	103	102bB
D Thorn Emi	340G	34T
F Tokyo El.	17,5G	17,5
D Tokyo Pac	340G	340G
F Tokyo Sanyo El.	7,4T	7,6
D Toray	4,60T	4,4T
D Toshiba	4,65G	4,4T
F TRIO Kenwood	7,2G	7,2G
F TRW	184G	184G
D UAL	83,8	84G
H Unilever	218	217
F Union Carbide	146	144
D Uniroyal	37	36,5G
F United Techn.	181	183
F US Steel	74,5	74,5
M Vaal Reefs Expl.	353,3	346,1
D VMF-Stork	87T	84T
D Volvo A	180G	180G
D dgl. Nam B	160G	160G
F Warner Commun.	68	68
F Warner Lambert	85	85
F Wells Fargo	104,5	100T
M Western Deep L.	166,7	162,1
M Western Mining	10,1	10,1
M Westinghouse El.	124,3	126,7
F Westl.-Utrecht H.	108	110
D Xerox Corp.	110,5	114exD

Nachhol-Termin

Düsseldorf (sid) – Das Fußball-Bundesliga-Spiel VfB Stuttgart gegen Bayer 05 Uerdingen wird am 20. März um 20.00 Uhr nachgeholt. Die Begegnung war am letzten Samstag wegen der vereisten Zuschauerränge und Zufahrtswege im Neckarstadion abgesagt worden.

Samaranch in Israel

Tel Aviv (sid) – Als erster amtierender Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) ist der Spanier Juan Antonio Samaranch zu einem Besuch in Israel eingetroffen. Samaranch plant auch ein Gespräch mit Premierminister Shamir.

Bob-Fahrer Sperr verlegt

München (dpa) – Michael Sperr, Bob-Fahrer aus Rießersee, der am 5. Februar bei der Junioren-Europameisterschaft in Cervinia verunglückt war und fast drei Wochen im Koma lag, ist von Turin in eine Münchner Klinik verlegt worden. Die Familie des verunglückten Bobfahrers bezeichnet seinen Gesundheitszustand als zufriedenstellend.

Trainer ein Tierquäler?

Hamburg (dpa) – Dem Traber-Trainer Fred König (Hamburg) droht wegen Tierquälerei Lizenzentzug auf unbestimmte Zeit. Er soll bei seinem Sieg mit der Stute Quirin Keystone am letzten Donnerstag auf der Hamburger Trabrennbahn eine Peitsche verwendet haben, in die ein Nagel eingearbeitet war.

Sheene will wieder fahren

London (sid) – Barry Sheene, zweimaliger Motorrad-Weltmeister aus England, will in dieser Saison wieder WM-Rennen fahren. Sheene hatte 1982 bei einem Unfall in Silverstone beinahe beide Beine verloren.



HANDBALL

Freundschaftsspiel in Groß-Bieberau: Groß-Bieberau – Deutschland 15:32.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 1 480 222,–, 2: 98 681,40, 3: 11 101,60, 4: 164,30, 5: 11,10. – ***Toto: Elferwette: Klasse 1: 309,10***, 2: 7,80, 3: 2,30. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: Klasse 1: 247 667,70, 2: 41 277,90, 3: 8443,20, 4: 97,20, 5: 7,40. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 54,40, 2: 8,40 – Rennen B: Klasse 1: 292,80, 2: 62,90. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 155 399.

FUSSBALL / Ein neues Regelheft stößt bei den Nationalspielern nur auf großen Widerstand: Es geht um Werbeverträge

Aus Verärgerung hat Karl-Heinz Rummenigge den Brief vom DFB einfach in den Kamin geworfen

BERND WEBER, Brüssel

Legt man die neuesten Erkenntnisse zugrunde, dann läßt sich festhalten, daß eine Reise deé Nationalmannschaft, bei der es ohne jegliche Reibereien, ohne solche Begriffe wie „Streit" oder „Ärger" abgeht, wohl erst wieder erfunden werden muß. Der Ausflug nach Brüssel zum heutigen Länderspiel gegen Belgien hätte eigentlich unkompliziert werden können, weil sportlich – den Eindruck vermitteln jedenfalls Bundestrainer Jupp Derwall und das Gros seiner 18 Nationalspieler – so ziemlich alles im Lot ist.

Jedoch, und diesmal ist Derwall völlig außen vor, es rumort ganz kräftig hinter den Kulissen der Nationalmannschaft. Und das haben die Verwaltungsjuristen des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) angezettelt. Mit einem Papier nämlich, das von DFB-Seite im freundlichen Ton als „Richtlinie", von den Spielern indes als „Verordnung" apostrophiert wird. Der DFB hat sich nämlich wieder einmal Gedanken darüber gemacht, inwieweit er seinen Nationalspielern private Werbeinitiativen einschränken und wie er kräftig an ihnen partizipieren kann.

DFB-Pressesprecher Rainer Holzschuh erläuterte den Vorstoß so: „Wir möchten gerne wissen, welche Werbeverträge unsere Spieler privat abschließen, und wir haben sie aufgefordert, uns ihre Abschlüsse mitzuteilen. Dabei geht es dem DFB keineswegs um die Frage, wieviel Geld der einzelne einstreicht. Wir wollen nicht die Summen erfahren, sondern lediglich die Namen der Firmen."

Mannschaftskapitän Karl-Heinz Rummenigge, der sicherlich nach wie vor das Zugpferd in der Nationalmannschaft für die Werbebranche ist, sieht die Dinge freilich entschieden anders. Er sagte: „Der DFB hat ganz eindeutig von uns verlangt, Einsicht in alle Werbeabschlüsse zu nehmen. Und ich gehe davon aus, daß er ganz mächtig daran interessiert ist, Summen zu erfahren. Für solch einen Vorstoß gibt es aber nicht die geringste Rechtsgrundlage."

Rummenigges Ausführungen endeten mit beißender Ironie: „Die Mannschaft hat sich über den Fall unterhalten und ist geschlossen der Ansicht, daß sie sich jeglichem Eingreifen von Seiten des DFB widersetzen wird. Was mich persönlich betrifft: Ich habe den Brief aus Frankfurt, den wir vor einer Woche bekommen haben, gleich bei mir zu Hause im Kamin verbrannt. Für mich ist das ganze auch überhaupt kein Thema mehr."

Für die zweite Aufregung im Trainingsquartier in Brüssel sorgte Außenverteidiger Wolfgang Dremmler. Der wird heute abend spielen, weil er, so Derwall, „in einer solch körperlich hervorragenden Verfassung ist, wie schon lange nicht mehr". Das konnte man in der Tat beim gestrigen Morgentraining deutlich sehen. Aber natürlich: In erster Linie wird der Münchner deswegen zum Einsatz kommen, weil der Düsseldorfer Manfred Bockenfeld beim 3:2 gegen Bulgarien in Varnas seine Chance nicht nutzen konnte. Der Bundestrainer über ihn: „Man hat doch deutlich gesehen, daß Bockenfeld noch eine Menge fehlt."

Wolfgang Dremmler, der in Varna nur Ersatzmann war, bricht wegen seines heutigen Comebacks keineswegs in Euphorie aus – im Gegenteil. Er sagte: „Seit Monaten wird über die rechte Außenverteidiger Position diskutiert. Ich weiß zwar nicht warum, aber mir scheint, daß eine ganze Menge Leute einen geradezu unbändigen Spaß daran gefunden haben, mich mit ihrer Kritik fertigzumachen."

Und weiter meinte der Münchner: „Ich habe mir in letzter Zeit sehr viele Gedanken darüber gemacht, und ein paarmal war ich fast soweit, zum Bundestrainer zu gehen und zu sagen: Danke, das war's. Ich spiele nicht mehr für die Nationalmannschaft."

In die Begegnung heute abend will Dremmler dennoch so „locker wie eben möglich" hineingehen. Der Münchner: „Vor allem habe ich mir vorgenommen, mich nicht dadurch zu belasten, daß jetzt von allen möglichen Seiten der Name des Hamburgers Manfred Kaltz wieder ins Spiel gebracht worden ist. Kaltz ist in Brüssel nicht dabei, also interessiert er mich auch nicht." Frage an Dremmler: Interessiert es Sie auch nicht, daß sich selbst Franz Beckenbauer für den Hamburger stark gemacht hat? Antwort von Dremmler: „Auch das macht mir nichts aus."

Doch diese Aussage kann man dem Münchner nicht ganz abnehmen, dazu ist sein nächster Satz einfach zu verräterisch: „Wenn ich heute abend nach dem Spiel wieder so in die Mangel genommem werde wie zuletzt, dann ist für mich wirklich Schluß in der Nationalmannschaft."

Gestern mittag stellte sich das deutsche Team vor dem Hotel in Brüssel belgischen Fotografen. Bei den Aufnahmen sah man nur fröhliche Gesichter – die Fotos liefern aber nur ein Zerrbild dessen, was sich hinter den Kulissen abspielt. Nur den beiden Bremern Rudi Völler und Norbert Meier konnte man den „Strahlemann" ganz abnehmen.

„Chancen der deutschen Elf nicht so rosig"

sid, Brüssel

Er war der Mann, dem Bundestrainer Jupp Derwall und die deutsche Nationalmannschaft den Gewinn der Europameisterschaft 1980 in Italien verdankte. Damals erzielte Horst Hrubesch beim 2:1-Finalsieg über die Belgier beide deutschen Tore. Inzwischen spielt Hrubesch selbst in Belgien, bei Standard Lüttich. In einem Interview sagte der frühere Hamburger voraus, daß Deutschland in Brüssel mit 1:2 verlieren wird.

Frage: Wie beurteilen Sie die deutschen Chancen?

Hrubesch: Nicht allzu rosig. Die Belgier sind eine kompakte, kompromißlose und eingespielte Mannschaft. Sie ist sehr routiniert und beherrscht die Abseitsfalle wie keine andere in der Welt. In Brüssel haben sie seit acht Jahren kein Länderspiel mehr verloren. Und ich befürchte, daß es auch gegen Deutschland so bleibt. Ich tippe auf einen 2:1-Sieg für Belgien.

Frage: Hat Belgien das Zeug, im Juli in Frankreich Europameister zu werden?

Hrubesch: Die Belgier sind neben Frankreich und der deutschen Elf ein echter Titelanwärter. Guy Thys ist ein Riesentrainer. Er ist ein gewiefter Taktiker, der die Mannschaft als väterlicher Typ fest im Griff hat. Thys kann auf den Stamm zurückgreifen, der 1980 bis ins Finale vorstieß.

Frage: Wie kann die deutsche Elf diese Belgier schlagen?

Hrubesch: Nur mit einer geschlossenen Mannschaftsleistung von der ersten bis zur letzten Minute. Die deutsche Elf muß konsequent über die Flügel spielen.

Frage: Wie stark schätzen Sie zur Zeit die deutsche Nationalmannschaft ein?

Hrubesch: Die deutsche Elf befindet sich in der Experimentierphase und ist nicht eingespielt. Jetzt muß konsequent gearbeitet werden. Dann findet sie zur eigenen Stärke zurück. Zwar mangelt es an Spielerpersönlichkeiten. Aber mit Spielern wie Rummenigge, Schumacher, Karl-Heinz Förster, Schuster, Meier und Völler ist eine Plattform da, auf die sich aufbauen läßt. Vor der Zukunft des deutschen Fußballs ist mir nicht bange.

Aufstellungen beider Teams

Belgien: Pfaff (München, 30 Jahre/38 Länderspiele) – Meeuws (Lüttich 32/45) – Gerets (AC Mailand 29/50), Lambrichts (Beveren 29/0), Renquin (Genf 28/36) – Theunis (Beveren 32/0), Ceulemans (Brügge 27/41), Verheyen (Brügge 31/21), Vercauteren (Anderlecht 27/32) – Voordeckers (Waterschei 24/10), Claesen (Seraing 21/2).

Deutschland: Schumacher (Köln 29/44) – Herget (Uerdingen 28/2) – Dremmler (München 29/26), K. H. Förster (Stuttgart 25/54), Brehme (Kaiserslautern 23/1) – Stielike (Madrid 29/36), Schuster (Barcelona 24/20), Bommer (Düsseldorf 26/1), Meier (Bremen 25/10) – Völler (Bremen 23/11), K. H. Rummenigge (München 28/72).

Deutsche Bilanz gegen Belgien

Zum 17. Mal spielen die Fußball-Nationalmannschaften aus Deutschland und Belgien gegeneinander. Die letzte Niederlage der deutschen Mannschaft liegt schon fast 30 Jahre zurück. Am 26. September 1954 verlor sie ihr erstes Spiel nach Gewinn des Weltmeistertitels über Ungarn in Brüssel mit 0:2. Die Gesamtbilanz gegen die Belgier sieht allerdings positiv aus: Elf Siegen stehen nur vier Niederlagen und ein Unentschieden gegenüber. Bundestrainer Jupp Derwall steht vor dem 61. Länderspiel seiner Amtszeit. Bislang schaffte der Nachfolger von Helmut Schön 41 Siege, zehn Unentschieden und erlitt neun Niederlagen.

Seeler und Müller vor Rummenigge

Karl-Heinz Rummenigge ist mit 28 Jahren der erfahrenste Spieler im DFB-Aufgebot. Gegen Bulgarien in Varne bestritt er sein 72. Länderspiel. In der Rangliste der Spieler mit den meisten Länderspiel-Einsätzen übertraf er damit Paul Janes und zog mit Uwe Seeler gleich. Vor ihm liegen nur noch vier Nationalspieler: Franz Beckenbauer (103), Berti Vogts (96), Sepp Maier (95) und Wolfgang Overath (81). In der Torschützenliste für Länderspiele liegt der Münchner Mannschaftsführer mit 40 Treffern bereits an dritter Stelle. Erfolgreicher waren nur Gerd Müller, der in 62 Länderspielen 68 Tore schoß, und Uwe Seeler mit 43 Torerfolgen.

DFB bekam weniger Eintrittskarten

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) hat für das erste Spiel der Endrunde zur Europameisterschaft am 14. Juni in Straßburg gegen Portugal und für das Finale am 27. Juni in Paris insgesamt nur 22 000 statt der angeforderten 60 000 Eintrittskarten vom französischen Organisationskomitee erhalten. 2000 Karten gelten für das Finale, 20 000 Karten (davon 18 500 Stehplätze) wurden für das Portugal-Spiel zur Verfügung gestellt. Die Eintrittskarten für die übrigen Begegnungen am 17. und 20. Juni in Lens (gegen Rumänien) und Paris (gegen Spanien) können über die jeweiligen Landesverbände und die DER-Reisebüros bestellt werden.

STANDPUNKT

Schön an der Sache vorbei

Im Auftrage von Kunstturn-Bundestrainer Eric Singer hat dessen Rechtsanwalt gestern bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt Strafanzeige wegen Verleumdung gegen Bundeskunstturnwartin Ursula Hinz sowie den Fachausschußsprecher Hellmuth Wöhlbrand gestellt. Beide hatten den 40jährigen Amerikaner öffentlich beschuldigt, Manipulationen an den deutschen Kunstturnerinnen begangen zu haben.

Immer schön am Kern der Sache vorbei – so lassen sich Probleme am besten beseitigen. Scharmützel auf Nebenkriegsschauplätzen ersetzen also die Wahrheitsfindung.

Nicht etwa die Tatsache, daß Singer bei der Verabreichung von Aufbaupräparaten den verantwortlichen Mannschaftsarzt Ulrich Maierski umgangen hat, nicht die Tatsache, daß sich die der Magersucht verdächtigte Turnerin Yvonne Haug von ihrem Trainer Jupp Hinz getrennt hat, steht nun zur Debatte. Warum auch? Singer stellte schon in seinem Brief vom 1. Februar 1984 an Turnerbund-Präsident Greite unisono mit dem Präsidium fest: „Auch ist ein Schaden durch Veröffentlichungen für den DTB und insbesondere das Kunstturnen entstanden."

Merke: Nach Turnersitte kann man tun und lassen, was man will, nur rauskommen darf es nicht. Zu dumm, wenn sich dann jemand verplappert, wie Yvonne Haug bei Dieter Kürten im ZDF-Sportstudio: Schließlich sei schon was dran an den Dingen, die gegen sie vorgebracht seien.

Noch mal zum Singer-Brief. Es sei seine Freundin Sybille Müller gewesen, „die im Auftrag von Cheftrainer Prorok anläßlich des Länderkampfes gegen Frankreich in Hautmont am 1. 10. 83 bei allen Turnerinnen (mit Ausnahme von Yvonne Haug) das Frühstück hat abräumen müssen. Die Turnerinnen erhielten lediglich Joghurt und Tee bzw. Kaffee. Der Grund für diese Anordnung war, daß es nach Auffassung von Prorok Gewichtsprobleme gab."

Womit wir immer noch beim eigentlichen Thema sind, Strafanzeige hin, Strafanzeige her.

KLAUS BLUME

Ein Leben voller Tatkraft, Freude an allen Künsten und Hingabe für seine Familie ist nun zu Ende gegangen.

Nach 53jähriger glücklicher Ehe starb plötzlich im Garten seines Besitzes in Südfrankreich mein geliebter Mann, unser herzensguter Vater, Schwiegervater und liebevoller Großvater

Prof. Dr. Johannes Feske

geb. 4. Oktober 1903 gest. 23. Februar 1984

In Dankbarkeit

Theodora Feske, geb. Logemann
Christian Rösch und Frau Eleonore, geb. Feske
Dr. Thomas Feske und Frau Christa, geb. Lamprecht
Isabel, Matthias

Fährhausstraße 14
2 Hamburg 76

Die Trauerfeier findet am Montag, dem 5. März 1984, um 13 Uhr im Krematorium Hamburg-Ohlsdorf, Halle B, statt.

Anschließend Beisetzung im Familienkreis.

Anstelle von zugedachtem Blumenschmuck wird um eine Spende gebeten für die Diakonische Arbeit bei der Heilands-Kirche, Hamburg-Uhlenhorst, Postscheck-Kto. 1008-205 (BLZ 200 100 20) oder Deutsche Bank AG, Hamburg, Kto.-Nr. 400 3463 (BLZ 200 700 00).

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Bestehende Erfolge absichern, bzw. die Basis für neue Erfolge erarbeiten – Meine nachgewiesene Qualifikation

Auf der Basis zweier abgeschlossener Hochschulstudien im kaufmännischen und technischen Bereich habe ich in meinen bisherigen Industriefunktionen bewiesen, daß ich in der Lage bin, in erfolgreichen Unternehmen durch mein Wirken den Erfolg weiter abzusichern, bzw. in kritischen Situationen Konzepte zu erarbeiten und zu realisieren, die neue Erfolge nahezu vorprogrammieren. Da aufgrund der aktuellen firmenspezifischen Gegebenheiten ein Aufrücken in die erste Ebene zur Zeit für mich nicht möglich ist, suche ich mit den vorgenannten Fähigkeiten die Aufgabenstellung eines

Alleingeschäftsführers

in einem Unternehmen von einer Größenordnung um 100 Mio. DM Umsatz. Aufgrund meines bisherigen Erfahrungsspektrums können diese Unternehmen in den Branchen Metall, Kunststoff bzw. Chemie angesiedelt sein. Dabei spielt es für mich eine untergeordnete Rolle, ob es sich dabei um ein Familienunternehmen oder eine Konzerngesellschaft handelt. Vom Standort her habe ich keine Präferenz, ich bin also unabhängig. Mein Alter ist 48 Jahre. Eine Kontaktaufnahme ist für Sie auch risikolos, denn ich lasse mich in erster Linie am Erfolg messen.

Angebote unter D 4578 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

MARKETINGMANAGER

45, internat. Background bei Multi der Öl-/Chemiebranche, branchenerf. Führungskraft bei Lieferant chem.-techn. Prod für Automobil-, Verpackungsindustrie, gutes techn. Verständnis, nachw. erfolgr. im Prod.-Management bei Entwurf u. Marketing d. Produkte. Deutsche, engl., flämische Sprachkenntn. Suche neue Verantw. in gleicher / angrenzender Branche.

Angeb. erb. u. X 4572 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verkaufsleiter – Prokurist

Dipl.-Kfm., 46 Jahre, versiert in ertragsorientiertem Management von Investitionsgütern und Dienstleistungen, Erfahrung im Außen- und Innendienst, Absatzplanung und -controlling, mehrjährige Tätigkeit als Marketing-Leiter in amerikanischem Unternehmen, sucht neue Aufgabe ab 1. 7. 84 oder früher.

Zuschriften u. H 4560 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

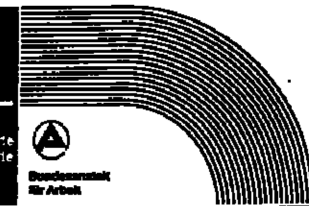
Seriöses, sportliches Fachehepaar der Gastronomie

sucht solide Existenz (auch im Ausland). Café-Restaurant, Tennisclub o. ä., evtl. priv. Gesellschaftshaushalt. Er: Konditormeister und Koch, Kaufmann. Sie: Wirtschafterin u. ausgebildete Tennislehrerin. Beide: Sehr gute Allgemeinbildung, beste Umgangsformen und gutes Einfühlungsvermögen, sehr gute Englischkenntnisse in Wort und Schrift.
Angebote erbeten unter 4613 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Manager aus Versicherung – Schiffahrt

52 Jahre, verheiratet, langjährige internationale Erfahrungen, sucht neuen verantwortungsvollen Aufgabenbereich.

Adresse: Udo Kessler, 5 Porpoise Court, North-Port, N. Y. 11768, USA, Tel. 001 / 516 / 754 / 05 52



Diplom-Volkswirt

33, 2. Bildungsweg, Studienschwerpunkt Steuerlehre: Ausbildung und Berufserfahrung in Finanzverwaltung; gute englische Sprachkenntnisse; z. Zt. in Steuerberatung tätig; räumlich mobil. Eintritt kurzfristig möglich;
sucht neuen Wirkungskreis.

Auskünfte erteilt: Herr Zahn
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90–94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-910, FS 183529 439

Diplom-Ing. (Bau)

Erfahrung in der Planung und Einführung integrierter Projektplanungs- und -kontrollsysteme, umfassende Kenntnisse in EDV und Organisation, besonderes Geschick bei der Integration der Fachabteilungsanforderungen in ein organisatorisches Gesamtkonzept; Auslandserfahrung.

Auskünfte erteilt: Frau Kreutzer-Model
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90–94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-300, FS 183529 440

Diplom-Ing., Stadtplaner

42, kommunale Planungspraxis, mehrjährige Forschungs- und Lehrtätigkeit, überwiegend leitende Aufgaben in den Bereichen Stadtentwicklungsplanung, Stadterneuerung, Stadtumbau (Schwerpunkte Wohnungswesen, soziale Infrastruktur);
sucht Position im Bereich wissenschaftlicher Tätigkeit (Forschungseinrichtung/Hochschule) oder privatwirtschaftlicher Planungs- und Beratungstätigkeit (Planungsbüro).

Auskünfte erteilt: Herr Stichnoth
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90–94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-305 o. -298, FS 183529 441

Diplom-Kaufmann

42, Prädikatsexamen, neben dem Studium Mitarbeit in Versicherungsfirma, fundierte Kenntnisse der Anlagenprobleme der Lebensversicherungsunternehmen, langjährige Bankerfahrung, insbesondere Anlagebereich (Wertpapiere) und Kreditgeschäft, EDV-Grundkenntnisse; Englisch fließend, Französisch gut;
sucht qualifizierte Tätigkeit im Kreditbereich einer Bank oder adäquate Tätigkeit in der Anlage-, Finanz- und Vermögensdisposition in Lebensversicherungsunternehmen, Verband, Behörde, Wohnungsbaugesellschaft oder Industrie.

Auskünfte erteilt: Herr Schön
Fachvermittlungsdienst Berlin, Charlottenstraße 90–94,
1000 Berlin 61, ☎ 030/2584-270, FS 183529 442

Betriebsleiter/Geschäftsführer

45, verh., Im- und Export, Versandhandel; über 20 Jahre Berufserfahrung, davon 17 Jahre in leitender Position als Betriebsleiter, Einzelprokura und Hauptgeschäftsführer; fundierte Kenntnisse in Einkauf, Verkauf, Kalkulation, Messewesen, Disposition, Organisation, Rationalisierung; EDV Kenntnisse, Werbung: Planung, Durchführung, Erfolgskontrolle, Verhandlungssicher (auch Englisch), Englisch in Wort und Schrift;
sucht verantwortliche Tätigkeit in Betriebsleitung (Assistenz), auch in kleinerem/mittlerem Betrieb.

Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4,
2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-593 o. -594 443

[illegible] (Dr. Phil.)

Hauptmann der Bundeswehr, 32, Studium der Erziehungswissenschaft, Psychologie, Soziologie, Neueren Geschichte, Empirischen Sozialforschung, EDV, Statistik an der Hochschule der Bundeswehr Hamburg. Als Hauptmann und Spezialstabsoffizier an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese derzeit mit der Planung und Organisation der Stabs- und Generalstabsverwendungslehrgänge, zahlreicher Funktions- und Sonderlehrgänge und der Steuerung, Überwachung und Koordination des Dozenteneinsatzes befaßt; engl. und franz. Sprachkenntnisse;
auf der Suche nach neuem Wirkungskreis in Lehre/Forschung/Planung/Organisation in Wissenschaft, Betrieben oder Verbänden, auch an anderen Tätigkeiten wie Referent, Lektor u. a. interessiert.

Auskünfte erteilt: Herr Steinmeyer
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16,
2000 Hamburg 73, ☎ 040/24844-2557, FS 2163213 444

STELLENGESUCHE

Kienbaum Veränderungsberatung informiert:

Metallverarbeitung sowie Anlagen- und Maschinenbau in den Bereichen Holz, Keramik und Wärmetechnik

Dipl.-Ing. Maschinenbau (TU), 47 Jahre, verheiratet, mobil, mit langjähriger Erfahrung im technischen Management und sehr guten englischen Sprachkenntnissen, sucht neue Aufgabe als

Betriebs- bzw. Technischer Leiter

mit Schwerpunkten:
- ☐ Werks- und Produktionsplanung
- ☐ Wertanalyse und Kostenplanung
- ☐ Materialwirtschaft und Qualitätswesen
- ☐ Personal- und Investitionsmanagement

Auch für tätige Beteiligung oder zeitlich befristeten Vertrag, mit Einsatz im In- und Ausland, ist starkes Interesse vorhanden.
Die Kienbaum Veränderungsberatung, Herrn Dr. Mortsiefer, Tel. 0 22 61 / 70 31 05, habe ich um vertrauliche Wahrnehmung meiner Interessen gebeten. Als Kontaktadresse gilt Kienbaum International Chefberatung GmbH, Postfach 10 05 46, 5270 Gummersbach 1.

Kienbaum Chefberatung

Wendiger Verkaufsleiter

37, gel. Im- u. Exportkfm., Hamburger, led., räuml. mobil, langj. Erf. des Innen- u. Außend., wünscht weg. Firmenliquidation wirklich fordernde u. interess. neue Aufgaben zu übernehmen. Solide kfm. Kenntn., Abschlußsicherheit u. Erf. auch im Umgang m. Kunden d. Auslandes sind selbstverst. Reizvoll wäre eine kreative Aufgabenst. i. kleinerem Unternehmen.
Ang. erb. unter PA 47745 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Kaufmann

Ende 30, Englisch perfekt, über 15 Jahre Auslandserfahrung, sehr erfolgreich im Aufbau von Vertriebsorganisationen, vielseitig verwendbar, gute Menschenführung, technisches Verständnis, sucht neue, anspruchsvolle Aufgabe, vorzugsweise (nicht Bedingung) im Ausland.
Bitte schreiben Sie mir unter R 4588 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmännischer Geschäftsführer

43 J., verh., technisch geprägte kaufmännische Führungskraft eines mittleren metallverarbeitenden Industriebetriebs für Wehrtechnik (Spezial-Fahrzeugbau) und Großapparatebau. Schwerpunkt: Vertrieb, Materialwirtschaft und kaufmännische Verwaltung. Wunsch: Geschäftsführung, Schwerpunkt: Vertrieb.

Zuschr. erb. u. Y 4573 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Reisesekretär / Privatchauffeur

35 Jahre, 11jährige internationale Berufserfahrung, kaufmännische Ausbildung, Schreibmaschine, gutes Gebrauchsenglisch, möchte sich verändern. Auch Ausland angenehm.

Zuschriften erbeten unter W 4593 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Cartering-Manager

(41 Jahre), Erfahrungen in Deutschland, Iran, Irak, Saudi, Kuwait, sucht entsprechende Position als: **Cartering-Manager, Camp-Manager oder Küchenchef.** Sofortiger Einsatz möglich.

Angebote erbeten unter W 4615 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jg. kfm. Führungskraft

36 J., verh., m. langj. Berufserf. i. Handel, s. gt. Kenntn. a. d. Gebieten Rechnungswesen, EDV, Logistik, Vertriebsorganis. u. Ablauforganis., rationelles Arbeiten gewohnt, sucht neues Tätigkeitsfeld z. 1. 4. 84 im Raum Hamburg.
Angeb. erb. u. PY 47731 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Kaufm. Führungskraft, z. Z. in SPANIEN (Kfz-Branche)

Unternehmermentalität, 52, ungekündigt, ortsungebunden, spanisch und englisch perfekt, erfahrener Leiter von Import- und Handelsgesellschaften in Lateinamerika und Spanien, Spezialist für Planung und Strategie, Marketing, Corporate Identity, Verkauf und Absatzfinanzierung, wünscht per 1. 7. 1984 neue fordernde Aufgabe.
Angebote erbeten unter M 4585 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkauf/Verkaufsförderung/Werbung

fund. kfm. u. werbefachl. Ausbildung, langj. Erf. i. Innen- u. Außendienst in Industrie u. Agentur, insbes. i. Lebensmittelber., suche adäquate Position als Verkaufs-, Verkaufsförderungs-, Werbeleiter z. 1. 4. 84 od. später. Bin 43 J. u. bitte um Kontaktaufn. u. PP 47738 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Ing. (grad.) Schiffsbetriebstechnik/SFI

39 J., gesch., ortsungebund., sucht ab sofort verantwortungsvolle Stellung.
Ausbildung: Mittlere Reife, Maschinenschlosser, Seefahrtzeit, Studium an der FH Bremen, SFI 1984 an der SLV Hamburg.
Berufspraxis: 1 J. Kühlmaschinist, 2 J. Seefahrt als 2. Ing., 3 J. Werkstattleiter Instandsetzung, Wartung, 4 J. Planungsing. Schiffsumbauten.
Bevorzugt: Betriebsing. Werkserhaltung, Inbetriebnahme, Versuchsfeld.
Angeb. erbet. unter S 4589 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplomkaufmann

44 J., mit psychologischer Zusatzausbildung wünscht die langjährig gewachsene industrielle Führungserfahrung (insbesondere in den Bereichen Organisation, Datenverarbeitung, strategische Planung u. Management-Strukturen) außerhalb hierarchischer Großstrukturen im Raum Hamburg einzusetzen. Dafür käme eine Mitarbeit auf Beratungsebene (z. B. f. Organisationsentwicklung und/oder Management/Personalfragen) – auch als freier Mitarbeiter – oder eine unterstützende Tätigkeit auf Geschäftsführungsebene in Frage.
Angeb. erb. u. PF 47730 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

ARGENTINIEN Techn. Leiter

Dipl.-Ing. Maschinenbau, 30 J., verh., 6 J. Berufserfahrung: Automatisierung, rationale, Führung einer Fertigungsstätte, Aufb. eines Produktionsbetr. im Ausland mit 230 Mitarb., Spanisch perfekt, ungek. Stellung, sucht o.g. Stellung.
Angeb. erb. u. T 4370 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Ingenieur (grad.), phys. Technik

40 J., verh., ungekündigt, sucht neue interessante Aufgaben in der Entwicklung. – Langj. erfolgr. Software-Tätigkeit im techn.-wiss. Bereich mit den Groß-, Prozeß- u. Mikrorechnern IBM, CDC, DEC (PDP-11, VAX-750), HP, INTEL. Programmierung in Fortran, Pascal, Assembler. Facharbeiter (Starkstromtechnik), Metallverarb., Elektronik. – Auch Kombination von phys.-techn. Analysen u. Progr.-Entwicklung angenehm.
Angeb. erb. u. Z 4574 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Pflegerin/Gesellschafterin

für älteren Menschen, unabhängig, sucht Tätigkeit. Ang. erb. u. V 4592 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bilanzbuchhalter

39 J., ortsungeb., langj. Erf. in RW, Controlling, EDV, Berichtswesen. [illegible] Wirkungskreis.
Ang. u. N 4586 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Techn., 45, Hausverwaltung, Beratung, Bauleitung. Zuschr. u. X 4594 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Agrar-Ing.

32 J., prakt. Erf. vor allem i. d. Veredelungsproduktion. Neben landwirtschaftl. u. betriebswirtschaftl. Kenntn. auch Kenntn. i. landwirtschaftl. Grenzber., z. B. Tiere allgem., Gartenbau, Jagdwesen, Pferdehaltung usw., außerd. handwerkl. Gesch., wü. Tätigk. i. Großr. Hamburg o. Schl.-H., auch außerh. agrarorientiert. Branche. Eintr. kurzfr. mögl.
Angeb. u. PF 47 749 an WELT-Verlag, 2000 Hamburg 36.

Setzen Sie Ihren kfm. Außendienstmitarbeiter

auf Zeit ein. Jungunternehmer, 37, bietet Ihnen: Kreativität, Wendigkeit, langj. Außend.-Praxis, Kenntn. d. Absatzkanäle d. Handels „Non Food" als gel. Imp.-/Exp.-Kfm., solide kfm. Kenntn., auch m. anspruchsv. Kundschaft d. In- u. Auslands. Kurzfr. Verfügbarkeit.
Telefon 0 41 02 / 5 55 41

Krankenpflegerehepaar

34/34, sucht zum 1. 10. 84 nach 12jähriger Tätigkeit bei der Bundeswehr neuen Wirkungsbereich in der Krankenpflege, z. B. Leitung eines Altenpflegeheims privat oder staatl. Ortsungebunden.
Zuschriften erbeten unter PU 47 514 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Kath. Priester

34, wegen Heirat zur Amtsaufgabe gezwungen, sucht nach 8 J. Berufspraxis in Gemeinden neue berufl. Chance (auch Ausbildung) im außerkirchlichen Bereich.
Angebote erb. u. Z 4596 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener Exportkaufmann

(20 J. für Hambg. Exportfirmen in Südostasien u. Ozeanien), sucht Kontakt zu Firmen mit bestehenden Geschäftsverbindungen in Australien od. Neuseeland zwecks Repräsentation in diesen Ländern auf Angestellten- oder Retainer- u. Kommissionsbasis.
Angeb. erb. u. U 4591 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dynamische Führungskraft

Ausbilderin im Drogerie-, Parfümerie-, Kosmetikbereich, sucht neuen Wirkungskreis i. Raum Kassel.
Zuschriften u. M 4629 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienst Schleswig Holstein/Hamburg

mit Marktführerprodukt Spitzenkontakte z. Sanitär-/Heizungsgroßh., angek., Mitte 30, will sich kurz- o. langfr. veränd. Ang. erb. u. PR 47 701 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

EDV-Kaufmann

25 Jahre, COBOL/ASS., sucht nach abgeschlossener Ausbildung Anstellung per sofort. Angebote erb. u. T 4590 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Elektro-Meister

47 J., langjähr. Erfahrung in Schaltanlagenbau u. Notstromanlagen, Kenntnisse in Elektronik u. Dieselmotoren, ca. 6 J. Tätigkeit in Westafrika. Sprachen: Engl., Franz. u. Ital., sucht verantwortungsvolle [illegible]
Ang. erb. u. A 4575 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Einbauküchenverkäufer

z. Z. in leitender Position, dynamisch, planungssicher, umsatzstark, in ungekündigter Stellung, sucht zum 1. 6. 84, evtl. früher, neuen interessanten Wirkungskreis.
Angeb. u. V 4614 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann, 49 J., engl. Sprachkenntnisse mit EDV u. Bildschirmkenntnis, sowie intern. Abrechnungswesen, sucht neuen Wirkungskreis. Angeb. erb. u. S 4369 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Groß- u. Außenhandelskaufmann

27 J. alt, 5 J. prakt. Berufserf., ortsunabhängig, läng. Fortbildung in Datenverarbeitung, Organisation u. Betriebswirtsch., su. verantwortungsv. Pos. in Lager, Versand, Vertrieb o. ä.
Ang. erb. u. U 4371 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Schiffsbetriebstechniker

44 J., gute engl. Kenntnisse, langj. verantwortliche Position bei mittlerer Reederei für die Bereiche Reparatur und Instandhaltung von Schiffs- und Dieselmotoranlagen, sowie der Schadens- und Versicherungsabwicklung, sucht neue Tätigkeit im norddeutschen Raum.
Angebote erbeten unter L 4584 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Betriebswirt

29, ledig, sucht per sofort Position im internat. Einkauf Import/Export.
Zuschr. an: Heiner Linden, c/o M. Buchholz, Alte Magazinstr. 7, 5 Köln 90, Tel. 0 22 03 / 6 43 35.

Diplom-Betriebswirt

28 J., FH, Studium: Finanz- und Steuerwesen (Steuern und Unternehmensprüfung), ½ J. Praxis bei WP u. Stb. sucht Anstellung. WP u./o. Stb. bevorzugt.
Angeb. erb. u. P 4587 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Kaufm. Leiter Buchhaltungsleiter

46 J., verh., [illegible] Controlling, Orga., Kostenkontrolle, langj. Auslandserf., sucht verantwortungsv. Position im Ausland.
Zuschr. u. PK 47 677 an WELT-Verl., Postfach, 2000 Hamburg 30.

Bauleiter, 43 J.

mit 16jähriger Berufserfahrung in Tief-, Kanal- und Straßenbau sucht neuen Wirkungskreis.
Zuschr. erb. u. K 4583 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Industriekaufmann

37 J., seit Jahren in leitenden Positionen, sicheres Auftreten, entscheidungsfreudig, kreativer Führungsstil, ausgez. Engl. u. Franz., sucht neuen verantwortungsvollen Rahmen. Chemie-, Pharma-, Kosmetikbereich mit Exportorientierung bevorzugt, jedoch nicht Bedingung. Zuschriften erbeten unter Y 4617 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Externe Revision

Betriebswirt (grad.), mehrjährige Erfahrung in der internen Revision und als Vertriebs-Controller, bietet sich an für Prüfungseinsätze auf freiberuflicher Basis. Spezialgebiet: Vertrieb.
Ang. erb. u. C 4577 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Techn. Kaufmann

(Fluor-Kunststoffe), 48 J., langjähr. Außendiensttätigkeit, wohnh. Großraum Hannover, ungekündigt, sucht neue Aufgabe im Außendienst od. Teilaußendienst. Termin 1. 7. 84.
Zuschr. erb. u. B 4576 an WELT-Verl., Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Stahlkaufmann – Prokurist

42 Jahre, seit 20 Jahren im Stahlgeschäft tätig, Import – Export, innen- und außendiensterfahren, mit umfassenden Branchenkenntnissen, sucht per 1. 7. 1984 bzw. 2. 1. 1985 neuen verantwortungsvollen Tätigkeitsbereich im Großraum Köln/Düsseldorf/Duisburg.
Angebote unter X 4616 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Abiturientin, 20 J., sucht Ausbildungspl. i. Hotel od. Spedition zum 1. 8. 84. Zuschriften unter N 4630 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Führungsnachwuchskraft

27 J., Dipl.-Volkswirt, Abschluß 6/82, sucht nach Beendigung des Zivildienstes zum 1. 4. oder später Anfangsstellung in Industrie o. Handel. [illegible] Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplomkaufmann

Revisionsleiter, 33 J., 5 J. Praxis in Steuerberatung/Wirtschaftsprüfung, sucht verantwortungsv. Tätigk. als Buchhaltungsleiter od. Leiter der Innenrevision.
Angeb. erb. u. PL 47 735 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Ing. (grad.) Elektrotechnik

42 J., ungekündigt, z. Zt. Produktmanager für explosionsgeschützte Schaltgeräte, sucht neue verantwortungsv. Aufgabe im norddeutschen Raum, bevorzugt Hamburg.
Angebote erb. unter E 4579 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mit 16 Jahren Erfahrung im Hochbau

Statik, Konstr., Bauleitung, Entwurf, suche ich, 39 Jahre, adäquate Anstellung, möglichst im Raum Norddeutschland – nicht Bedingung. Interesse auch an Arbeit im Ausland.
Hans-D. Kröner, Wiesenstr. 11, 3208 Giesen/Emmerke

Wo fehlt

langjährige erfahrener **GmbH-Geschäftsführer** aus norddeutschem Industriebetrieb mit 160 Beschäft., gegebenenfalls mit Kapitaleinlage? Schwerpunkt Verkauf! Gute Fach- und Branchenkenntn. in Chemie u. Kunststoff, Sanitär- und Baustoffgroßhandel. Angebote erbeten unt. PB 47 746 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

STELLENANGEBOTE

Universität Basel

Auf den 1. April 1985 ist an der **Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Basel** ein

Ordinariat für Neuere Kunstgeschichte
(15.–20. Jg.)

wieder zu besetzen.

Bewerber mit Habilitation oder entsprechendem Ausweis werden gebeten, Curriculum und Publikationsliste bis Ende März 1984 an das Dekanat der Philosophisch-Historischen Fakultät, Petersplatz 1, CH-4051 Basel, zu senden.



PARTNER FÜR FORTSCHRITTLICHE LÖSUNGEN TECHNISCHER PROBLEME.

Wir sind ein vielseitiges Vertriebs- und Produktionsunternehmen für Sonderwerkstoffe und Edelstähle.

Für den **Betriebsbereich Sonderwerkstoffe** suchen wir zum frühestmöglichen Termin den

Bereichsleiter

Unsere Erzeugnisse finden Verwendung in der chemischen Industrie, Luft- und Raumfahrt sowie in der Energietechnik.

Sie sollten deshalb über technisches Verständnis verfügen.

Sie müssen befähigt sein, den umfangreichen Vertriebsbereich wirkungsvoll zu koordinieren und qualifizierte Innendienst-Mitarbeiter zielbewußt und erfolgreich zu führen; den Außendienst durch gemeinsame Kundenbesuche zu unterstützen.

Wir denken an einen Herrn, der sich bereits nachweisbar in ähnlicher Position bewähren konnte. Die Beherrschung der englischen Sprache ist erforderlich.

Richten Sie bitte Ihre ausführliche Bewerbung mit Angabe des frühesten Eintrittstermins und Ihrer Gehaltsvorstellung an die Personalabteilung der

ROBERT ZAPP
Vertriebsgesellschaft mbH & Co. KG
Zapp-Haus / Bleichstr. 8–10
4000 Dusseldorf 1

In der Schweiz erhitzt eine TV-Serie die Gemüter

Zu viel Kartoffelsuppe

Der Schweizer Fernsehzuschauer kann zwischen acht und zwölf Programmen wählen: Je nach geographischer Lage werden neben drei landeseigenen drei oder vier deutsche, je zwei österreichische und italienische sowie zwei oder drei französische Programme empfangen. Eine Tatsache, welche den eidgenössischen Fernseh-Bossen manchmal Kummer bereitet: Ihr Programm wird stets am Ausland gemessen, von vielen Schweizern nur kritisiert, von manchen nur selten eingeschaltet.

Vor diesem Hintergrund muß die neue Errungenschaft im deutschsprachigen Fernsehen der Schweiz gesehen werden. Unter viel Tamtam lief am 8. Januar eine nationale, zwei Millionen Mark teure und ausschließlich mit eigenen Kräften produzierte 40teilige Serie an. Sie heißt „Motel", erzählt in betulicher Art Geschichte und Geschichten eines Küchenchefs, seiner Wirkungsstätte und der ihn umgebenden Mitmenschen.

In einem Land, wo „Dallas" und „Denver" höhere Einschaltquoten erzielen als in der Bundesrepublik, wo der nationale Anspruch bisher jedoch stets hinter kommerziellen, produktionstechnischen und künstlerischen Kriterien zurückstehen *mußte*, war der erste Sendetag von „Motel" ein Freudentag für Programm-Verantwortliche, Filmemacher, Künstler und Publikum – sozusagen Weihnachten und Ostern an ein und demselben Tag.

1,6 Millionen Eidgenossen saßen am Abend des 8. Januar vor den Fernsehgeräten, als das nationale Eigenprodukt Premiere hatte – in einem Land mit 6,5 Millionen Einwohnern und vier Sprachregionen sicher eine stolze Zahl. Die Herzen der Patrioten schlugen höher: endlich mal ein Fernseh-Ereignis ohne Importware! Der Jubel hielt auch am Tag nach der Sendung an. Wirklichkeitsnähe, Menschlichkeit, professionelle Machart und Wagemut wurden Film und Produzenten bescheinigt. Sogar ein Minister verteilte Lob, und auch der Bürgermeister des Drehortes Egerkingen äußerte sich zufrieden, obwohl von seinem Ort kaum mehr als die Bahnhofstreppe zu sehen gewesen war...

Nur hinter vorgehaltener Hand wagten ein paar Schweizer vorsichtige Kritik. Sie sprachen von Langeweile vor dem Bildschirm und von Inhaltslosigkeit, einige ganz Kecke von Reinfall, und in einem Leserbrief, dessen Absender die Redaktion der Zeitung rücksichtsvoll unterschlug, war gar die Qualifikation „blöd" zu lesen.

Mittlerweile sind mehrere Folgen gesendet worden. Die Fernsehzuschauer erlebten die Verspeisung eines Drei-Königs-Kuchens, mehrere Episoden einer undurchsichtigen Erpressungsgeschichte, die wenig erregende Atmosphäre in einem Schweizer Eisstadion, und sie hörten einen Egerkinger Gastwirt und Konkurrenten des Motels schimpfen. Sie sahen den Hauptdarsteller nachdenklich, verzweifelt, empört, verunsichert und sogar weinend. Die Reaktionen kamen prompt. Humor und Spannung fehlten, der Unterhaltungswert sei gering und gelacht werde überhaupt nicht, hieß es.

Die größte Zeitung des Landes hat sich zum Forum der Kritik gewandelt. Ein Kritiker fand die Story um den problembeladenen Meisterkoch „zum Heulen", der Chefredakteur stellte höchstpersönlich fest, in der Motelküche gebe es „viel Kartoffelsuppe, aber kein Dessert, ganz zu schweigen von Champagner". Die Wirklichkeitsnähe der Serie wird jetzt Mief genannt, die Menschlichkeit *ist den meisten Schweizern zu* problembeladen, anderen ist die Serie zu politisch. Den Vogel schoß jener Kritiker ab, der sein Urteil auf die Formel brachte, ihm wäre künftig statt einer weiteren Folge die Einblendung des Sender-Telebildes lieber...

Dazu wird es vorerst nicht kommen. Die Serie läuft weiter. In der Schweiz wirft man zwei Millionen Mark nicht aus dem Fenster, auch nicht beim Fernsehen. Der Regisseur sagte, die Serie sei mit einem Marathonläufer zu vergleichen, dem man schon nach fünf Kilometern jede Siegeschance abspreche – dabei entscheide sich das Rennen doch erst zwischen 30 und 40 Kilometern.

Überraschend sind die Einschaltquoten zuletzt gar gestiegen: Neugierig geworden durch den Medien-Sturm, schalten neuerdings auch Italienisch sprechende Tessiner und Französisch parlierende Welsche das deutschsprachige Fernsehprogramm ein, wenn „Motel" über die Bildschirme geht. Sie müssen bisher eines Serien-Eigenproduktes noch entbehren – da ist es für sie eine patriotische Übung, dem nationalen Problem Nr. 1 Interesse entgegenzubringen.

WALTER H. RUEB

STUDIO

Anläßlich der Vorstellung des rundfunkrechtlichen **Satelliten-Nutzungskonzepts**, auf das sich die Regierungschefs der Länder geeinigt haben, hielt der Erste Bürgermeister von Hamburg, Klaus von Dohnanyi (SPD), eine Grabrede auf die politisch zusammengesetzten Rundfunkräte der Sendeanstalten. Die Besetzung dieser Gremien, so Dohnanyi, sei „schädlich". Man trage dort „seine jeweiligen Gruppenhühneraugen vorne" und kämpfe nicht etwa für gute Programme, sondern für politische Interessen. Bei dem Rundfunkgesetz, „das wir ja nun machen müssen", werde er sich dafür einsetzen, daß dieser „schreckliche Zustand" beendet werde und daß möglichst viele Leute mit Sachverstand, deren politische Couleur ihm völlig gleichgültig sei, in die Aufsichtsgremien kämen. Sie müßten nur „Sinn für Freiheit und neue Fragen" haben. Man befinde sich jetzt, wo es um die Regelung der „neuen Einrichtungen" der Satellitennutzung gehe, in der Lage, die „Chance zur Reform" zu besitzen. Kultur, die man verbreiten wolle, solle auch von privaten kleinen Produzenten hergestellt werden können, vom „kreativen Potential", das „befreit von kommerziellen Einrichtungen" arbeiten solle.

Ministerpräsident Späth, der das Konzept in der Landesvertretung von Baden-Württemberg beim Bund erläuterte, sagte, er „hoffe sehr, daß der Geist der Kooperation zwischen den Ländern die Rundfunk-Kommission weiter erleuchten" werde. In den Verhandlungen habe die Einsicht gesiegt, daß man die Bundesrepublik nicht rundfunkrechtlich „parzellieren" könne. E.N.

*

Der 20. **Fernsehpreis der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft** ist in diesem Jahr den Autoren Reinhart Hoffmeister, Jochen von Lang und Avner W. Less zuerkannt worden. Der mit 10 000 Mark dotierte Preis in Gold ging an Hoffmeisters ZDF-Fernsehspiel „Die große Kapitulation". Der mit 5 000 Mark dotierte Preis in Silber wurde Lang und Less für das Drehbuch zum Dokumentarspiel „Das Protokoll" verliehen, das der NDR ausgestrahlt hat. AP

*

Am 1. April startet der WDR in seinem 3. Programm eine neue **Talk-Show** mit dem Titel „So isses". In jeweils 90-Minuten-Sendungen vor Publikum sollen keine Prominenten Rede und Antwort stehen, sondern Leute, die ein Opfer des „alltäglichen Wahnsinns" geworden sind, sei es in Form eines falschen Computerbescheides oder einer Namensverwechslung. Talkmaster der neuen Reihe ist der Kabarettist Jürgen von der Lippe. Wer bei der Premiere von „So isses" am 1. April als Zuschauer im WDR-Studio in Köln dabei sein will, kann Karten am 29. Februar in der Zeit von 9.00 bis 17.00 Uhr unter der Nummer 0221/240 1288 bestellen. E.W.

KRITIK

Verpatzter Auftakt

In der Unterzeile ist von Abenteuern die Rede, auch der Titel reißt ganz schön an: **Der Glücksritter** (ARD). Doch der Glücksritter entpuppt sich als kleiner Spieler, als halbherziger Frauenfreund, und daß er alles auf die Karte des neuen Verkehrsmittels Eisenbahn setzt, glaubt man ihm kaum.

Was ist das für eine geschäftsuntüchtige Art der Television, lange Serien mit einem langweiligen Auftakt zu beginnen! Das zieht sich hin wie Öl unter der Wanne, das schläfert selbst allzeit wache und gutwillige Naturen nach wenigen Sendeminuten ein. Wie, zum Teufel, soll man seiner Familie am nächsten Montag das Einschalten der zweiten Folge schmackhaft machen?

Dabei könnte die Story es in sich haben: Die ersten Lokomotiven werden konstruiert, die Börsenspekulanten schalten sich ein, Frauen vermitteln Aktientips, mit Liebe verbrämt, kurz, knistern könnte es, funkeln könnte es, man könnte als schlichter Betrachter sogar richtig Anteil nehmen an der Geschichte von unserer lieben Eisenbahn. Aber, wie gesagt, da läuft nichts. Hoffen wir auf Folge 2, auf Folge 3, vielleicht auf Folge 4 – irgendwann muß es doch interessant werden.

VALENTIN POLCUCH





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Der Mann im Pyjama
11.50 Umschau
12.10 Monitor
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauen in der Sowjetunion
Träume vom Glück unter anderen Umständen
16.55 Denkste!?
Mauerbande
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Casanova auf Schloß Dux
„DDR"-Fernsehspiel von Karl Gassauer
Regie: Martin Eckermann
21.45 Brennpunkt
Ölkrieg am Golf? – Bedrohung für Europa
Im Brennpunkt berichten die ARD-Reporter über den Krieg am Persischen Golf. Sie zeigen Bilder vom Abwehrkampf gegen die iranische Offensive am Schatt el Arab und am Tigris, Bilder von der iranischen Ölinsel Kharg, vom saudischen Ölhafen Ross Tanura und von der internationalen Tankerroute in der Straße von Hormus. Von der 7. US-Flotte im Indischen Ozean bis zu den schiitischen Hochburgen im Irak führt die Analyse dieser Krise, die die Ölversorgung Westeuropas gefährlich bedroht.
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis, Chief Inspector
Betrogen
Chief Inspector Nick Lewis ist weder Feinschmecker noch Hobby-Koch. Dennoch hat er neuerdings Anlaß, sich mit den Zutaten der feinen Küche zu beschäftigen. Er sucht nämlich einen Schwindler, der sich an alleinstehende wohlhabende Frauen heranmacht, um sie um größere Summen zu erleichtern. Seine beachtlichen Erfolge verdankt der Betrüger einer ganz besonderen Spezialität: er bewirtet die Damen mit erlesenen Mahlzeiten.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
Disco-Fieber
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Thomas Strasser
17.50 Bret Maverick
Die gelbe Rose
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
Thema: Nach Herbst kommt Winter
Nach dem „heißen" Herbst, der gar nicht so heiß war, kommt der „Winter". Und das heißt, der zweite Teil des NATO-Doppelbeschlusses wird verwirklicht. Die Raketen sind (und werden) stationiert. Wie ist das nun für Jugendliche, die an den Herbstaktionen teilgenommen, sich also engagiert haben, wenn ihr Engagement, ihr persönlicher Einsatz und auch das Risiko, das damit verbunden ist, praktisch ergebnislos bleibt? Führt das zur Resignation oder zur Radikalisierung? Haben die Aktionen ihr Leben, ihre politische Sichtweise geändert? Auf der anderen Seite: In den Orten, in denen die Raketen aufgestellt werden, gibt es auch Jugendliche, die wie die meisten Menschen in den Stationierungsorten, der Friedensbewegung kritisch oder sogar feindselig gegenüberstehen.
20.15 Kennzeichen D
Deutsches aus Ost und West
21.00 Sport aktuell
anschl. heute-journal
22.45 mittwochslotto – 7 aus 38
22.50 Der Denver-Clan
23.35 Unter der Kastanie
0.35 heute



Der große Liebhaber ist alt geworden: Casanova (Wolf Kaiser) verfaßt seine Memoiren (Casanova auf Schloß Dux – ARD, 20.15 Uhr). FOTO: ARD

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tageschau
20.15 Olympisch Für
Ein Divertissementchen von Franz Wilkes
Regie: Josef Meinertzhagen
22.25 eff-eff
Schwimmen – Genuß ohne Reue?
22.55 Die Marx-Brothers auf See
US-Spielfilm, 1951
0.10 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Pantamil
19.15 Antiquitäten-(Ver)Führer auf italienisch
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
Anschl.: Kurznachrichten
21.00 Zeitenwende (1)
21.45 What's cookin'
Amerik. Spielfilm von 1942
22.50 Nachrichten

HESSEN

18.30 Marco
18.55 Ludwig
19.00 Was tun mit der Zeit?
19.30 Der Sternenhimmel im März
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Stadtgespräch
Bürger und Politiker heute in Seeheim / Jugendheim
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Die zerbrochene Teetasse
Englisches Fernsehspiel

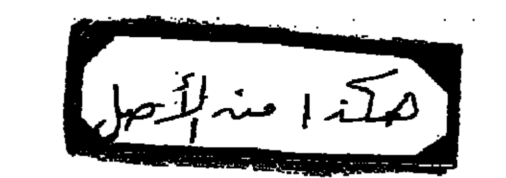
SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch (39)
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Reden ist Gold
20.15 Die Frau und ihr Pferd
Zeugnisse einer Leidenschaft aus England
Film von Edward Mirzoeff
21.00 Ein Frauenleben
Franz. Spielfilm, 1958
Mit Maria Schell, Christian Marquand u. a.
Regie: Alexandre Astruc
22.20 Aus dem Reisetagebuch des André Malraux
2. Florenz, Rom, Fontainebleau

BAYERN

18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Weißblaue Musikparade
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Shackleton – Der Mann im Schatten des Pols (2)
Fernsehfilm in vier Teilen
22.40 Z. E. N.
22.45 „Und morgen stehst du wieder auf der Straße ...?"
23.30 Rundschau
23.35 News of the Week

هكذا من الأصل



Aus dem Kaffeesatz

P.Jo. – Flexibel, einfallsreich und mobil sollten sie sein. Das wird den Arbeitslosen immer wieder empfohlen. Dann hätten sie am ehesten die Chance, wieder eine Beschäftigung zu finden. Wie weit solche Ratschläge bei den namenlosen Arbeitslosen auf fruchtbaren Boden fallen, läßt sich schwer sagen. Aber bei der regierungsarbeitslosen SPD zeigen sie Wirkung. Dort stehen immer wieder Männer von den Hinterbänken auf, die ein neues Berufsfeld für sich entdeckt haben.

Ein treffliches Beispiel für solche Mobilität lieferte jetzt der Bundestagsabgeordnete Kurt Vogelsang. Bei einem Parteifrühschoppen in Paderborn ging er mutig die ersten Schritte auf eine neue Karriere zu: als Prophet. Er verkündete nämlich, daß in der Bundesrepublik höchstens für fünf Privatuniversitäten Platz sei. Die gesamte Studentenzahl werde gerade knapp vierstellige Immatrikulationsquoten erreichen. Punktum.

Woher er diese Weisheit hat, verriet er nicht. So dürfen wir raten, ob er die Erfahrungen aus der Regierungszeit seiner Partei einfach extrapoliert hat. Ob er mit der Gewißheit lebt, daß dank der unsoliden SPD-Wirtschaftspolitik allenfalls tausend Familien reich genug sind, um ihre Kinder auf eine teure Privatuniversität schicken zu können. Oder geht er davon aus, daß die SPD-gelenkten Bundesländer mauern und Privatuniversitäten in ihren Grenzen verhindern können? Mit Verweigerungs- und Verhinderungsstrategien hat seine Partei schließlich große Erfahrungen.

MdB Vogelsang wird sich gewiß bemühen, das seine dazuzutun. Dafür, wie man so etwa macht, gibt es in seiner neuen Branche ein gutes Beispiel: den Sohn des Nostradamus. Allerdings wurde der eines Tages gehenkt. Er ließ sich nämlich dummerweise erwischen, als er ein Feuer legte, das er prophezeit hatte.

Kongreß über Biblische Archäologie in Jerusalem

9000 Fundstätten warten

Vor siebzig Jahren wurde die „Gesellschaft zur Erforschung Israels und seiner Altertümer" gegründet. Aus diesem Anlaß findet in Jerusalem Anfang April der erste Kongreß über biblische Archäologie statt. Die WELT sprach darüber mit Joseph Aviram, dem Direktor der Gesellschaft.

WELT: Seit wann gibt es eine „Biblische Archäologie"?

Aviram: Als Wiege der drei großen monotheistischen Religionen hat das Land Israel schon zu Beginn des vorigen Jahrhunderts die Forscher in Europa und den USA beschäftigt. Sie schickten Expeditionen ins Heilige Land und gründeten hier Gesellschaften wie die Amerikanische Schule für Orient-Studien, die Ecole Biblique, die Britische Forschungsgesellschaft und den Deutschen Palästina-Verein. Das war für uns der Anstoß, 1914 eine landeseigene Forschungsgesellschaft zu gründen, und das war der Anfang unserer Aktivität, *die sich aber durch den Ausbruch des* Ersten Weltkrieges damals noch nicht recht entfalten konnte.

WELT: Wann begann Ihre Gesellschaft mit der Suche nach den Spuren der biblischen Geschichte?

Aviram: Erst 1921 unter dem britischen Mandat begannen wir mit den archäologischen Grabungen – in Tiberias, um nur ein Beispiel zu nennen – aber die Briten ließen uns nicht so recht zum Zuge kommen, wenn auch unsere Gesellschaft bis 1948 für archäologische Grabungen im Lande allein verantwortlich war. Die Staatsgründung 1948 brachte darum die entscheidende Wende. Israels erste Regierung ordnete dem Kultusministerium eine Abteilung zu, die für die Ausgrabungen und die Erhaltung der Altertümer die Verantwortung zu tragen hatte. Außer ihr befassen sich auch die fünf Universitäten und die großen Museen des Landes aktiv mit archäologischen Grabungen.

WELT: Verfügt ein kleines Land wie Israel dazu überhaupt über genügend Fachleute?

Aviram: Israel hat immerhin 250 anerkannte Archäologen – das dürfte ein Weltrekord sein. Und mit ihnen allen arbeitet unsere Gesellschaft eng zusammen. Denn Schwerpunkt unserer Arbeit ist jetzt vor allem die Herausgabe wissenschaftlicher Publikationen in Hebräisch und Englisch. Wir veranstalten außerdem Seminare zu wissenschaftlichen und populär-wissenschaftlichen Themen der Archäologie. Immerhin haben wir mehr als 4000 Mitglieder, eine Zahl, die die hohe Popularität der Archäologie in Israel spiegelt.

WELT: Wieviele Fundstätten gibt es in Israel?

Aviram: Bis heute sind mehr als 3000 alte Siedlungen zu historischen Stätten erklärt worden, von denen allerdings noch nicht alle freigelegt worden sind. Darüber hinaus wurden [illegible] 6000 bisher unbekannte Stätten ausfindig gemacht, von denen inzwischen 50 [illegible] den. Jährlich werden etwa 160 Grabungen durchgeführt, darunter ca. 50 Groß-Projekte, an denen sich meist auch außer-israelische Institutionen – vor allem Universitäten – beteiligen.

ILANA BRÜNELL

Der „Goldene Bär" ging an John Cassavetes - Schlußbericht von den 34. Berliner Filmfestspielen

Ein Ehepaar als Bruder und Schwester

Endspurt und Preisverteilung bei den 34. Filmfestspielen in Berlin: Der „Goldene Bär" als Großer Preis ging – etwas überraschend vielleicht, aber nicht unverdient – an den amerikanischen Beitrag „Love Streams" von John Cassavetes, einen sehr anspruchsvollen Film von großer Privatheit, der als letzter im offiziellen Wettbewerb lief.

Der New Yorker Regisseur hat immer wieder von schwierigen, verqueren Intellektuellen erzählt. Hier nun spielt er selber einen Schriftsteller, der im Glamour von Bars und zwielichtigen Spelunken lebt und über die Schönen der Nacht schreibt. Den oberflächlichen Helden seiner Bestseller ist er darüber bestürzend ähnlich geworden. Ein Mann auf der Suche nach extremem Lebensgenuß, auf der Flucht vor sich selber.

Seine Schwester Sarah, die nach ihrer Scheidung zu ihm zieht, ist so verrückt und exzentrisch wie er und wahrscheinlich der einzige Mensch, den er wirklich lieben kann. Im Unterschied zum Bruder jedoch sucht sie nach Ehrlichkeit und einer stabilen Liebesbeziehung, die sie nicht findet. John Cassavetes und seine Frau Gena Rowlands, seit vielen Jahren ein bewährtes Gespann – in „Love Streams" sind sie zwei fantasievolle, außergewöhnliche und zutiefst einsame Menschen, die im Gedächtnis haften bleiben.

Zu den vielen Empfängern eines „Silbernen Bären" gehören auch der französische Beitrag „Le Bal" und der griechische „Rembetiko", denen man allgemein noch höhere Ehren zugetraut hatte. Auch der deutsche Beitrag „Morgen in Alabama" von Norbert Kückelmann erhielt einen „Silbernen Bären". Der Spezialpreis der Jury ging an „Schmutziger Kleinkrieg" des Argentiniers Hector Olivera. Der Preis für den besten männlichen Darsteller fiel an Albert Finney für seine Rolle in „Ein ungleiches Paar", der Preis für die beste Darstellerin an Inna Tschurikowa für ihre Rolle in dem russischen Film „Frontromanze"

Die vielen deutschen Beiträge des Festivals machten, abgesehen von Kückelmann, insgesamt wenig Eindruck. Von dem angestrengt experimentellen Opus des Jean-Marie Straub war schon die Rede (WELT vom 23. 2.). Der 28jährige Roland Emmerich rang nun zwar in seinem erstaunlich routiniert gemachten Science-Fiction-Epos „Das Arche-Noah Prinzip" um die große Show à la „Star Wars". Doch galt sein Bemühen ausschließlich der Technik. Es herrschen in seinem Film Coren; Sirenengeheul peitscht durch die Nacht der Sterne. Die Explosionen auf dem Space Lab, das angeblich Wetterforschung betreibt, in Wirklichkeit aber – so erfährt man – zu militärischen Zwecken mißbraucht wird, geraten zu lodernden Feuerwerken. Die Menschen in diesem Film bleiben dagegen reine Schablonen. Erstaunlich, daß dieses Erstlingswerk, Emmerichs Abschlußarbeit an der Münchner Filmhochschule, so schnurstracks seinen Weg in den Wettbewerb fand.

„Morgen in Alabama" von Norbert Kückelmann war tatsächlich der einzige deutsche Beitrag von internationalem Zuschnitt. Der 52jährige Rechtsanwalt aus München hat mit den wenigen Filmen, die er bisher gedreht hat – sie befassen sich alle mit der deutschen Justiz –, immer Interesse erregt. „Die Sachverständigen" brachten ihm 1973 schon einmal den Silbernen Bären, und 1979 erhielt er für „Die letzten Tage der Kindheit" den Bundesfilmpreis.

Auch „Morgen in Alabama" ist ein Gerichtsfilm. Während einer politischen Versammlung gibt ein junger Mann Schüsse auf einen Minister ab, die freilich nicht treffen. Er wird verhaftet und verhört. Er behauptet, er habe ein Signal setzen wollen. Wofür? Das bleibt unklar, weil der Junge weitere Aussagen verweigert. Sein Pflichtverteidiger (sehr still und sympathisch gespielt von Maximilian Schell) glaubt nach mancherlei Recherchen, daß er nicht als Einzeltäter handelte, sondern auf Geheiß einer terroristischen Organisation. Der Anwalt kann seine Vermutung jedoch nicht beweisen, für die Justiz bleibt der Junge ein Einzeltäter. Bei einem [illegible] der allein durchführt, kommt er ums Leben. Kückelmann ging es darum, die Ratlosigkeit vieler junger Menschen von heute zu zeigen und die Gefährdungen, in die sie dadurch geraten. Sein Film ist ein sympathisches Dokument der Redlichkeit.

Bester Darsteller: Albert Finney (links) in „Ein ungleiches Paar" FOTO: WARNER-COLUMBIA

Auch der Schweizer Kurt Gloor legte einen Film der leisen, aber eindringlichen Töne vor. In „Der Mann ohne Gedächtnis" ist Michael König ein moderner Kaspar Hauser, der in wortlosem Spiel das Leiden der gequälten Kreatur in einer psychiatrischen Anstalt sichtbar macht. Zwei thematisch und atmosphärisch ähnliche Streifen kamen aus der Bundesrepublik und Argentinien. Peter Lilienthal und Hector Olivera bedienten sich beide einer Romanvorlage des Argentiniers Osvaldo Soriano. Während aber Olivera in „Schmutziger Kleinkrieg" Ort und Zeit präzis benennt – ein Dörfchen in der Provinz Buenos Aires im Jahre 1974 – und sich offensichtlich von schlimmen Erinnerungen zu befreien versucht, indem er Grauen und Komik auf makaber-originelle Weise mischt, hält Lilienthal „Das Autogramm" im Vagen, gibt seinen Film als allgemein gültige Parabel von Gewalt und Terror aus. Lilienthal ist hier seiner alten Obsession noch einmal erlegen.

Einen unbestrittenen Höhepunkt im Berlinale-Geschehen setzte Großbritannien mit dem Schauspielerfilm „Ein ungleiches Paar" von Peter Yates. England 1940. Das Eastend unterm Bombenhagel. Menschen verlieren unter Trümmern ihre kleine Welt, aber eine Theatertruppe hält unverdrossen die Fahne hoch. Ein überspannter Mime (Albert Finney), den die Bürde seiner Kunst und [illegible] Wahnsinns brachten, herrscht tyrannisch über die Truppe.

Im Grunde ist dieser Tyrann aber ein gebrochener Mann, der einmal ein großer Lear, der ein rasender Othello war und jetzt ausgebrannt ist. Daß er immer noch unvergeßliche Momente auf der Bühne hat, verdankt er ausschließlich seinem treuen Garderobier Norman (Tom Courtenay), der ihm Kindermädchen, Vertrauter, Souffleur und Impressario in einem ist. Er schleppt seinen alten kranken Herrn notfalls auch mit Gewalt auf die Bühne, wo dieser am Abend seines 227. Lear einen glücklichen Mimentod stirbt. Albert Finney und Tom Courtenay als nur scheinbar ungleiches Paar liefern in diesem Film ein Kabinettstück englischer Schauspielkunst. Und Yates hält die rare Mimik seiner Helden großartig im braun-rot-plüschigen Schmieren-Dekor fest.

Auch der in New York lebende Franzose Louis Malle überraschte mit einer turbulenten Komödie, die so hervorragenden Schauspielern wie Donald Sutherland und Jack Warden alle Chancen gab. „Die Chaotenclique", für die USA im Wettbewerb, war der bestbesuchte Film der Berlinale. Er führt in ein Slum-Viertel von San Francisco. Quirliges, farbenfrohes Völkergemisch auf der Straße, Graffiti an den Mauern, Armseligkeit hinter den Fassaden. Und im Mittelpunkt Garveys Pfandleihhaus. Eine Handvoll Verlierer von der Schattenseite der 24. Straße treffen sich im Halbdunkel des Trödelladens, und die Typen legen den alten Pfandleiher genauso aufs Kreuz wie [illegible] Lachs zu verspeisen und auf die Freundschaft zu trinken. Louis Malle brillierte mit geschliffenen Dialogen, funkelnden Pointen und erhielt gewaltigen Beifall – aber leider keinen Preis. Wie rätselhaft sind doch oft die Sprüche von Juroren!

DORIS BLUM

JOURNAL

Schauspielerstreik und Theaterschließungen

dpa, Athen

Als Reaktion auf einen Schauspielerstreik haben am Wochenende 37 Privattheater und die sechs staatlichen Bühnen in Athen und Saloniki ihre Pforten geschlossen und die Theatersaison dieses Winters vorzeitig für beendet erklärt. Nur rund 20 meist kleinere Bühnen sind noch in Betrieb. Der Verband der griechischen Schauspieler wollte mit dem Streik eine zehnprozentige Gagenerhöhung vom Verband der freien Bühnen durchsetzen, der seinerseits nur fünf Prozent gewähren wollte.

Fünf Millionen für den Kölner Dom

dpa, Köln

Zur Erhaltung des Kölner Doms sind in diesem Jahr Ausgaben in Höhe von fünf Millionen Mark vorgesehen, etwa dieselbe Summe wie 1983. Den Schwerpunkt dabei bildet die Erneuerung des Mauerwerks, das Stein für Stein durch säurefeste, witterungsbeständige Basalt-Lava ersetzt werden soll. Zwar sei, erklärte Dombaumeister Arnold Wolff, die Steinerneuerung nur eine „zweitbeste Lösung". Doch sei bislang kein Schutzmittel bekannt, mit dem der Originalstein präpariert und dauerhaft erhalten werden könne. Wolff rief dazu auf, die Erforschung von Schutzmitteln, die bislang nur von Privatfirmen betrieben werde, stärker aus öffentlichen Mitteln zu fördern.

Theater des Westens wird im Herbst wiedereröffnet

dpa, Berlin

Das Berliner Theater des Westens, das wegen Umbauten im Frühjahr geschlossen wird, soll am 16. November mit einem Gala-Konzert wiedereröffnet werden. Die Intendanz übernimmt am 1. August Götz Friedrich, die künstlerische Direktion Helmut Baumann. Als „fester Gastdirigent für Musical" wird Rolf Kühn zur Verfügung stehen. Ballettdirektor und Choreograph wird Jürg Burth (bisher Zürich). Mit dem Musical „Jesus Christ Superstar" von Andrew Lloyd Webber steht die erste Premiere schon fest.

Schulbuchverlag im Untergrund

[illegible] ersten Untergrund-Schulbuchverlag Polens sind jetzt 13 „Hefte der nationalen Erziehung" in einer Auflage von je 3000 Exemplaren erschienen. Sie behandeln die Bereiche Geschichte, Philosophie und Wirtschaft für Selbstunterrichtszirkel. Zu den Autoren gehört u. a. auch der Tscheche Vaclav Havel. Als Herausgeber fungiert die „Kommission der Nationalen Erziehung", so bezeichnet nach dem ersten Kultusministerium Polens und Europas unter dem liberalen Prälaten Hugo Kollataj. Wie Oppositionskreise hervorheben, gehören der „Kommission" anonym namhafte polnische Wissenschaftler an.

Taktile Hilfen für blinde Studenten

wm. Marburg

Die Deutsche Blindenstudienanstalt und die Zentrale Arbeitsstelle für Studienorientierung und -beratung an der Universität Marburg wollen im nächsten Semester taktile und andere Hilfen für stark sehbehinderte und blinde Studierende der Hochschule bereitstellen. Dabei ist vor allem an ertastbare Gebäudepläne gedacht, die gemeinsam mit sehgeschädigten Kommilitonen erarbeitet werden sollen.

AUSSTELLUNGS-KALENDER

Berlin: Willem de Kooning – Akademie der Künste (11. März bis 29. April)
Hamburg: Leonardo da Vinci – Natur und Landschaft – Kunsthalle (10. März bis 6. Mai)
Heilbronn: Berliner Kunst von 1770–1930 – Städtische Museen Deutschhof (bis 29. April)
Kaiserslautern: Johannes Itten (1888–1967) – Pfalzgalerie (bis 8. April)
Krefeld: Jannis Kounellis – Museum Haus Esters (bis 29. April)
Köln: Ornamenta Ecclesiae – Kunsthalle (7. März bis 9. Juni)
Meisterwerke russischer Malerei – Kunsthalle (bis 25. März)
Das andere Thailand – Rautenstrauch-Joest-Museum (bis 19. August)
Leinfelden-Echterdingen: 50 Jahre Vasarely – Filderhalle (28. März bis 23. April)
München: Max Beckmann – Haus der Kunst (bis 22. April)
Nürnberg: Gustav Seitz – Germanisches Nationalmuseum (bis 15. April)
merhaba – Germanisches Nationalmuseum (8. März bis 6. Mai)
Tomitaro Nachi – Kunsthalle (bis 15. April)
Offenbach: Rudolf Koch / Karlgeorg Hoefer – Klingspor-Museum (bis 9. April)
Reutlingen: Ikat aus Indonesien – Spendhaus (3. März bis 1. April)
Stuttgart: Osiris-Kreuz-Halbmond – Kunstgebäude am Schloßplatz (bis 23. April)
Wiesbaden: Multiples und Objekte aus der Sammlung Ute und Michael Berger – Museum (bis 12. Aug.)
Wuppertal: Rudolf Schoofs – Von der Heydt-Museum (bis 8. April)

Die Situation der Amateurtheater in der „DDR"

Monologe im Hohlraum

Als sich die „DDR" am 4. Festival der ungarischen Amateurtheater in Kazinobareika mit einer Gastgruppe aus Gera beteiligte, fiel sie beim Publikum wegen ihrer mäßigen bis mangelhaften Leistungen unangenehm auf. Das war der Grund für die Ost-Berliner Zeitschrift „Theater der Zeit", die Tatsache zu beklagen, daß zwischen Elbe und Oder „noch keine internationalen Amateurtheater-Festivals existieren". Ohne Kenntnis des internationalen Standes auf dem Gebiet des Amateurtheaters, folgerte die SED-Zeitschrift, würde es den „DDR"-Theaterakteuren schwer fallen, die Entwicklung der eigenen Amateurgruppen voranzutreiben.

Tatsächlich ist das künstlerische Niveau der meisten „DDR"-Amateurtheater erschreckend niedrig. Da den Mitgliedern internationale Vergleichsmöglichkeiten fehlen, müssen sie quasi im eigenen Saft schmoren. So will es die SED, die argwöhnisch darüber wacht, daß sich die etwa 500 Amateurbühnen brav auf der Linie des blutleeren sozialistischen Realismus bewegen. Welche Stücke aufgeführt werden und wie inszeniert wird, darüber entscheiden letzten Endes die Parteigenossen. Gelegentliche Abweichungen werden in der Regel mit Spielverbot oder dem Entzug von Zuschüssen bestraft. In einem solchen Klima bleibt der Laienkunst gar nichts anderes übrig, als zu verdorren.

„Die Amateurtheater in unserer Republik verstehen sich echt als eine Summe von Kollektiven, die für die Kulturarbeit unseres Landes eine für Millionen Zuschauer getragene Basis bilden", schrieb die „Neue Zeit", Sprachrohr der Ost-CDU, anläßlich der in Leipzig abgehaltenen Amateurtheaterwerkstatt, deren praktische Ergebnisse allerdings mehr als kläglich waren. Es ging darum, clowneske und groteske Spielweisen vorzustellen, die zu erproben nicht nur den Profis vorbehalten sein kann. Doch die Stücke, die in Leipzig gezeigt wurden, eigneten sich kaum dazu, die Phantasie der Theaterakteure zu beflügeln und ihre Spielfreude zu entfachen. So mußte selbst die „Neue Zeit" kleinlaut zugeben: „Die von einem Ensemble der Humboldt-Universität eingebrachte sowjetische Satire ‚Zwischenspiel in abwegigen Richtungen' gründete sich ausschließlich auf das Wort; bestenfalls Kabarett, aber keineswegs Clownerie." Und so muß das Blatt dann resignierend feststellen, daß die „DDR"-Amateurtheater „mit clownesken und grotesken Spielweisen noch sehr am Anfang stehen".

Es gibt Ausnahmen. Beispielsweise läßt gegenwärtig das Poetische Theater „Louis Fürnberg" (Leipzig) mit seinem neuen Projekt „Begegnungen" aufhorchen: Es handelt sich um die Verarbeitung von Texten jüngerer „DDR"-Autoren, darunter dem Einakter „John Blake" von Jürgen Groß und die Szene „Waldesruh" von Heinz Drewniok, in denen Probleme zwischenmenschlicher Beziehungen innerhalb des realen Sozialismus behandelt werden.

Ein weiterer Beitrag – „Monologe – Eine Begegnung" – ist eine Art Environment, in dem drei Spieler mittels literarisch formulierter Geschichts- und Welterfahrung eine Verständigung zu finden suchen. Die Spieler schreien, skandieren die Einleitungssätze von Christa Wolfs Erzählung „Kein Ort. Nirgends" aus dem Dunkel, bevor sie sich im Geviert einfinden und eine stumme Spielvereinbarung treffen. Rücken an Rücken stehend, variieren sie dieselben Worte, wobei der Gestus des Deklamierens jetzt aufspalten ist in eine zornige, fragende, sarkastische Haltung.

„Vorgänger" werden aufgerufen: der Mönch Abélard (Monolog aus Stefan Schütz' „Heloisa und Abaelard"), Kleist (montierte Passagen aus „Kein Ort. Nirgends") und Marinka (aus Volker Brauns „Die Kipper"). Dann eine Kleist-Darstellung, in der es um das verzweifelte Mühen des Dichters geht, zwischen drohendem Wahnsinn und hellsichtigem Sarkasmus einen Gedanken zu fassen, der den Ausweg weist aus dem Zwiespalt von Schreibzwang und Schreibangst.

Die künstlerischen Leistungen des Poetischen Theaters Leipzig sind ein Lichtblick innerhalb der „DDR"-Amateurtheaterszene. Ansonsten herrscht dort tiefe ideologische Finsternis.

HARALD BUDDE

„Von Kopf bis Hut" im Münchner Stadtmuseum

Des Hauptes wahre Zier

Hüte – Zierde und Zeichen von Stand und Würde, Modeartikel und Wirtschaftsfaktor zugleich. Der Hut spielte durch die Jahrhunderte eine sehr wechselvolle Rolle. Gut behütet waren bis zu Beginn unseres Jahrhunderts noch fast alle. Denn Hüte gehörten immer dazu. Wie verschieden sie aussehen konnten, zeigt derzeit das Münchner Stadtmuseum in einer amüsanten Ausstellung „Von Kopf bis Hut".

Andreas Ley hat unter den rund 1000 Kopfbedeckungen, die das Haus besitzt, 300 Raritäten aus zwei Jahrhunderten zusammengestellt. So wird ein Kapitel Sozialgeschichte lebendig. Es beginnt mit den Hauben. Sauber und sittsam, aus weißem Stoff, gestärkt, in Schleifen-, Hauben-, Rüschen- und Schiffchenform zierten sie im 19. Jahrhundert die Köpfe der Dienstmädchen.

Eine Vitrine weiter thronen auf den Ständern die zarten Strohgebilde der Florentiner. Chiffren der Sehnsüchte nach Freiheit und Natur, nach Sommerfrische und Landleben. Es sind breit ausladende Gebilde aus feinstem Panamastrohgeflecht, die geheimnisvolle Schatten auf das Gesicht ihrer Trägerin warfen, geschmückt mit Bändern und Blumen. Hüte, die heiße Sommertage in der Kampagne heraufbeschwören, die Gainsboroughs Bildergalerien seiner feinen englischen Ladies oder Kaulbachs Porträts der Münchner Damen im Geist trefflich vorbeidefilieren lassen.

Daneben thronen keck die kleinen Canotiers, frech und charmant. Maurice Chevalier und Charles Trenet machten sie unsterblich. Die grauen Uniformmützen wurden nicht vergessen, und nicht die Zylinder, die schwarz im grellen Spotlicht der Vitrinen glänzen. Mit einem breiten Seidenripsband verziert, einer Königskrone und dem Monogramm „L" in Goldprägung auf blauem Seidenfutter signalisiert einer, daß sein Träger König Ludwig II. von Bayern war.

Der Hutreigen ist in dieser Ausstellung lang. Ein ganzes Kapitel ist den Trachtenhüten gewidmet, sie dürfen ja in Bayern nicht fehlen. Grau und grün sind ihre Farben, so wie es einst Kaiser Maximilian I. 1500 in seinem „geheimen Jagdbuch" befahl, als Tarnung für Hochgebirgsjäger erdacht. Heute thront er, ein keckes Pseudo-Abenteuer, auf dem Kopf nach dem immer gleichen Motto: die Tiroler sind allweil lustig.

Ernster ist da schon der Symbolgehalt der Kränze: Minnezeichen und Ehrenbezeugung an Sänger und Helden, angefertigt aus gewachsten Eichenblättern. Und dann natürlich die Brautkränze aus weißen Seidenblüten, Symbole der reinen Liebe und Unschuld. Schwer wiegen die Trachtenhauben der Frauen. Ehrpusselig wirken sie, mit Pailletten über und über besät, mit Goldborten verziert und von breiten Nackenschleifen gehalten. Abbilder einer guten alten Zeit.

Der farben- und formenprächtige Reigen dieser Ausstellung mündet in Faschingskappen und -hüten. Goldlamé-schimmernde Turbane, Clownsmützen und alberne Party-Hütchen signalisieren den alljährlichen Frohsinn. Heute scheinen Kopfbedeckungen ins Abseits gedrängt. Charlie Chaplin hilflos mit der Melone, Annette Kolb streng und ziegengesichtig mit Kapotthut sind bereits Geschichte – nur Joseph Beuys mit seinem Filzhut demonstriert Avantgarde mit der Kopfzier von gestern. Doch das steht auf einem anderen Blatt (bis 9. September 1984, Katalog 27 Mark).

ROSE-MARIE BORNGÄSSER



Florentinerhut (1910), aus der Münchner Ausstellung FOTO: DW

Wie die Comedian Harmonists: Neuer Vocal Jazz

Man nehme bitte drei!

„Diese Platte", so steht es ganz oben auf der Coverrückseite, „enthält ausschließlich Gesang und Percussion." Und das dürfte im Jahrzehnt der unentwegten Synthesizer-Litaneien, der seelenlosen Vocoder-Spielchen und stumpfsinnigen Schläge auf Trommeln, die einen sogleich verschrecken und die anderen erwartungsvoll schnalzen lassen.

Die anderen – das sind jene Hörer, denen noch die deutschen Comedian Harmonists vor Glenn Millers Modernaires im Ohr nachhallen und -swingen, jene Spezialisten, die sich an den gesungenen Halbtonintervallen der Hi-Lo's delektierten und sich daran labten, wie die Four Freshmen sich, assistiert vom großen Stan Kenton und seinem Orchester, über ihre getreuen Anbeter, die Beach Boys, dumm und dösig lästerten. Die anderen – das sind mithin die allesamt jazzinfizierten Freunde der Guys and Dolls aus Skandinavien, der Double Six aus Frankreich, NOVI aus Polen, der G-Clefs und King's Singers aus England, wie der amerikanischen Andrews und King Sisters oder der Mills Brothers, natürlich auch von Lambert, Hendriks and Ross oder wie sie alle hießen oder, nur noch ganz wenige, noch heißen.

Ihr Rezept ist der Begriff des *close harmony singing*, etwas äußerst Delikates, Vielstimmiges und wesensmäßig typisch Amerikanisch-Virtuoses, das von manchen Deutschen sehr ungenau als „Satzgesang" beschrieben wird: Man nehme mindestens drei, aber nicht mehr *als* sechs Sangeskünstler möglichst unterschiedlicher Register und gebe ihnen Vokalpartituren, die der Bläser-Sektion einer ausgewachsenen Big Band alle Ehre machen. Was dabei herauskommt, geht im allgemeinen nicht so ohne weiteres in jedes deutsche Ohr, das ja auf raffinierte Jazzharmonien häufig recht hilflos mit Prädikaten wie „schräg" oder „häßlich" reagiert.

Diejenigen hingegen, die genau das mögen, schätzen nun gerade jene ausgeklügelten Intervalle, jene imposanten Ton-Clusters, die im allgemeinen mit der Mehrstimmigkeit eines deutschen Chores kaum noch etwas zu tun haben, dafür im Jazz aber zum täglich Brot gehören.

Von „alten", discophilen Vokalgruppen-Fans sorgsam gehütet, macht sich gegenwärtig auch im jüngeren Hörervolk Interesse an dieser Art des kollektiven Singens bemerkbar. Die zwanzig Jahre lang vergriffenen Hi-Lo's sind wieder erhältlich (aus Japan!); Jon Hendriks sammelt Frau, Töchter und Schwiegersohn zu neuer Harmonie; deutsche Gruppen wie „Wiederwillen" aus Berlin versuchen sich à la Modernaires, und Werbe-Jingles in deutschen Funkprogrammen für die Jugend klingen wie Kostproben der weiland Singers Unlimited.

Warum nun das neueste Kleeblatt auf dieser bunt tönenden Wiese sich „The Nylons" nennt, kann allenfalls geraten werden. Assoziation elastischer Stimmbänder oder modische Nostalgie – „The Nylons", bestehend aus Paul Cooper (33), Claude Morrison (34), Marc Connors (34) und Arnold Robinson (35), kommen aus Toronto in Kanada, haben allesamt Musikerfahrung aus Musicals oder Gruppen (wie Arnold, der von den „Platters" kommt) und liefern auf ihrer Debüt-Longplay „One Size Fits All" (Polydor 815 315-1) elf tatsächlich nur vom Perkussionsspiel des „Saga"-Trommlers Steve Negus begleitete, ansonsten also a capella gebotene Lieder zwischen Jazz, auch etwas Soul und Rock, Titel wie „Town Without Pity", „Up The Ladder To The Roof", „Bop 'Til You Drop" oder „That Kind Of Man" – Hot, Sweet, Swing, virtuos dargeboten, mit mächtiger Sangeslaune, Temperament und Drive, viel Sinn für Humor, kleine Schnurren und große Kunststücke.

„The Nylons" klammern sich mit ihrem Gruppengesang nicht an Jazz pur. Und das gerade dürfte ihr Hauptverdienst sein: vom Jazz eine Brücke geschlagen zu haben zu Musiken, in denen ihre Art zu singen bislang unbekannt war. Zurück zur Natur also auch dort, wo die bedrohlichen Zeichen bisher fast ausschließlich auf Roboter, Synthetisierung von Gefühl, auf Sterilität und Schablonenkult standen, zurück zur „einfachen" Stimme mal vier.

Eine Multiplikation, die ohne Tricks und doppelte Böden ein ganzes Orchester ergibt.

ALEXANDER SCHMITZ



Personifizierter Nationalstolz – Mann vom Broadway

Wo sind sie geblieben – New Yorks Exzentriker?

GITTA BAUER, New York

Mehr als jede andere Stadt der Welt schien New York von Originalen zu wimmeln. Lange Zeit sprangen sie einem förmlich ins Auge, die Trommler, die Verkehrsregulierer, der Frauenhasser, der stumme Wiking „Moondog". Aus einem nicht erfindlichen Grund jedoch verschwindet einer nach dem anderen dieser letzten Exzentriker aus der Straßenlandschaft Manhattans.

Da war „Sticks", der Trommler, ein Schwarzer, der auf dem Asphalt der Sechsten Avenue mit Vorliebe im dichtesten Verkehrsgewühl zu einer imaginären Musik seine Rhythmen auf den Straßenboden trommelte. Er schwebte, unendlich verkommen und schmutzig aussehend, offenbar in höheren Sphären, während New Yorks ansonsten rüde Autofahrer vorsichtige Bögen um ihn fuhren...

Verschwunden ist auch der Anti-Feminist, der auf der Fifth Avenue als „Onkel Sam" mit Zylinderhut seinem Haß auf „die Weiber" mit Plaketten und Plakaten freie Luft machte. Ob er ein enttäuschter Ex-Ehemann war, ob ihn „Women's Lib" zu seinen auch oft verbalen Ausbrüchen gegen alles Feminine trieb – keiner wußte es. Denn die New Yorker schauen sich die Spezies der Exzentriker zwar mit großem Interesse an, sie lassen sie jedoch tolerant in Ruhe – „let , them do their own thing", jedem Tierchen sein Pläsierchen.





Der Clown, der Kettenmensch (rechtes Foto) – sie gehörten zum Stadtbild wie die Wolkenkratzer. Niemand kennt ihre Herkunft, niemand weiß, wohin es sie verschlagen hat. FOTOS: HARVEY STEIN und BLACKY STAR

Wohin hat es „Moondog" verschlagen, jenen stummen Wikinger, hochaufgerichtet auf seinen Speer gestützt, auf dem eisgrauen Haupt den Helm mit zwei Hörnern, Gesicht und Körper mit härener Decke verhüllt? Er stand unweigerlich vor dem Hochhaus der Fernsehgesellschaft CBS auf der Sechsten Avenue. Es hieß, er sei blind. Mitleidige legten ihm Münzen oder Dollar-Scheine hin. Moondog blieb stumm. Eines Tages war er fort, der Sage nach von einer deutschen Frau nach dem Ruhrgebiet weggeheiratet.

Auch der Verkehrsregler an Manhattans geschäftigster Kreuzung, Fifth Avenue und Fünfzigste Straße, da, wo das Rockefeller Center, Saks Fith Avenue und die St. Patricks Kathedrale die aparteste Kulisse New Yorks bilden, ist nicht mehr zu sehen. Mit ausladenden Gebärden regelte dort ein ganz bürgerlich aussehender Mann den Verkehr mitten auf der Kreuzung, zur Belustigung der Passanten, die zur Lunchzeit in der Sonne die Avenue entlangschlendern, zur Verzweiflung hupender Autofahrer – dennoch von allen toleriert, selbst von der Polizei, die den freiwilligen Helfer nie vertrieb.

Nur einer ist noch da, der „Towncrier". Dem dörflichen Ausrufer vergleichbar, hat er seinen Standplatz gegenüber den Vereinten Nationen aufgeschlagen, wo er mit lauter, angestrengter Stimme in einer unverständlichen Sprache suada auf suada gegen – so muß man annehmen – den UNO-Glaspalast richtet. Bataillone der bei den Vereinten Nationen tätigen Auslandskorrespondenten haben sich an dem Verkünder eines unbekannten Anliegens versucht – der ausgemergelte kleine Mann mit dem Prophetenkopf ist nicht ansprechbar. Oft Tag für Tag, selbst jetzt im schneidend kalten Winter, klagt er unverständlich und unverstanden an. Seine Stimme verhallt an den Mauern des 38stöckigen Wolkenkratzers, hinter denen ohnehin niemand irgend jemand zuhört. (SAD)

Staatsanwälte ermitteln gegen Dortmunder Ärzte

dpa, Dortmund

Falsche Honorarabrechnungen von niedergelassenen Ärzten in Dortmund beschäftigen jetzt auch die Staatsanwaltschaft. Der Dortmunder Oberstaatsanwalt Hugo Koch bestätigte gestern, daß die Behörde Ermittlungen aufgenommen habe. In mehr als 2000 Fällen, so hatte die Dortmunder Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) kürzlich herausgefunden, sollen mehrere hundert Ärzte falsch abgerechnete Krankenscheine bei der Kasse eingereicht und damit Geld für nicht erbrachte Leistungen kassiert haben. (s. WELT vom 27. 1. 84). Unter anderem hatten die Mediziner nach den Ermittlungen der AOK Behandlungskosten für Hausbesuche von Patienten geltend gemacht, die zu der Zeit im Krankenhaus lagen oder aber Behandlungen doppelt abgerec[illegible] Darüber hinaus ermittelt die Sta[illegible]waltschaft gegen zwei Chefärzt[illegible] Herne und Hamm, die den Kra[illegible]kassen die Leistungen ihrer Mita[illegible]ter als wesentlich teurere, eigene [illegible]stung in Rechnung gestellt haben[illegible]len.

Datenpanne in Reichenau

AP, Stuttg[illegible]

Bewohner der Bodensee-Gemein[illegible] Reichenau, die Patienten des Psychi[illegible]trischen Landeskrankenhauses Konstanz sind, sind im neuen Konstanzer Adreßbuch als solche ausgewiesen worden. Nach Auskunft der Stadtverwaltung von gestern ist es „durch ein Versehen zu dieser Datenpanne" gekommen.

Sondertarife für Ausländer am Steuer?

AP, München

Immer früher trennen sich die Kraftfahrzeugversicherungen von ihren Kunden. Bereits bei einem einmaligen Sachschaden sei es „gang und gäbe", dem Autofahrer die Versicherung aufzukündigen. Das erklärte Peter Böhm vom ADAC gestern in München. Besonders betroffen von dieser Praxis seien ausländische Autofahrer. Da die Versicherungen besonders bei Türken, Griechen und Jugoslawen bis zu 50 Prozent mehr Aufwendungen hätten als bei deutschen Kunden, würden sie sich vorzugsweise von diesen hohen „Risi-

nach Ansicht des Sprechers des Verbandes der Autoversicherer, Alois Schnitzer, die Ablehnung erhöhter Versicherungsprämien für Ausländer durch das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen vergangenes Jahr. Die Autoversicherer wollten wegen der festgestellten höheren Risiken bei Ausländern, für die besonders „schadensanfällige" Gruppe der Jugoslawen, Türken und Griechen eine höhere Versicherungsprämie durchsetzen.

Das für die Kfz-Versicherung zuständige Vorstandsmitglied der Nürnberger Versicherungen, Konrad Falk, begründet diesen Schritt auch mit der bei Ausländern viermal höheren Zahl an Personenschäden über 100 000 Mark.

Die Einstellung der Versicherungen zu ihren Risikopartnern hat ein Türke aus Nürnberg erfahren. Innerhalb von drei Jahren hatte er drei Unfälle mit insgesamt etwas über 7000 Mark Schaden. Da kündigte die Versicherung. Konrad Falk: „Nach drei bis fünf Schadensfällen ist es normal, daß sich ein Versicherer von so einem Risiko trennt." Ausländer würden jedoch nicht rigoroser behandelt als Deutsche. Schnitzer findet die jetzige Situation dennoch „unerquicklich". Für ihn wäre das Problem gelöst, wenn bei der neuen Prämienverhandlung vor dem Bundesaufsichtsamt im April die höhere Prämie für Ausländer genehmigt werden würde.

Das dunkle Geschäft mit Tierarzneimitteln blüht

70 Prozent der Medikamente werden illegal veräußert

JOCHEN AUMILLER, München

Wenn bisher über Arzneimittelskandale diskutiert wurde, blieb zumeist ein Bereich ausgespart, in dem die Mißstände freilich besonders üppig wuchern: die Tierarzneimittel. Licht in den schier unglaublichen Filz von Geschäftsinteressen, Standespolitik und Agrarlobby brachte jetzt ein Aufsatz in der Schriftenreihe des Bundesgesundheitsamtes. Unter dem eher blassen Titel „Der graue Tierarzneimittelmarkt – ein aktuelles Problem" breitet Professor H.-H. Frey vom Laboratorium für Pharma- [illegible] der Freien Universität [illegible] rinärmedizin, geradezu eine Enthüllungsstory aus.

Auf dem grauen und illegalen Tierarzneimittelmarkt, so Frey, werden schätzungsweise „mehrere hundert Millionen Mark" umgesetzt. Der Grund: „Der Landwirt hat, besonders in der Massentierhaltung, ein Interesse, die Tierarztkosten einzusparen und die für seinen Bestand wichtigen Medikamente verfügbar zu haben." Reichliche Laien- und Fachliteratur ermögliche ihm, sich das kleine Abc der Tiermedizin anzueignen. Der Haustierarzt werde meist nur noch hinzugezogen, nachdem die eigenen Behandlungsversuche fehlgeschlagen seien.

Jenseits der Legalität

An die Arzneien zu kommen, sei ein Kinderspiel. Oft bedienen sich die Landwirte der Tierärzte als Zulieferer. Tierärzte dürfen Arzneimittel direkt vom Hersteller beziehen und sie an die Bauern weitergeben. Frey: Weigere sich der Haustierarzt, das zu tun, so finde sich leicht ein Kollege, der das Gewünschte verkaufe. In anderen Fällen werde mit, von Arzneimittel- oder Futtermittelfirmen angestellten, sogenannten Autobahn-Tierärzten ein Betreuungsvertrag abgeschlossen, der dann eine „legale" Lieferung garantiere. Solche Kollegen arbeiteten oft landesweit. Die gesparte Untersuchung und damit der Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz sei nur schwer nachzuweisen. In einzelnen Fällen sollen Tierärzte auf diese Weise etwa 1000 Betriebe „betreuen" und monatliche Umsätze bis zu 70 000 Mark tätigen.

Keine Bagatellen

Als wesentliche Schwachstelle hat Frey die Futtermittel-Betriebe erkannt, in denen sogenannte Fütterungs-Arzneimittel aus Vormischungen hergestellt werden. Frey: „Neben der legalen Tätigkeit der Vermi- besteht in [illegible] Aufsicht fahr, daß Vormischungen abgezweigt und direkt verkauft werden." Offenbar verdienen auch Apotheker an diesem grauen Markt gut. Viele halten rezeptpflichtige Tierarzneimittel vorrätig und beliefern die Autobahn-Tierärzte, was freilich völlig legal ist. Sie unterhalten aber offenbar daneben auch bundesweite Versandaktivitäten an Futtermittel-Betriebe, was wiederum illegal ist.

Nach Schätzungen des Präsidenten der Tierärztekammer Bayern werden 70 Prozent der Tierarzneimittel illegal oder auf dem Weg des grauen Arzneimittel-Marktes verscherbelt. Die Gefahren liegen auf der Hand. Frey: „Wirtschaftliche Verluste durch unsachgemäße Behandlung sind enorm, sie werden letztlich vom Endverbraucher getragen."

Der illegale Markt ist bestens durchorganisiert. Die Arzneien werden nur gegen Barzahlung abgegeben. Die Beteiligten arbeiten mit gefälschten Rechnungen, geheimen Lagern, Transporten in neutralen Wagen und gutem Warnsystem. Die Händler werden eigens geschult, und die Landwirte geben ihre Lieferanten nicht preis. Erst wenn die Justiz die Vergehen gegen die Arzneimittel-Gesetzgebung nicht mehr als Bagatelle ansieht, könnten nach Freys Ansicht diese Bräuche eingedämmt werden.

Greenwich – seit 100 Jahren in Ost und West geteilt

dpa, London

Greenwich, der Londoner Vorort, gedenkt des 100. Geburtstages der einheitlichen Weltzeit, der Greenwich Mean Time (GMT). 1884 hatte eine internationale Zeit-Konferenz in Washington den Beschluß gefaßt, „daß der Meridian, der durch das Zentrum des Transit-Instruments im Observatorium von Greenwich läuft, als Ursprungs-Meridian für die Längengrade angenommen wird".

Damit war der Null-Meridian festgelegt, von dem aus alle anderen Meridiane als östlich oder westlich von Greenwich gezählt werden. Gleichzeitig gab es damit die einheitliche Zeit. Im internationalen Nachrichten- und Funkverkehr ist die Orientierung an [illegible] zonen auszuschließen. Der Null-Meridian wurde willkürlich für Greenwich festgesetzt. Bis zur Washingtoner Konferenz hatten viele Staaten eigene Seekarten herausgegeben und darin als Null-Meridian beispielsweise den Längengrad angenommen, der durch das Zentrum ihrer Hauptstadt lief. Für Greenwich sprach, daß das Königliche Observatorium dort im Jahr 1675 mit dem ausdrücklichen Ziel gegründet worden war, „die so sehr ersehnte Längenbestimmung von Orten zu finden, um die Kunst der Navigation zu vervollkommnen".

Der Beschluß war auch eine Anerkennung Großbritanniens als führende maritime Macht der Welt. Das im Washington-Beschluß erwähnte Transit-Instrument ist ein vom Königlichen Astronomen Sir George Biddell Airy gebautes Spezial-Teleskop. Es ist im Observatorium fest in der Nord-Süd-Richtung installiert und wurde zur genauen Zeitbestimmung benutzt, indem man den Transit spezieller „Uhrensterne" maß. Es ist heute noch im Observatorium Greenwich, das seit 1946 Museum ist, zu bewundern. Vor dem Haus ist in das Pflaster ein mehrere Meter langer Messingstreifen eingelassen, der genau auf dem Null-Meridian verläuft. Touristen lassen sich dort jeden Tag fotografieren – mit einem Bein in der östlichen und einem in der westlichen Hemisphäre.

Bonn träumt von einer phantastischen Idee

Kommt Magnetschwebebahn zwischen Berlin und Hannover?

H.-R. KARUTZ, Berlin

Mit den Ballonfahrten in „Frau Luna" stimmte schon Paul Lincke („Glühwürmchen") vor Jahrzehnten die Berliner auf die Technologie von heute ein. Gestern nun staunte der Senat über die „schiere Phantasie" eines Projekts, an dem Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber seine stille (Planer-)Freude hat, eine Magnetschwebebahn zwischen Hannover und Berlin zu bauen. „Deutsche Spitzentechnologie, die in der Welt nicht ihresgleichen hätte", schwärmt Minister-Sprecher Gert Scharrenberg.

Was das Bonner Forschungs- und [illegible] zur Zeit seit zwölf Jahren mit insgesamt 450 Millionen Mark im abgeschiedenen Emsland installieren läßt, kennt tatsächlich keine Parallele: Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) setzt bei Lathen eine schon 20 500 Meter lange Versuchsstrecke auf Stelzen. „Sie ist für Geschwindigkeiten von 400 km/h im Probebetrieb ausgelegt und soll im Laufe des April schon mit 300 km/h befahren werden", schildert Scharrenberg das Vorhaben namens „TramRapid".

Gedanke mit Charme

Die Idee, dermaleinst auf diese Weise endlich mit Weltniveau und nicht in ungemütlichen Interzonenzügen die Reise durch die „DDR" zurückzulegen, sei „einigen Fachleuten" im Ministerium im vergangenen Sommer gekommen: „Denn bei derartigen Investitionskosten muß jeder überlegen, ob sich nicht auch ein realer Betrieb ermöglichen läßt." Statt der Wüstenpiste Los Angeles-Las Vegas, die theoretisch ebenso in Betracht käme, verfiel man auf die rund 200 Kilometer lange Strecke zwischen Hannover und Berlin. „Der Gedanke ist immerhin nicht ohne Charme, die Stadt der Wissenschaft mit einem derartigen Verkehrssystem zu versorgen", meint der Sprecher. Zwar seien dem Berliner Senat derartige Überlegungen bekannt. „Aber mit der DDR ist darüber noch nicht gesprochen worden." Dafür sei es „noch viel zu früh". Denn niemand wisse, ob sich dies alles überhaupt realisieren lasse.

Tückische Punkte

Gelinde Zweifel in die Wirklichkeit dieser phantastischen Utopie setzt auch Senatsdirektor Detlef Stronk von der Senatsverwaltung für Wirtschaft und Verkehr: „Abenteuerlich! Daran ist bisher weder ein flüchtiger Gedanke verschwendet worden, noch befinden wir uns im Embryo-Stadium!" [illegible] sei ein solches Vorhaben ein „unglaublicher, herrlicher Traum", aber: „Ich beteilige mich nicht an dieser Diskussion, weil sie viel zu früh beginnt."

Berlin schneidet sich – entgegen anderer Übung – diesmal ein ohnehin nur bescheidenes Stück von der Magnetbahn-Torte ab. Im kommenden Herbst beginnt der Bau einer gerade 600 Meter langen Teilstrecke vom City-Hochbahnhof Gleisdreieck in Richtung Mauer am Potsdamer Platz. Später ist eine Verlängerung zu einem Bahnhof „Philharmonie" im Kulturzentrum geplant. „Bis zur 750-Jahr-Feier 1987 soll die Bahn auch fürs Publikum fahren." Minister Riesenhuber entfaltete auch hier finanzielle Magnetkräfte und zahlt 37,5 Millionen Mark aus seiner Kasse.

Der politische Blaupausen-Plan einer Magnetkissenbahn von der Leine an die Spree besitzt mindestens zwei tückische Punkte: Die „DDR" hätte technologisch nichts beizusteuern und wäre allenfalls mit einer „Trans-Rapid"-Transitpauschale ins Geschäft zu bringen.

Berlins Flugroute nach Hannover (Spartarif 126 Mark / normal 200) könnte mit dem „TR" nicht mitfliegen. Der kontrollfreie Zugang in die Stadt müßte jedoch auch bei diesem 35-Minuten-Luftsprung der Linienflüge garantiert bleiben.

Massaker in Nigeria

dpa, Lagos

Mindestens 60 Menschen sind Montag abend einem Amoklauf religiöser Fanatiker in der ostnigerianischen Provinzhauptstadt Yola zum Opfer gefallen. Die Fanatiker hatten plötzlich den Markt der Stadt gestürmt und unterschiedslos Passanten und Händler mit Buschmessern und Keulen umgebracht.

Waffenschein abgelehnt

dpa, Kassel

Taxifahrer haben nach einer Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofes grundsätzlich kein Anrecht auf einen Waffenschein. Das Risiko, überfallen zu werden, sei für einen bewaffneten Taxifahrer größer als für einen unbewaffneten, urteilte das Gericht gestern in Kassel (Aktenzeichen: 11 UE 80/84).

17 Frauenmorde gestanden

AFP, Anchorage

Der 44jährige Bäcker Robert Hansen aus Alaska hat die Ermordung von 17 Frauen in den vergangen zehn Jahren gestanden. Er wurde gestern in Anchorage zu 416 Jahren Gefängnis verurteilt.

ZU GUTER LETZT

„Noch vor wenigen Jahren spielte man mit Freund oder Freundin, jetzt beschäftigt man sich mit dem Heimcomputer", schrieb ein bayerischer Schüler in einem Aufsatz über zwischenmenschliche Beziehungen im Zeitalter der Elektronik.

WETTER: Wolkig und trocken

Wetterlage: Ein schwacher Hochkeil erstreckt sich von den Britischen Inseln nach Mitteleuropa.

Vorhersage für Mittwoch:

Schleswig-Holstein und niedersächsisches Küstengebiet: Stark bewölkt, zum Teil auch neblig-trüb, aber nur gelegentlich leichter Sprühregen. Höchsttemperaturen um 3, tiefste Nachtwerte um null Grad. Schwacher bis mäßiger Nordwestwind.

Übriges Bundesgebiet und Raum Berlin: Nach Auflösung von Frühnebelfeldern wolkig und weitgehend trocken. Tageshöchsttemperaturen 3 bis 7, tiefste Nachtwerte plus 1 bis minus 4 Grad. Schwachwindig.



Weitere Aussichten:

In Norddeutschland aufkommender Regen.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	6°	Kairo	17°
Bonn	4°	Kopenh.	0°
Dresden	2°	Las Palmas	18°
Essen	4°	London	4°
Frankfurt	2°	Madrid	2°
Hamburg	2°	Mailand	5°
List/Sylt	0°	Mallorca	13°
München	3°	Moskau	–8°
Stuttgart	2°	Nizza	10°
Algier	17°	Oslo	–6°
Amsterdam	2°	Paris	4°
Athen	15°	Prag	1°
Barcelona	9°	Rom	10°
Brüssel	2°	Stockholm	–2°
Budapest	3°	Tel Aviv	16°
Bukarest	3°	Tunis	18°
Helsinki	–5°	Wien	2°
Istanbul	9°	Zürich	1°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.07 Uhr, Untergang: 18.03 Uhr. Mondaufgang: 7.15 Uhr, Untergang: 16.28 Uhr.
*MEZ, zentraler Ort Kassel

Wunderkind lehrt Oxfords Linke Mores

SIEGFRIED HELM, Oxford

War dies die Ankündigung des politischen Trends der nächsten Studentengeneration? Diesen Schluß mußte ein Blick auf die Titelseiten der englischen Zeitungen von gestern nahelegen. In großer Aufmachung hatten sie über einen politischen Krawall an der ehrwürdigen Elite-Universität Oxford berichtet. Dort hatte sich Englands jüngste Studentin, die zwölfjährige, als „mathematisches Genie" gerühmte Ruth Lawrence, bei einer politischen College-Debatte zu Wort gemeldet und ihren linken Kommilitonen auf eine Weise den Kopf zurechtgesetzt, daß die Debatte platzte.

Die Londoner „Times" berichtete über diese bemerkenswerte Trendgeschichte auf ihrer Titelseite. Das Boulevardblatt „The sun" hielt die kleine Ruth gar für aufmacherwürdig.

Was war geschehen? Ruth Lawrence, die als Zehnjährige 529 Mitbewerber um ein Stipendium am Oxforder St. Hugh's College aus dem Felde geschlagen hatte, begnügt sich nicht mit dem Mathematikstudium. Die Tochter eines *EDV-Fachmanns* glaubt, die Politik nicht länger den Linken in Alleinregie überlassen zu dürfen.

Bei der Debatte wurde der Antrag gestellt, das Ableben des Kreml-Führers Andropow „mit Bedauern" aufzunehmen und in einem Brief an Präsident Reagan gegen den „schreienden Affront und die Beleidigung" zu protestieren, daß er der Beisetzung Andropows ferngeblieben sei. Da



Hochintelligent und streitbar: Ruth Lawrence

meldete sich die jüngste Studentin zu Wort und stellte einen Gegenantrag, der „das Verschwinden eines weiteren grausamen Folterers vom Antlitz der Erde begrüßt und der dem Tag entgegensieht, an dem ein Krimineller seiner Art von der Kultur nicht mehr geduldet wird".

Der Saal tobte, aber das Mädchen ließ sich nicht ins Bockshorn jagen. Nachdem sie den Jung-Revoluzzern die Leviten hinsichtlich Andropow gelesen hatte, legte sich der Teenager mit den College-Sozialisten bei einer Spendenaktion an. Die Linken wollten einen Antrag durchbringen, in dem die Studenten sich zu einer Spende von 60 Mark für die Friedensfrauen von Oxford verpflichteten. Die kleine Ruth unterlief diese Aktion mit der kühl kalkulierten Enthüllung, daß eben diese Friedensfrauen parteigebunden seien – und zwar bei der Labour Party. Die Sitzung endete chaotisch. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Ruth teilt ihre College-Wohnung mit ihrem Vater Harry Lawrence, der vor sieben Jahren seinen Beruf aufgab, um sich ganz der Ausbildung seiner hochbegabten Tochter widmen zu können. Er saß während der geplatzten Sitzung auf den hinteren Bänken.

„Sie sieht unschuldig aus wie Alice in Wonderland", schrieb das Boulevardblatt „Daily Star". Die derart Apostrophierte dachte nicht daran, ihre politischen Überzeugungen später Reportern zu erläutern. Auch ihr Vater lehnte Interviewwünsche ab: „Meine Tochter studiert und hat generell keine Zeit, über Politik zu reden." (SAD)

Meishi – die zweite Haut

Ohne pompöse Visitenkarte gilt der Japaner nichts

dpa, Tokio

Jeder Japaner hat sie, nur der Kaiser nicht. Der Geschäftsmann hat sie, der Lehrer, die Hausfrau, die Barhostess und selbst der Ministerpräsident, wenn er auch seltener von ihr Gebrauch macht. Die Rede ist von der Visitenkarte, die zum Japaner gehört wie seine zweite Haut; ohne „meishi" ist man kein Mensch. Aber dann wundert auch nicht, daß der Kaiser keine hat – noch bis 1945 war er fast der liebe Gott.

Visitenkarten werden zwischen Fremden sofort nach dem ersten „Guten Tag" ausgetauscht. An der Aufschrift erkennt man die gesellschaftliche Stellung des Gegenübers. Die japanische Sprache hat sehr feine Unterschiede für den Umgang mit den Angehörigen bestimmter Gesellschaftsschichten. Bekleidet der Geschäftspartner eine höhere Position als man selber, fallen auch die obligatorischen Verbeugungen etwas tiefer aus.

Für Japaner ist es eine Frage des Prestiges, was sie auf ihre Karten drucken lassen können. Großen Eindruck hinterläßt der Name eines berühmten Konzerns, für den man arbeitet. Im Bedarfsfall erhebt man sich selbst zum Präsidenten eines Ein-Mann-Betriebes. Oft wird auch die Reihe teurer Clubs aufgelistet, deren Mitglied man ist.

Das hat der japanische Außenminister Shintaro Abe natürlich nicht nötig. Doch auch er will auf seine Visitenkarten nicht verzichten. Rund 430 Karten bringt er monatlich unter die Leute; der Vorsitzende des Dachverbandes japanischer Arbeitgeberorganisationen (Keidanren), Yoshihiro Inayama, kommt spielend auf 600. Die Karten der Damen sind im Format etwas kleiner – ausländische Unternehmen, die ihren männlichen Mitarbeitern in Japan Karten drucken lassen, sollten sich deshalb über das „männliche" Format informieren, um Peinlichkeiten zu vermeiden.

Was geschieht nun mit all den Karten, die man im Laufe eines Empfanges einsammelt? Das dürfte individuell verschieden sein. Die totale Verwirrung aber hat einmal jemand angerichtet, der, um etwas Leben in einen steifen Empfang zu bringen, anfing, alle „meishi", die er im Laufe einer halben Stunde einkassierte, als eigene wieder zu verteilen.

Kraftwirtschaft

Das Wort Kraftwirtschaft verleitet unverzüglich zur Assoziation mit dem berühmt-berüchtigten Kraftprotz. Geben wir es zu: Er ist es, doch weiß Gott nicht so berüchtigt, wie ihn die Welle der Technikfeindlichkeit, die über die westliche Welt hinwegging, gern machen mochte.

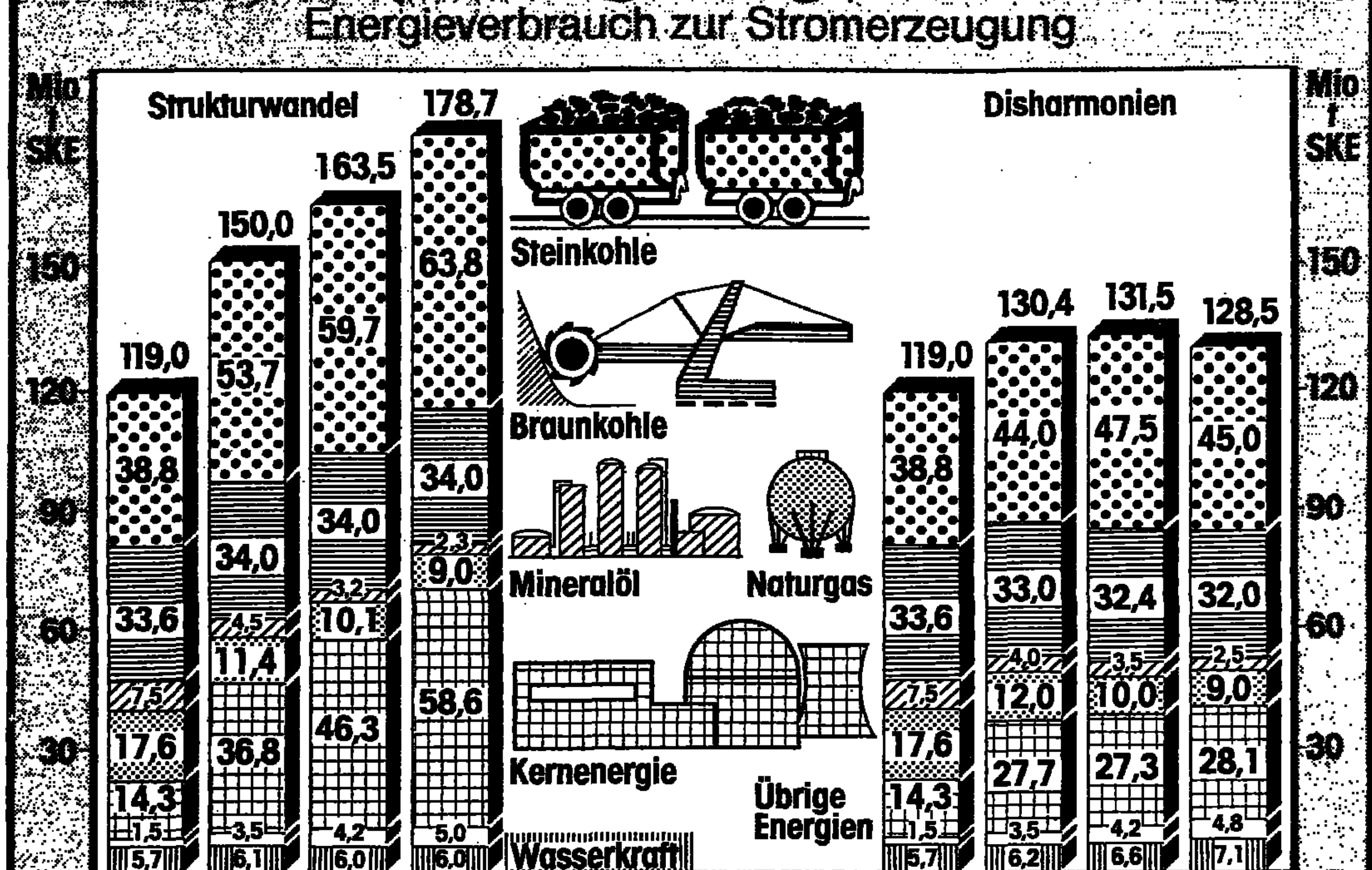
Ein Kraftprotz ist er, wenn man an die gegenwärtige Not an Arbeitsplätzen denkt und an den nicht verstummten Ruf bestimmter politischer Coleur nach staatlichen Investitionsprogrammen – aus Steuergroschen natürlich, und zwar aus denen der Besserverdienenden. Wer das wohl sein mag, wenn nicht fast alle.

Allein die öffentliche Elektrizitätswirtschaft – ohne die industrielle Kraftwirtschaft – wird 1983 in ihren Bilanzen Anlageinvestitionen von mehr als 16 Milliarden Mark ausweisen. Sie war damit erneut mit großem Abstand größter gewerblicher Investor der Bundesrepublik und sicherlich ein Motor der schwach anziehenden Konjunktur.

Wer diese Leistung der wegen ihrer Fortschrittlichkeit unbarmherzig attackierten Elektrizitätswirtschaft richtig würdigen will, der sollte wissen, daß auf die Energie „Strom" nur rund 15 Prozent der gesamten Energienachfrage entfallen. Dennoch investiert die Elektrizitätswirtschaft zur Zeit 50 Prozent mehr als alle anderen Energiebereiche zusammen.

Natürlich tut dies die Kraftwirtschaft nicht, weil sie politische Daten setzen will. Sie muß so handeln, weil sie im Grundlastbereich einen Investitionsstau hat, der ihr beim Bau von neuen Kapazitäten von Politikern und Privaten „beschert" worden war.

Nach dem Regierungswechsel hörte auch diese Blockade auf: Es werden wieder Kraftwerke gebaut, um dem steigenden Bedarf an Strom gerecht werden zu können. Hinzu kommen harte Umweltauflagen, die weitere Milliarden kosten werden, weil es „Umwelt" als Gut aller Menschen nicht mehr kostenlos gibt – Gott sei Dank. Bm.



Öl und Gas sagen Valet

Als Energierohstoffe für die Kraftwirtschaft empfehlen sich nach dieser Studie der Deutschen Shell die Kohle und die Kernkraft. Alle übrigen Rohenergien und auch die reproduzierbaren wie Erdwärme, Wind, Gezeitenkraft bekommen generell immer maginalere Bedeutung. Mit dem Aufschluß des neuen Kohlefeldes bei Hambach behält die deutsche Braunkohle ihre Chance zum Einsatz unter den Kesseln der Kraftwerke. Später könnte aber auch sie von der Kernkraft verdrängt werden und gern gesehener Rohstof für die Chemie werden – nachdem sie vergast worden ist. Das Öl hat seine Rolle als Rohstoff schon heute unter dem Heizkessel fast vollständig eingebüßt. Es dient nur noch der Stützfeuerung bei der Zündung der Kohlekessel. Aber selbst dieser Rest könnte vom Erdgas verdrängt werden, das die Absicht hat, mit rund 10 Milliarden Kubikmetern in den deutschen Kraftwerken zu bleiben. Damit häte es seinen Absatz beim Strom halbiert. Aber diese rund 10 Milliarden Kubikmeter sind erforderlich, um jahreszeitliche Nachfrageschwankungen ausgleichen zu können. Die großen Erdgasspeicher in der Bundesrepublik reichen nämlich bei weitem nicht aus, um diese Schwankungen ins Gleichgewicht zu bekommen. Große Gewinner bleiben die Kohle und die Kernkraft. Kohle wird auch mit neuen Heizmethoden in den Wärmemarkt zurückkehren. Diesen Weg wird die Kernkraft auch gehen – über den Strom der Elektrizitätswirtschaft. DW.

Seit 1966 wird geforscht, jetzt kommt der Durchbruch

Wirbelschichtfeuerung sparsam und sauber

Begonnen hat es 1966 mit der Erforschung der Wirbelschicht- (oder Wirbelbett-)Feuerung, die schon auf die zwanziger Jahre zurückgeht. Mit Euphorie ist man bei der Ruhrkohleforschung ans Werk gegangen, doch gegen das ungewöhnlich preiswerte Heizöl war nicht anzukommen. Zudem waren die Kesselhersteller noch bis vor einigen Jahren skeptisch, ob diese neue Art des Kohleeinsatzes für den Wärmemarkt wirklich ihren Weg machen würde.

Doch nun scheint ein gewisser Durchbruch gelungen zu sein, der sich für die Kohle lohnen könnte. Immerhin ist der Wärmemarkt in der Bundesrepublik ein Potential von 154 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten (SKE), das sind 66 Prozent des Endenergieverbrauchs von 235 Millionen Tonnen SKE.

Kohle läßt sich am Wärmemarkt aber nur verkaufen, wenn sie sich problemlos und anwendungsfreundlich einsetzen läßt. Daß ihr niedriger Preis – in Relation zu Konkurrenzenergien – nicht den Ausschlag für ihre Anwendung gibt, das hat die Vergangenheit hinlänglich bewiesen.

Also kam mit steigenden Heizöl- und Erdgaspreisen das Thema Wirbelschichtfeuerung und Kohleautomaten wieder auf den Plan. Und diesmal scheint der Durchbruch gelungen zu sein. Immerhin weiß Hans-Dieter Schilling, Leiter des Dezernates Strom- und Wärmeerzeugung beim Steinkohlenbergbauverein und Leiter der Abteilung Kohlenverwendung der Bergbau-Forschung GmbH, zu berichten, daß die Skepsis der Kesselhersteller verflogen ist, daß alle einschlägigen Unternehmen des Landes diese Technik in ihr Programm aufgenommen haben. Immerhin sind es seit 1979 – teilweise mit öffentlichen Hilfen – 16 Kesseleinheiten mit einer gesamten thermischen Leistung von rund 900 Megawatt, die gebaut wurden. Weitere sieben Kesselprojekte mit einer Gesamtleistung von 400 MW sind in Bau.

Die Palette dieser Anlagen der Wirbelbettfeuerung reicht von einer Feuererungsleistung von 0,5 MW bis zu einer Kesselleistung von 220 MW. Die Augen der Kraftwirtschaft ruhen auf einer Anlage von 220 MW, die zur Zeit in Duisburg für die Stadtwerke gebaut wird, die in zwei Jahren in Dienst gestellt werden und eine Wärmeversorgung von 139 und eine elektrische Bruttoleistung von 96 MW haben soll. Mehr als die Hälfte aller Anlagen liegt thermisch unter 40 MW und zielt damit direkt auf den Wärmemarkt – also gegen das Heizöl.

Der Vorteil der Wirbelschichtfeuerung liegt vornehmlich in den Kosten. Vorhandene Anlagen beweisen, daß sie den Brennstoffeinsatzpreis halbieren können, auch wenn ihre Installationskosten etwa gegenüber Öl und Gas wesentlich höher und ihre Amortisationszeiten länger sind. Größter Vorteil der Wirbelschicht ist jedoch zweifellos, daß die teuren Investitionen der Naßentschwefelung von Rauchgas entfallen, wie sie jetzt seit März 1983 von der Großfeuerungsanlagenverordnung auf 400 Milligramm je Kubikmeter Abgas gefordert wird.

Diese Grenze kann die Wirbelschichtfeuerung „spielend" einhalten, versichern die Experten, die jetzt bei Bad Honnef ein Hotel mit einer 0,5-MW-Anlage in Betrieb nahmen. Der Schwefel wird bereits im Feuerbett durch Hinzufügen von Kalk gebunden und mit der Asche ausgeworfen. Diese Asche ist auch kein Fall mehr für die Deponie. Sie kann als Rohstoff für die Zementherstellung dienen, oder wegen ihres stark basischen Charakters zur Neutralisierung von sauren Deponien dienen.

Wenn auch schon Wirbelbettfeuerungen in Betrieb sind, so heißt das noch nicht, daß wir es mit einer ausgereiften Technologie zu tun haben. Noch viele Detail-Komponenten müssen geprüft und verbessert werden, um eine Technologie anbieten zu können, die auf dem heimischen Markt Käufer findet und die in der Lage ist, den Markt jener Länder, die auch weg vom teuren Öl möchten, mit einer Technik auszustatten, die problemlos und kostengünstig den Rohstoff Kohle einsetzen zu können.

Denn die Wirbelschicht-Technik fußt auf der Erkenntnis, daß 76 Prozent aller Weltvorräte an fossilen Brennstoffen auf die Kohle entfallen, die zudem in politisch befriedeten Zonen dieser Erde lagert, 14 Prozent sind Mineralöle und 10 Prozent Erdgas.

Das Kohlezeitalter könnte mit der Wirbelschichtfeuerung und mit der Kohleveredlung mit Hilfe der Nuklearwärme eingeläutet werden. Die Kohlerohstoffe von nachgewiesenen 900 Milliarden Tonnen reichen für viele Generationen. Bm.

JAHRHUNDERTVERTRAG / Ein Eckpfeiler der deutschen Elektrizitätsversorgung zwischen Kraftwirtschaft und Steinkohlenbergbau

Der „Pakt" wird fortbestehen, weil er volkswirtschaftlich von großem Nutzen ist

Von KARLHEINZ BUND

Vor nunmehr vier Jahren haben Steinkohlenbergbau und Stromwirtschaft Vereinbarungen abgeschlossen, die den Absatz inländischer Steinkohle an Kraftwerke für die Jahre 1981 bis 1995 regelt. Der Deutsche Bundestag hat die zu ihrer finanziellen und rechtlichen Fundierung erforderliche Gesetzesnovelle (Drittes Verstromungsgesetz) 1980 einstimmig verabschiedet. Diese Vereinbarungen – in der Öffentlichkeit als „Jahrhundertvertrag" bekannt – sind bei ihrem Zustandekommen von allen Beteiligten als „großer Wurf" angesehen worden.

Weder die seither eingetretene Entwicklung noch die sich jetzt abzeichnenden Perspektiven geben Veranlassung, den „Jahrhundertvertrag" heute anders zu beurteilen als vor vier Jahren. Er ist von unverändert großem energiepolitischen, strom- und kohlewirtschaftlichen Wert:

1. Der „Jahrhundertvertrag" trägt wesentlich zur Sicherung unserer Stromversorgung bei.

Die Lieferungen deutscher Steinkohle an Kraftwerke werden vereinbarungsgemäß von rund 34 Millionen Tonnen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) im Jahr 1980 kontinuierlich auf 45 Millionen Tonnen SKE im Jahr 1990 ansteigen. Je nach Entwicklung des Stromverbrauchs soll das Liefervolumen dann bis 1995 auf diesem Niveau verbleiben oder weiter auf bis zu 50 Millionen Tonnen SKE erhöht werden.

Damit ist gewährleistet, daß die deutsche Steinkohle bis zu etwa 30 Prozent des Stromverbrauchs deckt. Dies ist ein bedeutender, aber auch nicht unangemessen großer Anteil. Zusammen mit der Braunkohle sorgt die deutsche Steinkohle dafür, daß dieser für die Gesamtwirtschaft besonders wichtige Sektor zu mehr als 50 Prozent vom heimischen Bergbau versorgt wird.

2. Der „Jahrhundertvertrag" war und ist Voraussetzung für einen weiteren Ausbau der Kernenergie.

Die Kernkraftwerksleistung der Bundesrepublik beträgt inzwischen über 11 000 Megawatt. Weitere rund 13 000 Megawatt sind in Bau. Zusammen mit Braunkohle und Laufwasser übernimmt die Kernenergie damit wachsende Aufgaben bei der Dekkung des Bedarfs an Grundlaststrom. Gegenwärtig decken diese Energieträger etwas weniger als die Hälfte des gesamten Stromverbrauchs. Anfang der 90er Jahre dürften es annähernd 60 Prozent sein.

Mit dieser Entwicklung – Kernkraftwerke in der Grundlast und Steinkohlenkraftwerke in der Mittellast – wird eine kostenoptimale Durchmischung der Stromerzeugung erreicht. In dieser Frage besteht zwischen allen Beteiligten unverändert Übereinstimmung. Dies wird durch eine Erklärung der Vereinigung Deutsche Elektrizitätswerke vom 31. Januar 1984 bestätigt: „Kohle und Kernenergie ergänzen sich technisch und wirtschaftlich. Sie sind die tragenden Säulen der Stromerzeugung ... Kernenergie ist in der Erzeugung für die Grundlast und Kohle für die Mittellast vorteilhaft."

Demgegenüber sind in letzter Zeit von dritter Seite wiederholt „Modellrechnungen" aufgemacht worden, in denen der Eindruck vermittelt wird, der Ausbau der Kernkraftwerke mache die Einhaltung des „Jahrhundertvertrages" angesichts der zur Zeit niedrigen Stromzuwachsraten praktisch unmöglich. Diese Rechnungen gehen schon deshalb an der Realität vorbei, weil der „Jahrhundertvertrag" eine Koppelung der Kohlelieferungen an Stromzuwachsraten nur für die eventuelle Steigerung über 45 Millionen Tonnen SKE/Jahr hinaus, aber nicht für die Mengen bis 45 Millionen Tonnen SKE/Jahr vorsieht. Im übrigen sind sie aber auch aus anderen Gründen nicht haltbar:

● So wird zum Beispiel aus dem 1981 und 1982 praktisch stagnierenden Stromverbrauch geschlossen, daß auch künftig kaum mehr mit Zuwachsraten gerechnet werden könne. Dabei werden offensichtlich Fehler aus der Vergangenheit wiederholt, nämlich Trendfortschreibungen aus konjunkturellen Extremsituationen. Die Entwicklung 1983 mit einem Zuwachs des Stromverbrauchs von etwa 2,5 Prozent und die sich für 1984 abzeichnenden Daten zeigen vielmehr, daß bei Normalisierung der Wirtschaftstätigkeit auch wieder mehr Elektrizität gebraucht wird.

● Darüber hinaus wird nicht berücksichtigt, daß die teuersten Kraftwerksbrennstoffe Heizöl und Erdgas künftig weiter aus der Verstromung genommen und durch Steinkohlenstrom ersetzt werden.

● Schließlich wird übersehen, daß das Vertragswerk eine Reihe von „Flexibilitäten" vorsieht, die es den Stromunternehmen ermöglichen, ihre Steinkohlenbezüge im Einzeljahr je nach Strombedarf und Kraftwerkszubau zu optimieren.

3. Durch den „Jahrhundertvertrag" wird etwa die Hälfte der Förderkapazität des deutschen Steinkohlenbergbaus für die Stromwirtschaft vorgehalten.

Er ist damit nicht nur ein stromwirtschaftliches, sondern zugleich ein wesentliches kohlepolitisches Instrument. Die absatzstabilisierende Funktion langfristiger Verträge erweist sich gerade in der heutigen, für den Steinkohlenbergbau schwierigen Phase als besonders wichtig.

4. Der „Jahrhundertvertrag" war Voraussetzung für eine neue Importkohleregelung.

Die Neuregelung der Verstromung deutscher Steinkohle hat 1980 auch eine Neuregelung für Importkohle ermöglicht. Gleichzeitig mit dem steigenden Einsatz inländischer Kohle wurden für die Krafwerke wachsende Einfuhrmöglichkeiten geschaffen. Diese werden zur Zeit allerdings nicht voll ausgeschöpft. Denn Importkohle wird an der Küste überwiegend in der Grundlast eingesetzt und dort bei niedrigem Stromzuwachs und zugleich wachsendem Beitrag der Kernenergie vorerst nur in geringerem Umfang benötigt.

Dies entspricht so dem Willen des Gesetzgebers, der bei der Novellierung der Einfuhrregelung den Bezug von Importkohle von der Erfüllung der Abnahmeverpflichtungen deutscher Kohle abhängig gemacht hat. Energiepolitisch nicht vorgesehen ist demnach etwa der Ersatz von heimischer Kohle durch Importkohle.

Im übrigen werden die „Strompreisbelastungen" des Einsatzes deutscher Steinkohle im allgemeinen entschieden überschätzt: Würde zum Beispiel statt heimischer Steinkohle in vollem Umfang Importkohle eingesetzt, so wäre trotz gegenwärtig extrem niedriger Weltkohlenpreise das Strompreisniveau insgesamt nur etwa 5 Prozent niedriger als bei Einsatz deutscher Kohle – und dies mit dem unkalkulierbaren Risiko, daß dann auch die Stromversorgung jederzeit von den extremen Preisausschlägen des Weltmarktes getroffen werden könnte.

5. Steinkohlenverstromung und Umweltschutz sind miteinander vereinbar.

Bundesregierung und Stromwirtschaft haben in jüngster Zeit wiederholt erklärt, daß sie weiterhin von einer Verwirklichung des „Jahrhundertvertrages" ausgehen. Daran wird sich auch durch die Umweltanforderungen nichts ändern. Neue Steinkohlenkraftwerke sind seit längerem praktisch völlig staubfrei, seit nunmehr zehn Jahren werden sie auch mit Entschwefelungsanlagen gebaut, und zwar mit immer höheren Entschwefelungsgraden.

Die 1983 beschlossenen weiteren Umweltschutzauflagen führen dazu, daß auch Altkraftwerke innerhalb von fünf Jahren mit Entschwefelungsanlagen ausgerüstet werden. Soweit dies nicht machbar ist, werden sie stillgelegt und durch umweltfreundliche Steinkohlenkraftwerke ersetzt. Hierzu ist dann zusätzlich zu den bereits beschlossenen Neubauten ein weiteres Zubauprogramm erforderlich.

Umweltschutz ist unbestritten eine Notwendigkeit. Die Bundesrepublik leistet dabei im Bereich der Steinkohlenverstromung in ganz Europa einen beispiellosen Beitrag. Erfolgreicher Umweltschutz setzt aber zweierlei voraus:

● Er darf nicht zum unkalkulierbaren Experimentierfeld werden. Gerade hier ist Planungs- und Rechtssicherheit wesentlich, sonst werden die bereits eingeleiteten Maßnahmen gefährdet.

● Die damit verbundenen Kostensteigerungen sind politisch gewollt und müssen dann auch getragen werden. In welchem Umfang sie tatsächlich eintreten werden, hängt wesentlich von dem erreichbaren technischen Fortschritt ab. Große Anstrengungen werden gemacht, weitere sind erforderlich. Auch ihr Erfolg wird um so größer sein, je klarer und kalkulierbarer die rechtlichen Regelungen ausgestaltet werden.

Alles in allem bleibt festzuhalten: Der „Jahrhundertvertrag" ist ein eindrucksvolles Beispiel für energiepolitischen Konsens auf einem Gebiet, wo dies früher nicht selbstverständlich war. Die Vereinbarungen werden eingehalten. Sie sind für unsere Volkswirtschaft von großem Nutzen.

BRAUNKOHLE / In den deutschen Revieren hat ein Arbeits- und Investitionsboom eingesetzt wie nie zuvor

Hambach kostete bisher 3,7 Milliarden Mark

Von HANS-J. LEUSCHNER

Die Stabilisierung beim Primärenergieverbrauch und die gestiegene Nachfrage nach Strom im vergangenen Jahr haben das Gewicht der Braunkohle für die Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland erneut klar unterstrichen. 1983 hatte sie einen Anteil von 10,6 Prozent am Primärenergieverbrauch, von 23,6 Prozent an der heimischen Primärenergiegewinnung und von 23,8 Prozent an der gesamten Bruttostromerzeugung in der Bundesrepublik. Als sichere, preisgünstige und in großen Mengen verfügbare heimische Energie ist die Braunkohle nicht zu ersetzen.

Mit einer Förderung von 117,2 Millionen Tonnen Rohkohle – das waren fast 95 Prozent der Förderung in der Bundesrepublik – haben die Rheinischen Braunkohlenwerke AG, Köln (Rheinbraun), das Förderergebnis von 1982 gut behaupten können. Die vor allem in der zweiten Jahreshälfte 1983 belebte Stromnachfrage führte zu steigender Abnahme der Kraftwerke, die von der Rheinbraun-Muttergesellschaft RWE betrieben werden. In den sechs Kraftwerken mit zusammen 11 400 MW installierter Leistung, die mit 100 Millionen Tonnen 85 Prozent der Rheinbraun-Förderung abnahmen, wurden 1983 80 Milliarden kWh erzeugt. Ein Ersatz der Braunkohle in der Stromerzeugung durch andere Energieträger ist sowohl unter dem Gesichtspunkt der Verfügbarkeit als auch unter wirtschaftlichen Aspekten auf lange Zeit hinaus nicht möglich.

Die verbleibenden etwa 17 Millionen Tonnen Rohbraunkohle wurden zu Trockenkohleprodukten veredelt. Trotz des anhaltenden Strukturwandels im Hausbrandsektor wurden auch 1983 wieder rund 3,5 Millionen Tonnen Briketts abgesetzt. Rückgängen im Hausbrandbereich steht dabei ein zunehmendes Interesse von Industriekunden gegenüber. Lebhafte Nachfrage aus der Industrie finden außerdem Braunkohlenstaub, der sich als Ölsubstitut vor allem in der Zement- und Kalkindustrie bewährt hat, und Braunkohlenkoks, der für metallurgische Prozesse Verwendung findet. Der Absatz von Braunkohlenstaub stieg 1983 um 10,5 Prozent auf 2,3 Millionen Tonnen. Beim Koks ließ die Kapazitätsgrenze von zur Zeit 100 000 Jahrestonnen einen möglichen Mehrabsatz nicht zu – eine Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten wird bereits vorgenommen.

Ab 1985 Synthesegas aus Braunkohle

Die Gewinnung der Rohbraunkohle in den Tagebauen des Rheinischen Braunkohlenreviers setzt die Bewegung erheblicher Abraummassen voraus. 1983 wurden knapp 450 Millionen Kubikmeter Abraum bewegt, davon rund 190 Millionen Kubikmeter im Tagebau Hambach. Dieser Tagebau wurde im September 1978 begonnen. Seither sind dort rund 700 Millionen Kubikmeter Abraum abgetragen und zu der in unmittelbarer Nähe gelegenen Außenkippe Sophienhöhe aufgeschüttet worden. Nach fünf Jahren Abraumbewegung wird seit Januar dieses Jahres nun auch Kohle aus dem Tagebau Hambach gefördert. Für 1984 sind 11 Millionen Tonnen geplant.

Am Beispiel des Tagebaus Hambach lassen sich auch die finanziellen Dimensionen des Braunkohlenbergbaues im Rheinland darlegen: bis heute wurden allein in diesen einen Tagebau mehr als 3,7 Milliarden DM investiert. Das gesamte Investitionsvolumen von Rheinbraun im vergangenen Jahr lag bei 1,48 Milliarden DM. Für das laufende Jahr ist erneut ein Investitionsvolumen von mehr als 1,2 Milliarden DM vorgesehen.

Dabei werden die Investitionsnotwendigkeiten im Tagebaubereich relativ und absolut rückläufig sein, da ein großer Teil der Vorhaben für den Aufschluß des Tagebaus Hambach abgeschlossen ist. Dagegen steigen die Aufwendungen für neue Anlagen im Veredelungsbereich. So werden die Kapazitäten im Trockenkohlenbereich ausgebaut und modernisiert. Außerdem erfordern die Auflagen der Großfeuerungsanlagen-Verordnung auch in den Grubenkraftwerken der Fabrikbetriebe weitere Investitionen.

Erhebliche Mittel werden außerdem in die erste Stufe einer Fabrik investiert, in der ab Mitte 1985 nach dem Hochtemperatur-Winkler-Verfahren Synthesegas aus Braunkohle erzeugt werden soll. Die Realisierung kommerzieller Vorhaben der Kohlevergasung und erst recht der Kohleverflüssigung wird sich wegen der derzeitigen Überschußsituation auf dem Energiemarkt zwar verzögern, wichtig ist es jedoch, entsprechende Technologien bis zur Betriebsreife zu entwickeln und zur Verfügung zu haben – selbst unter gegenwärtigen materiellen Opfern.

Ebenso wie in anderen Energiebereichen spielen Fragen der ökologischen Verträglichkeit auch im Braunkohlenbergbau eine wachsende Rolle. Die Braunkohle im Rheinland kann wegen der geologischen Gegebenheiten ausschließlich im Tagebau gewonnen werden, und das bedeutet, daß die Landschaft für die Tagebaue in Anspruch genommen werden muß. Ortschaften, Felder und Wälder, aber auch Verkehrsflächen sind davon betroffen. Sie müssen den Tagebauen weichen.

Ein Ausgleich für diesen Eingriff in den Lebensraum der Bevölkerung und in die Natur wird durch eine aufwendige Rekultivierung geschaffen. Mit Verfahren, die in Jahrzehnten erprobt und verbessert worden sind, werden Forst- und Landwirtschaftsflächen so wiederhergestellt, daß sie sich in Fruchtbarkeit und Aussehen nach einigen Jahren kaum mehr von gewachsenen Flächen unterscheiden. Bei der Umsiedlung von Orten wird auf eine möglichst geschlossene Umsiedlung Wert gelegt. Damit sollen nicht nur die materiellen Folgen eines solchen Eingriffs gering gehalten werden, sondern auch soziale Strukturen soweit wie möglich erhalten bleiben.

Als Folge der für den Tagebau erforderlichen Grundwasserabsenkung fällt der Grundwasserspiegel auch in der Umgebung der Tagebaue. Dadurch können fremde Wasserversorgungsbrunnen trockenfallen. Die Versorgung der Betroffenen wird jedoch zu Lasten des Bergbaus durch den Bau tieferer Brunnen, durch Überlassung von Wasser aus der bergbaulichen Grundwasserhebung oder durch Anschluß an die öffentliche Wasserversorgung sichergestellt und ist durch die Grundwasserneubildung auch langfristig gewährleistet.

Das Pflanzenwachstum wird nicht beeinträchtigt

Der Verdacht, es könnte durch die Grundwasserabsenkung zu einer Versteppung in weiten Teilen des Reviers kommen, ist nicht begründet. Die Erfahrungen aus drei Jahrzehnten zeigen, daß das Pflanzenwachstum in der Regel nicht beeinträchtigt wird. Die Pflanzen leben vom Oberflächenwasser, das der im Revier vorherrschende Lößboden wie ein Schwamm speichert. Nur in Flußauen und Moorgebieten kann es durch den Wasserentzug zu einer Veränderung in Vegetation und Fauna kommen. Auch hier entsteht aber keine Steppe, sondern andere artenreiche Tier- und Pflanzengesellschaften, wie sie an anderen trockenen Standorten üblich sind. Wo möglich, wird außerdem vom Bergbautreibenden versucht, durch Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen Schäden zu verhindern oder zu ersetzen.

Daß eine Großindustrie wie der Braunkohlenbergbau für die Region und ihre Bewohner Belästigungen und Belastungen bringt, ist unvermeidbar. Dem sind aber nicht nur die gesamtwirtschaftlichen Vorteile des sicheren und preisgünstigen Energieträgers Braunkohle, sondern auch die regionalwirtschaftliche Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges gegenüberzustellen.

Das Unternehmen Rheinbraun allein beschäftigt mehr als 17 000 Mitarbeiter, davon 670 Auszubildende. Mittelbar und unmittelbar sichert der Braunkohlenbergbau im Revier mit den Kraftwerken und Zulieferbetrieben über 40 000 Arbeitsplätze. Auch die regionale Wirtschaftskraft wird durch diese Industrie gestärkt. Die Kaufkraft der Beschäftigten kommt der Region ebenso zugute wie die Steuerzahlungen des Unternehmens, die den Kommunen zufließen und ihnen helfen, eine zum Teil überdurchschnittlich gute Infrastruktur bereitzustellen.

Daß die Abwägung von Vor- und Nachteilen des Braunkohlenbergbaus nicht einseitig geschieht, dafür sorgt eine umfassende Kontrolle der Arbeit von Rheinbraun durch Behörden und politische Aufsichtsgremien. Ihnen obliegt es letztlich, die Entscheidung darüber zu fällen, ob die Braunkohle ihren Beitrag zur Energieversorgung der Bundesrepublik auch weiterhin leisten soll und darf, wie es die energiepolitischen Planungen der Bundesregierung und des Landes Nordrhein-Westfalen vorsehen. Danach ist dieser Beitrag für die kommenden Jahrzehnte unverzichtbar.



Nach fünf Jahren Abraumbewegung wird seit Januar dieses Jahres Kohle aus dem Tagebau Hambach gefördert. Für 1984 sind 11 Millionen Tonnen geplant. FOTO: RHEINBRAUN

Umweltschutz auch bei Braunkohle nicht zum Nulltarif

Von FRANZ J. SPALTHOFF

Am 1. Juli vergangenen Jahres trat die Großfeuerungsanlagenverordnung (GFAVO) in Kraft. Sie brachte erhebliche Verschärfungen der bis dahin üblichen Umweltschutzauflagen und stellt vor allem die Elektrizitätsversorgungsunternehmen vor schwierige Aufgaben. Insbesondere die geforderte Rauchgasentschwefelung der Kraftwerke fordert einen hohen technischen, aber auch finanziellen Aufwand. Nach Angaben der VDEW werden rund 80 Prozent der gesamten installierten Kraftwerksleistung auf Kohlebasis im Bereich der öffentlichen Versorgung mit Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgerüstet. Das Investitionsvolumen beträgt allein hierfür mindestens 10 bis 12 Milliarden DM.

Im letzten Jahr betrug der Anteil der Kohle an der Stromerzeugung in der Bundesrepublik rund 60 Prozent, beim RWE lag dieser Anteil sogar bei rund 80 Prozent. Dies zeigt, daß das RWE in besonderem Maße von den Auswirkungen der Großfeuerungsanlagenverordnung betroffen ist. Dies zeigt aber auch, welches vitale Interesse gerade das RWE haben muß, die Verstromung der Kohle so umweltfreundlich und so preisgünstig wie möglich sicherzustellen.

Bereits am 5. September 1983 hat das RWE deshalb ein umfassendes Programm zur effektiven Entschwefelung seiner Kohlekraftwerke beschlossen:

Braunkohlekraftwerke

1. Schnellstmögliche Inbetriebnahme der vier im Goldenberg-Werk und in Neurath geplanten neuen 600-MW-Blöcke. Diese Braunkohleblöcke, die ein Investitionsvolumen von rund 5 Mrd. DM erfordern, werden mit nassen Rauchgasentschwefelungsanlagen ausgerüstet. Hierdurch kann Zug um Zug die Stillegung von rund 2200 MW alter, nicht so umweltfreundlicher Braunkohleleistung erfolgen, und zwar früher, als nach der Fristsetzung der GFAVO erforderlich wäre.
2. Nachrüstung aller Braunkohleblöcke, die über 1933 hinaus betrieben werden, mit Naßentschwefelungsanlagen. Die ersten Aufträge hieRzu sind bereits wenige Monate nach Inkrafttreten der Verordnung vergeben worden.
3. Frühzeitige – das heißt eher als von der GFAVO gefordert – Reduzierung der Schwefeldioxidemissionen in geeigneten Braunkohleblöcken bis 1987 um insgesamt ca. 110 000 t durch die Anwendung des vom RWE entwickelten Trocken-Additiv-Verfahrens (kurz: TAV). Hierdurch wird die Zusage erfüllt, durch Einsatz des kurzfristig verfügbaren TAV einen Beitrag zur vorzeitigen Reduzierung der SO_2-Emissionen zu leisten. Danach werden auch diese Blöcke – soweit sie nicht stillgelegt werden – auf die leistungsfähigere Naßentschwefelung umgerüstet. Die Planungen hierfür sind ebenfalls bereits angelaufen.

Steinkohlekraftwerke

Das RWE verfügt über eigene Steinkohlekraftwerke mit einer Leistung von rund 400 MW. Darüber hinaus bestehen langfristige Lieferverträge mit Partnern, die Steinkohlekraftwerke gemeinsam mit dem RWE oder allein im Auftrag des RWE betreiben. Die modernen neuen Steinkohlekraftwerke (z. B. Voerde, Scholven, Weiher III), die bereits über leistungsfähige Entschwefelungsanlagen verfügen, werden teilweise schon vor Ablauf der Nachrüstfrist an die Anforderungen der GFAVO angepaßt.

Der Zeitplan für die fristgerechte Nachrüstung bis zum 1. Juli 1988 ist insbesondere für die Braunkohlekraftwerke sehr eng bemessen. Wir sind zwar zuversichtlich, daß sich die technischen, organisatorischen und zeitlichen Fragen, die mit der Naßentschwefelung unserer Braunkohlekraftwerke verbunden sind, positiv beantworten lassen. Hierzu bedarf es aber noch erheblicher Anstrengungen aller Beteiligten.

So müssen beispielsweise die umfangreichen genehmigungsrechtlichen Schritte (Änderungsgenehmigungen für die in Betrieb befindlichen Blöcke; Anpassung der Genehmigungsverfahren für die neuen 600-MW-Blöcke) schnellstmöglich abgewickelt werden.

Trotz des umfangreichen Nachrüstungsprogramms für die Kohlekraftwerke in der Bundesrepublik (nach VDEW-Angaben rund 37 500 MW) muß die Herstellerindustrie die Rauchgasentschwefelungsanlagen ohne Lieferengpässe zügig fertigstellen.

Die Nachrüstung der Braunkohlekraftwerke des RWE wird nach ersten Schätzungen Investitionskosten von etwa 3 Milliarden DM erfordern. Zusammen mit den Betriebskosten ergeben sich daraus je nach Blockgröße und Standortverhältnissen Stromerzeugungsmehrkosten von 1,5 bis 2,5 Pf/kWh. Umweltschutz ist also nicht zum Nulltarif erhältlich.

Welche Auswirkungen sich durch diese zusätzliche Belastung z. B. für die stromintensive Industrie in der Bundesrepublik ergeben und welche langfristigen Konsequenzen für die Arbeitsmarktsituation daraus erwachsen, bleibt abzuwarten. Tatsache ist, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich schon heute, infolge der in den letzten Jahren stark gestiegenen Sicherheits- und Umweltschutzauflagen für neue Kraftwerke, eines der Länder mit den höchsten Strompreisen für Industrieabnehmer ist. Kurzfristig wird das anstehende Nachrüstungsprogramm allerdings auch positive Beschäftigungseffekte mit sich bringen.

Im Interesse eines wirksamen Umweltschutzes ist das RWE mit den eingeleiteten Maßnahmen zur Reduzierung der SO_2-Emissionen aus seinen Kohlekraftwerken bis an die Grenze des zur Zeit technisch, wirtschaftlich und insbesondere zeitlich Machbaren gegangen. Insgesamt wird mit den genannten Maßnahmen der SO_2-Ausstoß aus den RWE-Kraftwerken stufenweise um rund 70 bis 75 Prozent verringert.

Neben dem Schwefeldioxid werden in letzter Zeit auch verstärkt die Stickoxide (NO_X) als wesentliche Verursacher der Waldschäden angesehen. Hauptemittenten dieses Schadstoffes sind allerdings nicht die Kraftwerke, sondern der Verkehr.

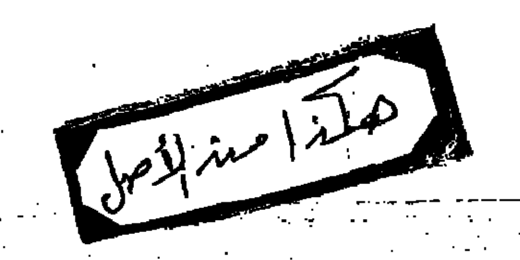
Zur Verringerung der NO_X-Emissionen aus Kraftwerken bieten sich grundsätzlich zwei Vorgehensweisen an:

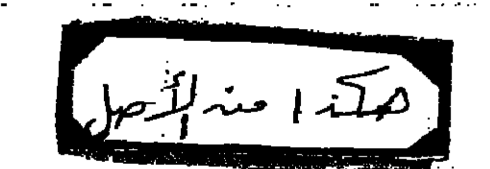
1. Feuerungstechnische Maßnahmen, sogenannte Primärmaßnahmen, wie:
   - konstruktive Veränderungen an den Brennern und
   - verfahrenstechnische Modifikationen im Kesselbetrieb.
2. Rauchgasseitige Maßnahmen, sogenannte Sekundärmaßnahmen, wie simultane Abscheidung von SO_2 und NO_X oder Aufspaltung des NO_X in einem nachgeschalteten katalytischen Prozeß in die unschädlichen Produkte Stickstoff (NO_X) und Wasserdampf.

Die in der GFAVO festgelegten NO_X-Grenzwerte können mit den heute bekannten feuerungstechnischen Maßnahmen eingehalten bzw. sogar unterschritten werden.

Vielfach wird aber bereits heute eine Verschärfung dieser Grenzwerte gefordert. So strebt zum Beispiel die baden-württembergische Landesregierung an, NO_X-Emissionen für Neuanlagen ab 1988 und für Altanlagen ab 1990 auf 200 mg/m³ zu begrenzen. Diese Grenzwerte sind so niedrig, daß sie nur mit den sogenannten Sekundärmaßnahmen eingehalten werden können. Da die Simultanverfahren sich noch am Anfang ihrer Entwicklung befinden, kommen praktisch nur die aus Japan zu importierenden Katalysatoren infrage. Die erste katalytisch arbeitende Entstickungsanlage hinter einem japanischen Kohlekraftwerk ist aber erst seit drei Jahren in Betrieb und niemand vermag zu sagen, wie lange der Katalysator, der für einen 600-MW-Block rund 40 Mill. DM kostet, halten wird, und ob dieser auch für den Einsatz in Braunkohlekraftwerken geeignet ist.

Vor diesem Hintergrund hat das RWE ein Entwicklungsprogramm zur Verringerung der NO_X-Emissionen eingeleitet. In einer ersten Stufe wird derzeit gemeinsam mit einigen Kesselherstellern untersucht, inwieweit sich die NO_X-Emissionen aus den RWE-Braunkohlekraftwerken durch feuerungstechnische Maßnahmen verringern lassen. Zweitens werden im Rahmen der zur Zeit laufenden Nachrüstung der Braunkohlekraftwerke mit Entschwefelungsanlagen ausgewählte Verfahren zur Simultanabscheidung von Schwefeldioxid und Stickoxiden großtechnisch erprobt. In einem dritten Schritt wird das RWE auch die Katalysatortechnik in einer Versuchsstrecke auf ihre Anwendbarkeit bei Braunkohlekraftwerken erproben.





KERNKRAFTWERKE / In der Verfügbarkeit sind die deutschen „Weltmeister"

Der Meiler Isar I hat alle Erwartungen übertroffen

Von JOACHIM HOSPE

Kernkraftwerke zählen zu den kapitalintensivsten Großanlagen der Welt. Stillstandszeiten von nur wenigen Tagen lassen sich bereits in Millionenbeträge umrechnen. Ein entscheidendes Kriterium für den Bau und Betrieb solcher Anlagen ist daher, daß sie zuverlässig betrieben werden können. Kraftwerkbauer wie auch -betreiber haben daher die Verfügbarkeit der Anlage immer als vorrangige Aufgabe betrachtet.

Vergleichende Betrachtungen setzen für die Vergleichbarkeit der Ergebnisse voraus, daß ein genügend langer Zeitraum und eine genügend große Zahl von Kraftwerken überblickt werden kann. Mit anderen Worten: Man braucht Betriebserfahrung, um zu aussagekräftigen Zahlen und Daten zu kommen. Die Kraftwerk Union AG, Bundesrepublik Deutschland, hat bis jetzt acht Kernkraftwerke mit Druckwasserreaktoren gebaut und in Betrieb genommen und kann inzwischen auf einen Erfahrungszeitraum von rund 60 Betriebsjahren zurückblicken, der 1968 mit der ersten Stromlieferung des Kernkraftwerkes Obrigheim seinen Anfang nahm. Im speziellen auf dem Gebiet der großen Leistungsgrößen 1200 MW bis 1300 MWe verfügt das Unternehmen mit den Biblis-Reaktoren über eine einmalige langjährige Erfahrung: Biblis A ist seit neun, Biblis B seit sieben Jahren in Betrieb.

Für einen internationalen Vergleich der Verfügbarkeit von Kraftwerken ist in entsprechenden Statistiken üblich, die Arbeitsausnutzung als Maßstab zu nehmen, die das Verhältnis von Jahresarbeit zu Nennarbeit angibt (also nicht zwischen mangelbedingten und netzbedingten Arbeitsverminderungen unterscheidet).

Wenn man beim Vergleich der Arbeitsausnutzung alle – für die Stromerzeugung relevanten – Anlagen oberhalb 150 MW Blockleistung berücksichtigt, kommt man auf eine Zahl von rund 200 in Betrieb befindlichen Kernkraftwerken in der westlichen Welt.

Die Druckwasserreaktoren der KWU lagen beispielsweise bei der Arbeitsausnutzung im Jahre 1983 im Mittel bei 77,4 Prozent im Vergleich zu 61 Prozent aller Reaktoren der westlichen Welt. Das Kernkraftwerk Grafenrheinfeld hatte dabei mit fast 10 Milliarden Kilowattstunden (genau 9,969 Mrd. kWh) die größte Stromproduktion aller Kernkraftwerke überhaupt.

Auch deutsche Kernkraftwerke mit KWU-Siedewasserrekatoren haben nach Abschluß der behördlich veranlaßten Umrüstungen sehr gute Betriebsergebnisse erreicht. Das Kernkraftwerk Isar I hatte mit einer Verfügbarkeit im Jahre 1983 von 93,9 Prozent sogar die weltweit beste Arbeitsausnutzung aller Siedewasserreaktoren.

Die Ursache für die Stillstände der bundesdeutschen Kernkraftwerke sind unterschiedlich.

Der Jahresstillstand einschließlich Brennelementwechsel hat derzeit eine Größenordnung von durchschnittlich 42 Tagen erreicht (Erfahrung in 1982), im Vergleich dazu sind die entsprechenden Zahlen in USA derzeit doppelt so hoch. Dieser Stillstand wird sehr präzise vorausgeplant und verläuft zumeist auch entsprechend der Planung. Dabei werden Inspektionen, Reparaturen und vorbeugende Wartung im gesamten Kernkraftwerk durchgeführt. Anlaß hierfür sind aber nur zu einem geringen Teil mögliche Abnutzungserscheinungen in den Anlagen, heute sind es im wesentlichen der stetig zunehmende Umfang und die gesteigerte Nachweisempfindlichkeit von Wiederholungsprüfungen an Komponenten des nuklearen Anlagenbereichs.

Für die Betreiber ist ein weiterer Aspekt wichtig: Für sie ist besonders bedeutungsvoll, daß die ohnehin schon auf durchschnittlich 42 Tage pro Jahr angewachsenen vorausgeplanten Revisionsstillstände möglichst die einzige Betriebsunterbrechung im Kalenderjahr sind und daß zwischen zwei solchen Jahresstillständen der Betrieb praktisch unterbrechungsfrei läuft.

Im Hinblick auf die oft einseitige Information der Öffentlichkeit durch die Massenmedien über den Betrieb beziehungsweise die Stillstände von Kernkraftwerken ist es aufschlußreich, auch einen Vergleich zwischen Kernkraftwerken und konventionellen Wärmekraftwerken anzustellen.

Für einen derartigen Vergleich benötigt man im Grundsatz vergleichbare technische Randbedingungen. Daher ist der Vergleich auf die Bundesrepublik Deutschland beschränkt.

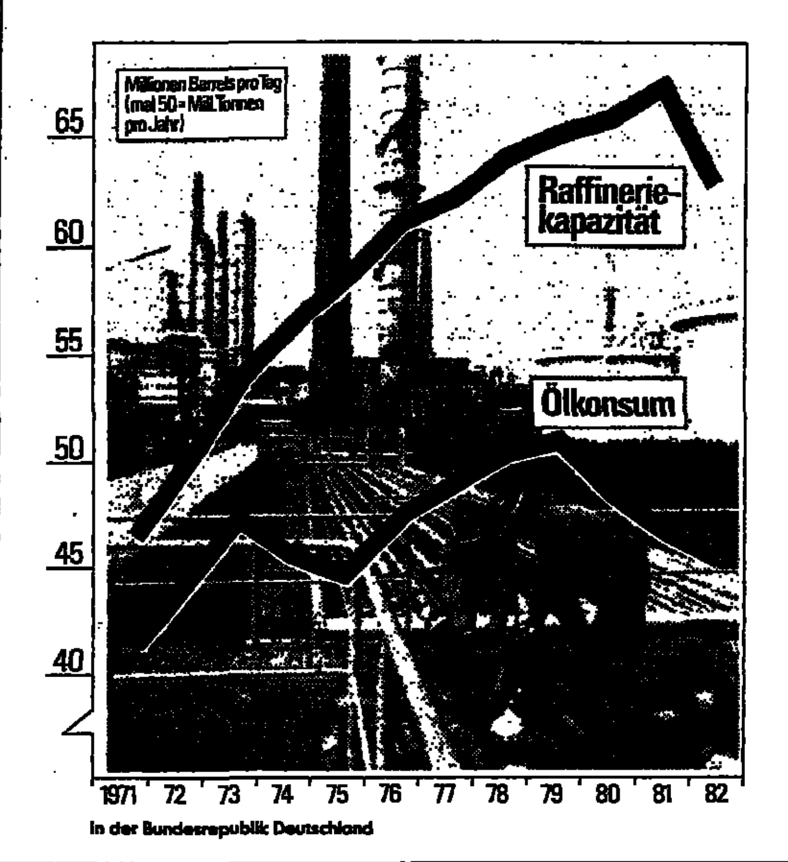
Aus der Arbeitsausnutzung läßt sich im wesentlichen die Betriebsweise der Kraftwerke, aber auch der Einfluß der Brennstoffkosten auf die Betriebsweise ablesen: Braunkohle- und Kernkraftwerke haben Arbeitsausnutzungen in Höhe der Arbeitsverfügbarkeiten, das heißt, sie arbeiten im Grundlastbetrieb. Bei Steinkohlekraftwerken und erst recht bei Öl- und Gaskraftwerken ist die Arbeitsausnutzung deutlich geringer als die Arbeitsverfügbarkeit, was sich daraus erklärt, daß diese Anlagen im Mittel- beziehungsweise im Spitzenlastbetrieb eingesetzt werden.

Ein Vergleich der Stromerzeugungskosten von Kohle- und Kernkraftwerken zeigt sowohl heute als auch bei Planungen für Kraftwerke, die erst Ende dieses Jahrzehnts ihren Betrieb aufnehmen, daß Strom aus Kernkraftwerken bereits von einer jährlichen Vollastbenutzungsdauer von etwa 3400 Stunden ab (d. h. einer Vollast-Zeitverfügbarkeit von knapp 39 Prozent) kostengünstiger ist als aus Steinkohlekraftwerken. Im Hinblick auf die geschilderte Zeitverfügbarkeit und Arbeitsausnutzung der von der KWU gelieferten Druckwasserreaktoren läßt sich feststellen, daß in dem für einen Vergleich angesetzten Bereich um 70 Prozent Zeitverfügbarkeit (das sind 6000 bis 6500 Benutzungsstunden im Jahr) der Kostenvorsprung des Stroms aus Kernkraftwerken gegenüber Kohlekraftwerken beträchtlich ist.

Dies bedeutet, daß nicht nur heute, sondern erst recht auch in Zukunft auf Grundlaststrom aus Kernkraftwerken unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht verzichtet werden kann. Für den Mittellastbereich ist jedoch nach wie vor der Einsatz der Steinkohle wirtschaftlich sinnvoll.

„Weltmeister" in der Verfügbarkeit aller Kernkraftwerke mit Siedewasserreaktoren war 1983 das KWU-Kernkraftwerk Isar 1 mit 93,9 Prozent.
FOTO: KWU

An Schürmanns „Ölbibel" kommt kein Fachmann vorbei



Wer es noch nicht hat, muß es sich umgehend besorgen, das neue Buch von Heinz Jürgen Schürmann, der sich beim Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln dem Ölmarkt verschrieben hat. Mit kräftiger Unterstützung der Ölkonzerne legt Schürmann den Band 25 der Reihe „Aktuelle Fragen der Energiewirtschaft" vor, der den wenig attraktiven Titel trägt: Anpassungsprozesse auf den deutschen Ölmärkten unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Marktzusammenhänge. Es ist im Oldenburg Verlag, München, erschienen, hat 308 Seiten und kostet ganze 32 Mark.

Für diese 32 Mark ist jedermann dabei, wenn Fragen beantwortet werden sollen auf dem so komplexen Markt des Öls und seiner internationalen Verflechtungen. Tabellen und Graphiken werden bei Schürmann nie fehlen. Sie untermauern die verbalen Aussagen. Ob die Entwicklung des Ölpreises dargestellt wird, die Verbrauchsentwicklung, die Struktur der Ölversorgung, Schürmann steht mit allen Details zur Verfügung. Und er zieht zu den jeweiligen Kapiteln ein Fazit, damit auch der weniger Eingeweihte sich ein Bild machen und aus dem Buch die Zusammenhänge lernen kann.

Das Buch klebt nicht an Fakten. Es schreitet kenntnisreich in die Energiepolitik, in die Probleme, die die Fachwelt heute bedrücken, etwa den Kapazitätsüberhang im Bereich Raffinerie und Vertrieb, er schildert die Ungleichgewichte im Mineralölgeschäft. Ausführlich – auch hier bis ins Detail – behandelt er die Notwendigkeit des Gesundschrumpfens der inländischen Verarbeitungskapazitäten und die Notwendigkeit des Maßschneiderns der verbleibenden Kapazitäten. Auch hier zieht er wieder eine Zwischenbilanz des bisher Erreichten, denn die Karre ist beim Öl ja noch nicht aus dem Dreck.

Natürlich bleiben internationale Trends nicht unberücksichtigt, künftige Versorgungsstrukturen werden aufgezeigt. Der Segen des Upstreams und die Sorgen des Downstreams führen nach Schürmann wieder zu internationaler Integration der Welt-Ölwirtschaft. Die Opec wird durchleuchtet, ihr Spiel auf der Bühne der deutschen und auch der Welt-Ölwirtschaft.

Selbst so heiße Eisen wie Windfallprofits faßt der Forscher aus Köln an. Und als Marktwirtschaftler warnt er den Staat vor lüsternem Zugriff, um zu „bereinigen", was garantiert in die Verwaltungswirtschaft mit all ihren negativen Folgen führen würde. Schürmanns „Öl-Bibel" spricht nicht zum Herzen. Sie öffnet den Verstand. Bm.

VEREINIGTE STAATEN / Stornierungswelle trifft Kernkraft und konventionelle Kraftwerke in gleichem Maße

Nur Hiobsbotschaften aus USA

Von KLAUS BARTHELT

Die Nachrichten jagen sich: Kernkraft in den USA am Ende, Stornierung von Aufträgen, Kostenvorsprung dahingeschmolzen. Was ist nun wahr an diesen Hiobsbotschaften, die so gern auf die Bundesrepublik übertragen werden. Man muß sich folgende Fakten vor Augen führen: Selbst da, wo in USA die Kohle teurer ist, ist der Kostenvorteil der Kernenergie kleiner als bei uns – eben wegen der insgesamt immer noch billigeren Kohle. Hinzu kommt, daß die Verfügbarkeit der Kernkraftwerke in USA niedriger ist als bei uns.

Hinzu kommen andere Fakten, wie niedrigere Erwartungen für die künftigen Stromverbrauchszuwachsraten in USA und schwierige Finanzierungsfragen für die Versorgungsunternehmen, die durch die Unsicherheiten beim Genehmigungsverfahren noch verstärkt werden.

Auch bei uns bestehen Unsicherheiten über die künftige Bedarfsentwicklung, doch es gibt wesentliche Unterschiede zu den USA:

● Die Kostensituation der deutschen Steinkohle gibt der Kernenergie bei uns in der Grundlast einen deutlichen Vorteil.

● Unsere Kraftwerke haben eine im Durchschnitt höhere Verfügbarkeit.

● Die Abwicklung der Kernkraftwerke bei uns im Konvoi hat das Genehmigungsverfahren wieder kalkulierbar gemacht.

Dies alles bestärkt unsere Überzeugung, daß die Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland eine weiter zunehmende Rolle bei der Deckung der Grundlast in der Stromversorgung spielen wird.

Die teilweise spektakulär überzogenen Berichte über Kernkraftwerksstornierungen in den USA erweisen sich bei näherer Betrachtung als durchaus vernünftige Reaktionen auf nicht vorhersehbare Nachfrageverschiebungen. Sie sind keineswegs als Flucht aus der Kernenergie zu deuten – Kernenergie und Kohle sind dort nämlich gleichermaßen betroffen –, sondern bestätigen eigentlich nur das Funktionieren der Marktgesetze.

Der folgende Vergleich der Energiesituation zwischen den USA und der Bundesrepublik dient der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie jeweils im Vergleich zur Kohle.

Die USA besitzen 220 Mrd. t Steinkohleeinheiten (SKE) wirtschaftlich gewinnbare Energierohstoffe, die Bundesrepublik 35 Mrd. t SKE. Wichtig ist festzuhalten, daß beide Länder über große Kohlevorräte verfügen. Doch obwohl beide Länder über große Kohlevorräte verfügen, so besteht doch ein wesentlicher Unterschied: In USA ist die Kohle erheblich billiger als bei uns. In den USA ist die Kohle in fast allen betrachteten Jahren deutlich kostengünstiger als Öl und Gas. In der Bundesrepublik hat sich die Kohle ähnlich verteuert wie Öl und Gas. Die nuklearen Brennstoffkosten sind in beiden Ländern vergleichsweise niedrig und ändern sich nur langsam. In den USA gibt es im Wärmepreis der fossilen Energieträger große regionale Unterschiede, die mehr als den Faktor 2 ausmachen können.

Die relative Verbilligung der Kohle in USA im Vergleich zu Gas und Öl hat zu einer verstärkten Nutzung der Kohle zur Stromerzeugung geführt. Ihr Anteil ist von 44 Prozent in 1975 auf 53 Prozent in 1982 gestiegen.

In beiden Ländern wird Strom zu mehr als 50 Prozent aus Kohle gewonnen. Die USA erzeugen anteilmäßig doppelt soviel Strom aus Wasser wie wir. In den USA wird deutlich mehr Gas und Öl zur Stromerzeugung eingesetzt als bei uns. Der Anteil der Kernenergie ist in der Bundesrepublik mit 21 Prozent höher als in den USA, wo er 14 Prozent beträgt.

Gründe für Stornierungen von Kernkraftwerken

Grund	Häufigkeit der Nennung
Geringere Zuwachsraten als bei Bestellung erwartet	51
Finanzielle Probleme	44
Genehmigungsprobleme	37
Andere Beurteilung der Wirtschaftlichkeit	18
Verweigerung der Genehmigung	6
Sonstige	17

Wichtig ist, daß die USA ein Kontinent und kein Land sind. Die einzelnen Staaten weichen oft beträchtlich von den genannten Mittelwerten ab.

Besonders bemerkenswert:

● 15 Staaten der USA haben einen Kohleanteil von über 75 Prozent (Ohio mit 95 Prozent).

● Einen besonders hohen Anteil an Öl haben Massachusetts (77 Prozent) und Rhode Island (74 Prozent).

● In Lousiana wurden 91 Prozent des Stroms aus Gas erzeugt.

● Sehr hohe Anteile von Wasser an der Stromerzeugung hatten 1981 die drei Nordweststaaten Idaho (100 Prozent), Washington (91 Prozent) und Oregon (80 Prozent).

Auch bei der Kernenergie gibt es beträchtliche Unterschiede. Staaten mit einem hohen Kernenergieanteil von über 40 Prozent liegen alle an der Ostküste in den hochindustrialisierten Gebieten der USA. Den höchsten Kernenergieanteil weist Vermont mit 78 Prozent aus. Neun Staaten hatten einen Anteil von 20 bis 40 Prozent und weitere 13 Staaten lagen unter 20 Prozent. In 8 Staaten sind Kernkraftwerke im Bau, aber noch nicht in Betrieb.

Die stark unterschiedliche Nutzung der einzelnen Energiearten in den verschiedenen Regionen ist natürlich eine Folge von unterschiedlichen Kostenrelationen. Dies wird an einem Stromkostenvergleich zwischen Kohle und Kernenergie deutlich. Der Kohlestrom bei uns ist um 40 Prozent teurer als Kernkraftstrom bei 6500 Jahres-Vollaststunden. Die Kernenergie ist in der Grundlast deutlich im Vorteil.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich für die USA. Hier bewirkt die große Kostenspanne für Kohle, daß es Standorte gibt, in denen der Kohlestrom auch in der Grundlast billiger ist als die Kernenergie, daß es aber auch Standorte gibt, in denen der Kernstrom billiger ist als Kohlestrom.

Das insgesamt niedrigere Kostenniveau der Kohle in den USA führt zu dem Ergebnis, daß der Kostenvorteil für die Kernenergie selbst in Gebieten mit teurer Kohle mit nur etwa 20 Prozent deutlich geringer ausfällt als bei uns (40 Prozent).

Zum Kohle-Öl paßt das Modul-Kraftwerk

Bm. Essen

Zum Öl aus Kohle fehlt nur noch ein *Kernkraft-Modul für Prozeßwärme*. Wenn nicht alle Zeichen täuschen, wird in der zweiten Jahreshälfte die Entscheidung in Bonn über den Bau einer Großanlage für die Kohlevergasung an der Ruhr fallen. Standort: Bottrop, wo jetzt schon die Pilotanlage mit hervorragenden Ergebnissen in Betrieb ist.

Die Großanlage soll im Jahr eine Million Tonnen Kohle durchsetzen. Der Grad der Ausbeute wird nach den bisher gewonnenen Erfahrungen 54 Prozent betragen. Gegenüber früheren Kohle-Verflüssigungsanlagen, die während des Krieges zur Herstellung von Treibstoffen betrieben wurden, ist der Ausbeutefaktor 2:1 hervorragend. Früher lautete er zwischen 3 und 4:1, das heißt, man mußte bis zu vier Tonnen Kohle einsetzen, um eine Tonne Flüssigprodukt zu gewinnen.

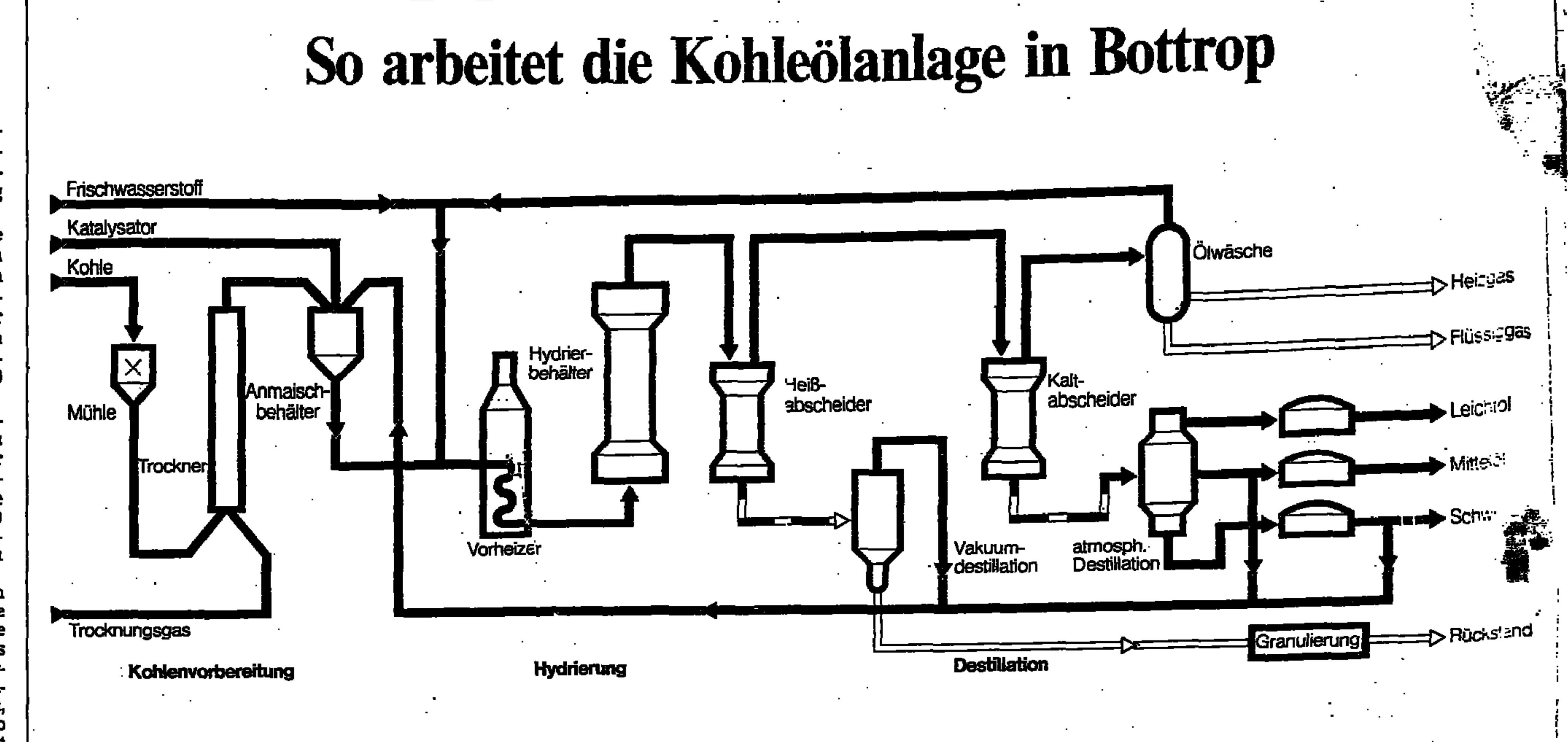
Der Kohleaufwand könnte noch geringer sein – womit die Vorräte geschont werden könnten –, wenn die erforderliche Prozeßwärme nicht aus Kohle, sondern aus Kernenergie gewonnen würde. Uran, die Basis der Kernenergie, ist zu nichts anderem als eben zur Energieerzeugung zu gebrauchen. Kohle aber kann für Generationen *mit immer höheren* Nutzungsgraden zur Energiegewinnung eingesetzt werden.

Da es sich nicht lohnt, neben eine kommerzielle Kohle-Öl-Anlage einen großen Hochtemperaturreaktor nach dem Prototyp THTR in Schmehausen zu stellen, böte sich ein kleiner heliumgekühlter Reaktor an, wie ihn Interatom entwickelt hat. Seine Kapazitäten schwanken zwischen 50 und 200 Megawatt.

Sinnvoll wäre die Installation zweier kleinerer Aggregate, um Reserven parat zu haben. Diese Reaktoren für Hochtemperaturen, die in Modulbauweise errichtet werden, erlauben eine bessere Ausbeute der Kohle um 40 Prozent. Die Module würden es erlauben, mit der Kohle-Öl-Anlage zu „wachsen".

Auch die Saarbergwerke sind am Bau einer großen Kohle-Öl-Anlage auf ihrer Steinkohle interessiert. Sie haben sogar angeboten, Kohle aus besonders kostengünstiger Lagerstätte zum Vorzugspreis in dieser Anlagen einzusetzen. Es liegt an Bonn, möglichst bald zu entscheiden, ob der Standort Ruhr oder der Standort Saar den Zuschlag erhält.

So arbeitet die Kohleölanlage in Bottrop



Ein feines Vehikel weg vom Öl: Die Elektrizität

Von HORST MAGERL

Die hohen Nutzungsgrade des Stroms bei der Anwendung sind unumstritten. Auch die Verluste bei der Stromerzeugung sind kein Gegenargument. Zwar werden im Kraftwerk – aus physikalischen Gründen – *nur etwa 40 Prozent* der eingesetzten Energie in Strom umgewandelt. Das hat jedoch mit Energieverschwendung nichts zu tun: Der größte Teil der zur Stromerzeugung genutzten Energie – Braunkohle, ballastreiche Steinkohle, Kernenergie, Wasserkraft und Müll – kann heute nur im Kraftwerk erschlossen werden. Diese zusätzlich gewonnene Energie muß daher ab Kraftwerksklemme mit 100 Prozent angesetzt werden.

Das wichtige energiepolitische Ziel, Energie rationell und sparsam zu nutzen, verlangt Differenzierungen. Wirkungsgradbetrachtungen allein haben nur begrenzte Aussagekraft. Im Vordergrund der Energiepolitik des letzten Jahrzehnts stand das Bemühen, die Risiken der Importabhängigkeit beim Erdöl zu verringern. Dazu kann Strom im Wärmemarkt einen Beitrag liefern.

Noch immer wird die Hälfte aller Wohnungen mit importiertem Öl beheizt. Auf der anderen Seite erfolgt die Stromerzeugung für die öffentliche Versorgung zu fast 90 Prozent aus heimischen oder quasi heimischen Energieträgern. Strom aus Steinkohle, Braunkohle und Wasserkraft kommt überwiegend aus inländischer Energiegewinnung. Bei der Kernenergie stammen lediglich Natur-Uran und Anreicherung aus dem Ausland, über 90 Prozent der wirtschaftlichen Leistung der Kernenergie sind Wertschöpfung im Inland.

Darüber hinaus sind die für die Stromerzeugung eingesetzten Energieträger zu einem großen Teil zusätzliche Energien, die gegenwärtig und auf absehbare Zeit aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen anderweitig nicht eingesetzt würden. So wären beispielsweise für rund die Hälfte der deutschen Steinkohlenförderung, die von den Kraftwerken abgenommen wird, andere Märkte sobald nicht zu finden. Uran bliebe ein weitgehend wertloses Erz, wenn es nicht zur Stromerzeugung verwendet würde.

Sinnvolle Ergänzung des Energieangebots

Daher stellt jede Nutzung anderweitig nicht verwertbarer Energieträger, wie sie bei der Stromerzeugung erfolgt, das Gegenteil von Energieverschwendung dar, nämlich statt dessen eine Erweiterung und Diversifizierung des Energieangebots.

Darüber hinaus ist zu beachten, daß die Stromanwendung im Wärmemarkt, wenn man die technischen Wirkungsgrade von der Primärenergiegewinnung bis zur Nutzenergie verfolgt, vielen anderen Wärmeprozessen mit Brennstoffen durchaus gleichwertig ist.

Man kann zwar eine merklich bessere Energieausnutzung erzielen, wenn man den Kraftwärmekopplungsprozeß nutzt und in Heizkraftwerken Strom und Fernwärme erzeugt. Deshalb fördert auch die öffentliche Hand und die Elektrizitätswirtschaft den Ausbau der Fernwärme. Die langfristigen Ausbaumöglichkeiten der Fernwärme sind zwar noch lange nicht erschöpft, sie sind aber auf Gebiete mit hoher Wärmeverbrauchsdichte begrenzt, wie alle einschlägigen Untersuchungen der *letzten Jahre gezeigt haben.*

Strom im Wärmemarkt kann sowohl zur Raumheizung als auch zur Prozeßwärmeerzeugung sinnvoll und wirtschaftlich genutzt werden. Für eine zunehmende Zahl von Wärmeprozessen in der Industrie ist Strom ohne Alternative. Vor allem bei der Herstellung qualitativ hochwertiger Produkte *mit* geringem Rohstoffeinsatz und Materialverschleiß bedeutet Strom sowohl rationellen Energieeinsatz als auch bessere Wirtschaftlichkeit. Der anwendungstechnische Vorteil ist dabei die gute Regelbarkeit und feine Dosie*rung der elektrischen Energie.*

Am gesamten Endenergieverbrauch für Wärme hatte Elektrizität 1982 einen Anteil von zehn Prozent, während der Ölanteil noch 40 Prozent betrug. Von den rund 24,5 Millionen Wohnungen werden etwa acht Prozent mit Strom beheizt, 50 Prozent mit Öl.

Wenn diese mehr als zwei Millionen *Wohnungen statt mit Strom auch mit* Öl beheizt worden wären, so hätten im Jahre 1982 rund vier Millionen Tonnen Öl mit einem Einfuhrwert von 2,5 Milliarden DM zusätzlich aufgewendet werden müssen.

Daraus ergibt sich, daß es nicht nur noch ungenutzte Potentiale für Strom im Wärmemarkt gibt, sondern auch Grenzen.

Allein daraus wird schon deutlich, daß die Elektrizitätswirtschaft keine Vorherrschaft auf dem Wärmemarkt anstrebt und Fernwärme, Erdgas und auch die direkte Kohlenverwendung nicht behindert. Selbst für Öl wird auch künftig ein Bedarf im Wärmemarkt bleiben. Strom im Wärmemarkt soll nicht mehr als eine wert*volle und sinnvolle Ergänzung* des Energieangebots sein.

„Kohle per Draht" hilft sparen

Strom im Wärmemarkt spart also Öl, spart Devisen und gibt dem deutschen Steinkohlenbergbau Beschäftigung, weil Strom zum Heizen zu einem großen Teil aus Steinkohle erzeugt wird. Man spricht deshalb auch gern von „*Kohle per Draht*".

Als Heizung mit Strom bieten sich eine Reihe verschiedener Systeme an, Nachtstromspeicherheizung als Einzelgeräteheizung, als Fußbodenspeicherheizung oder Blockspeicherheizung, Wärmepumpen, *die* zusätzlich regenerative Energie erschließen und Systeme mit anteiliger Direktheizung und mit Wärmerückgewinnung.

Zu beachten ist, daß elektrische Heizsysteme von den Versorgungsunternehmen nur dann zugelassen werden können und für den Verbraucher wirtschaftlich sind, wenn keine zusätzliche Kraftwerksleistung in Anspruch genommen wird. Neue Kraftwerke, *um mit Strom* zu heizen, werden also nicht gebaut. Auch die Netzkapazität muß ausreichend bemessen sein, daher können nicht an jedem Ort der Bundesrepublik jederzeit beliebig viele Nachtstromspeicherheizungen angeschlossen werden.

